

**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 27. November 2013
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 23.50 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Thomas Frey, 3. Sarah Früh, 4. Sandro Gervasoni, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch (ab 18.45 Uhr),
10. Simone Sager, 11. Deny Sonderegger, 12. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Paul Dilitz, 4. Tabitha Germann,
5. Eugen Kiener, 6. Huguette Meyer, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Luc Nünlist, 9. Renata Pfeiler,
10. Daniel Schneider, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehrsam, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou
2. Marlène Wälichli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller
2. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

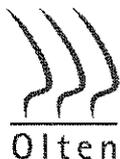
1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Michael Neuenschwander,
5. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger, 5. Dr. David Wenger,
6. Gert Winter

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob



Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Eva Gerber, Leiterin Stadtentwicklung
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Mario Schenker, Controller
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Rolf Braun
Anita Huber
Christian Werner

Vorsitz: Dieter Ulrich

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *



Geschäfte:

1. Mitteilungen
 - * 1a Gemeindeparlament/Demission Daniel Dähler
 - * 1b Aufnahme und Vereidigung von drei Parlamentsmitgliedern
 - * 1c Dringlicher Vorschlag Andreas Dobay und Mitunterzeichnende betr. Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit/Frage der Dringlichkeit
 - * 1d Dringliche Motion Gert Winter (SVP): Einführung wirksamer Kontrollmechanismen in der Oltnr Sozialregion/Frage der Dringlichkeit
 2. Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung/Wahl
 3. Regierungsprogramm 2013-2017/Kenntnisnahme
 4. Finanz- und Investitionsplan 2014-2020
 5. Voranschlag 2014/Genehmigung
Mit dem Voranschlag in Zusammenhang:
 - 5.1. Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen/Teilrevision
 - 5.2. Projet urbain Entwicklung Olten Ost – gemeinsam gestalten: Integrale Strategie Olten Ost 2014-2021/Kenntnisnahme
 - 5.3. Begegnungszentrum Cultibo/Kreditgenehmigung
 - 5.4. Feuerwehrreglement der Stadt Olten (SRO 221), Erhöhung Dienstpflichtalter/Teilrevision
 - * 6. Dringlicher Vorschlag Andreas Dobay und Mitunterzeichnende betr. Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit/Beantwortung
- * Ergänzung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich begrüsse die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung. Speziell begrüsse ich die zahlreichen heute anwesenden Zuschauer. Ich glaube, es noch nie erlebt zu haben, dass wirklich so viele Leute anwesend waren. Vom Rahmen her möchte ich das Programm, so wie wir es traktandiert haben, heute durchziehen, sprich das Budget bis und mit Traktandum 5 abschliessen. Dies einfach einmal als Vorgabe, damit Ihr wisst, auf was Ihr Euch einstellen müsst.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Dieter Ulrich:

Totenehrung

Leider sind seit der letzten Sitzung verschiedene Personen, die im Dienst der Stadt Olten standen, verstorben.

Es ist einerseits Peter von Ins. Er war von 1961 bis 1965 Ersatzgemeinderat und zudem von 1968 bis 1970 Mitglied der Spezialkommission zur Reorganisierung des Bauwesens.

Ebenfalls im Oktober ist Alfred Henchoz verstorben. Er war von 1969 bis 1981 Mitglied des Gemeinderates und hat den Rat 1974/75 präsidiert. Weiter war er noch in diversen anderen Kommissionen für die Stadt Olten im Einsatz.

Im November ist Urs Husi verstorben. Er war langjähriger Finanzverwalter-Stellvertreter der Stadt.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 26. September 2013 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Heilpädagogische Sonderschule/Übernahme Gebäude durch Kanton
(*Beschluss Ziffer 1./1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 3. Oktober 2013 und die Referendumsfrist ist am 2. November 2013 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

* * *

Dringliche Vorstösse/Eingang

- Dringlicher Vorschlag Andreas Dobay und Mitunterzeichnende betr. Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit
- Dringliche Motion Gert Winter (SVP) betr. Einführung wirksamer Kontrollmechanismen in der Oltnen Sozialregion
- Motion SP-Fraktion betr. Freiwilligenarbeit, einheitliche und nachvollziehbare Kriterien bei der Vergabe von Beiträgen durch die Stadt Olten
- Interpellation SP-Fraktion betr. Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Olten
- Postulat Fraktion Grüne betr. Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit I: 18- bis 25-jährige junge Erwachsene
- Postulat Fraktion Grüne betr. Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit II: Alleinerziehende und ihre Kinder
- Postulat Fraktion Grüne betr. Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit III: Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene
- Interpellation Fraktion Grüne betr. Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit IV: Drehtüreffekt vermindern
- Interpellation Fraktion Grüne betr. Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit V: langjährige Sozialhilfebeziehende

* * *

Filmaufnahmen Tele M 1

Heute Abend ist Herr Ammann von Tele M 1 anwesend. Ich habe mit ihm abgemacht, dass er filmen darf, jedoch ohne Ton, wie wir dies auch schon hatten. Er wird im Anschluss an die Debatte auf die Leute, die er interviewen will, entsprechend zu gehen. Ich möchte Euch bitten, dort dann doch auch zur Verfügung zu stehen.

* * *

Einladung Kunstverein Olten

Es ist eine Einladung des Kunstvereins Olten an den Gemeinderat der Stadt Olten gekommen. Am Samstag, 30. November 2013, 18.00 Uhr, wird im Kunstmuseum die Eröffnung der 29. Jahresausstellung der Solothurner Künstlerinnen und Künstler mit der erstmaligen Preisverleihung der Rentsch-Stiftung stattfinden.

* * *

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 26./27. Juni und 22. August 2013 sind vom Büro am 4. November 2013 definitiv genehmigt worden.

Beilage
Vorstosstexte

Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit**TEXT**

1. Der Stadtrat wird dringend beauftragt, einen angemessenen Betrag ins Budget 2014 aufzunehmen und parallel dazu die nötigen Verhandlungen zu führen, damit der lokalen Bevölkerung, den ortsansässigen Wassersportvereinen, sowie allfälligen weiteren Interessengruppen der Zugang zu einer Wassersportanlage ermöglicht wird.
2. Die zur Benutzung benötigte Wassersportanlage in Olten soll den gängigen Wassersport-Bedürfnissen genügen. Die Wassersportanlage soll in der Zeit für Vereine, Privatpersonen und weitere Interessensgruppen zugänglich sein, in welcher die öffentlichen Badeanstalten oder Freibäder geschlossen sind (mindestens ausserhalb der Sommersaison).

BEGRÜNDUNGWarum es ein öffentliches Hallenbad braucht:

- Weil der Bedarf in der Region für einen Grossteil der Bevölkerung besteht. In 3 Wochen sind mehr als 800 Unterschriften von Steuerzahlern für die Motion Pro-Hallenbad aus dem Kreis Olten eingegangen (davon über die Hälfte aus der Stadt Olten).
- Weil ohne Hallenbad alle Wassersportvereine der Region abwandern oder gänzlich verschwinden. Darunter sind Vereine wie die SLRG (Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft), welche ua. Feuerwehr und Polizei für Notfalleinsätze ausbildet.
- Weil das Wegfallen des Hallenbades das Angebot von Sport, Schulsport und Freizeit für Jung und Alt in Herbst, Winter und Frühling mindert und dadurch der Attraktivität Oltens schadet.
- Weil, sollte das einzige der Öffentlichkeit zugängliche Schwimmbad geschlossen werden, keine Alternative für die nächsten 20-30 Jahre existiert.

Das Einrichten einer neuerlichen Infrastruktur für Wassersport wäre nicht nur aufwändig, sondern kostenintensiv. Es würde Millionen verschlingen, und die angedachten Sparmassnahmen zunichte machen.

- Weil die Stadt mit der Schliessung für kommende Generationen das falsche Zeichen setzt?

Geht es bei der Motion doch lediglich um den Erhalt eines schon bestehenden Angebotes, das in zunehmendem Masse genutzt wird.

Weitere Faktoren

Wassersport als Angebot

Das Angebot wird von Kleinkindern bis hin zu Rentnern quer durch alle berufliche Schichten und Interessensrichtungen, sowie von beiden Geschlechtern genutzt. Kein anderer Sport wird so breitgefächert von der Bevölkerung betrieben.

Der gesundheitliche Aspekt ist schnell beschrieben: Der Wassersport fördert die Gesundheit und schont sie zugleich, denn auch weniger trainierte Menschen, jeden Alters oder jeder körperlichen Konstitution, können Wassersport betreiben ohne darunter Schaden zu erleiden. Es ist ein gelenkschonender Sport!

So wird Wassersport auch nach schweren operativen Eingriffen oft als erste sportliche Maßnahme empfohlen und verschrieben.

Das Hallenbad als Ergänzung zum Freibad

Mit der Kündigung des Mietvertrages beim Kanton nimmt die Stadt Olten der eigenen Bevölkerung und den Bewohnern der Region (Kreis Olten und Gösgen zusammen ca. 75'000 Bewohner / mit Gäu über 90'000 Bewohner) die einzige Möglichkeit, im näheren Umkreis im Kanton Wassersport außerhalb des Sommers zu betreiben.

Die Motion, soll zu keiner neue Situation führen, sondern einen noch bestehenden Zustand aufrechterhalten. Die aktuelle Möglichkeit, die von Öffentlichkeit und Vereinen genutzt wird, um Wassersporttätigkeiten ganzjährig nachzugehen, soll nicht erweitert, sondern lediglich aufrechterhalten werden.

Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Die öffentliche Komponente

Ohne Absprache noch Ankündigung hat der Kanton private Nutzer, sowie die eingemieteten Vereine (Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft, Schwimmclub, Tauchclub, Synchronschwimmverein, Aqua-Jogging, usw...) und andere Interessengruppen vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne Alternative oder Lösungen anzubieten.

Für die Vereine ein untragbare Situation!

Das langjährige Anwerben und Ausbilden von neuen Vereinsmitgliedern wird mit einem Schlag zunichte gemacht. Die langwierige, oft mühsame und ehrenamtliche Arbeit der ausbildenden Fachkräfte, die erst nach Jahren Früchte trägt, wird zerstört. Die Mitglieder und ausbildenden Fachkräfte können ihre Tätigkeit nur noch in einem anderen Kanton weiterführen oder komplett einstellen.

Training bedeutet Nachhaltigkeit und setzt Konstanz voraus.

5 Monate Training im Jahr reichen nicht aus!

Welcher Rettungsschwimmer wäre als Bademeister nach 7 Monaten Winterpause noch fit für den Sommerbetrieb?

Der kleine Beitrag der Stadt für das Allgemeinwohl

Obwohl der Kanton mit der Bewilligung des Sanierungskredits über 85 Millionen CHF für die Kantonsschule, und ebenfalls die gesamten Kosten für die Sanierung des Schwimmbads übernimmt, ist es der Stadt offensichtlich nicht wichtig, ihrerseits einen bescheidenen Anteil zur Abfederung der Unterhaltskosten beizusteuern.

Durch diese Haltung signalisiert die Stadt ebenfalls dem Kanton ihr Desinteresse am Sanierungsprojekt (oder Teilprojekt) an der Kantonsschule.

Lieber im Schwimmbad als auf der Strasse

Mit dem Verschwinden von öffentlichen Freizeitangeboten werden die Bedürfnisse nicht verstummen. Kinder, Jugendliche und ebenfalls Erwachsene suchen in ihrer Freizeit eine Beschäftigung. Wenn das Angebot fehlt, wird ein Ersatz dafür geschaffen, nicht zwingendermassen mit einem gesundheitlichen Aspekt...

In vielen Städten der Welt, aus Mangel an öffentlichen Freizeitangeboten, ist Unerwünschtes entstanden: Schwarzmarkt, Kriminalität und Chaos, nur einige der Konsequenzen.

Streng genommen ist der Zugang zu einer Badeanstalt ein günstiges Vergnügen für den Benutzer, auch für jene mit kleinen Budgets.

Der Beitrag, den die Stadt gebeten wird zu leisten ist schwindend klein, verglichen mit anderen Ausgaben für sportliche Angebote und deren Infrastrukturen.

Das Verständnis für Sparmassnahmen

Sport, und damit Gesundheit, generiert bekanntermaßen einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, der kurz-, mittel- und langfristig den Grundstein zum Wohlstand einer Gesellschaft legt.

Glück, Ausgeglichenheit und Zufriedenheit sind nur einige der positiven Aspekte, die daraus resultieren. All diese Faktoren sind es, die ein Umfeld nicht nur lebenswert, sondern auch attraktiv machen.

Die Stadt hat bewiesen, dass sie bei fehlenden Mitteln Massnahmen einleitet und spart.

Dies ist nicht nur lobenswert und richtig, sondern auch ihre Aufgabe. Unter anderem verdient sie sich dadurch das Vertrauen der Bevölkerung.

Eine echte Lösung besteht nicht alleine darin, etwas „nicht“ zu tun, dafür den roten Stift anzusetzen, oder radikale Kürzungen vorzunehmen!

Mittelfristig ist die Streichung des Schwimmsportes kaum zu verantworten und die Konsequenzen für kommende Generationen katastrophal.

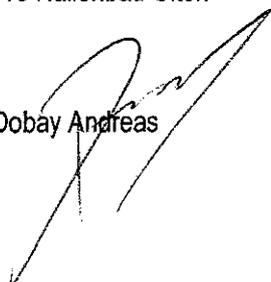
BEGRÜNDUNG DER DRINGLICHKEIT

Durch die Kündigung der Unterhaltsbeitragszahlungen an den Eigentümer des Kanti-Hallenbades (dem Kanton), kann die Öffentlichkeit ab Herbst 2014 das Schwimmbad nicht mehr benutzen.

Damit ein angemessener Betrag für die Benutzung eines Hallenbades bereitgestellt werden kann, muss diese Motion, um das Budget 2014 festzulegen, für die Budgetbesprechung Ende November 2013 überwiesen werden.

Pro Hallenbad Olten

Dobay Andreas



Gemeinderat der Stadt Olten

Dringliche Motion Gert Winter (SVP): Einführung wirksamer Kontrollmechanismen in der Oltner Sozialregion.

Der Stadtrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass in der Sozialregion Olten ein IKS (Internes-Kontroll-System) nach aktuellen Standards hinsichtlich der Fallführung, der Fallabrechnung, der Kompetenzregelung etc. eingeführt wird. Zusätzlich ist eine externe Revisionsstelle mit der Prüfung der Jahresrechnung und der Geschäftsführung auf der Basis des IKS (inkl. Ebene Einzelfallprüfung) zu beauftragen, welche dem Stadtrat jährlich Bericht in Form eines Managementletters zu erstatten hat.

(Der **Managementletter** ist ein üblicher Berichtsumfang einer Revisionsstelle, welche über den ordentlichen „Bestätigungsbericht“ hinaus geht und die detaillierten Prüfungsergebnisse inkl. Fehler und Abweichungen zum IKS aufzeigt.)

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird anlässlich der Gemeinderatssitzung begründet.

Materielle Begründung:

Um die Kostenentwicklung in der Sozialregion Olten beeinflussen zu können, stehen grundsätzlich mehrere Optionen zur Verfügung, z.B. die Änderung des kantonalen Rechts im Sinne einer Reduktion des Leistungsniveaus, die Anstellung von Sozialdetektiven oder die Kontrolle der Geschäftstätigkeit in der Sozialregion, basierend auf den aktuell geltenden Regeln. Vorliegende Motion beschränkt sich auf die Kontrolle der Geschäftstätigkeit, die über die buchhalterische Prüfung des Vorhandenseins von Belegen und dergleichen hinausgeht und insbesondere die Fallführung auf Stufe Dossier umfasst. Vorgesehen ist bei einer Prüfung nach IKS jährlich einmal eine interne Revision eines jeden Dossiers nach vorgegebenen Regeln. Dem Vernehmen nach gibt es in Olten kein IKS, eine externe, unabhängige Kontrolle noch viel weniger. Zudem wurde der Geschäftsprüfungskommission die Einsicht in Einzelfallakten verweigert; meiner Meinung nach zu Unrecht, denn auch die GPK ist an das Amtsgeheimnis wie auch die Bestimmungen über den Datenschutz gebunden. Allerdings ist die GPK aus verschiedenen Gründen nicht besonders geeignet zur Prüfung der Fallführung, weshalb vorliegend die Beauftragung einer externen Revisionsgesellschaft vorgeschlagen wird.

Zweck der Übung: Es muss sichergestellt werden, dass die Sozialbehörde ihr Ermessen pflichtgemäss ausübt. Es kann nicht sein, dass sich die Sozialregion Olten auf Stufe Dossier selbst kontrolliert. Das Fehlen sowohl einer wirksamen internen als auch einer unabhängigen externen Kontrolle lässt mitunter den Eindruck aufkommen, die Sozialregion verkomme zunehmend zu einem Selbstbedienungsladen (vor allem) für die Leistungsanbieter. Hinzu kommt, dass die SKOS-Richtlinien den Rechtsanwendenden teilweise einen grossen Ermessensspielraum einräumen. Dieser kann durch die Rechtsanwendenden nach dem persönlichen politischen Geschmack ausgefüllt werden, wenn die Sozialregion als Dunkelkammer organisiert ist; Dunkelkammern in der staatlichen Verwaltung haben unter rechtsstaatlichen Verhältnissen aber keine Existenzberechtigung. Im Rechtsstaat ist vielmehr Transparenz angesagt. Andernfalls könnte sich nicht einmal das Stadtratskollegium, wenn es die Weisung erteilt, die SKOS-Richtlinien seien bei Ermessensentscheiden restriktiv auszulegen, sicher sein, dass diese Weisung tatsächlich befolgt wird. Und der Gemeinderat von Olten könnte weiterhin mit der Behauptung

abgespiessen werden, es gehe auf Einzelfallebene alles mit rechten Dingen zu und her, und im Übrigen hätten Krethi und Plethi kein Recht auf Akteneinsicht. Aus derlei Gründen ist es wesentlich, dass ausserhalb der Verwaltung stehende, unabhängige Personen (Revisoren), deren Horizont nicht beim Thema Umverteilung endet, die Geschäftsführung auf der Basis des IKS stichprobenweise kontrollieren können. Der Datenschutz oder das Amtsgeheimnis bilden in diesem Zusammenhang kein Hindernis.

Gert Winter

G. Winter P. Wenger K. Schmidiger

M. Müller



Sozialdemokratische Partei der Stadt Olten
Fraktion des Gemeindeparlamentes

MOTION

Freiwilligenarbeit - Einheitliche und nachvollziehbare Kriterien bei der Vergabe von Beiträgen durch die Stadt Olten

Der Stadtrat wird mit der Ausarbeitung eines Kriterienkatalogs für die Vergabe von Beiträgen durch die Stadt Olten beauftragt. Dieser soll der Geberin und den Empfängern/Empfängerinnen einheitliche und nachvollziehbare Kriterien aufzeigen, nach welchen Beiträge gesprochen werden können.

Begründung

Freiwilligenarbeit ist eine der grössten Stützen unseres Gesellschaftssystems. Ohne Freiwilligenarbeit gäbe es zahlreiche bereichernde, helfende, kulturelle, sportliche und soziale Leistungen, sowohl in der ganzen Schweiz, wie auch in unserer Stadt Olten nicht.

Institutionen, Vereine und Gruppierungen die sich in Tausenden von Stunden freiwillig und ehrenamtlich für einen Mehrwert unserer Stadt einsetzen haben es verdient, dass sie durch die Stadt Olten teilweise oder vollständig unterstützt werden. In der Regel lösen die von der Öffentlichkeit gesprochenen Mittel ein Mehrfaches an Freiwilligen-Arbeit aus oder machen diese erst möglich.

In finanziell prosperierenden, aber auch in schwierigen Zeiten sollten der Stadtrat und die Verwaltung für die Beurteilung von Gesuchen um Unterstützung finanzieller, materieller oder logistischer Art auf ein Instrument für eine einheitliche und nachvollziehbare Sprechung von Beiträgen zurückgreifen können.

Dabei soll der Stadtrat auch aufzeigen, inwiefern er die Vereine, Gruppierungen und Institutionen unterstützen kann, damit sie vermehrt Eigenleistungen erbringen bzw. Mittel aus weiteren Quellen (Sponsoring, Unterstützungen durch Dritte) generieren können.

Die bestehenden Richtlinien und Reglement (z.B. 141.1 Richtlinien für die finanzielle Unterstützung von kulturellen Aktivitäten / 322 Reglement für die Benützung der Sportanlagen im Kleinholz / 321 Richtlinien über die finanziellen Belange der Jugendsportförderung / 713 Richtlinie betreffend das Sponsoring in der Stadt Olten, u.a.) streifen nur einen Teil der Beitrags-Sprechung und sind entsprechend zu erweitern.

Die Richtlinien sind dem Parlament zur Kenntnis zu bringen.

25.11.2013
Für Fraktion der SP Olten

Daniel Schneider



Interpellation

Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Olten

Die aktuelle Situation der Finanzen der Stadt Olten ist beunruhigend. Schwer nachvollziehbar ist die Tatsache, dass bei der Beratung des Budgets 2013 im November 2012 vom Stadtrat keine Warnungen bezüglich einer zu erwartenden Verschlechterung der Lage zu vernehmen waren und auf Fragen bezüglich Risiken und vermuteter zu optimistischer Beurteilung der Situation der juristischen Personen durchwegs beruhigende Antworten zu hören waren.

Neben der momentan notwendigen Schadensbegrenzung gilt es sicherzustellen, dass zukünftig schwerwiegende Fehleinschätzungen vermieden werden. In diesem Zusammenhang stellt die SP-Fraktion die folgenden konkreten Fragen:

1. Auf welchen konkreten Informationen erwartete der Stadtrat zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2013 einen Steuerertrag der juristischen Personen von 42Mio Franken. Diesobwohl die Rechnung 2011, die im Juni 2012 genehmigt wurde, lediglich rund 33Mio Franken Ertrag auswies und die finanzielle Situation der grössten Steuerzahler bereits bekannt war?
2. Welche Informationen hatte der Stadtrat, die ihn zu einer derart optimistischen Einschätzung veranlassten, die nicht allgemein bekannt waren?
3. Aufgrund welcher konkreten Informationen hat sich die Einschätzung des Stadtrates zwischen der Budgetberatung im November 2012 und dem Neujahrs- Apéro am 2.1.2013 (Ansprache des Stadtpräsidenten) derart massiv verändert?
4. Durch wen wurde die Prognose der zu erwartenden Steuererträge für das Budget 2013 erstellt?
5. Wie war der Gesamtstadtrat in die Budgetplanung und insbesondere die Beurteilung der Prognose für die Steuerbeträge miteinbezogen?
6. Durch wen wurde die Prognose der zu erwartenden Steuererträge für das Budget 2013 überprüft und genehmigt?
7. Gab es eine unabhängige Ueberprüfung der Prognose der zu erwartenden Steuererträge für das Budget 2013?
8. Welche Massnahmen hat der Stadtrat inzwischen ergriffen um das Risiko von schwerwiegenden Fehlprognosen der Steuererträge zukünftig zu reduzieren?
9. Plant der Stadtrat weitere Massnahmen?

25.11.2013
Für Fraktion der SP Olten
Daniel Schneider, Rudolf Moor, Dieter Ulrich

Erstunterzeichner: Rudolf Moor

Gemeindeparlament der Stadt Olten
27. November 2013

Postulat Fraktion Grüne

Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit I: 18- bis 25-jährige junge Erwachsene

Der Stadtrat wird ersucht, Massnahmen auszuarbeiten und gegebenenfalls dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen, welche die folgenden beiden Ziele verfolgen:

- a) Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren mit Wohnsitz in der Stadt Olten, welche keine nachobligatorische Ausbildung abgeschlossen haben bzw. aktuell absolvieren, werden aktiv darin unterstützt, dass sie nicht in die Sozialhilfeabhängigkeit geraten.
- b) Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, welche aktuell Sozialhilfe beziehen und nicht in Ausbildung stehen, schaffen dank zielgruppenspezifischen Massnahmen möglichst schnell den Ausstieg aus der Sozialhilfe.

Begründung:

Am 5. September 2013 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS den Bericht „Sozialhilfebezug in Olten – Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren“ vorgelegt, den die Einwohnergemeinde Olten in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht hält in seinem Fazit fest, dass die Sozialregion Olten ihre Sozialhilfequote nicht beliebig beeinflussen könne. Gleichwohl sind fünf Handlungsfelder auszumachen, in welchen eine Gemeinde wie die Stadt Olten durchaus Möglichkeiten hat, auf das Ausmass und die Entstehung von Sozialhilfeabhängigkeit Einfluss zu nehmen. Zu diesen Handlungsfeldern empfiehlt der Bericht spezifische Massnahmen und merkt an, dass sie nicht von der Sozialhilfe allein umgesetzt werden können.

Die **erste Empfehlung** des Berichts handelt von möglichen **Massnahmen mit Fokus auf junge Erwachsene (18- bis 25-Jährige)**, insbesondere auf jene ohne nachobligatorischen Ausbildungsabschluss. Zitat aus dem Bericht (S. 69):

„Insbesondere scheint es wichtig, dass Angebote bestehen, welche die Jungen Erwachsenen beim Übergang von der Schule in eine nachobligatorische Ausbildung und danach in eine Erwerbsarbeit unterstützen, denn die Bewältigung dieses Übergangs bestimmt in erheblichem Masse ihre Chancen im späteren Leben. Der Anteil Schweizer/innen ist unter den jungen Erwachsenen höher als unter den Sozialhilfebeziehenden insgesamt.“

Eine spezifische Risikogruppe sind allerdings ausländische junge Erwachsene, welche erst nach ihrer Schulzeit in die Schweiz gezogen sind; sie sind in den Städten übervertreten. Für diese Gruppe braucht es besondere Integrationsmassnahmen, um ein Sozialhilferisiko zu vermeiden.

Das vorliegende Postulat hat ausdrücklich zum Ziel, die Möglichkeiten auszuschöpfen, welche die Einwohnergemeinde Olten selbst ergreifen kann und welche demnach von ihren Behörden (nicht von jener der Sozialregion) zu verantworten sind.

F. Göttsche
U. Neuenchwander
[Signature]

Rele Hartmann

Gemeindeparlament der Stadt Olten
27. November 2013

Postulat Fraktion Grüne

Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit II: Alleinerziehende und ihre Kinder

Der Stadtrat wird ersucht, Massnahmen auszuarbeiten und gegebenenfalls dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen, welche die folgenden beiden Ziele verfolgen:

- a) Alleinerziehende und ihre Kinder mit Wohnsitz in der Stadt Olten werden aktiv darin unterstützt, dass sie nicht in die Sozialhilfeabhängigkeit geraten.
- b) Alleinerziehende und ihre Kinder, welche aktuell Sozialhilfe beziehen, schaffen dank zielgruppenspezifischen Massnahmen möglichst schnell den Ausstieg aus der Sozialhilfe.

Begründung:

Am 5. September 2013 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS den Bericht „Sozialhilfebezug in Olten – Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren“ vorgelegt, den die Einwohnergemeinde Olten in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht hält in seinem Fazit fest, dass die Sozialregion Olten ihre Sozialhilfequote nicht beliebig beeinflussen könne. Gleichwohl sind fünf Handlungsfelder auszumachen, in welchen eine Gemeinde wie die Stadt Olten durchaus Möglichkeiten hat, auf das Ausmass und die Entstehung von Sozialhilfeabhängigkeit Einfluss zu nehmen. Zu diesen Handlungsfeldern empfiehlt der Bericht spezifische Massnahmen und merkt an, dass sie nicht von der Sozialhilfe allein umgesetzt werden können.

Die **zweite Empfehlung** des Berichts handelt von möglichen **Unterstützungsangeboten für Alleinerziehende und gute Startchancen für Kinder**. Sie haben bisher eine auffallend hohe notwendige Unterstützungsquote. In Olten ist nur ein Fünftel der Alleinerziehenden erwerbstätig: Dieser Anteil ist in anderen Regionen deutlich höher. Zitat aus dem Bericht (S. 69):

Es wird betont, „dass es unter den Alleinerziehenden einen beachtlichen Anteil an Personen gibt, für die aufgrund der Qualifikationen und der Arbeitsmotivation die Ausübung einer Erwerbsarbeit unproblematisch erscheint, dass diese aber oft an ungenügenden Unterstützungsangeboten für Alleinerziehende (zum Beispiel bei der Kinderbetreuung) scheitert. Für subventionierte Kindertagesstätten existieren in Olten lange Wartelisten. Bei der Oltech GmbH können Integrationsprogramme zwar grundsätzlich auch mit einem Teilzeitpensum besucht werden, jedoch bestehen keine Programme, in denen eine Kinderbetreuung integriert ist.“

Der Bericht betont ausserdem, dass es sich bei Nachholausbildungen spezifisch für Alleinerziehende mit hoher Wahrscheinlichkeit um lohnende Investitionen handelt.

Das vorliegende Postulat hat ausdrücklich zum Ziel, die Möglichkeiten auszuschöpfen, welche die Einwohnergemeinde Olten selbst ergreifen kann und welche demnach von ihren Behörden (nicht von jener der Sozialregion) zu verantworten sind.

F. F. F. F.
U. Meerschmann

Reate Hasspode

Am...
A...

Gemeindeparlament der Stadt Olten
27. November 2013

Postulat Fraktion Grüne

Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit III: Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene

Der Stadtrat wird ersucht, Massnahmen auszuarbeiten und gegebenenfalls dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen, welche das folgende Ziel verfolgen:

Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, welche Wohnsitz in der Stadt Olten nehmen, werden möglichst schnell und nachhaltig so integriert, dass sie ein ökonomisch eigenständiges Leben führen können.

Begründung:

Am 5. September 2013 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS den Bericht „Sozialhilfebezug in Olten – Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren“ vorgelegt, den die Einwohnergemeinde Olten in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht hält in seinem Fazit fest, dass die Sozialregion Olten ihre Sozialhilfequote nicht beliebig beeinflussen könne. Gleichwohl sind fünf Handlungsfelder auszumachen, in welchen eine Gemeinde wie die Stadt Olten durchaus Möglichkeiten hat, auf das Ausmass und die Entstehung von Sozialhilfeabhängigkeit Einfluss zu nehmen. Zu diesen Handlungsfeldern empfiehlt der Bericht spezifische Massnahmen und merkt an, dass sie nicht von der Sozialhilfe allein umgesetzt werden können.

Die **dritte Empfehlung** des Berichts handelt von möglichen **Massnahmen mit Fokus auf Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene**. Der Bericht weist auf die Erfahrung hin, dass sich diese Menschen überproportional oft für Olten entscheiden, sei es ... (Zitat aus dem Bericht S. 70):

„... weil sie sobald sie den Wohnort innerhalb des Kantons wählen können, diesen in die urbaneren Gemeinden verlegen oder weil sie als nicht-arbeitslose anerkannte Flüchtlinge aufgrund der knappen Wohnverhältnisse in den grossen Städten der Schweiz auf die Region Olten – mit guten Verkehrsanbindungen und verfügbarem und erschwinglichem Wohnraum – ausweichen.“

Der Bericht verweist auf die hohe Bedeutung des präventiven Handelns hin, denn die finanzielle Zuständigkeit für diese Bevölkerungsgruppe geht nach fünf bzw. sieben Jahren vom Bund auf die Gemeinden über. Wirkungsvoll seien ein gezieltes und grösseres Beratungsangebot sowie die aktive Vermeidung von Benachteiligungen bei Ausbildungs- und Arbeitschancen.

Das vorliegende Postulat hat ausdrücklich zum Ziel, die Möglichkeiten auszuschöpfen, welche die Einwohnergemeinde Olten selbst ergreifen kann und welche demnach von ihren Behörden (nicht von jener der Sozialregion) zu verantworten sind.

F. Hestler
U. Hürschwanger

Reate Hüssli

Amalje

H. H.

Gemeindeparlament der Stadt Olten
27. November 2013

Interpellation Fraktion Grüne

Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit IV: Drehtüreffekt vermindern

Am 5. September 2013 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS den Bericht „Sozialhilfebezug in Olten – Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren“ vorgelegt, den die Einwohnergemeinde Olten in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht hält in seinem Fazit fest, dass die Sozialregion Olten ihre Sozialhilfequote nicht beliebig beeinflussen könne. Gleichwohl sind fünf Handlungsfelder auszumachen, in welchen Möglichkeiten bestehen, das Ausmass von Sozialhilfeabhängigkeit zu beeinflussen.

Die vierte Empfehlung des Berichts handelt von möglichen **Massnahmen zur Vermeidung der Drehtüreffekte** bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Zitat aus dem Bericht (S. 70):

„Die Arbeitsmarktdaten zeigen, dass es in Olten einen vergleichsweise hohen Anteil an gemeldeten nicht-arbeitslosen Stellensuchenden gibt. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt scheint für diese nach einem Zwischenverdienst nur teilweise zu gelingen, was ein Hinweis auf gewisse Drehtüreffekte ist. (...) Solche sind möglichst zu vermeiden, weil inadäquate Hilfen für die Betroffenen schnell demotivierend wirken können oder auch resignative Tendenzen fördern.“

Das Ziel ist damit gesetzt: Für Sozialhilfebeziehende, welche in den Arbeitsmarkt integriert werden können, sollen dank adäquater Begleitung und Vermittlung möglichst keine Drehtüreffekte produziert werden. Handlungsebene für mögliche Massnahmen scheint uns die Sozialregion zu sein.

Vor diesem Hintergrund ersuchen wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden **Fragen**:

1. Wie viele nicht-arbeitslose, stellensuchende Sozialhilfebeziehende hat die Sozialregion Olten (zu einem Stichdatum kurz vor Beantwortung dieser Interpellation)?
2. Wie viele von ihnen sind zum zweiten oder wiederholten Mal in unserer Sozialregion von Sozialhilfe abhängig?
Falls die Daten dazu nicht vorliegen: Was unternimmt die Sozialregion, um künftig dazu Daten und Kenntnisse zu haben?
3. Was unternimmt die Sozialregion spezifisch für diese Zielgruppe (d.h. über die sonstigen Massnahmen der Erwerbsintegration hinaus) zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt und zur Verminderung von „Drehtüreffkten“?
4. Der Bericht des Büros BASS empfiehlt den Austausch unter den Sozialbehörden zu den Erfahrungen, wie der Drehtüreffekt vermieden werden kann. Was tut die Sozialregion Olten diesbezüglich bisher? Mit welchen Ergebnissen? Was plant sie darüber hinaus zu tun?
5. Was unternimmt die Sozialregion, um Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dafür zu gewinnen, Arbeitsplätze für Menschen anzubieten, die arbeitsfähig sind, aber aufgrund ihrer Kompetenzen und Lebenslagen insgesamt kaum Wahlmöglichkeiten im freien Markt haben?
6. Was unternimmt die Sozialregion, um Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, welche Arbeitsmöglichkeiten im Sinne von Frage 5 anbieten bzw. neu schaffen, regelmässig zu beraten und zu vernetzen?

Begründungen: Im Vorstosstext enthalten

Beate Hasspode
Andreas...
...
F. ...
H. ...

Gemeindeparlament der Stadt Olten
27. November 2013

Interpellation Fraktion Grüne

Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit V: langjährige Sozialhilfebeziehende

Am 5. September 2013 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS den Bericht „Sozialhilfebezug in Olten – Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren“ vorgelegt, den die Einwohnergemeinde Olten in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht hält in seinem Fazit fest, dass die Sozialregion Olten ihre Sozialhilfequote nicht beliebig beeinflussen könne. Gleichwohl sind fünf Handlungsfelder auszumachen, in welchen Möglichkeiten bestehen, das Ausmass von Sozialhilfeabhängigkeit zu beeinflussen.

Die **fünfte Empfehlung** des Berichts handelt von möglichen **Lösungen für langjährige Sozialhilfebeziehende**. Diese sind in der Region Olten anteilmässig zahlreicher als andernorts. Unter ihnen gibt es einen überproportional hohen Anteil an Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, auch Suchtproblematiken. Zitat aus dem Bericht (S. 70):

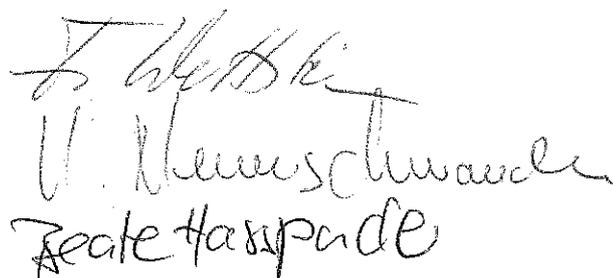
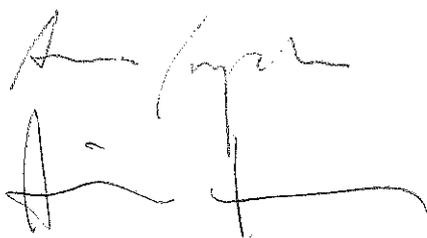
„Für Personen mit Leistungsbeeinträchtigungen bieten die gängigen Angebote zur Integration eventuell nicht die gleichen Erfolge wie für gesunde Personen. Sie können oft nicht einfach aus der Sozialhilfe abgelöst werden. Vielmehr liegt die Herausforderung in der Suche nach Möglichkeiten, um auch ihnen sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen.“

Das Ziel ist damit gesetzt: Sozialhilfebeziehende, welche bereits über längere Zeit auf Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sind, sollen sinnstiftende Tätigkeiten ausüben können und ihre Chancen auf ökonomische Eigenständigkeit erhöhen können. Handlungsebene für mögliche Massnahmen scheint uns die Sozialregion zu sein.

Vor diesem Hintergrund ersuchen wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden **Fragen**:

1. Wie viele Erwachsene, die nicht in Ausbildung stehen und seit 4 Jahren oder mehr Sozialhilfe beziehen, hat die Sozialregion Olten (zu einem Stichdatum kurz vor Beantwortung dieser Interpellation)?
2. Was unternimmt die Sozialregion spezifisch für diese Zielgruppe (d.h. über die sonstigen Massnahmen der Erwerbsintegration hinaus) zur Vermittlung von sinnstiftenden Tätigkeiten und mittelbar für Wege in die finanzielle Eigenständigkeit?
3. Von welchen erfolgreichen Beispielen einer Ablösung aus der Sozialhilfe nach einer langen Dauer kann die Sozialregion berichten (selbstverständlich anonymisiert)?
4. Was sind die Erfolgsfaktoren hinter den gelungenen Beispielen gemäss Frage 3? Welche dieser Faktoren liegen im Einflussbereich der Sozialbehörden?
5. Wie pflegt die Sozialregion Olten den Austausch mit anderen Sozialbehörden zu den Erfahrungen, wie es gelingt, Menschen nach lange dauernder Sozialhilfe abzulösen? Was sind bisherige Erkenntnisse und Ergebnisse dieses Austauschs für die Sozialregion Olten? Was plant sie darüber hinaus zu tun?

Begründungen: Im Vorstosstext enthalten



AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 21

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 7. November 2013 demissioniert Daniel Dähler (FDP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per sofort.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Daniel Dähler (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Daniel Dähler (FDP) genehmigt.

Mitteilung:
Herrn Daniel Dähler, Wiesenstrasse 7, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 22

Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern und Vereidigung von Thomas Frey

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Daniel Dähler ist ein Sitz der Freisinnig-demokratischen Partei und durch den Rücktritt von Lukas Derendinger ein Sitz der Sozialdemokratischen Partei frei geworden. Markus Wyss (FDP) und Paul Dilitz (SP) haben sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Dieter Ulrich begrüsst Paul Dilitz, Thomas Frey und Markus Wyss. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Paul Dilitz, Thomas Frey und Markus Wyss legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Herrn Paul Dilitz, Riggerbachstrasse 56, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Herrn Thomas Frey, Florastrasse 68, 4600 Olten

Herrn Markus Wyss, Hausmattrain 46, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Stadtpräsidium

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 23

Dringlicher Vorschlag Andreas Dobay und Mitunterzeichnende betr. Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit/Frage der Dringlichkeit

Andreas Dobay, Motionär: Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass die Schliessung des Schwimmbads droht, da die Finanzierung nicht mehr gewährleistet ist. Deshalb muss es in das Budget, das verabschiedet wird, genommen werden.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit.

Beschluss

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner
Finanzkontrolle
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 24

Dringliche Motion Gert Winter (SVP): Einführung wirksamer Kontrollmechanismen in der Oltner Sozialregion/Frage der Dringlichkeit

Gert Winter: Ich kann mich nicht ganz so kurz wie der Vorredner fassen, aber ich werde auch versuchen, mich wirklich auf die Dringlichkeit zu beschränken. Um die Verhältnisse in der Sozialregion Olten zu charakterisieren, würde ich in der Aussenwahrnehmung von einer schwelenden Vertrauenskrise reden. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an den einen oder anderen parlamentarischen Vorstoss in den letzten Jahren, begleitet von jeweils ebenso ausschweifenden wie unergiebigem Debatten. Meiner Meinung nach wäre es, nachdem seit der Gründung der Sozialregion bereits mehrere Jahre verstrichen sind, gelegentlich an der Zeit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Vertrauen auf ein ordnungsgemässes Funktionieren der Sozialregion auch bei den Parlamentsmitgliedern entwickeln kann, bei denen nicht schon die Parteizugehörigkeit von Peter Schafer als ausreichende Vertrauensbasis genügt. Die blosser Parteizugehörigkeit ist im Übrigen angesichts des Missbrauchspotenzials grundsätzlich keine tragfähige Basis, unabhängig von der Person. Doch nun zur eigentlichen Frage: Wie entsteht denn eigentlich Vertrauen? In einem Rechtsstaat entsteht es durch die Schaffung von Transparenz und zwar nicht nur in der Buchhaltung, sondern – das ist unsere Forderung – auch auf Dossierebene. Eigentlich müsste dies jeder gute Sozialist bereits von Haus auf wissen. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Diese müssten wir eigentlich schon längst haben und zwar nicht nur in Form einer fernen kantonalen Finanzkontrolle, die vom Gemeinde- oder Stadtrat der Stadt Olten wohl keine Prüfungsaufträge entgegen nimmt. Ein weiterer Aspekt, der meiner Meinung nach auch zur Bejahung der Dringlichkeit führen müsste, liegt in der tendenziell rasanten Zunahme der Sozialkosten. Diese Kostenentwicklung kann sich die Stadt Olten vor allem auch politisch nicht leisten. Das Vertrauen fehlt nämlich nicht nur bei den politischen Gegnern im Gemeinderat, sondern zunehmend auch ausserhalb der Sozialregion Olten. Hier droht Olten die teilweise Aufkündigung der Solidarität. Sollte, wie es anscheinend angestrebt wird, tatsächlich ein Selbstbehalt für überdurchschnittlich hohe Sozialkosten eingeführt werden, kämen auf Olten zusätzliche Kosten in Millionenhöhe zu. Spätestens dann dürfte sich die in Olten so beliebte Vorstellung, es handle sich bei unseren Sozialkosten um ein Problem der anderen, als Illusion erweisen. In diesem Sinne möchte ich Sie ermuntern, die Dringlichkeit zu bejahen, damit das legitime Interesse nach Transparenz in der Sozialregion unter Wahrung des Amtsgeheimnisses und des Datenschutzes endlich einmal realisiert werden kann.

Stadtrat Peter Schafer: Der Stadtrat stimmt der Dringlichkeit zu.

Felix Wettstein: Die Grüne Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Wenn man dieses Ziel materiell unterstützen will, das mit diesem Vorstoss aufgeworfen ist, kommen wir zum Schluss, dass es qualitativ besser heraus kommt, wenn wir es auf den ordentlichen Weg schicken. So wie jetzt, innert eines Tages, kann man nicht wirklich die Entscheidungen vorbereitet haben, die es für eine seriöse Zustimmung oder Ablehnung braucht.

Roland Rudolf von Rohr: Die Fraktion CVP/EVP/GLP stimmt der Dringlichkeit zu und zwar aus dem Grund, weil der Sozialbericht, der unter Traktandum 7 ja behandelt wird, für uns sehr viele offene Fragen hat, vor allem bezüglich Fallkosten. Währenddem die Sozialquote dort recht gut erklärt ist, haben wir immer noch viele offene Fragen zu den Fallkosten und wir können uns vorstellen, dass diese Motion einiges dazu beitragen könnte. Deshalb sind wir für die Dringlichkeit.

Daniel Schneider: Die SP lehnt die Dringlichkeit ab. Die Aufgaben, die Gert Winter fordert, erfüllt der Kanton bereits.

Beschluss

Mit 26 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 25

Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung/Wahl

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

An seiner Sitzung vom 26. September 2013 hat das Gemeindeparlament auf Antrag des Stadtrates einstimmig entschieden, für die Totalrevision der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten eine Spezialkommission mit 14 Mitgliedern (3 Stadtratsmitglieder und 11 Parteienvertreter sowie Stadtschreiber und Rechtskonsulent als Beisitzer) einzusetzen. Die Parteien wurden aufgefordert, ihre Kandidierenden für den Einsitz in der Spezialkommission bis 31. Oktober 2013 der Stadtkanzlei zu melden.

Folgende Nominierungen von Parteienvertretern sind bei der Stadtkanzlei eingegangen:

SP (3 Sitze):

Ursula Ulrich, Riggenschtrasse 60
Tabitha Germann, Adam-Zeltner-Weg 1
Luc Nünlist, Rosengasse 8

FDP (3 Sitze):

Simone Sager, Wilerweg 32
Thomas Rauch, Platanen 56
Daniel Vögeli, Hornusserstrasse 4

CVP (2 Sitze):

Marlène Wälchli Schaffner, Höhenstr. Ost 56
Muriel Jeisy-Strub, Martin-Disteli-Strasse 59

SVP (2 Sitze):

Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83
Ramon Christen, Bahnhofquai 2

Grüne (1 Sitz):

Markus B. Meyer, Krummackerweg 23

Der **Stadtrat** hat folgende drei Mitglieder in die Spezialkommission delegiert:

Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektor
Benvenuto Savoldelli, Stadtrat Finanzen und Informatik

Beschlussesantrag:

1. Folgende Mitglieder werden in die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung gewählt:

SP (3 Sitze):

Ursula Ulrich, Riggbachstrasse 60
Tabitha Germann, Adam-Zeltner-Weg 1
Luc Nünlist, Rosengasse 8

FDP (3 Sitze):

Simone Sager, Wilerweg 32
Thomas Rauch, Platanen 56
Daniel Vögeli, Hornusserstrasse 4

CVP (2 Sitze):

Marlène Wälchli Schaffner, Höhenstr. Ost 56
Muriel Jeisy-Strub, Martin-Disteli-Strasse 59

SVP (2 Sitze):

Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83
Ramon Christen, Bahnhofquai 2

Grüne (1 Sitze):

Markus B. Meyer, Krummackerweg 23

Stadtrat:

Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektor
Benvenuto Savoldelli, Stadtrat Finanzen und Informatik

2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Folgende Mitglieder werden in die **Spezialkommission Totalrevision** Gemeindeordnung gewählt:

SP (3 Sitze):

Ursula Ulrich, Riggbachstrasse 60
Tabitha Germann, Adam-Zeltner-Weg 1
Luc Nünlist, Rosengasse 8

FDP (3 Sitze):

Simone Sager, Wilerweg 32
Thomas Rauch, Platanen 56
Daniel Vögeli, Hornusserstrasse 4

CVP (2 Sitze):

Marlène Wälchli Schaffner, Höhenstr. Ost 56
Muriel Jeisy-Strub, Martin-Disteli-Strasse 59

SVP (2 Sitze):

Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83
Ramon Christen, Bahnhofquai 2

Grüne (1 Sitze):

Markus B. Meyer, Krummackerweg 23

Stadtrat:

Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektor
Benvenuto Savoldelli, Stadtrat Finanzen und Informatik

2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 26

Regierungsprogramm 2013-2017/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit folgende Vorlage betreffend Regierungsprogramm 2013-2017 zur Kenntnis:

1. Ausgangslage

1.1 Auftrag gemäss Gemeindeordnung

Gemäss dem in Art. 41 der Gemeindeordnung formulierten Auftrag hat der Stadtrat jeweils zu Beginn der Amtsperioden Richtlinien zur Gemeindepolitik vorzulegen. Auf diesen basieren wiederum die Jahresprogramme der Exekutive, welche die im jeweiligen Jahr verfolgten Teilziele und Massnahmen definieren.

1.2 Regierungsprogramm 2009 bis 2013: Im Team für Olten – heute und morgen

Die Bilanz zu den Legislaturzielen 2009 bis 2013 lässt sich sehen. Hier die wesentlichen Ergebnisse im Überblick, aufgeteilt in die drei Kategorien **realisiert** – **initialisiert** – **in Arbeit**.

Leitziel	Legislaturziel	Umsetzung
Olten ist der attraktive „Marktplatz“ für die Region und der zentrale Standort für Dienstleistungen für die ganze Schweiz.	Attraktivierung Aareraum	Ländliweg als erstes Modul (in Planung)
	Verkehrsberuhigung Innenstadt	Neue Kirchdäse, Einführung neues Verkehrsregime (Bereichszone, Tempo 30) dank Öffnung ERO (Gemeindebeitrag)
	Attraktivierung Hauptbahnhof und Umgebung	Ausbau Marbr-Diesel-Untertunnelung durch SBB Neukonzeption Bahnhofplatz: Testplanung erfolgt, Masterplan in Arbeit Neubau Zugänge Ostseite und unterirdische Verkehrsallee
	Erreichung Baureife Areal Bahnhof Nord und Olten SüdWest	Olten SüdWest: Baugenehmigungsverfahren für erste Etappe Bahnhof Nord: Gestaltungsplanverfahren
	Attraktivierung Angebot und Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport	Eröffnung Neubauplanung (Gemeindebeitrag) Umsetzung geleitete Schulen, Integrativer Unterricht und Sek-I-Reform Schulraumplanung abgeschlossen, Schulhaus-Neubau im Kleinholz (in Vorbereitung) Wettbewerb Museensanierung (in Vorbereitung) Optimierung der Sportförderung (Bewirtschaftung der Anlagen und Unterstützung der Vereine) Sanierung Eissportanlagen (läuft)
	Klärung von Fragestellungen zur Stadtlandschaft	Hochhausstudie durchgeführt, Räumliche Entwicklungsstrategie in Olten Ost (in Vorbereitung)

Olten als Stadt im Grünen ist der Standort im zentralen Mittelland für städtisches Wohnen zu fairen Preisen.	Intensivierung (Wohn-)Marketing	Neues Wohnmarketing-Kampagne, koordiniert mit vom Stadtrat genehmigter Wohnpolitik Konzentration und Koordination der Marketingorganisationen
	Attraktive Fussgänger- und Veloverbindungen	Fussgänger- und Velobrücke über Einrahn Olten SüdWest
	Weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs	Erschliessung Neubaugebiet Bärnfeld
	Steigerung Energieeffizienz	Sanierung Salschulhaus und Krematorium Sanierung Stadthaus (in Vorbereitung) Aktive Förderung von Privaten (Energieberatung, Aktionen etc.) Energieplanung auf Stadtgebiet
	Sicherung und Aufwertung der Naturräume	Umsetzung Naturkonzept läuft Aktualisierung Naturinventar
Olten ist die treibende Kraft im regionalen Wirtschafts- und Lebensraum.	Optimierung Organisation Stadtentwicklung	Stabsabteilung mit Integration und Umwelt/Energie/Mobilität
	Fusion mit Nachbargemeinden	
	Synergienutzungen mit Regionsgemeinden	Zusammenschluss Zivilschutz Region Olten und Region Unterer Hauenstein (in Arbeit)
	Ausbau Zusammenarbeit im AareLand	Neuorganisation auf Basis Regionalplanungsorganisationen und mit Beteiligung der Kantone
	Sicherung des finanziellen Handlungsspielraums	Wohnpolitik für Ansiedlung natürlicher Personen Ansiedlungsunterstützung und Bestandespflege bei ausländischen Personen Steuersenkung von 100 auf 95% (JP und NP) Reduktion Ausgabenwachstum Überschüsse in laufender Rechnung 2009/10
Olten ist Vorbild bezüglich Sicherheit, Solidarität und Mitwirkung	Sichere Stadtverbindungen für den Langsamverkehr	Variantenstudien für Sanierung der Winkelunterführung, Volksinitiative Fussgängerstreifen über Aarburgerstrasse beim Kanton in Prüfung
	Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum	Einbezug der Ergebnisse der Studie Sicherheit in Olten bei Sanierungsvorhaben (z.B. Bahnhof Ost, Sanierung Reizmattwege) Neuorganisation Stadtpolizei und bessere Einbettung in kantonale Sicherheitsstruktur Schaffung Quaderpolizei
	Mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum Förderung des Gemeinschaftsgefühls in der Oltnen Bevölkerung durch Mitwirkungsangebote, verstärkte Kommunikation und Events	Anti-Littering-Kampagnen Mitwirkungsangebote (Olten OS, Innenstadt) Unterstützt durch Kommunikationsmassnahmen (Infomobil, Blog, Social Media im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten) Teilnahme am e-youth-Projekt des Kantons Neuerrichtung Bundesfeier, Kirchgaschenfeier
	Verbesserung Kundenservice der Stadtverwaltung	Ausbau Online-Service (Redesign Olten) E-bürgerliche Zahlung, Weisung und Johangebote Infos Nr. neue Oltnen/innen (och)AKT.net Einführung von E-Verfahren

	Sozialer Ausgleich durch Integration	Information und Beratung durch definitiv geschaffene Integrationsstelle, Integrationsangebote für Kinder und Jugendliche ab Vorschulalter bis Lehrstellenvermittlung, Sprachkurse etc.
	Förderung rechte Aareseite	Weiterführung Projekt urban (2. Phase des Bundesprogramms), Definition Strategie, Unterstützung Begegnungszentrum

2. Erwägungen

Angesichts des breiten Fächers der im Leitbild aufgezeigten Zielsetzungen und der grossen finanzpolitischen Herausforderungen definierte der Stadtrat im März 2013 strategische Stossrichtungen unter dem Motto „Olten setzt auf qualitatives Wachstum“ – eine Fokussierung und Konkretisierung für die zwei weiteren Amtsperioden von 2013 bis 2021 innerhalb der Geltungsdauer des aktuellen Leitbildes.

Die **Positionierung 2021** der Stadt Olten lautet gemäss diesen Stossrichtungen:

Olten 2021 ist

- **das urbane Zentrum für Wohnen und Arbeiten zwischen den grossen Zentren Zürich, Basel und Bern;**
- **der nachhaltige Wachstumsmotor und Impulsgeber des AareLands;**
- **der Sport- und Kulturstandort für die Region;**
- **der Einkaufsstandort mit vielfältigem Angebot und attraktivem Einkaufserlebnis.**

Aus dieser Positionierung heraus und auf der Basis weiterer Grundlagen wie beispielsweise der Bevölkerungs- und Firmenumfrage 2013 hat der Stadtrat folgende **generelle Zielsetzungen 2013 bis 2017** abgeleitet und unter das Motto „**Qualitätsvoll wachsen – Handlungsspielraum nutzen**“ gestellt:

Im Bereich Leben: Nachhaltige Förderung der Attraktivität

- Olten verfügt über eine attraktive Infrastruktur (Verkehr, Bildung, Sport, Kultur, Freizeit, Gesundheit etc.), welche den Standort Olten als regionale Zentrumsstadt für Wohnen und Arbeiten festigt.

Im Bereich Wohnen: Investition in qualitätsvolle Wohnstrategie

- Die Einwohnerzahl wächst bis 2017 um 1000 Personen dank einer qualitätsvollen Wohnstrategie bei tiefen Lebenskosten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Gewinnung neuer Einwohnender mit Haushalteinkommen über dem heutigen Oltnen Durchschnitt.

Im Bereich Arbeiten: Stellenwachstum im Zeichen der Qualität

- Die Zahl der Arbeitsplätze wächst bis 2017 um 1000 Vollzeitäquivalente dank gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Ein Schwerpunkt liegt auch auf Unternehmen mit gutem Steuerertrag.

Im Bereich Lenken: Agierende und aktivierende Politik und Verwaltung

- Oltens Politik und Verwaltung verfügen über effektive, effiziente und qualitätssichernde Strukturen und Prozesse im Dienste der Oltnen Wohnbevölkerung und Unternehmen.

Über die einzelnen Stossrichtungen und Massnahmen, wie diese Zielsetzungen erreicht werden sollen, den Zeithorizont, die Kostenfolgen sowie die Indikatoren, an welchen die Ergebnisse gemessen werden sollen, informiert das beiliegende Regierungsprogramm 2013-2017.

Beschlussesantrag:

Das Regierungsprogramm 2013-2017 des Stadtrates wird zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Roland Rudolf von Rohr: Die GPK hat das Regierungsprogramm zur Kenntnis genommen. Es hat einige Fragen gegeben, auch im Bewusstsein, dass es in der heutigen schwierigen Situation der Stadt Olten recht schwierig ist, ein Regierungsprogramm zu machen, das ja gegen aussen doch positiv wirken sollte. Das tut es auch. Für einige war es dann fast etwas zu offensiv, etwas ein Wunschprogramm. Aber man hat dies zur Kenntnis genommen und stimmt in diesem Sinne auch dem Antrag des Stadtrates zu. Die Fragen gingen vor allem um die Schätzungen der Steigerung der Einwohner, wie sie gemacht wurden. Stadtpräsident Martin Wey konnte sie beantworten, dass dies aufgrund der laufenden Entwicklung im Kleinholz und im Bornfeld durchaus so zu erwarten ist. Kritische Stimmen haben dort natürlich auch gesagt, ob dies dann tatsächlich so kommen könne, wer weiss es? Aber niemand weiss es eigentlich und deshalb muss ein Regierungsprogramm halt trotzdem positiv aussehen und das tut es. Die GPK hat in diesem Sinne von diesem Programm Kenntnis genommen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es gehört zur Tradition, dass sich die Regierung zu Beginn einer Amtsperiode ein Programm gibt, an das sie sich auch halten soll. Der neu gewählte Stadtrat hat dies in doch sehr sportlichen Verhältnissen dann auch geschafft bzw. ein solches Programm aufgesetzt. Wir wollten im Bericht und Antrag auch diejenigen Punkte aufführen, die wir vor vier Jahren als Ziel gesetzt haben. Ich denke, es ist auch wichtig, dass man sich, wenn man ein Regierungsprogramm aufstellt, auch Rechenschaft darüber abgibt, inwiefern diese Ziele erreicht werden konnten. Ich entschuldige mich für die zum Teil Nichtlesbarkeit. Die grünen Bereiche wurden erfüllt. Man kann sie leider nicht lesen. Aber sie sind erfüllt. Die roten sind eigentlich diejenigen, die noch nicht erfüllt sind. Sie kann man lesen. Es sind die Programmpunkte, die zum Teil dann auch wieder in das neue Regierungsprogramm Eingang gefunden haben. Es ist uns bewusst und der Sprecher der GPK hat es auch erwähnt, dass es schwierig war, anhand der aktuellen finanziellen Situation quasi ein Regierungsprogramm abzubilden, anhand der finanziellen Zahlen, die wir zu bieten haben. Von daher ist es aber für den Stadtrat wichtig, dass man sich Ziele setzt, dass man auch ganz klar an diesen Zielen arbeiten will und die Umsetzung dieser Ziele wird natürlich massgebend davon abhängen, ob diese Ressourcen zur Verfügung stehen. Sie müssen nicht nur in Geld zur Verfügung stehen, sondern hier sind auch Denkarbeit und entsprechende Ideen gefordert. Von daher sind wir überzeugt, dass wir hier sehr viele Ziele klar werden umsetzen können und andere, gestützt auf die finanzielle Situation, je nachdem etwas später. Ich bitte

Sie, den Zielen, die wir uns im Stadtrat gesetzt haben, zuzustimmen, uns während dieser Arbeit auch zu unterstützen. Danke.

Dr. David Wenger: Die SVP-Fraktion nimmt diese Regierungsziele kritisch zur Kenntnis. Vielleicht einfach zwei Bemerkungen: Der Stadtrat formuliert in seinem Regierungsprogramm 2013-2017 vier Ziele. Bei zwei Zielen geht es um das Wachstum von Olten. Der Stadtrat will, dass die Einwohnerzahl bis 2017 um 1'000 Personen wächst. Der Stadtrat will, dass es in Olten bis 2017 1'000 neue Stellen gibt. Ich frage den Stadtrat einfach, ob er diese Wachstumsziele formuliert hat, bevor er entschieden hat, dem Gemeinderat eine Steuererhöhung von 20 % zu beantragen. Wenn ja, frage ich mich, wieso er diese Ziele im Bericht nicht korrigiert hat. Wenn nein, frage ich mich, ob der Stadtrat jetzt jeden Realitätsbezug verloren hat. Ich denke, es ist sehr illusorisch zu meinen, man könne in Olten in den nächsten vier Jahren 1'000 neue Stellen schaffen, man könne 1'000 neue Einwohner nach Olten ziehen und gleichzeitig die Steuern um 20 % erhöhen. Das ist alles andere als die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes gefördert. Insofern sehr, sehr kritische Kenntnisnahme dieses Regierungsprogrammes durch die SVP-Fraktion.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Das aktuelle Regierungsprogramm finden wir sowohl inhaltlich als auch in der Darstellung im Grossen und Ganzen gut. Die Stossrichtung, die der Stadtrat ja schon beim letzten Programm 2009 eingeschlagen hat, wird mehrheitlich beibehalten. Das finden wir sinnvoll und gut. Wir haben seinerzeit bemängelt, dass hinten eine Spalte mit konkreten Massnahmen fehlt und haben uns gefreut, dass sie diesmal enthalten ist. Einzelne hätten es wahrscheinlich lieber gesehen, wenn das ganze Regierungsprogramm unter das Motto „Wir müssen sparen, alles andere ist sekundär“ gestellt worden wäre. Natürlich: Das Erreichen des einen oder anderen Zieles im Regierungsprogramm wird vielleicht auch Kostengründen länger dauern. Wir hoffen es zwar nicht. Aber es kann sein, dass das eine oder andere diesem Sparzwang zum Opfer fallen wird. Aber die Erkenntnis, dass die Reise vielleicht etwas länger dauert oder die eine oder andere Etappe dazu kommt, ist für uns kein Grund, vom Kurs abzuweichen. Unsere Regierung hat eine Vision formuliert, wo sie die Stadt in Zukunft sieht und sie wäre natürlich schlecht beraten, diese aus der momentanen Situation heraus einzustampfen. Es gibt ein paar Bereiche im Programm, bei denen die Grünen finden, es habe Lücken, zum Beispiel fehlt im Bereich Leben für uns das Naherholungsgebiet, die Natur und Landschaft ausserhalb des Siedlungsgebietes, Wald, Landwirtschaft, kantonale Naturschutzgebiete usw. Beim Bereich Wohnen fehlt uns die Natur im Siedlungsraum. Sie ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität. Dann hat unsere Umweltfachstelle ein fundiertes Naturkonzept mit den dazugehörigen Massnahmen ausgearbeitet. Der Stadtrat hat es abgesegnet. Aber das haben wir im Programm nirgends gefunden. Ausserdem haben wir letzthin eine Motion überwiesen, welche die Stadt beauftragt, eine ökologische Vorbildrolle bei der Bewirtschaftung der öffentlichen Grünflächen zu übernehmen. Davon hätten wir auch gerne etwas gelesen. Aber noch einmal: Alles in allem heissen wir dieses Regierungsprogramm gut und hoffen auf eine Politik, die konsequent auf die Erfüllung dieser Zielsetzungen hin arbeitet.

Daniel Probst: Die FDP-Fraktion nimmt dieses Programm zur Kenntnis, grossmehrheitlich sogar zustimmend. Was uns vor allem bei der Einleitung dieses Programms gefallen hat, ist die offene und selbstkritische oder auch kritische Haltung. Ich glaube, es ist eine wichtige Voraussetzung, dass man auch prüft, wo es vielleicht noch Sachen zu verbessern gibt. Ich kann mich erinnern, dass in den letzten Regierungsprogrammen alles sehr rosa und immer gut geklungen. Hier startet man jetzt auch einmal mit Sachen, bei denen man sagt: Hier können wir noch besser werden. Das hat uns vor allem auch in der Einleitung gefallen. Auch gefallen hat uns, was wir als umdenken beim Stadtrat deuten, dass man auf Qualität setzen möchte. Es ist noch nicht sehr lange her, dass man vor allem in der Quantität wachsen wollte. Thema Gemeindefusion. Ich glaube, hier hat ein Umdenken stattgefunden. Man hat gesagt, man wolle eigentlich auf Qualität setzen. Das finden wir auch die richtige Strategie und begrüssen dort das Umdenken des Stadtrates. Wenn man dann in die Massnahmen geht –

ich möchte nicht ins Detail gehen –sehen wir es aber dort mehr als ein rollendes Programm oder eine rollende Planung an. Wenn man es nämlich betrachtet und David Wenger hat es auch schon angesprochen, wenn man die Positionierungsqualität nimmt und gewisse Massnahmen betrachtet, ist es nicht immer sehr stringent. Es hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass das Regierungsprogramm sehr schnell gemacht werden musste. Dann sind gewisse andere Sachen gekommen und man konnte es nicht mehr überarbeiten. Dort erwarten wir oder es ist für uns selbstverständlich, dass man diese Positionierung nimmt und diese Massnahmen konsequent auch darauf ausrichtet, das heisst, dass man sich überlegt, was es heisst, wenn man in der Qualität wächst, was es bedeutet und welches die Faktoren sind, was dazu beiträgt und dies auch entsprechend angeht und umsetzt. Zusammenfassend finden wir aber, dass es ein gutes Regierungsprogramm, ein gutes Arbeitspapier ist, das weiterentwickelt werden muss. Deshalb nehmen wir dies zustimmend zur Kenntnis.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich auch mit dem Regierungsprogramm auseinandergesetzt und es hat in unserer Fraktion verschiedene Gefühle hervor gebracht. Einerseits hatten wir Freude, weil wir fanden, der Stadtrat hat eine Vision und es ist wichtig, dass man eine Vision hat, auch für eine Stadt, dass sie in Bewegung bleibt, dass es dynamisch ist, dass eine Entwicklung kommt und es sind auch viele gute Sachen enthalten. Andererseits hat es auch oft etwas Unruhe gegeben, weil wir fanden, wir hätten das Regierungsprogramm und die Botschaften mit dem Investitionsplan irgendwie nicht zusammen gebracht. Irgendwie sind wir den Eindruck nicht los geworden, dass es einfach etwas ein Wunschzettel ist. Es ist vielleicht auch mehr Alibi, wenn man dann zum Beispiel in der Botschaft sieht, dass auf der ersten Seite quasi steht, Schulraumplanung, der Schulneubau im Kleinholz ist initialisiert. Gleichzeitig ist es im Investitionsplan bis zum Jahr 2020 gestrichen. Oder das Gleiche auch mit dem Wettbewerb Museensanierung, wo man merkt, dass es eigentlich gar nicht möglich ist. Oder noch weitere Sachen, die wir hatten und wo wir gemerkt haben: Ja, man wirbt zum Beispiel im Regierungsprogramm mit dem Hallenbad. Gleichzeitig will man es aber streichen. Das haben wir irgendwie nicht zusammengebracht und haben gemerkt: Ja gut, was machen wir mit dem Regierungsprogramm? Es gab ein Hin und Her und es hat dann eine knappe Mehrheit gefunden. Wir nehmen es nicht zur Kenntnis.

Luc Nünlist: Die Fraktion SP/Junge SP Olten nimmt dieses Programm zur Kenntnis und findet es mehrheitlich auch gut. Es ist gut, für die nächsten vier Jahre Visionen zu haben. Es ist gut, dort nicht schon allzu sehr abzuspecken. Es ist schön, wenn man ein Programm hat und wir bewerten dies durchaus positiv. Diese Stossrichtungen, dieser Massnahmenkatalog, den der Stadtrat in den vier Bereichen, in denen sich die Stadt Olten verbessern will, anführt. Vielleicht nur ein, zwei Sachen, die dort etwas aufgefallen sind. Mir scheint, bei einem Rückblick muss man unbedingt genau sein. Es sind dort Sachen realisiert wie zum Beispiel die Velohalle Bahnhof Ost. Sie steht noch nicht. Dort ist noch kein Velo hinein gefahren. Das ist noch nicht realisiert. Das trägt noch nicht zur Attraktivität der Stadt Olten bei. Aber dies vielleicht ein Detail. Grundsätzlich will die Stadt Olten mehr Einwohner haben. Es wird im Regierungsprogramm auch klar gesagt, welche Einwohner wir uns wünschen. Das sind Baby-Boomer-Generationen, ältere Personen, Mitarbeitende von wissensbasierten Dienstleistungen. An einem anderen Ort, an dem eigentlich die ganzen Ziele und Probleme der Stadt Olten aufgelistet werden, erwähnt der Stadtrat aus dieser Firmen- und Bevölkerungsumfrage, dass es schwierig ist, die jungen Leute in Olten zu behalten, nachdem sie eine Familie gründen. Olten sei für junge Leute attraktiv. Aber sobald sie eine Familie gegründet haben, gehen sie weg. Vielleicht dies nur als Anstoss. Man sollte sich nicht nur auf die Baby-Boomer-Generationen konzentrieren und warten, bis sie anderswo eine Familie gegründet haben. Ansonsten finden wir vor allem den Massnahmenplan wichtig und auch schön, dass dort Termine angeführt sind, wann diese konkret realisiert werden sollen. Zuweilen ist vielleicht der Termin etwas mutlos. Ob es jetzt wirklich bis 2017 gehen muss, bis ein Entscheid zu einem Parkleitsystem gefällt ist, weiss ich nicht. Aber wir nehmen dieses Programm sicher wohlwollend zur Kenntnis.

Beschluss

Mit 41 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Das Regierungsprogramm 2013-2017 des Stadtrates wird zur Kenntnis genommen.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 27

Finanz- und Investitionsplan 2014 - 2020

Aufgrund der massiven Steuerausfälle bei den juristischen Person hat der Stadtrat gegenüber dem letzten Finanz- und Investitionsplan die Nettoinvestitionen erheblich reduziert. Wichtig ist dem Stadtrat, dass trotz der im Moment schwierigen Finanzsituation der Stadt Olten Investitionen, welche eine wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt begünstigen, nicht vollkommen zum Stillstand kommen. Zudem sollen Investitionen in den Werterhalt für eine funktionierende Infrastruktur sorgen. Für die Planperiode sind Nettoinvestitionen in der Höhe von 98.25 Millionen Franken (Vorjahresplanung 158.7 Millionen Franken) vorgesehen. Die ganze Investitionsplanung hat an verschiedenen Sitzungen des Stadtrates eine Priorisierung resp. Posteriorisierung (Rückstellung) erfahren. Ziel ist es unter anderem, die Investitionen sowie die Ausgaben in der laufenden Rechnung so zu gestalten, dass eine kommende Steuererhöhung optimal auf die Bedürfnisse der Stadt abgestimmt ist, ohne dabei die Steuerkonkurrenzsituation gegenüber angrenzenden Gemeinden und Kantonen zu vernachlässigen. Ziel muss es auch weiterhin sein, eine vernünftige Pro-Kopf-Verschuldung sowie eine sinnvolle Pro-Kopf-Investition zu entwickeln, ohne dass die Stadt Olten in eine Unterbilanz fällt.

Generell bleibt die künftige Finanzlage, auch beeinflusst durch die Unsicherheit beim zukünftigen Steuerertrag juristischer Personen, angespannt und das Investitionsvolumen muss sich situativ den Möglichkeiten anpassen. Zudem muss das vom Stadtrat eingeleitete Entlastungspaket konsequent weiterverfolgt werden. Im Weiteren muss eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Stadt erfolgen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan für die Planperiode 2014 bis 2020 zur Kenntnisnahme.

1. Inhalt Finanz- und Investitionsplan

Der Finanz- und Investitionsplan unterteilt sich in folgende drei Bereiche:

1.1. Finanzplan

Der Teil Finanzplan entspricht der Planerfolgsrechnung. Er weist die Planergebnisse, die voraussichtliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragsarten sowie den Selbstfinanzierungsgrad aus. Anstelle der bisher gezeigten sieben Planjahre werden aufgrund der speziellen Finanzsituation neu 6 Planjahre, das aktuelle Budget sowie das korrigierte Budget 2013 und die Erfolgsrechnung 2012 gezeigt.

Ebenso sichtbar sind die Steuervorgaben und die Entwicklung des Nettovermögens bzw. der Nettoschuld. Die Parameter für die Prognosen basieren auf aktuellen Informationen und sind grösstenteils fremdbestimmt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt.

Parameter	Einfluss Gemeinde
Investitionsvolumen	mit Ausnahmen steuerbar
Selbstfinanzierungsgrad	steuerbar
Nettoschuld	steuerbar
Wirtschaftswachstum real	nicht steuerbar
Teuerung	nicht steuerbar
Zinsniveau	nicht steuerbar
Bevölkerungswachstum	beschränkt steuerbar
Wachstum Steuerertrag	nicht steuerbar
Steuertarif	nicht steuerbar
Steuerfuss	steuerbar
Auswirkungen der Gesetze	nicht steuerbar
Auswirkungen von externen Beschlüssen	nicht steuerbar
Auswirkungen von internen Beschlüssen	beschränkt steuerbar

Einzelne Parameter haben durchaus Auswirkungen auf andere Parameter. Beispielsweise kann ein zu hoher Steuerfuss das Bevölkerungswachstum bremsen oder eine zu grosse Verschuldung kann das Investitionsvolumen der Folgejahre beeinflussen.

Aufgrund der eingebrochenen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen hat der Stadtrat ein Entlastungspaket in Angriff genommen. Ziel des Entlastungspaketes ist es, die erwähnten Einbrüche mit einem ausgewogenen Spar- und Ertragsprogramm wieder ins Lot zu bringen. Aufgrund der beanspruchten Zeit wird entgegen dem üblichen Finanzplan das Budget 2014 anstelle eines Finanzplanjahres integriert und nur sechs Planjahre ausgewiesen.

Der Finanzplan hat folgende Veränderungen erfahren:

Budget 2014:

Durch die Abstimmung im Jahr 2013 wechseln die Heilpädagogischen Sonderschulen (Rubriken 201 und 228) von der Stadt zum Kanton. Dieser Wechsel hat Auswirkungen bei Personal-, Sach- und Beitragsaufwand sowie Rückerstattungen des Kantons. Die Stadt konnte bisher interne Kosten unabhängig von der effektiven Höhe sowie kalkulatorische Zinsen geltend machen. Aufgrund des Wegganges und der pauschalen Overheadanrechnung bleibt bei der Stadt eine gewisse Kostenremanenz.

Im Weiteren wird der Betrieb des Cultibo, bei welchem nur die Projektphase abgelaufen ist, nun über die laufende Rechnung der Stadt bezahlt.

Mit der Anpassung des Feuerwehrreglementes wird das Dienstrücktrittsalter auf 45 Jahre erhöht. Nebst der längeren Beitragszeit wird die in die Feuerwehrleute investierte Ausbildung länger genutzt.

Bei den Schulen musste das Budget 2014 aufgrund höherer Schülerzahlen beim progymnasialen und gymnasialen Unterricht um rund 0.5 Millionen Franken erhöht werden.

Gegenüber dem Budget 2013 muss bei der sozialen Wohlfahrt erneut ein Anstieg der Nettokosten von 0.75 Million Franken oder 4.7 % hingenommen werden. Die Steigerung in diesem Bereich beträgt nun innert 3 Jahren mehr als 3.1 Millionen Franken oder einem Plus von 22.7%. Alleine zur Deckung dieser Kostensteigerung muss die Stadt zusätzlich rund 5 Steuerpunkte generieren.

Zudem findet der bereits beschlossene Teil des Entlastungspaketes im Budget 2014 seinen Niederschlag (Näheres zum Entlastungspaket unter Kapitel 8).

Finanzplanjahre 2015ff:

Unter der Federführung des Kantons wurde ein neuer kantonaler Finanzausgleich ausgearbeitet, welcher zur Vernehmlassung stand. Durch den Wegfall der Finanzierungsobergrenze des Finanzausgleiches (Kanton/Gebergemeinden je 7.5 Mio.) und der Umstellung auf einen „nicht limitierten“ Niveaueausgleich wird die Stadt Olten beim horizontalen Ressourcenausgleich erheblich höhere Beiträge leisten müssen, erhält jedoch mit der Einführung einer Schülerpauschale an die Bildung höhere Beiträge. Berechnungen zeigen, dass die Stadt Olten bei einem Steueraufkommen, wie es in den Jahren 2008 – 2010 der Fall war, zusätzliche Beiträge zwischen 7.8 und 9.8 Mio. Franken in den Finanz- und Lastenausgleich einwerfen muss, wobei sie während den ersten 4 Jahren von einer Härtefallregelung profitieren kann, welche die Mehrbelastung auf rund 4.2 Millionen beschränkt. Aber auch ohne die hohen Steueraufkommen wird die Stadt Olten immer noch zusätzlich rund 1.2 – 1.9 Millionen Franken mehr in den Ausgleich einwerfen müssen. Bei der Finanzplanung gehen wir zurzeit von einer Mehrbelastung von rund 1.25 Mio. Franken aus.

Tabellarisch setzen sich die wichtigsten Veränderungen wie folgt zusammen:

Vorhaben	B2014	F2015	F2016	F2017	F2018	F2019	F2020
Wegfall HPS	-140	-140	-140	-140	-140	-140	-140
EP 2014 bewilligt	+1793	+2589	+3010	+3067	+3067	+3067	+3067
Neukonz. Finanzausgleich		-1'250	-1'250	-1'250	-1'250	-1'250	-1'250
Cultibo / Betrieb	-120	-120	-120	-120	-120	-120	-120
Beiträge Gym / Progym	-500	-500	-500	-500	-500	-500	-500
Rücktrittsalter Feuerwehr	+93	+93	+93	+93	+93	+93	+93

(- Mehrbelastung;+ Minderbelastung)

1.2 Investitionsplan

Im **Investitionsprogramm** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kriterien zugeordnet (aktuelle Prozentanteile siehe Seite 9):

- | | |
|---|--|
| A | Werterhalt und ausserordentliche Investitionen |
| B | Entwicklungsinvestitionen |
| C | Investitionsbeiträge an Kanton |
| D | Desinvestitionen |
| E | Investitionsbeiträge mit Spezialfinanzierungen |

Eine absolute Zuweisung ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt.

1.3 Projektbeschriebe

Der Beilagenteil enthält - nebst den finanzpolitischen Grundsätzen des Stadtrats – alle **Projektbeschriebe** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

2. Aufgabe der Finanz- und Investitionsplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Finanz- und Investitionsplans ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen. Gegenüber den Finanzplänen der Vorjahre, in welchen sieben Planjahre aufgeführt wurden, werden in diesem Finanzplan nur sechs Planjahre gezeigt. Zusätzlich werden das aktuell zu beschliessende Budget, das korrigierte Vorjahresbudget und das Rechnungsjahr 2012 gezeigt.

Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark (vgl. Thema Chancen und Risiken, Kapitel 9).

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheidungen richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der realisierungsreifen Projekte und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen, die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

3. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

Leitsatz

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Langfristig sind alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (Cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

Verschuldung

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2014 – 2020 wird per Anfang 2014 seit langem wieder mit einer Nettoverschuldung zu rechnen sein. Die Verschuldung wird künftig aufgrund der fehlenden Mittel sowohl für die laufende Rechnung als auch für die Investitionsrechnung sehr hoch ansteigen. Ab einer Nettoverschuldung von 5'000 Franken pro Einwohner sowie fehlendem Eigenkapital wird das Schuldencontrolling des Kantons Solothurn aktiv.

- Langfristig wird eine Nettoverschuldung von unter 2'500 Franken pro Einwohner angestrebt.

Investitionen

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten, muss aber auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadt gewährleisten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen (Kategorie A) soll in Hochkonjunkturzeiten dauernd 100% betragen.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

Steuern

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich am mittelfristigen Finanzbedarf zur Erfüllung der Kernaufgaben der Stadt aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung orientiert sich an den Kernaufgaben der Verwaltung sowie der Zentrumsfunktion der Stadt Olten.

Abschreibungen

Die Abschreibungen richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

- Nach HRM1 betragen die Abschreibungen 8% degressiv.

4. Ausgangslage und Konjunkturentwicklung / Szenarien für die Steuerentwicklung

4.1 Konjunkturentwicklung

In der Herbstprognose vom 23. September 2013 fasst die KOF (Konjunkturforschungsstelle der eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich) die erwartete Entwicklung wie folgt zusammen:

- Schweizer Wirtschaft expandiert
Die KOF erwartet in ihrer jüngsten Prognose ein Wachstum des Schweizer Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1.9% im laufenden und von 2.1% im kommenden Jahr. Damit passt sie ihre Prognose vom Juni 2013 nach oben an (2013: 1.4%, 2014: **2.0%**).
- Nachdem lange die Binnenwirtschaft die wichtigste Konjunkturstütze war, wird in den kommenden Monaten die Auslandsnachfrage, mit entsprechend anziehenden Exporten, die Wirtschaftsexpansion stärker mitbestimmen. Die Konsumentenpreise steigen wieder leicht.
- Schweizer Konjunkturentwicklung
Die schweizerische Wirtschaft hat sich trotz der Rezession im Euroraum vergleichsweise gut gehalten. Dazu beigetragen haben in den letzten Jahren insbesondere die Bauwirtschaft und der private Konsum. 2014 werden die Bauinvestitionen nochmals kräftig wachsen (3.7%), da bisherige Kapazitätsengpässe im laufenden Jahr überwunden werden konnten. Zudem profitiert der Wohnungsbau von der wachsenden Bevölkerung. Gleiches gilt für den privaten Konsum der seit Jahren das BIP-Wachstum in der Schweiz stützt. Das Konsumwachstum wird 2014 2.0% betragen.
- Arbeitsmarktsituation
Die Arbeitslosigkeit bleibt tief, sinkt trotz der guten Wirtschaftsentwicklung aber kaum noch. Für das Jahr 2014 wird mit einer Arbeitslosenquote von 3.1% gerechnet. Das positive BIP-Wachstum trägt weniger zur Reduktion der Arbeitslosigkeit bei als zu erwarten wäre. Dies könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass die Arbeitslosen in der Schweiz zunehmend nicht die für die offenen Stellen erforderlichen – zumeist gehobenen – Qualifikationsprofile aufweisen.

4.2 Szenarien für die Entwicklung der Steuererträge

Wie unter Kapitel 4.1 erwähnt, rechnet die KOF für das Jahr 2014 mit einem Wachstum von 2.0%. Die Expertengruppe des Bundes (SECO) fasst in ihrem Bericht vom 19. September 2013 zur Herbstprognose die erwartete Entwicklung wie folgt zusammen:

Positivszenario

Dank der ungebrochen lebhaften Binnenkonjunktur dürfte die Schweizer Wirtschaft bereits 2013 ein ansprechendes Wachstum von 1,8% erreichen. Demgegenüber lässt eine durchgreifende Erholung in der Exportindustrie, die sich in den schwierigen letzten Jahren relativ krisenfest zeigte, bislang noch auf sich warten. Auch in diesem Bereich ist jedoch Besserung in Sicht, weil die internationale Konjunktur, namentlich die sich anbahnende Erholung im Euroraum, für positive Impulse sorgen dürfte. Entsprechend rechnet die Expertengruppe für 2014 mit einem breiter abgestützten und weiter verstärkten BIP-Wachstum von **2,3%**. Im Zuge der sich festigenden Konjunktur dürfte auch bei der Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr allmählich eine Trendwende nach unten einsetzen.

Der Stadtrat beurteilt dieses Szenario als zu positiv. Ein von der BAKBASEL erstelltes „worst case Szenario“ beurteilt die Konjunkturentwicklung wie folgt:

Negativszenario

Ausgangspunkt des Negativszenarios ist eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche in den Schwellenländern. Sollten die Schwellenländer weiterhin nicht Tritt fassen, fehlen in der Eurozone wichtige positive Impulse, auch die erhoffte Beschleunigung in den USA könnte im Negativszenario, auch aufgrund eines womöglich länger anhaltenden „Shutdown“, einen Dämpfer erhalten. Die Auswirkungen für die Schweizer Wirtschaft würden vor allem aus einer geringeren internationalen Nachfrage resultieren. Zudem dürfte aufgrund der steigenden Unsicherheit der Aufwertungsdruck auf den Franken wieder zunehmen. Mit einer gewissen Verzögerung würde sich auch das binnenwirtschaftliche Konjunkturklima in der Schweiz abkühlen. Somit wäre für das Schweizer BIP bis 2016 eine strukturelle Wachstumsabschwächung zu erwarten. Im Negativszenario wird mit einem BIP Wachstum von **0.5%** gerechnet.

Angewandtes Szenario für die Festlegung der Steuerentwicklung

Für das Budget 2014 sowie in den folgenden Planjahren rechnet der Stadtrat bei der Festlegung der Steuerwachstumsrate mit einem Mix der KOF, SECO und BAKBASEL-Prognosen und legt das Wachstum auf jährlich **1.50%** fest.

5. Ergebnisse im Finanzplan

Aufgrund des erwähnten Steuerausfalls bei den juristischen Personen müssen im Gegensatz zu den Vorjahren die bisher geltenden Grundsätze z.B. im Bezug auf Abschreibungen angepasst werden.

Als erste Reaktion auf den Steuerausfall muss das primäre Ziel sein, zumindest einen Selbstfinanzierungsgrad von 0% zu erreichen. Damit ist sichergestellt, dass die Gemeinde für den laufenden Betrieb nicht mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt. Auch die Umsetzung des angestrebten Entlastungspaketes kann im Jahr 2014 nicht in vollem Umfang zur Deckung des Kapitalbedarfs beitragen, sind doch gewisse Leistungsvereinbarungen nicht per Ende 2013 kündbar.

Sämtliche Investitionen müssen zurzeit fremdfinanziert werden. Zur Erreichung einer tragfähigen Rechnung muss der Steuerfuss zwingend angehoben werden. Der Stadtrat schlägt deshalb die Erhöhung des Steuerfusses auf 115% vor. Der Steuerfuss ist immer noch unter dem durchschnittlichen Steuerfuss der Solothurner Gemeinden von 118.1% (Erhebung Jahr 2013, einfaches arithmetisches Mittel).

In einem zweiten Schritt müssen sämtliche Investitionen, welche dem Werterhalt dienen (Kategorie A) aus den eigenen Mitteln finanziert werden. Ein Ziel muss es sein, dies ab dem Jahr 2016 wieder möglich zu machen.

In einem dritten Schritt soll dann wieder eine gesunde Selbstfinanzierung von 100% angestrebt werden. Je nach Konjunkturlage gelten die allgemein anerkannten Richtwerte für die Konjunkturzyklen

Hochkonjunktur	über 100 Prozent
Normalfall	80 – 100 Prozent
Krise	50 – 80 Prozent

Der gewichtete Selbstfinanzierungsgrad (mit Berücksichtigung der Vorfinanzierungen) für alle Planjahre beträgt nur **69.4%** (Vorperiode 71.2%). Unter Ausklammerung der Investitionsbeiträge an den Kanton weist diese Kennzahl einen Wert von **67.1 %** (Vorperiode 76.9%) aus.

Zurzeit beträgt das ausgewiesene Eigenkapital rund 65 Mio. Franken. Ohne entsprechende Gegenmassnahmen (Entlastungsprogramm / Anhebung des Steuersatzes) wird das **Eigenkapital voraussichtlich Ende 2015** aufgebraucht sein und es droht eine Intervention des Kantons.

6. Steuerertrag und Festlegung des Steuerfusses

Die Haupteinnahmequelle eines Gemeinwesens wird stark durch äussere Einflüsse geprägt. Es sind dies hauptsächlich die Konjunkturlage, das kantonale Steuergesetz und die Firmenergebnisse. In Olten macht sich vor allem die finanzielle Abhängigkeit von einzelnen Steuerzahlern stark bemerkbar, haben doch in Olten wenige Steuerzahler mehr als einen Drittel aller Gemeindesteuern bezahlt. Weiter kommen die Unsicherheiten bezüglich der Auswirkung der Unternehmenssteuerreform III dazu (vgl. Kapitel 9.1 Chancen und Risiken).

Solche bedeutende Veränderungen haben rasche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen.

Aufgrund der Ergebnisse der rollenden Finanzplanung und der latenten Risiken bei den Steuereinnahmen ist eine Priorisierung bei den Investitionen - verbunden mit einer Staffelung oder

einem Verzicht – und/oder eine allfällige Steuersatzdiskussion zu führen. Eine zu hohe Verschuldung ist nicht nachhaltig und nicht verantwortbar.

Aufgrund der erwähnten Steuerausfälle, des bedingt beeinflussbaren Aufwandes und der wachsenden Kernaufgaben einer Stadt schlägt der Stadtrat vor, für die Jahre 2014ff den Steuersatz auf 115% anzuheben. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass nebst einer Anhebung des Steuerfusses **auf ein kantonales Mittel** (2013: 118.1%) auch eine Konzentration auf die Kern- und Zentrumsaufgaben der Stadt, verbunden mit einem entsprechenden Entlastungspaket, vorangetrieben werden muss.

Ein entsprechendes Postulat hat der Stadtrat bereits entgegengenommen.

7. Investitionsvolumen und –grenzen

Im Rahmen von mehreren Gesprächen hat der Stadtrat das vorläufige Investitionsvolumen für die Jahre 2014 – 2020 auf **98.25 Mio.** Franken festgesetzt. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass dieses Investitionsvolumen immer noch sehr hoch ist und sich aufgrund der neuen Steuersituation nicht ohne erhebliche zusätzliche Steuereinnahmen bewerkstelligen lässt. Vorläufiges Ziel muss es sein, die vom Kanton vorgegebene Verschuldungslimite von 5'000 Franken pro Kopf nicht zu überschreiten.

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

0 – 1'000	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000	hohe Verschuldung
> 5'000	sehr hohe Verschuldung

Im Bewusstsein, dass es sich um eine rollende Planung handelt und die Entwicklung der Steuereinnahmen konsequent überwacht werden muss, hat sich der Stadtrat entschieden, die Grossprojekte aufzuführen und das immer noch zu hohe Investitionsprogramm dem Gemeindeparlament zu unterbreiten. Er wird jedoch im Rahmen der einzelnen Budgets die Notwendigkeit einzelner Projekte nochmals überprüfen.

Die gesamte Investitionssumme teilt sich auf in:

Kategorie	Anteil
A Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen	36.5 %
B Entwicklungsinvestitionen	46.0 %
C Investitionsbeiträge an Kanton	8.4 %
D Investitionen mit Spezialfinanzierungen	9.1 %

Durch den Stadtrat priorisierte, aber noch nicht bewilligte Projekte sind mit folgenden Summen (in Mio. Fr.) eingeplant:

Projekt	Organ	Betrag
Neubau/Sanierung Kunst- und Naturmuseum	Gemeinde	6.6
Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest	Gemeinde	12.9
Bahnhofplatz	Gemeinde	11.4

In der Investitionsplanung befinden sich auch folgende in den Vorjahren priorisierte, bewilligte und ganz oder teilweise vorfinanzierte Projekte (in Mio. Fr.):

Projekt	Organ	Betrag
Attraktivierung Aareraum	Gemeinde	10.5
Projekte Bahnhof Ost	Gemeinde	1.6
ERO: gesetzlicher Baubeitrag an Kanton	Kanton	4.5

Eissportanlage Investitionsbeiträge	Gemeinde	7.6
-------------------------------------	----------	-----

Im Investitionsplan nicht enthalten sind grundsätzlich Projekte, die zeitlich und/oder betraglich noch nicht abgeschätzt werden können.

8. Vorbehalt und Einschränkungen / Entlastungspaket

Ein Gemeindehaushalt, auch der Haushalt der Stadt Olten, wird mit einem allgemein geschätzten Anteil von 80 bis 85 % zu stark fremdbestimmt. Der Freiraum für den Eigenbedarf wird dadurch entsprechend eingeschränkt. Die sogenannt gebundenen Ausgaben sind in einem Gesetz, in einer Verordnung, in einem Reglement verankert oder sind die Folge von Beschlüssen höherer Instanzen. Davon betroffen sind vor allem die grösseren Anteile für die Aufgabenbereiche „Bildung“ und „Soziales“.

8.1 Entlastungspaket 2014ff

Mit Beschluss vom 9. September 2013 hat der Stadtrat einem erstes Entlastungspaket zugestimmt.

Bezüglich der angewandten Strategie hat sich der Stadtrat entschieden, keine Kürzungen nach der „Rasenmähermethode“ vorzunehmen, sondern alle Bereiche zu durchleuchten. Vor dem Entlastungspaket wurde kurz nach Budgetverabschiedung 2013 eine erste Sparrunde in der laufenden Rechnung sowie der Erfolgsrechnung vorgenommen. Im Verlauf des Sommers 2013 wurde nun das Entlastungspaket 2014ff gestartet. Eine erste Tranche konnte im Budget 2014 bereits berücksichtigt werden.

Das Entlastungspaket sieht folgendes Entlastungspotenzial vor:

	B14	F15	F16	F17
Beschlossen	1.8	2.6	3.0	3.0
Prüfaufträge i.A.		3.9	3.9	3.9

Für das Budgetjahr 2014 setzt sich die Entlastung gegenüber dem ursprünglichen Budget 2013 wie folgt zusammen:

Einsparungen vor dem Entlastungspaket	2.9 Mio.
Einsparungen in der ersten Phase des Entlastungspaketes	1.8 Mio.
Total Einsparungen gegenüber verabschiedetem Budget 2013	4.7 Mio.

Mit den genannten Einsparungen konnten die Kosten für Personal- und Sachaufwand auf das Niveau des Jahres 2008 heruntergedrückt werden.

Kostenart	R06	R07	R08	R09	R10	R11	R12	B13O	B13K	B14
Personalaufwand	43.0	43.3	45.1	43.8	45.4	46.6	47.8	48.4	48.0	45.4
Sachaufwand	13.8	14.8	16.0	16.5	16.7	16.6	17.0	18.1	15.7	15.4
Eigene Beiträge	26.2	27.9	29.5	22.4	24.9	25.3	30.5	28.1	27.7	28.7
Total	83.0	86.0	90.6	82.7	87.0	88.5	95.3	94.6	91.4	89.5

Kostenartenentwicklung ohne HPS

Die Personalkosten konnten gegenüber dem Budget 2013 um 3.0 Mio. Franken oder 6.1% gesenkt werden. Der Sachaufwand wurde um 2.7 Mio. (15%) auf 15.4 Mio. Franken gesenkt. Die Beiträge erfuhren vom Budget 2013 auf das Budget 2014 eine Zunahme von 0.6 Mio. Franken.

Diese sind vor allem durch Steigerungen bei der Sozialregion, den Administrationskosten der Sozialregion sowie den Restkosten der Sozialregion zurückzuführen (+ 1.7 Mio. Fr.). Gleichzeitig konnten die EL-Beiträge um 0.7 Mio. reduziert werden.

9. Chancen und Risiken in der Entwicklung des Finanzhaushalts

9.1. Unternehmenssteuerreform III (UStR III)

Die Europäische Union (EU) stellt sich auf den Standpunkt, dass die kantonalen Steuerstatus der Schweiz gegen das EU-Freihandelsabkommen 1972 verstossen, weil bei Statusgesellschaften (Holdinggesellschaften, Domizilgesellschaften, gemischten Gesellschaften) Auslanderträge viel niedriger besteuert werden als die Inlanderträge. Dies stelle eine unzulässige staatliche Beihilfe dar und führe zu einer Wettbewerbsverzerrung.

Zurzeit ist der Bundesrat daran mit der EU einen Dialog bezüglich dieser Besteuerungsfrage zu führen, da die EU diese Praxis nicht mehr länger tolerieren wird und möglicherweise Sanktionen oder sonstige Benachteiligungen für Unternehmen, welche ihren Holdingsitz in der Schweiz haben, ergreifen wird. Dabei ist eine vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe daran, mögliche Lösungen zu suchen. Dies könnte beispielsweise die Aufhebung der bisherigen Privilegien sein, verbunden mit einer gleichzeitigen Steuersenkung oder einer Verankerung sogenannter Innovations- oder Lizenzboxen im Steuerharmonisierungsgesetz (StHG), welche Erträge aus Immaterialgütern, die massgeblich auf Innovation beruhen, reduziert besteuert, dies in Verbindung mit z.B. Standortbedingungen.

Welches Modell schlussendlich zu tragen kommt, ist ebenso offen wie das definitive Inkrafttreten dieser Reform. In welchem Ausmass die Stadt Olten von dieser Reform betroffen sein wird, ist also abhängig vom künftigen Modell und vom konkreten Umsetzungsplan. In vorliegendem Finanzplan ist eine kommende Reform deshalb nicht berücksichtigt.

9.2 Neuer Finanzausgleich

Mit der Neugestaltung des NFA SO, welcher per 2015 in Kraft treten soll, muss die Stadt Olten auch beim Wegfall der bisherigen Steuereinnahmen der Alpiq, mit zusätzlichen Kosten rechnen. Je nach Variantenentscheid beim vertikalen und horizontalen Finanzausgleich sowie der Bestückung der Lastenausgleichsgefässe wird die Stadt Olten zusätzliche Beiträge zwischen 1.2 -1.9 Mio. Franken leisten müssen, bei einer Erholung der Steuererträge auf das Niveau der Jahre 2008 – 2010 werden es zwischen 8 – 10 Mio. Franken zusätzlich sein. Im Finanzplan sind ab 2015 zusätzliche Mittel von 1.25 Mio. Franken eingestellt.

9.3 Verschlechterung des Ratings bei den Kapitalgebern

Zurzeit kann die Stadt Olten immer noch zu sehr günstigen Konditionen Kapital aufnehmen. Wenn es nicht gelingt, die strukturelle Überbelastung im Finanzhaushalt zu beseitigen, ist eine Verschlechterung des Ratings bei den Kapitalgebern wahrscheinlich. Dies würde zu einer Erhöhung des Passivzinsaufwandes führen, da nebst der benötigten Erhöhung des Kapitals auch mit höheren Refinanzierungskosten zu rechnen ist.

9.4 Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2)

Mit der Einführung von HRM2 ist bei der Umstellung das Finanzvermögen mittels Restatement zum Verkehrswert neu zu bewerten. Die Neubewertung ist nach Einführung periodisch zu wiederholen. Ein aus der Neubewertung erzielter Aufwertungsbetrag ist in der Eröffnungsbilanz als

„Neubewertungsreserve“ unter dem Eigenkapital einzustellen. Erste Schätzungen ergeben für die Stadt Olten eine Neubewertungsreserve von rund 21 Mio. Franken.

9.5 Ausfinanzierung der solothurnischen Pensionskasse

Analog der Pensionskasse der Stadt Olten muss die kantonale Pensionskasse ebenfalls eine Anpassung an neues Bundesrecht vornehmen. Der Regierungsrat wählt das System der Vollkapitalisierung. Die Gemeinden sollen sich für ihr Lehrpersonal an den Kosten beteiligen. Der Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) hat das Vorhaben des Regierungsrates abgelehnt und beantragt eine vollständige Übernahme der Deckungslücke durch den Kanton. (wie dies z.B. im Kanton St. Gallen der Fall ist). Das weitere Vorgehen ist offen.

Für die Stadt Olten würde eine Übertragung der Ausfinanzierung auf die Gemeinden zusätzliche Kosten von rund 25.1 Mio. Franken mit sich bringen, oder in jährlichen Annuitäten mit 3.5% verzinst und über die nächsten 40 Jahre ausgedrückt, laufend wiederkehrende Kosten von 1.2 Mio. Franken.

10. Schlussfolgerungen

Aufgrund der massiven Steuerausfälle und des stark fremdbestimmten Haushalts wird die Stadt kurz bis mittelfristig nicht auf eine Steuererhöhung verzichten können. Gleichzeitig muss das in Angriff genommene Entlastungspaket kontinuierlich vorangetrieben und umgesetzt werden. Als Sofortmassnahme müssen die laufenden, liquiditätswirksamen Aufwände durch den Steuerertrag gedeckt werden können.

Gleichzeitig sind die sich anbahnenden Tendenzen wie Unternehmenssteuerreform III sowie neuer Finanzausgleich nicht aus den Augen zu verlieren.

Sollte weder Steuererhöhung noch Entlastungspaket erfüllt werden können, werden Ende 2015 die kritischen Faktoren wie Verschuldung pro Kopf, Eigenkapital und Zinsbelastung derart ansteigen, dass eine Intervention durch den Kanton die Folge sein wird.

Beschlussesantrag

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2014 - 2020 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng: Die formulierten Fragen der GPK sind anlässlich der GPK-Sitzung vom Stadtrat beantwortet worden. Die ganze Diskussion ist bereits im Finanz- und Investitionsplan unweiger-

lich immer wieder auf den Steuerfuss zurück gekommen. In der GPK ist vor allem die Seite 14, die Ihr im Finanz- und Investitionsplan findet, intensiv diskutiert worden. Für uns alle besorgniserregend war die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades in den unmittelbaren Jahren und auch das fatale Absinken des Nettovermögens pro Kopf. Zudem fatal ist auch, dass die weiteren Einsparungen in der Höhe von 9 Millionen, die zwangsläufig gemacht werden müssen, in diesem Finanz- und Investitionsplan gar noch nicht abgebildet sind. In der GPK wurde auch gefordert, dass die Reduktion der Ausgabenseite gefördert werden müsse. Auch die Vergangenheit dieser ganzen Geschichte hat die GPK Revue passieren lassen. Die GPK war selbstkritisch. Man hat die Zeichen der Zeit vor zwei Jahren zuwenig gedeutet, zuwenig gewichtet und zuwenig reagiert und Gegensteuer gegeben. Wie schon gesagt, konnte man in der ganzen Diskussion über den Finanz- und Investitionsplan die aktuelle Steuerdebatte und einen Steuerfuss nie trennen. Das wird uns heute Abend ja noch weiter beschäftigen. Alles in allem hat die GPK den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan 2014-2020 dem Stadtrat verdankt und davon Kenntnis genommen. Die GPK ist realistisch genug zu wissen, dass einiges, das hier enthalten ist, in Tat und Wahrheit wahrscheinlich anders kommen wird.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich bin nicht der Finanzdirektor. Aber es geht um eine allgemeine Bemerkung, die wir vom Gesamtstadtrat aus gerne machen möchten, was die Investitionsplanung, die wir Ihnen vorlegen, anbelangt und wie schon mehrfach erwähnt wurde, ist eine Investitions- und Finanzplanung rollend und kann selbst innerhalb von zwei, drei Monaten wieder überrollt werden. Ich sage dies deshalb, weil wir Ihnen in diesem Saal im September einen anderen Investitionsplan präsentiert haben mit Projekten, die schneller realisiert werden sollen und mit anderen Geldressourcen. Deshalb möchte ich Euch in diesem Sinne gerne im Namen des Gesamtstadtrates bei drei Projekten erklären, weshalb sie nicht mehr wie im September im Finanz- und Investitionsplan sind. Den Grund hat der GPK-Sprecher schon ausgeführt. Es sind andere finanzielle Rahmenbedingungen, so dass auch der Stadtrat diesbezüglich korrigieren und in diesem Sinne auch die Erwartungen in neue Dimensionen lenken musste. Es sind konkret drei Projekte. Eines betrifft das Projekt Andaare, das zweite den Schulhausneubau im Kleinholz und das dritte die Museen. Ich möchte zuerst beim Projekt Andaare anfangen, das vom Volk mit rund 25 Millionen Franken genehmigt wurde und das aus der jetzigen Situation aus bekannten Gründen von der Stadt Olten nicht mehr gestemmt werden kann. Der Stadtrat hat deshalb für sich entschieden, dieses Projekt in der Investitionsplanung klar zu redimensionieren, in diesem Sinne auch eine neue Vorlage, ein neues Projekt auszuarbeiten und dem Volk zu unterbreiten. Hier stellt sich immer wieder die Frage, wie man mit Volksentscheiden umgeht. Sind sie nicht sakrosankt? Muss man Volksentscheidungen nicht in diesem Sinne tel quel durchführen? Der Stadtrat ist der Meinung, dass er, wenn die Ressourcen nicht vorhanden sind, auch verpflichtet ist, die entsprechenden Verzichte zu planen und entsprechend auch das Volk wieder über die neuen Planungen zu orientieren. Vorgesehen ist, dass wir im Budget einen Planungskredit belassen, aber dem Parlament und auch dem Volk ein redimensioniertes Projekt vorschlagen werden, das beinhaltet, dass sich die Stadt bei der Korrektur und vor allem auch bei der Stützmauer im Bereich der Bahnhofstrasse, die ja am Abrutschen ist, auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton, der diese Renovation vornehmen muss, dann auch beteiligt. In diesem Zusammenhang ist auch geplant, dass man eine klar redimensionierte Planung im Bereich des Ländiwegs machen möchte, aber nicht im ursprünglichen Rahmen, wie es vorgesehen war, sondern klar im Sinne einer Verzichtsplanung und wir möchten Euch dann dieses Projekt auch entsprechend unterbreiten. Das ist das eine Projekt. Das andere ist dasjenige, bei dem ebenfalls im September hier das Parlament eine Volksmotion betreffend Schulhausneubau überwiesen hat. Auch dort mussten wir über die Bücher gehen, welche Mittel wir eigentlich noch haben und was wir noch finanzieren können. Wir müssen schmerzhaft feststellen, dass wir auch dieses Projekt im jetzigen Zeitpunkt und auch in der Finanzplanung zurückstellen mussten. Wir haben dies nicht unbedacht gemacht. Wir wissen, dass der Druck und auch die Erwartungshaltung da sind, dass wir entsprechend auch im Bereich Bornfeld und Kleinholz Tätigkeiten haben, bei denen Erwartungen im Raum stehen. Auf der anderen Seite waren wir auch verpflichtet, die entsprechenden Schulraumangebote, die auf dem Platz Olten bestehen, noch einmal kritisch zu betrachten. Auch in Zusammenarbeit mit der Bil-

dungsdirektion, die auch den Auftrag erhalten hat, mögliche Szenarien auf dem bestehenden Schulraum zu ermitteln, ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass man auf dieses Schulhaus vorderhand verzichtet und von der Investitionsplanung entbindet. Wichtig ist dem Stadtrat, dass mit den bestehenden Schulräumen das Schulangebot aufrecht erhalten bleiben kann, dass man diese Schulräume für die nächsten ein bis drei Jahre, die nächsten drei Jahre, nutzen kann, damit man nicht aareseitig Schüler hin und her transportieren muss. Das war in der Stadt Olten etwas Wichtiges und in den letzten Jahren eigentlich auch immer etwas Zentrales. Das heisst mit anderen Worten, dass wir versuchen, den bestehenden Schulraum auszunutzen und die Schüler im Rahmen des bisherigen Handlungsspielraums und auch der Abmachungen, die eigentlich in der Stadt Olten bestehen, die Schulhäuser zu gewährleisten. Wir haben einen zusätzlichen Schulraum, der im Sälischulhaus entsteht, weil das 10. Schuljahr ja zu einer kantonalen Institution wechselt und im Sälischulhaus entsprechend auch ein Schulraum frei wird. Das wird auch eine Möglichkeit sein, um allfällige Szenarien auffangen zu können, wenn die Schülerzahlen markant steigen sollten. Zusammengefasst: Das Schulraumproblem ist nach wie vor vorhanden. Wir haben es aber für die nächsten Jahre im Sinne der bisherigen Prämissen soweit im Griff. Was wir nicht beeinflussen können, wenn auf einmal hunderte von Familien mit Schülern nach Olten ziehen. Aber auch hier gilt die Devise der rollenden Planung. Wir wollen bereit sein, um auch solchen Bedürfnissen begegnen zu können. Ein Punkt, der in diesem Sinne vielleicht auch entlastend sein, aber auch nur vorderhand, ist, dass im Gebiet SüdWest die Bauentwicklung und auch die Ansiedlung von Familien nicht nächstens erfolgen wird. Es wurde zwar angedeutet, dort wird nächstens gebaut, aber auch dies nimmt diesen Druck weg. Zusammengefasst: Auch hier ist das Projekt im Sinne der Verzichtsplanung im Moment nicht mehr aus dem Finanzplan sichtbar. Der letzte Punkt sind die Museen, ein Projekt, das immer wieder nach hinten geschoben wurde. Wir wissen dies auch aus Prioritätensetzungen. Das ist nach vorne genommen worden und zwar in dem Sinne, weil der Stadtrat dort in der nächsten Zeit eine Entwicklung sieht, wo durchaus ein Handlungsbedarf im Bereich des Perimeters der Museen besteht, von der Entwicklung, die man dort auch in der Innenstadt angehen möchte, so dass man zwar in einem redimensionierten Rahmen – Sie haben dies auch im Investitionsplan gesehen – früher und vorgezogen handeln möchte. Dies Aussagen zu diesen drei Projekten. Der Baudirektor würde mich sicher unterstützen, wenn es noch fachliche Fragen dazu gibt. Uns vom Stadtrat ist wichtig, dass man zu Beginn der Diskussion über die Investitionsplanung über diese drei doch veränderten Rahmenbedingungen dieser Projekte im Parlament Kenntnis hat.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Möchte der Finanzdirektor noch etwas dazu sagen?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Da es ja ein Geschäft zur Kenntnisnahme ist, verzichte ich im Moment darauf.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Der Finanz- und Investitionsplan muss – ich zitiere den Stadtrat – „als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheide richtungswesend sein“. Weiter kann man lesen: „Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden“. Genau die gleichen schönen Worte konnten wir wortwörtlich schon im letzten Finanz- und Investitionsplan lesen, den das Parlament am 20. September diskutiert und zur Kenntnis genommen hat. Wir können ja nicht darüber abstimmen. Wir können nichts verändern. Es ist ein Werk des Stadtrates. Das Ergebnis dieser Kenntnisnahme sehen wir heute. Das angeblich so verlässliche Arbeitsinstrument hat damals nicht gezeigt, dass die Stadt Olten heute, wenige Monate später, am finanziellen Abgrund steht. Was ist schief gelaufen? Das Arbeitsinstrument an sich ist gut. Es nützt aber nur dann etwas und ist nur hilfreich, wenn es mit den richtigen Zahlen und Annahmen unterlegt ist. Bei dieser Aufgabe haben im Spätsommer 2012 die fünf damaligen Stadträte, drei sitzen noch hier vorne, versagt. Sie haben mit völlig überrasenden Annahmen einen Plan erstellt, der heute, nur 14 Monate später, eigentlich nur noch lächerlich wirkt, wenn man jenen des letzten Jahres betrachtet. Wie ist es so weit gekommen? An kritischen Stimmen im Parlament hat es damals nicht gefehlt. Ich habe das Protokoll vom September 2012 nachgelesen. So hat damals die FDP-Sprecherin Simone Roth, heute Simone Sa-

ger-Roth, in der Eintretensdebatte unter anderem gesagt: „Die künftige Finanzlage bleibt weiter angespannt. Die Stadt Olten lebt bei den Investitionen aktuell über ihre Verhältnisse“. September 2012. „Das Ergebnis ist kurzfristig verkraftbar, aber langfristig nicht akzeptabel. Der Stadtrat müsste klarere Prioritäten setzen, insbesondere auch in Bereichen, wo die Kosten in den letzten Jahren explodiert sind. Tabuthemen darf es in einer Investitionsplanung nicht mehr geben. Nicht alles Wünschenswerte ist nämlich aus finanzieller Sicht sinnvoll“. Der damalige Stadtpräsident Ernst Zingg hat hörbar beleidigt und sarkastisch geantwortet – man kann dies auch im Protokoll nachlesen – „Bei Simone Roth höre ich ein gewisses Bedauern. Das ist jetzt halt einfach so. Von der eigenen Fraktion hört man halt dies ab und zu. Wir vom Stadtrat freuen uns immer wieder über konstruktive Kritik“. Er hat dann im Namen und Auftrag des gesamten Stadtrates auch weitere kritische Stimmen aus anderen Parteien abgelehnt. Im Protokoll kann man dazu nachlesen: „Der Stadtrat hat von Anfang an eine klare Aussage gemacht, dass wir mit dem gleichen Steuerfuss wie bis anhin fahren. Wir können dies auch durchaus verantworten“. Wie ist es zu dieser Fehleinschätzung gekommen? Leider geht der heutige Stadtrat mit keiner Silbe auf die entscheidende Frage ein. Es wäre wichtig zu wissen, weshalb es so passiert ist, weil wir dann auch die Qualität des heutigen Finanzplanes anschauen können. Es gibt aber Hinweise und ich glaube, dies muss man auch im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung sagen, dass der Stadtrat schon Mitte 2012 mehr oder weniger gewusst oder geahnt hat, dass das, was er damals dem Parlament, uns gesagt hat, so wahrscheinlich nicht stimmen kann. Der Stadtrat hat immer wieder behauptet, im letzten Jahr hat er erst im Dezember 2012 erfahren, dass die Alpiq massiv weniger Steuern zahlt. Uns gegenüber haben Alpiq-Verantwortliche ganz klar gesagt, sie hätten den Stadtrat bereits ein Jahr früher, Ende 2011, Anfang 2012, unmissverständlich auf die drohenden Steuerausfälle hingewiesen. Also entweder hat der Stadtrat diese Informationen nicht richtig verstanden oder er hat einfach Vogel-Strauss gemacht, den Kopf in den Sand gesteckt und gehofft, dass seine schönen Projekte Andaare, Fusion und Innenstadt nicht gefährdet werden und auch beachtet, dass nachher bald einmal auch Wahlen sind und man dort die Stimmen nicht verderben will. Weder das Eine noch das Andere ist eigentlich akzeptabel. Olten hat wegen dieses Verhaltens zwei Jahre verloren, um sich auf die veränderte finanzielle Situation einzustellen. Heute müssen wir deshalb finanzielle Hauruck-Übungen machen, die den Wohn- und Arbeitsstandort in Olten um Jahre zurückwerfen können. Wir möchten gerne wissen und ich habe gehört, dass die SP eine entsprechende Interpellation auch gestartet hat, ich möchte eigentlich gerne wissen, wie der Stadtrat dies heute sieht und wie es zu dieser völlig falschen Finanz- und Investitionsplanung gekommen ist und ich möchte auch gerne wissen, was verhindern wird, dass in Zukunft solche krassen Fehleinschätzungen wieder passieren. Vielleicht noch zwei zusätzliche konkrete Fragen zum aktuellen Finanz- und Investitionsplan. Frage 1: Ist sich der Stadtrat bewusst, dass er nach einer Steuererhöhung um 20 % nicht einfach 20 % mehr Steuern einnehmen wird, sondern dass mit einem solchen Steuersprung eine Abwanderungsbewegung ausgelöst wird und die Zuwanderung von neuen Steuerzahlern gestoppt oder reduziert wird? Damit wird eine der Grundlagen des heute vorliegenden Finanz- und Investitionsplanes in Frage gestellt, bevor dieser Plan überhaupt zur Kenntnis genommen ist. Frage 2: Damit der Finanz- und Investitionsplan aufgeht, will der Stadtrat ab nächstem Jahr, ab 2014, ab 2015 jährlich 9 Millionen Franken einsparen. Hier wäre interessant zu wissen, einerseits wo der Stadtrat den Rotstift ansetzen will und andererseits wie der Stadtrat diese Sparmassnahmen mehrheitsfähig machen will. Wir danken für klare Antworten.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen. Was Goethe damit gemeint hat, müssen wir schmerzlich in Erfahrung bringen. Wenn es lange gut geht, wird man weniger vorsichtig und vergisst schnell einmal die Kosten. Die letzten zehn Jahre sind die Investition und Verwaltung stärker gewachsen als das Steuersubstrat, wohlgermerkt mit Alpiq-Millionen. Jetzt fließen diese Gelder nicht mehr reichlich und ein sehr schmerzhafter Prozess wird in Gang gesetzt. Beim Finanz- und Investitionsplan 2014 fällt auf, dass es trotz Sparbemühungen zwei Mehrkostenpunkte gibt. Erstens müssen wir für den gymnasialen und gymnasialen Unterricht eine halbe Million mehr zahlen. Bei der Abstimmung vor ein paar Jahren hat es deutlich geheissen, dass diese Quote in der Sek P nicht zunehmen wird. Aber im ganzen Kanton hat sie im ersten Jahr um 5 % zugenommen. Deshalb müssen wir

jetzt dem Kanton mehr Geld zahlen. Weshalb kann man als Stadt Olten nicht einmal auf diese Versprechungen aufmerksam machen und nicht mehr zahlen? Erstaunlich ist das gleichzeitig, weil ja viel mehr an die Kantonsschule gehen, auch weniger Schüler, die in die städtischen Schulen gehen würden. Aber trotzdem nehmen auch die Kosten auf unserer Seite unaufhaltsam zu. Der zweite Mehrkostenpunkt ist die Sozialregion. Trotz gleichbleibender tiefer Arbeitslosigkeit und sehr gut laufender Konjunktur in unserer Region steigen diese Kosten unaufhaltsam. Das Sozialhilfesystem ist sehr wichtig und vor allem sollte dieses System für die Leute in Not wichtig und nicht für das System selber wichtig sein. Wir machen uns einfach Sorgen, was wohl mit diesen Kosten passiert, wenn die regionale Wirtschaft nicht mehr so gut läuft, weil ja genau dann auch das Sozialsystem greifen sollte. Dann werden uns diese Kosten wohl um die Ohren fliegen. Bei den finanzpolitischen Grundsätzen muss noch erwähnt sein, dass die Konjunktur in unserer Region im Moment sehr gut läuft und wir eine konstant tiefe Arbeitslosigkeit haben. Deshalb wäre laut diesen Grundsätzen sicher kein Schuldenaufbau angesagt, also haben wir eigentlich diese Grundsätze schon nicht eingehalten. Das erhöht den Druck in schlechten Zeiten umso mehr. Zum Finanzplan möchte ich am Schluss gerne noch einmal zum letzten Geschäft von heute eine Brücke schlagen. Im Regierungsprogramm steht, dass man die Arbeitsplätze und die Einwohnerzahl um 1'000 erhöhen möchte und schon beim Finanzplan, budgetiert man hier wesentlich tiefer, also ein Geschäft später. Zudem wurde dieser Finanzplan sehr linear aufgestellt und Effekte, dass Leute abwandern oder weniger steuerkräftige zuziehen werden, sind nicht inbegriffen. Man hat sicherlich auch mit einer gewissen Zuversicht budgetiert. Auch wenn es einen kurzfristig beruhigt: Wenn man nötige Investitionen einfach in die Zukunft verschiebt, entstehen in der Regel Folgekosten. Das bringt uns nicht weiter. Eine Stadt kann kurzfristig auch rote Zahlen schreiben, wenn man ein Konzept hat, um die laufende Rechnung ins Lot zu bringen und eingegangene Schulden wieder abzubauen. Das Konzept für eine langfristig ausgeglichene Rechnung sehen wir aber noch nicht. Aber wir wünschen dem Stadtrat die nötige Kraft und Umsicht, um das Ganze wieder ins Lot zu bringen. Wir sind zwar mit dieser Diskussion zu spät dran. Aber wir müssen sie führen. Wir danken allen Beteiligten, dem Stadtrat, der Verwaltung und auch Euch Gemeinderäten, dass wir, um dies zu lösen, auch aufeinander zugehen können. Wir sitzen ja alle hier, weil wir an unsere Stadt glauben und uns für eine prosperierende Stadt einsetzen wollen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Kenntnisnahme.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben uns bei der SP jetzt schon eine lange Zeit mit dieser finanziellen Situation der Stadt auseinandergesetzt. Der Finanz- und Investitionsplan ist aus unserer Sicht eigentlich geschlossen und konsistent. Er zeigt nämlich auf, wie die Finanzen der Stadt mittelfristig wieder ins Lot gebracht werden könnten. Wir sind aber auch der Meinung, dass dieser Finanz- und Investitionsplan doch ziemlich optimistisch ist. Wenn ich hier etwas nach links oder eher zur Rechten oder noch weiter nach hinten zu den Gästen schaue, hat es natürlich hier viele Leute, die von den höheren Steuern und diesen Einsparungen nicht unbedingt begeistert sind. Man muss sich einmal überlegen, was dies bedeutet. Der Finanz- und Investitionsplan geht von jährlichen Einsparungen von zusätzlich rund 8 Millionen aus. Habt Ihr Euch einmal überlegt, was 8 Millionen bedeuten? Das heisst rund 40 Stellen weniger oder das heisst alternativ 20 Stellen weniger und zum Beispiel die Schliessung fast aller kultureller Einrichtungen, der Badi und Verzicht auf freiwillige Beträge. Das ist schlichtweg so nicht umsetzbar und ich nehme an, dass dies eigentlich auch niemand will. Auf der anderen Seite sind wir ja bei den Einnahmen heute glücklich, wenn ein Steuersatz von 105 % genehmigt und wenn nachher noch kein Referendum dagegen ergriffen würde. Nur: So richtig daran glauben fällt mir schon schwer. Wie gesagt: Wir sind sehr froh, wenn wir heute Abend hinaus gehen und es so gekommen wäre. Unklar ist für uns das Vorgehen bei Andaare und zwar schon rein formell. Aus unserer Sicht darf der vom Volk beschlossene Kredit nicht zur Ausarbeitung eines reduzierten alternativen Projektes verwendet werden. Würde nämlich aufgrund von Abstimmungen trotz der aktuellen Absicht nachher das volle Projekt Andaare umgesetzt, würde dieses Geld, das man nachher für etwas anderes ausgegeben hat, ja fehlen. Uns ist noch nicht ganz klar, wie man einen gültigen Volksentscheid ändern kann und wir erwarten dazu vom Stadtrat eigentlich ein juristisch korrektes Vorgehen, das hieb- und stichfest ist, das uns im Moment noch nicht vorliegt. Noch etwas anderes: Unsere Basis, die Basis der Jungen SP und der SP, wird der Reduktion

von Andaare wahrscheinlich nicht zustimmen und schon gar nicht dem Verzicht auf dem Steg. Noch kurz etwas, das Urs vorher gesagt hat: Wir haben eine Interpellation mit genau dem Wortlaut, den Du vorher eigentlich auch angesprochen hast, eingereicht, dass wir eben mehr wüssten und man vor allem auch die Mittel und Instrumente hätten, um zukünftig Fehlprognosen, wie sie im letzten Finanz- und Investitionsplan enthalten sind, verhindern zu können oder die Wahrscheinlichkeit zu reduzieren. Die SP und Junge SP ist aber für Zustimmung zur Kenntnisnahme des Finanz- und Investitionsplanes.

Beate Hasspacher, Fraktion Grüne: Es stimmt, dass der Finanz- und Investitionsplan, eben leider ohne Finanzplan, schon im September behandelt wurde. Wir haben heute die ergänzte Version und möchten uns nur noch zu den Änderungen äussern. Es sind namhafte Einsparungen gemacht worden. Man hat seither Schlüsse gezogen, ernsthaft überprüft und geändert. Der Verzicht auf das Schulhaus im Kleinholz ist nachvollziehbar und wir begrüßen ihn. Das Projekt Andaare ist unter extrem anderen Voraussetzungen initiiert und beschlossen worden. Auch hier begrüßen wir das Vorgehen sehr und sehen darin auch eine gewisse Chance, dass ein einfacheres und vielleicht auch etwas grüneres Projekt schlussendlich dabei herauskommt. Was wir vermissen, ist das Parkleitsystem und die Umgestaltung der Winkelunterführung, wenigstens nach wie vor in Ansätzen. Dann ist uns noch aufgefallen, dass werterhaltende Investitionen, zum Beispiel allgemein im Tief- und Hochbau jetzt extrem knapp angesetzt sind, weit unter Minimalwerten, die sonst üblich sind. Auch das ist eine Sparanstrengung und wir hoffen, dass dies dann nicht Bumerangs mit Folgekosten gibt. Dem Finanz- und Investitionsplan können wir so zustimmen und wir sehen klare Indizien, dass es, wenn wir die Einsparung so beschliessen, dann eben auch noch diesen Schritt zur Steuererhöhung auf 115 %, wie sie vorgesehen ist, braucht.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion bedankt sich recht herzlich für den vorliegenden Finanzplan, der düster ist, wie die gesamte finanzielle Situation unserer Stadt. Wir bedanken uns für gut gemachte Arbeit und ich denke, es gehört jetzt auch etwas eine Analyse dazu, weshalb wir überhaupt so weit sind. Ich glaube, alle älteren Parlamentarier, auch Stadträte, haben von der Abhängigkeit von unserem reichen Onkel gewusst. Von diesem G-Index, der ein Risiko für unsere Stadt ist, hat man in allen Gremien gewusst. Zirka ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen sind schliesslich von diesem reichen Onkel gekommen und man hatte Angst. Wir wussten, irgendeinmal wird dies wahrscheinlich fertig sein. Warum hat man dann nicht reagiert? Warum hat man auch hier nicht reagiert? Ich glaube, die Antwort ist klar. Weil eigentlich auch alle etwas zu den Profiteuren gehören. Die Linke konnte mit dem Halten dieses Budgets die Verwaltung weiter pflegen, wenn ich dies so sagen will. Aber auch die Leistungen, die man gegenüber den Einwohnern machen konnte, konnte man verbessern. Die Rechte konnte Steuern senken. Das sind wichtige Gründe, weshalb wir hier nicht reagiert haben. Man muss einfach zur Kenntnis zu nehmen, und das ist nicht nur in Olten so, sondern überall in der öffentlichen Hand: Solange das Geld vorhanden ist, wird es ausgegeben. Solange das Geld da ist, fliesst es und man kann nicht sparen. Man kann erst jetzt sparen und jetzt lernen wir es auch. Allerdings bleibt die Frage im Raum, wie weit der Stadtrat, insbesondere der damalige Finanzdirektor und sein Verwalter, nicht schon vor dem Budget 2013 gewusst haben, dass es jetzt fertig ist. Wir haben vorher ein paar Hinweise gehört. Man hat später gesagt, man habe es im Dezember vernommen. Wir haben das Budget im November verabschiedet. Den Wegzug dieses reichen Onkels hätte man wirklich vorher wahrnehmen müssen. Man hätte dort mehr nachbohren müssen und dann wäre man dazu gekommen, dass dies jetzt fertig ist. Denn dieses Jahr hätte uns doch einiges gebracht und wir hätten ja auch schon früher reagieren können. Die Indizien waren ganz klar und aus der heutigen Sicht war dies eine klare Fehlprognose, die aber passiert ist. *Tempi passati*. Deshalb schauen wir in die Zukunft und denken, so wie wir es von unserer Fraktion auch immer gesagt haben. Wenn es dann mit den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen ändert, müssen wir unser Verhalten auch ändern. So weit sind wir heute und so präsentiert sich dieser Finanzplan auch. Es sind jetzt Sparmassnahmen spürbar, die man sieht, wo man früher gesagt hat: Man kann auf keinen Fall in diesem Rahmen sparen. Das kann und muss man heute auch machen und ebenfalls muss auf der Einnahmenseite geschraubt werden. Wir

haben es bei den Investitionen gehört und ich glaube, die drei wichtigsten Sachen sind jetzt klar herübergekommen. Für uns ist bei den Investitionen auch noch die Sportpark AG in Frage gestanden, wo wir aber zur Kenntnis genommen haben, dass es auch eine Volksabstimmung war und auf dem Schlitten ja schon bald alles gemacht ist. Aber auch beim Stadthaus haben wir uns gefragt: Kann man da noch etwas sparen. Aber dort ist auch in der GPK von der Bauverwaltung klar gesagt worden, dass es jetzt kontraproduktiv wäre und überhaupt keinen Sinn macht. Deshalb nimmt die CVP/EVP/GLP von diesem Finanzplan Kenntnis und wird sich in der Detailberatung noch zum einen oder anderen äussern.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Nur zwei Sachen. Eine war eine indirekte Frage oder eine Aufforderung an mich zu bestätigen, weshalb wir mit 1'000 Arbeitsplätzen rechnen. Nur ganz kurz: Wir hatten heute von der Zentrumsstadt Ambassadors Olten eine Veranstaltung im neuen Gebäude, das hinter dem Disteli-Haus entsteht. Dort ist von der SBB – das ist ja sehr erfreulich – in Aussicht gestellt worden, dass einerseits mit der Cargodomizilierung, die wir in Olten haben, und mit der neuen Betriebszentrale bis um das Jahr 2015/16 knapp 1'000 Arbeitsplätze entstehen. Ob sie dann hier wohnen, ist wieder eine andere Frage. Aber einfach noch die Antwort auf die Arbeitsplätze. Ich glaube, hier dürfen wir tatsächlich Freude daran haben. Dann zur Frage von Ruedi Moor. Das ist etwas, das uns alle im Stadtrat sehr stark beschäftigt, wie weit Kredite, die durch das Volk beschlossen worden sind, über welchen Weg überhaupt – aushebeln wäre das falsche Wort – auf eine Art nicht ausgeführt und vollzogen werden können. Wir, unsere Rechtsabteilung, haben uns auch beim Kanton, beim Amt für Gemeinden erkundigt. Man kann dort selbstverständlich überprüfen und auch nachfragen, dass unsere Auslegung bestätigt wurde. Ich würde dann den Wortlaut aus dem Handbuch des Rechnungswesens der solothurnischen Gemeinden auch dem Protokoll beilegen, damit man nachlesen kann, dass im Prinzip bei den Beschlussfassungen folgende Regel gilt, welches Organ diesen Kredit auch immer beschlossen hat. Es gilt die qualitative Bindung, das heisst, der Kredit darf nur für den vorgesehenen Zweck verwendet werden und die quantitative, dass die Ausgabe schlussendlich nur im Betrag des bewilligten Kredites getätigt werden darf. Spannend und entscheidend ist eigentlich auch, wie beim Voranschlag, was die separaten Kreditbeschlüsse anbelangt. Das ist grundsätzlich eine Ermächtigung an die Exekutive und an die Verwaltung, diesen Kredit auch zum bezeichneten Zweck auszugeben und genau zu diesem festgelegten Betrag. Die Anweisung bedeutet aber nicht, dass der Kredit ausgegeben werden muss. Das ist diesbezüglich eine sehr interessante Aussage des Kantons. Es gibt an und für sich zwei Momente, wo ein Kredit nicht mehr benützt werden kann. Das ist einerseits, wenn ein Verpflichtungskredit verfällt. Wenn der Zweck zum Beispiel auch erreicht ist, verfällt er. Dann kann er auch unter Budget abgeschlossen werden oder das Vorhaben wird aufgegeben. Das scheint mir eine interessante Formulierung zu sein. Das heisst mit anderen Worten, dass wenn die Exekutive Geld zur Verfügung hat wie auch ein Budget und dies nicht ausschöpft, aus jetzt bekannten Gründen zum Beispiel wegen Finanzengpässen, ist dies ein Aufgeben eines Vorhabens. Es ist klar, dass die Exekutive dann bei den nächsten Wahlen an den entsprechenden Resultaten gemessen wird. Das die Antwort. Ich gebe dies gerne zu Protokoll, damit es nachher auch für alle einsichtbar ist.

Thomas Rauch: Ich möchte nur kurz etwas zur Richtigstellung des Kommentars von Roland Rudolf von Rohr sagen. Die Alpiq ist nicht weggezogen. Das ist das Erste. Sie macht einfach Verlust. Zweitens: Bei den Arbeitsplätzen der Swiss Cargo muss man ja sagen, dass diese Firmen zehn Jahre steuerbefreit sind, damit sie hierher gekommen sind. Eine solche Freude ist dies dann auch wieder nicht. Drittens möchte ich zu den 1'000 Mitarbeitern sagen, dass sie, wenn man kommuniziert, man erhöhe die Steuern in einer Stadt um 30 %, vermutlich auch nicht gerade angezogen werden. Das müsste man auch etwas auf einem anderen Weg machen, damit sie es toll fänden, hier zu wohnen. Viertens: Bevor wir hier in der Debatte über Finanzen sprechen, möchte ich – ich habe dies hier schon ein paar Mal erlebt – einfach darauf aufmerksam machen, dass Steuereinnahmen und dergleichen eine gewisse Dynamik haben. Ich würde vorschlagen, dass wir heute auf Milchbüchleinbetrachtungen verzichten. Das heisst, wenn man die Erwartungen gut managt und ich würde auch von der Exekutive erwarten, dass sie sagen würden, wir müssen temporär vielleicht etwas mehr verlangen, dass sie es nachher kommunika-

tiv begleiten, damit es die Leute toll finden, sich hier noch zu nieder zu lassen und nachher Steuern zahlen.

Heinz Eng: Ich war ebenfalls an dem Anlass, den der Stadtpräsident vorher erwähnt hat. Ich muss Thomas Rauch hier leider bezüglich Swiss Cargo widersprechen. Es ist heute auch von den Verantwortlichen der SBB Cargo effektiv klar zur Sprache gekommen, dass Olten bewusst ausgewählt wurde und einer grossen Palette von verschiedenen Parametern, Standortattraktivität, ÖV usw. und das ist ganz klar, haben sie gesagt: Das ist Olten. Dann muss man sehen, ob dies dann eine solche Freude ist. Ich finde es wirklich vermessen, so etwas zu sagen. Der Verantwortliche der SBB hat klar gesagt: Diese Leute müssen auch irgendwo essen, müssen sich verpflegen, benützen je nachdem nachher die Gelegenheit zu einer Naherholung. Man kann über den Mittag joggen, an die Aare gehen und so weiter, und so fort. Ich möchte dies wirklich zu Protokoll geben. Das ist ein riesiger Pluspunkt. Wenn man dort gehört hat, wie von Olten geredet wird, muss ich sagen, dass ich hier manchmal im falschen Film bin.

Heidi Ehrsam: Ich möchte noch kurz auf ein Projekt zu sprechen kommen, das der Stadtpräsident eingangs der Debatte erwähnt hat: Das Schulhaus Kleinholz. Ein neues Schulhaus Kleinholz war der Anreiz für viele Familien, dass sie ins Bornfeld gezogen sind. Sie haben damit gerechnet, dass ihre Kinder dann dort zur Schule gehen können. Es wurde ihnen gesagt, dass bis 2014 ein abstimmungsreifes Projekt vorhanden sei. Deshalb war ich sehr erstaunt, dass dieses Projekt heraus gefallen ist. Ich möchte den Stadtrat intensiv bitten, bei der nächsten Investitionsplanung und es ist ja eine rollende Planung noch einmal ganz gut zu schauen, ob man vielleicht nicht etwas anderes nach hinten schieben und dieses Schulhaus wieder priorisieren könnte. Diese Familien sind jetzt natürlich zu Recht etwas verunsichert. Ich hoffe, dass die Zuwanderung anhält und es nicht zu einer Abwanderung führt. Das wäre ja das, was wir in unseren Wohnentwicklungsgebieten gar nicht möchten. Deshalb bitte ich mindestens den Stadtrat und vor allem die Bildungsdirektion, doch rechtzeitig ins Bornfeld zu kommunizieren, wer wann wo wie zur Schule gehen muss. Ich konnte, wenn ich den Stadtpräsidenten richtig verstanden habe, immerhin heraus lesen, dass im nächsten Jahr noch keine Bornfeldkinder ins Sälischulhaus gehen müssen. Ist das so? Für die folgenden Jahre habt Ihr ja vielleicht auch schon Perspektiven, die Ihr ins Bornfeld hinüber geben könnt. In diesem Sinne habe ich meiner Enttäuschung Ausdruck gegeben, dass dieses Projekt heraus gefallen ist und ich hoffe, der Stadtrat habe in einem Jahr wieder Herz für dieses Projekt.

DETAILBERATUNG

Seite 17, 340.501.P01 Sportstättenplanung

Urs Knapp: Wir haben dort gelesen, dass der Neubau der Veloständer Fr. 550'000.— kostet. Ist das so teuer und weshalb ist ein Veloständer so teuer? Kann mir dies irgendjemand sagen?

Stadtrat Thomas Marbet: Danke, Urs. Ich konnte mich auf diese Frage nicht vorbereiten und könnte höchstens die Bauverwaltung fragen. Adrian Balz, kannst Du hier eine Aussage machen?

Adrian Balz: Der Veloständer selber kostet natürlich nicht Fr. 500'000.—. In der Sportplatzplanung beinhaltet der südwestliche Bereich auch die Stützmauern, die zur Sportpark AG gehen und das war eine Abmachung mit der Sportpark AG, welcher Teil in die Volksvorlage für die Eisbahn und welcher Teil in die Sportplatzplanung geht. Es sind die Zufahrtswege im Bereich des Parkplatzes hinter der Minigolfanlage, der Veloständer, die entsprechenden Sicherheitsmassnahmen und auch der Eingangsbereich zu unseren Sportanlagen. In diesem Bereich hat die Stadt heute noch gar keine Veloständer und keine öffentlichen Abstellplätze für Motorradroller. Es ist auch klar, dass diese Infrastruktur acht oder neun Monate von den Sportanlagen benutzt wird und höchstens zwei, drei Monate von den Eisbahnen. Der Veloständer allein verursacht nur ungefähr einen Drittel dieser Kosten.

Felix Wettstein: Auf dieser Seite müsste diese Zahl zum Schulhausneubau stehen, wenn sie eben noch hier stehen würde. Ich möchte dieses Stichwort auch noch einmal aufgreifen und dies auch noch mit etwas Zweitem verknüpfen, das auf dieser Seite steht, nämlich die Unterführung beim Bahnhof Hammer. Ich gehöre zu denen, die auch sagen, im nächstjährigen Finanz- und Investitionsplan möchte ich, dass wir das Schulhaus wieder drin haben. Es ist sicher richtig zu sagen, dass das Schulhaus möglichst dort stehen muss, wo möglichst wenig Kinder einen kurzen Weg haben. Schon heute muss ein grosser Teil derjenigen, die ins Hübeli zur Schule gehen, den Hausmattrain hinunter gehen. Das ist nicht weit. Es ist absolut zuzumuten. Aber für all diejenigen wäre ein neues Schulhaus, dort wo der heutige Trainingsplatz des FC ist, eindeutig besser positioniert und für diejenigen Regionen, diese Gebiete, wo die Stadt aktuell wächst und in den nächsten fünf bis sechs Jahren weiter wachsen wird, erst recht. Wenn wir im Säli 2, wo früher die Realschule war, jetzt praktisch leer haben, gibt es sicher auch Möglichkeiten, so etwas zu vermieten und die Mieterträge kann man beispielsweise dafür einsetzen, um wieder Hypotheken für einen Neubau aufzunehmen. Einfach, damit man an diesen Zusammenhang auch denkt. Es ist dem in der öffentlichen Debatte beim absolut einsichtigen Einsatz für das neue Schulhaus ein Investitionsvorhaben, das wir hier noch im Plan haben, gegenübergestellt worden und es ist die Unterführung, welche die heutige Hammerallee mit dem künftigen Areal Olten SüdWest verbinden würde, Fuss- und Veloverbindung. Ich finde richtig, dass man im Sinne der rollenden Planung immer wieder schaut, wann der richtige Zeitpunkt ist, dies in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig erscheint es mir ganz wichtig, dass man nicht vergisst, dass das Entscheidende dieser Unterführung die Verbindung zum Perron des Bahnhofs Hammer und eben auch hinten hinaus ist. Das Quartier Olten SüdWest ist für die Anbindung an den ÖV ganz entscheidend darauf angewiesen, dass man von hinten her in den Bahnhof Hammer hinein kommt. Es ist nicht nur für die Nutzung des künftigen Quartiers Olten SüdWest so, sondern wenn man einmal den Hinterausgang zum Bahnhof Hammer hat, kommt man auf diese Art mit dem ÖV und zu Fuss auch viel einfacher zum Beispiel zu allen Sportanlagen. Heute muss man grosse Umwege gehen und das bewirkt unter anderem, dass die Leute halt das Gefühl haben, man müsse eh mit dem Auto kommen. Es gibt ganz viele Vorteile dieser Unterführung und diese müssen wir in die Waagschale werfen, natürlich gekoppelt mit der Beobachtung, wann in Olten SüdWest was geht.

Stephan Hodonou: Wenn ich hier gleich einhaken darf. Ich weiss jetzt nicht, wo es sonst hingehört. Aber es hat mit dem Schulhaus zu tun, wegen des leeren Platzes im Säli 2. Wenn man natürlich jetzt dort Platz hat und das andere Schulhaus nicht bauen kann, die Stadt aber gleichzeitig ca. fünf Kindergärten hat, wo man sich einmietet, drei davon auf der rechten Stadtseite. Einen kenne ich jetzt gerade. Die Miete ist sehr teuer. Ich fände es auch noch überlegenswert, diese Kindergärten vielleicht ins Säli 2 umziehen zu lassen und dort Miete sparen zu können.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2014 - 2020 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Alle Direktionen
Direktion Finanzen und Informatik
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle/Controlling
Kanzlei-Akten

Verteilt am:

9.7.1 Rahmenkredit

Der Rahmenkredit ist ein Verpflichtungskredit für ein Programm. Der Rahmenkredit wird danach in verschiedenen Einzelvorhaben (Objektkredite) realisiert. Beim Beschluss über einen Rahmenkredit muss das zuständige Organ bestimmen, wer die einzelnen Objektkredite beschliessen kann.

Beispiel: Sanierung von Abwasserleitungen über 5 Jahre. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Objekte zu bestimmen und auszulösen.

9.7.2 Objektkredit

Der Objektkredit ist ein Verpflichtungskredit für ein Einzelvorhaben.

Beispiel: Neubau Mehrzweckgebäude

9.7.3 Brutto- und beschränktes Bruttokreditprinzip für Ausgabenbeschlüsse

Das Bruttokreditprinzip (Bruttoprinzip) besagt, dass eine Ausgabenbeschluss über die Gesamtkosten, ohne Abzug von Subventionen, Kostenbeiträgen oder andern Zuwendungen gefasst werden muss. Man geht davon aus, dass einerseits die Stimmberechtigten wissen sollen, was die Sache gesamthaft kostet für den Fall, dass Subventionen oder Beiträge Dritter nicht im geplanten Ausmass eingehen werden. Die Gemeinde geht andererseits ihren Verpflichtungen gegenüber Dritten (Bauunternehmer) auch im Ausmass der Bruttoausgaben ein.

Das beschränkte Bruttokreditprinzip kann dann angewandt werden, wenn die Beiträge Dritter hinsichtlich Art, Höhe und Fälligkeit verbindlich zugesichert sind. In diesem Fall sind die Nettokosten die Grundlage für die Feststellung der Finanzkompetenz und für die Beschlussfassung. Die Beiträge Dritter müssen dabei vertraglich feststehen (franken- und prozentmässig), die Subventionen müssen fest zugesichert sein (die Gemeinde muss also mögliche Subventionen nicht vorfinanzieren, weil sie etappenweise oder erst nach Abschluss der Bauabrechnung berechnet werden) oder es werden Mittel verwendet, die bereits dem Verwaltungsvermögen zugeordnet sind (z.B. bei einem Schulhausneubau bereits ins Verwaltungsvermögen ausgediegenes Land für diesen Schulhausbau).

9.7.4 Finanzierung und Folgekosten

Das beschlussfassende Organ muss über den Bruttokredit inklusive die geschätzte Teuerung, die Art der Finanzierung, die personellen und betriebliche Folgekosten, die Kapitalfolgekosten (Zinsen und Abschreibungen), die Folgeerträge, eine Kosten-/Nutzenrechnung sowie über die finanzielle Tragbarkeit informiert werden.

Die jährlichen Fälligkeiten sind brutto in den Voranschlag aufzunehmen.

9.7.5 Verfall des Verpflichtungskredites

Ein Verpflichtungskredit verfällt, wenn der Zweck erreicht oder das Vorhaben aufgegeben wird. Ein Verpflichtungskredit verfällt in der Regel nach 5 Jahren. Hat ein früher beschlossener Verpflichtungskredit wesentliche Änderungen in bezug auf das Projekt oder die Kosten erfahren, so muss dieser erneut der Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

9.7.6 Zusatzkredit

Zeigt sich vor oder während der Ausführung eines Projektes, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist ein Zusatzkredit einzuholen, bevor neue Verpflichtungen eingegangen werden. Um Kreditüberschreitungen zu vermeiden, wird den Gemeinden empfohlen, bei grossen Investitionen eine Finanzcontrolling zu führen (Laufenden Ueberwachung der Arbeitsvergaben und der Auswirkungen auf den Gesamtkredit).

Wird die im Voranschlag eingesetzte Tranche (Voranschlagskredit) des Verpflichtungskredites, nicht aber der gesamte Verpflichtungskredit überschritten, so kann die notwendige Erhöhung der Tranche für das betreffende Jahr durch den Gemeinderat beschlossen werden. Diese Kreditüberschreitung ist der Gemeindeversammlung als dringlicher Nachtragskredit zur Kenntnis zu bringen.

9.7.7 Verpflichtungskreditkontrolle

Ueber sämtliche beschlossenen, noch nicht abgerechneten Verpflichtungskredite für Investitionen ist eine Verpflichtungskreditkontrolle zu führen. Diese kann mit der Investitionsrechnung gekoppelt oder separat geführt

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 28

Voranschlag 2014

Das Budget 2014 präsentiert sich mit einem Verlust von 9'897'900 Franken. Die markantesten Kostensteigerungen betreffen die Bereiche Soziale Wohlfahrt und Schulbeiträge in der Bildung. Bei den Erträgen ist der Wegfall der hohen Einnahmen bei den juristischen Personen nur durch die Kompensation einer Steuererhöhung auf 115% abzubremesen. Mit einem Steuersatz von 115% ist Olten aber immer noch im tieferen Drittel der solothurnischen Gemeinden. Im Weiteren zeichnet sich ein markanter Rückgang der Vermögenserträge aufgrund fehlender Zins- und Dividenden erträge ab. Bereits eingeleitete Entlastungsprogramme sollen die Ausfälle zumindest zur Hälfte decken. Das beantragte Nettoinvestitionsvolumen von 20.7 Mio. ist deutlich unter den Vorjahreszahlen, angesichts der grossen Steuerausfälle aber immer noch sehr hoch. Ein grosser Teil des Investitionsvolumens ist für Vorhaben, welche vom Volk verabschiedet worden sind, vorgesehen (Sanierung Stadthaus, Beiträge an den Eissport). Sämtliche Investitionen müssen durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei -0.4%.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2014, basierend auf den Budgetrichtlinien, dem Entlastungsprogramm sowie dem Finanz- und Investitionsplan mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Der aktuelle Finanzplan 2014 – 2020 zeigt, dass aufgrund der hohen Steuerausfälle die bisher sehr ambitionierten finanzpolitischen Grundsätze teilweise an die Mindeststandards der gesetzlichen Grundlagen angepasst werden müssen und man sich von Zielsetzungen zum Steuersatz auf ein kantonales Mittel einigen muss. Durch den immer noch hohen Investitionsbedarf und die fehlende Selbstfinanzierung wird eine Verschuldung pro Einwohner in der Höhe von 1'385 Franken prognostiziert.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von 110'325'700 Franken (ohne interne Verrechnungen von 9'766'100 Franken) und einem Ertrag von 100'427'800 Franken wird ein **Mehraufwand von 9'897'900 Franken** ausgewiesen.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 21.6 Mio. Franken und Investitionseinnahmen von 0.9 Mio. Franken betragen die Netto-Investitionen 20.7 Mio. Franken. Die geplante Investitionstätigkeit wurde zwar gegenüber den Finanzplänen der Vorjahre erheblich reduziert, bleibt aber wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2014 – 2020 dargestellt, auf einem sehr hohen Niveau. Nebst Investitionen in den Werterhalt sind auch Investitionen, welche auf einen Volksentscheid zurückzuführen sind bereits in der Umsetzung (Bsp. Investition Eissportanlage, Stadthaus) oder teilweise Umsetzung (Bsp. Andaare). Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) beträgt für das Budgetjahr sehr hohe 18.4% (= starke Investitionstätigkeit).

2.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Franken)

		B2013	B2014
3	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	-106'312	-93'492
30	Personalaufwand	-54'414	-45'378
31	Sachaufwand	-19'460	-15'410
35	Entschädigungen Gemeinwesen	-4'227	-3'901
36	Beiträge	-28'093	-28'692
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-116	-109
385	Vorfinanzierung	-2	-2
4	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	38'191	24'669
41	Regalien und Konzessionen	131	104
43	Entgelte	13'056	13'013
45	Rückerstattungen	5'430	2'263
46	Beiträge für eigene Rechnungen	11'173	4'488
480	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0	8
485	Auflösung Vorfinanzierungen	8'401	4'793
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-68'121	-68'823
	Ergebnis aus Finanzierung	-15'856	-12'282
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	-1'715	-1'354
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	-19'266	-15'478
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	5'125	4'550
	Operatives Ergebnis vor Steuern	-83'977	- 81'105
40	Steuerertrag	84'056	71'207
	Operatives Ergebnis nach Steuern	79	-9'898

3. Zielerreichung im Voranschlag 2014

3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand

In der Budgetweisung wurde die Vorgabe ausgegeben, die im Rahmen des überarbeiteten Budgets 2013 erreichte Einsparung von rund 2.2 Mio. Franken weiter einzuhalten. Die Sachkosten im verabschiedeten Budget 2013 betragen, ohne Berücksichtigung der wegfallenden HPS, 17.876 Mio. Franken, im reduzierten Budget 16.667 Mio. Franken und im Budget 2014 15.410 Mio. Franken. Die Reduktion innert Jahresfrist beträgt 2.5 Mio. Franken oder 14%.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Im Vergleich zu den letzten Finanz- und Investitionsplanungen zeichnet sich ab, dass die bisherigen finanzpolitischen Grundsätze, welche sich Olten gegeben hat, nur teilweise erreicht werden können.

Grundsatz zur **Verschuldung**:

- Langfristig soll ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt werden:
Wie im Finanzplan bereits aufgezeigt, wird sich die Stadt Olten mit den geplanten Vorhaben weiter verschulden müssen. Primäres Ziel dabei muss es sein, eine mittlere Verschuldung nicht zu überschreiten.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab:
Im Jahr 2011 lag der Durchschnitt der Pro-Kopf Verschuldung bei den Solothurner Gemeinden bei Fr. -314.50 (Nettoschuld 2). Für das Jahr 2014 wird in Olten eine Pro-Kopf Verschuldung von Fr. 1'385 prognostiziert.

Grundsätze zu den **Investitionen**

- Der Selbstfinanzierungsgrad für Werterhalt beträgt dauernd 100%:
Kann ab dem Jahr 2015 bei Annahme der Steuererhöhung und Erfüllung des Entlastungspaketes wieder erfüllt werden.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:
Kann in den nächsten Jahren nicht erfüllt werden.

Grundsätze zu den **Steuern**

- Identischer Steuerfuss für juristische und natürliche Personen:
kann eingehalten werden
- Die Steuerliche Belastung liegt im tieferen Drittel aller Solothurner Gemeinden:
Der höchste Steuersatz im tieferen Drittel (Jahr 2013) bei den natürlichen Personen beträgt 115%; der Grundsatz kann somit eingehalten werden. Im Weiteren ist davon auszugehen dass verschiedene Gemeinden den Steuersatz anheben werden, was die Grenze zum tieferen Drittel nochmals anheben wird.

Grundsatz zu den **Abschreibungen**

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegen die Abschreibungen bei 12%:
Im Rahmen der Eigenkapitalschonung werden die Abschreibungen auf ein gesetzliches Mindestmass reduziert.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Es wurde im Vergleich zum Budget 2013 an der Darstellungsform nichts geändert.

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen **Aufwands**veränderungen über Fr. 200'000 (in Tausend Franken) in den jeweiligen Funktionen:

Funktion	B2013	B2014	Differenz	Begründung
020 Stadtkanzlei, Stabstellen	1'430	1'184	-246	Wegfall Finanzkontrolle, Reduktion Personaldienst
023 Finanzverwaltung	1'331	1'101	-231	Transfer 0.5 Stellen in den Personaldienst, zus. Stellenreduktion 0.4
028 Allgemeine Personalkosten	10'142	8'378	-1'764	Reduktionen bei den Sozialversicherungsbeiträgen aufgrund des Wegfall HPS, Pensenreduktionen, Verrechnung der Deckungslücke PK via AGR
110 Stadtpolizei	5'122	4'778	-344	Aufhebung Polizeistellen
200 Kindergarten	2'249	2'621	372	
201 Sonderpädagogische Eingangsstufe	1'140	0	-1'140	Aufgabentransfer zum Kanton
210 Primarschule	9'536	9'141	-395	
215 Werken	1'663	1'385	-278	
228 Heilpädagogische Sonderschule HPS	9'052	0	-9'052	Aufgabentransfer zum Kanton
293 Schulanlagen	2'849	2'610	-239	
298 Schul- und Allg. Festbetrieb	338	126	-212	Schulfest nur alle 2 Jahre
308 Kunstmuseum	700	985	285	Neu Bruttoverbuchung (vgl. Ertrag)
500 Sozialversicherungen	5'084	4'404	-680	Beiträge an EL gem. kant. Vorgaben
582 Gesetzliche Sozialhilfe	5'449	6'541	1'092	gem. Lastenausgleich Kanton
584 Vormundschafts- und Sozialamt	2'356	2'979	623	Höhere Restkosten Sozialregion
622 Werkhof	1'314	948	-366	Kürzung Personalkostenbudget, resp. Betreuungs- und Familienzulage
650 Regionalverkehr	2'571	2'341	-230	Beiträge an ÖV gem. kant. Vorgaben
791 Stadtentwicklung	663	380	-283	Stellenreduktion, weniger Berateraufträge
920 Finanzausgleich	2'820	2'519	-301	Gem. kant. Vorgaben
940 Kapitaldienst	1'676	1'357	-319	Verringerung des Guthabens PK durch Austritt von Körperschaften, daraus erfolgt eine tiefere Verzinsung
990 Abschreibungen	15'150	12'294	-2'856	Umstellung auf gesetzliche Abschreibungen 8%.

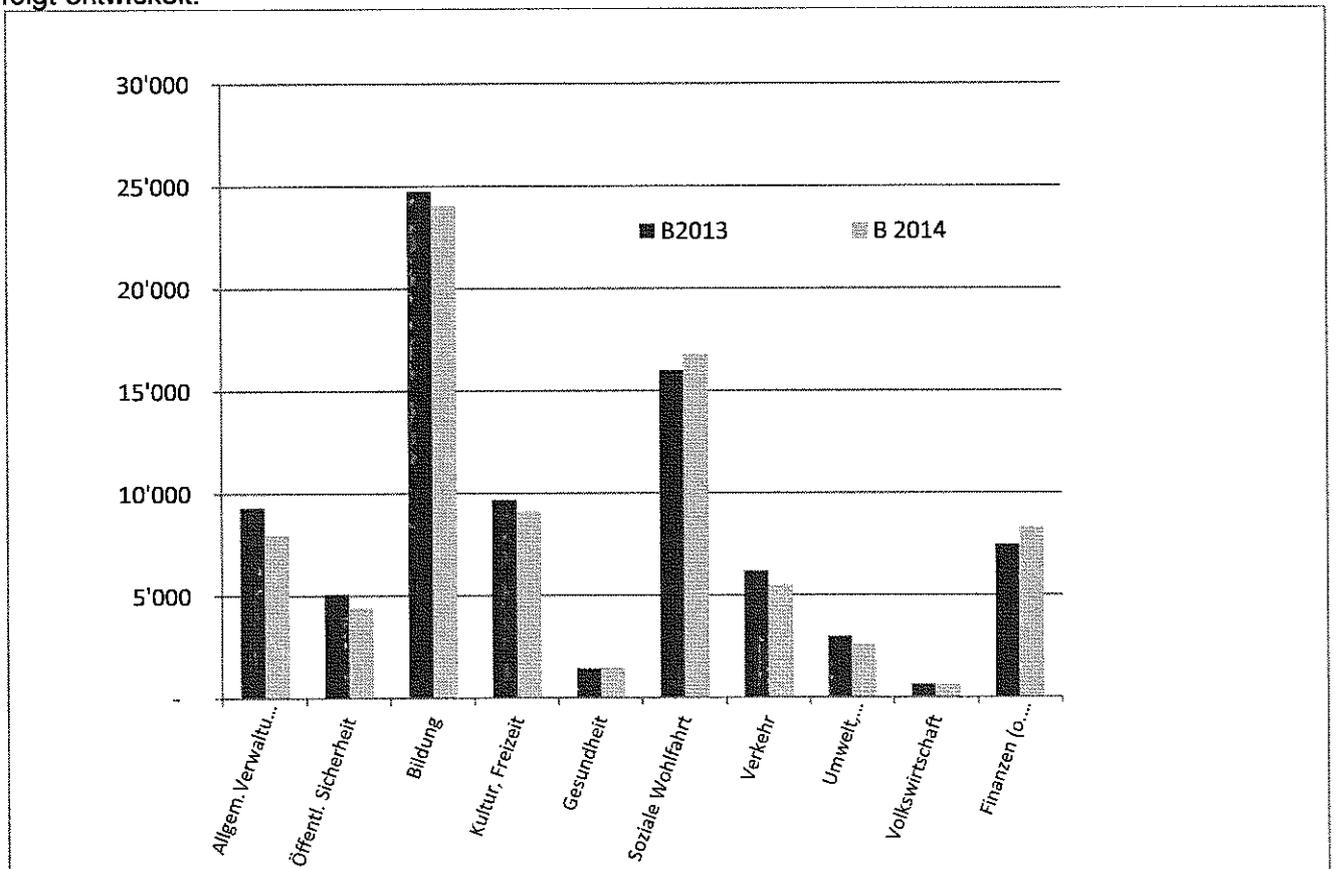
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Franken):

Funktion	B2013	B2014	Differenz	Begründung
028 Allgemeine Personalkosten	9'414	7'746	-1'668	Wegfall Weiterverrechnung HPS
029 Allgemeine Verwaltungskosten	630	363	-267	Keine Verrechnung mehr an HPS
201 Sonderpädagogische Eingangsstufe	1'140	0	-1'140	Aufgabentransfer zum Kanton
228 Heilpädagogische Sonderschule HPS	9'052	0	-9'052	Aufgabentransfer zum Kanton
308 Kunstmuseum	4	279	275	Neu Bruttoverbuchung
621 Parkplätze	1'221	1'522	301	Erhöhung Parkkarten
900 Gemeindesteuern	84'185	71'335	-12'850	Steuerausfälle / Steuererhöhung
940 Kapitaldienst	2'179	1'561	-618	Wegfall Zins- und Dividendenerträge
995 Vorfinanzierungen	8'300	4'700	-3'600	Tiefere Projektkosten vorfinanzierter Projekte

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



0 Allgemeine Verwaltung (B 2013: 9'323 B2014: 7'961 Differenz: -1'362)

Das Budget 2014 reduziert sich gegenüber dem Budget 2013 um rund 1.4. Mio. Franken. Bei den Personalkosten wird ein Teil der Verzinsung der Deckungslücke aufgrund der neuen Pensionskassenvorlage neu über die Arbeitgeberbeitragsreserve finanziert. Bei den Besoldungen machen sich die Pensenreduktionen bei Steuerverwaltung, Finanzverwaltung, Personaldienst und Finanzkontrolle sowie im Abwartdienst des Stadthauses erstmals bemerkbar. Beim Sachaufwand konnten im Rahmen der Entlastungsmassnahmen rund 0.4 Mio. Franken eingespart werden. Bei den Entschädigungen an Gemeinwesen (Kostenart 35) beträgt die Entlastung für die Veranlagungskosten der Steuererklärungen durch den Kanton 0.16 Mio. Franken (Steuerkraftabhängig). Bei den Beiträgen wurde der Dispokredit des Stadtrates um 110'000 Franken gekürzt, zusätzlich fällt der Beitrag an die Gleichstellungskommission weg.

1 Öffentliche Sicherheit (B 2013: 5'098 B 2014: 4'385 Differenz: -713)

Einsparungen im Personalaufwand der Feuerwehr 119'000 Franken, Wegfall Grundausbildung Polizei 89'000 Franken. Sachaufwand Einsparungen Polizei: 189'000 Franken, Feuerwehr 37'000 und Militär 39'000 Franken. Im Weiteren wurde die Feuerwehrpflicht um 3 Jahre verlängert, welche Einnahmen von 73'000 Franken mit sich bringt.

2 Bildung (B 2013: 24'744 B2014: 24'042 Differenz: -702)

Der Bereich Bildung ist im Jahr 2014 vor allem vom Wegfall der HPS geprägt. Die Auflösung in der Funktion der Sonderschulen selbst ist saldoneutral, es bleibt jedoch eine gewisse Kostenremanenz, da bisher eine Pauschalabrechnung mit dem Kanton stattgefunden hat und keine effektive Leistungsabgeltung.

Der Personalaufwand wurde um 564'000 Franken reduziert, beim Sachaufwand wurden im Rahmen des Entlastungspaketes rund 753'000 Franken eingespart. Bei den Beiträgen macht sich die Beitragserhöhung von 500'000 für die gymnasialen und progymnasialen Abteilungen bemerkbar. 293: Gemeindebeiträge an Raumkosten: - 200'000 Franken.

3 Kultur und Freizeit (B 2013: 9'689 B2014: 9'099 Differenz: -590)

Im Bereich Kultur und Freizeit findet eine Entlastung von rund 590'000 Franken oder rund 6% statt. Bei allen Museen wurde die Budgetierung auf die Bruttodarstellung umgestellt, was zu höheren Personalkosten führt, welche aber gleichzeitig durch die Fondsentnahmen wieder ausgeglichen werden.

4 Gesundheit (B 2013: 1'441 B2014: 1'451 Differenz: + 10)

Keine Bemerkungen

5 Soziale Wohlfahrt (B 2013: 16'013 B2014: 16'765 Differenz: +752)

Die anhaltende Kostensteigerung in der Funktion der Sozialen Wohlfahrt (Fr. 752'000) kann durch folgende Veränderungen mehrheitlich erklärt werden:

- Kostenreduktion im Bereich der Ergänzungsleistungen (-679'000)
- Entlastung bei den freiwilligen Leistungen (Entlastungspaket -150'000)
- Kostensteigerung im Bereich des Lastenausgleich für die gesetzliche Sozialhilfe von Fr. 1'092'000.
- Steigerung der Rest- und Verwaltungskosten der Sozialregion Olten um Fr. 629'000.

6 Verkehr (B 2013: 6206 B2014: 5489 Differenz: -717)

Tieferer Beitrag gemäss öV-Gesetz an den Kanton im Betrag von Fr. 229'900. Erhöhung der Parkkarten (+ 296'000), Einsparungen im Werkhof (-310'000)

7 Umwelt und Raumordnung (B2013: 2'984 B2014 2'608 Differenz: -376)

Reduktionen in der Stadtentwicklung (- 183'000 Franken), Reduktion in der Orts- und Regionalplanung (-59'000 Franken)

8 Volkswirtschaft (B2013: 651 B2014: 607 Differenz: -44)

Keine Bemerkungen

9 Finanzen ohne Steuern (B2013: 7414 B2014: 8291 Differenz: +877)

Die Steuerausfälle bei einem Steuerfuss von 95% belaufen sich auf rund 27.2 Mio. Franken. Eine Steuerfusserhöhung auf 115% bringt Erträge von 14.4 Mio. Franken.

Finanzausgleich gem. kant. Vorgaben: - 300'000 Franken

Abschreibungen: - 2.86 Mio. Franken, Entnahme Vorfinanzierung: Differenz um Vorjahr - 3.6 Mio. Franken gemäss Projekten

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten

(Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Der Personalaufwand sinkt im Vergleich zum Vorjahresbudget, ohne Berücksichtigung des Wegfalls HPS, um 6.3%. Da die Teuerung von Oktober 2012 bis September 2013 minus 0.2% beträgt, besteht kein Lohnanpassungsbedarf. Der Regierungsrat hat einen analogen Beschluss für die Lehrkräfte gefasst.

- Die Bruttobesoldungen sinken beim Verwaltungs- und Betriebspersonal ebenso wie bei den Lehrkräften.
- Durch die neue Belastung der Verzinsung der Deckungslücke über die Arbeitgeberbeitragsreserve der Pensionskasse sowie den tieferen Gehältern sinken auch die Sozialversicherungskosten.

31 Sachaufwand

Der gemeindesteuer- und gebührenfinanzierte Sachaufwand liegt unter Berücksichtigung des Wegfalls der HPS 2.5 Mio. Franken oder 14% unter dem Vorjahresbudget und befindet sich wieder auf einem Mittel der Jahre 2007 und 2008.

32 Passivzinsen

Durch den geplanten Weggang von angeschlossenen Körperschaften aus der PK Olten und der damit verbundenen Auszahlung der Guthaben über das Kontokorrent bei der Stadt wird die Schuld gegenüber der Pensionskasse erheblich verringert. Da das Kontokorrent zum technischen Zinssatz von 3% verzinst wird, ist die Einsparung somit sehr hoch.

Gleichzeitig steigt aufgrund der zunehmenden Schuldenlast auch die Verzinsung der langfristigen Schulden der Stadt.

33 Abschreibungen

Entgegen der bisherigen Praxis werden die Abschreibungen auf das gesetzliche Minimum von 8% des Verwaltungsvermögens reduziert. Zusätzlich werden Abschreibungen in der Höhe der Vorfinanzierung von 4.7 Mio. Franken getätigt.

35 Entschädigungen an Gemeinwesen

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Franken):

Position	B2013	B2014	Differenz
Beitrag an den Kanton für Steuerveranlagungen	1'140	980	-160
Schulgelder an Sonderschule inkl. HPS	612	444	-168
Standortbeitrag an die Fachhochschule	350	340	-10
Betriebskostenanteil Kläranlage	1'589	1'629	39

36 Eigene Beiträge

28'693

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

- davon an Kanton, unter anderem:

Position	B2013	B2014	Differenz
Schulgelder an Kanton / Mittelschulgesetz	1'201	1'780	579
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistung	5'055	4'375	-680
Alimentenbevorschussung	326	293	-33
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'516	2'315	-201
Finanzausgleich	2'820	2'519	-301

- davon an Gemeinden, unter anderem:

Position	B2013	B2014	Differenz
Pflegekostenfinanzierung	1'462	1'446	-16
Beitrag an Sozialregion	5'449	6'541	1'092
Beitrag an Sozialadministration	1'011	1'126	115
Restkosten Sozialregion	1'286	1'800	514

- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, unter anderem:

Position	B2013	B2014	Differenz
Beitrag für Kinder in Heimen	456	432	-24
Beitrag an die Stadttheater AG Olten, Netto	697	697	0
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	750	750	0

- davon an private Institutionen, unter anderem:

Position	B2013	B2014	Differenz
Dispositionscredit Stadtrat	210	100	-110
Beitrag Robi-Spielplatz	232	232	0
Beitrag an Spitex-Verein Olten	810	920	110
Kinderkrippen	980	830	-150
Beitrag an Olten Tourismus	257	257	0

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

Keine Bemerkungen

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung wird auf einen 3-Jahresschnitt der Jahre 2011 – 2013 (Veranlagungen und Vorausrechnungen) abgestellt. Zudem wird auf eine vom Kanton für jede Gemeinde erstellte Hochrechnung zur Festlegung der Steuern hinzugezogen. Für die Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums wurden sowohl die Prognose der KOF, des SECO sowie der BAKBASEL betrachtet. Zudem wurde sowohl ein Best-Case Szenario sowie ein Worst-Case Szenario hinzugezogen. Für das Jahr 2014 und den Finanzplan wurde ein Wachstum von 1.5% festgelegt.

Die Steuereinträge zwischen Budget 2013 und Budget 2014 betragen 27.2 Mio. Franken, mit der beantragten Steuererhöhung werden zusätzliche Steuereinnahmen von 14.3 Mio. Franken erwartet.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

- ¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.
- ² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Der Stadtrat beantragt basierend auf den Resultaten des Finanzplans 2014 – 2020 den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen auf 115% des Staatssteuerbetrages festzulegen.

41 Konzessionen

Keine Bemerkungen.

42 Vermögenserträge

Aufgrund des anhaltend tiefen Zinsniveaus, der schwindenden Mittel sowie der voraussichtlich ausbleibenden Dividendenerträge (Kostenart 422) rund 0.5 Mio. Franken tiefer erwartet als im Jahr 2013.

43 Entgelte

Bei den Entgelten ist vorgesehen, die Feuerwehrpflicht um 3 Jahre zu verlängern. Die Mehrerlöse fliessen vollumfänglich in die Spezialfinanzierung der Feuerwehr.

45 Rückerstattungen von Gemeinwesen

Wegfall der Schulbeiträge HPS aufgrund der Kantonalisierung.

46 Beiträge für eigene Rechnung

Wegfall der Kantonsbeiträge an die HPS aufgrund der Kantonalisierung

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.49 Mio. Franken und einem Ertrag von rund 1.24 Mio. Franken schliesst das Budget 2014 mit einem Nettoaufwand von Fr. 249'900 (Vorjahr 526'400 Franken) ab. Dieser Betrag liegt aufgrund der höheren Feuerwehrsteuern etwas mehr als die Hälfte tiefer als im Vorjahresbudget und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken Abschreibungen von insgesamt 1.8 Mio. Franken vorgesehen.

721 Abfallbeseitigung

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsverlust und einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 8'400 Franken.

783 Konfiskatsammelstelle

Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von 1'700 Franken.

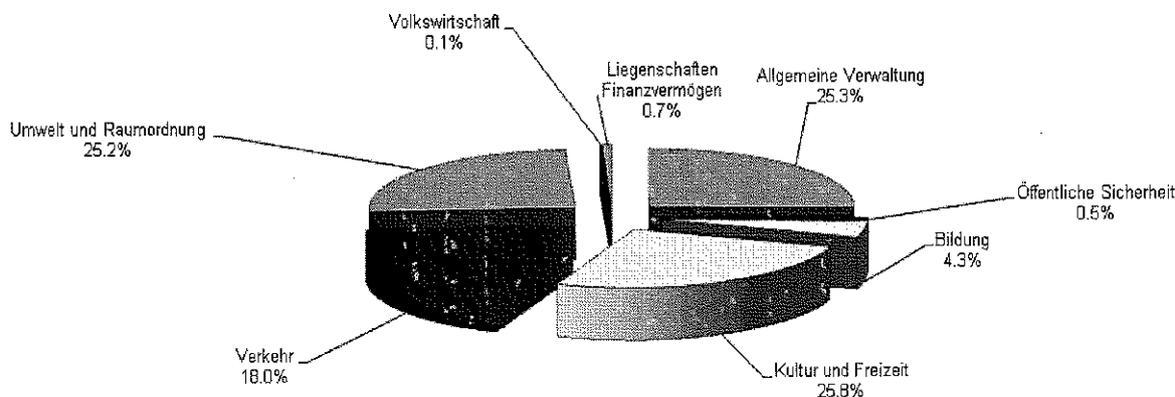
8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nahm im September 2013 Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2014 – 2020. Das vorliegende Investitionsbudget 2014 erfuhr gegenüber dem vorgestellten Investitionsplan nur geringfügige Anpassungen. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende Projekte mit Investitionstranchen im Jahr 2014 von über Fr. 600'000 im Voranschlag enthalten:

- Sanierung Fassade Stadthaus (090.503.010) 6.000 Mio. Fr.
- Eissportanlage, Investitionsbeitrag (340.564.003) 6.000 Mio. Fr.
- Aufwertung Bahnhof Ost, Gestaltung Strassen-Räume (620.501.045) 0.800 Mio. Fr.
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten (230.561.001) 0.700 Mio. Fr.
- ERO, Entlastung Region Olten (790.561.007) 3.000 Mio. Fr.

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Sämtliche Investitionen im Jahr 2014 müssen durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden, da der Selbstfinanzierungsgrad bei 0 liegt. Das Nettovermögen fällt auf Basis der Rechnung 2012, welche noch ein Nettovermögen von 510 Franken pro Einwohner aufwies, auf eine Nettoschuld pro Einwohner von 1'393 Franken.

9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad allgemein

unter 70 % grosse Neuverschuldung

70 – 100 % verantwortbare Neuverschuldung

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen mit einbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

Die Steuerausfälle konnten mit einer ersten Tranche an Entlastungsmassnahmen sowie der beantragten Steuererhöhung soweit kompensiert werden, dass für das Jahr 2014 ein Selbstfinanzierungsgrad von -0.4% erreicht werden kann.

Solche Selbstfinanzierungsgrade lassen eigentlich keine Investitionen zu. Werterhaltende Investitionen sind jedoch zum Schutz der bestehenden Infrastruktur vorzunehmen und Entwicklungsinvestitionen, sofern sie nicht vom Volk bewilligt worden sind, entsprechend zu reduzieren.

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Franken	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Franken	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Franken	hohe Verschuldung
> 5'000 Franken	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und der festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Der im Finanzplan 2014 – 2020 gezeigte Investitionsbedarf führt bis Ende 2019 zu einer Nettoschuld von 2'882 Franken pro Einwohner. Das Investitionsvolumen muss daher in den Folgejahren zwingend noch einmal einer Priorisierung unterzogen werden damit, die angestrebte mittlere Verschuldung von 2'500 Franken pro Einwohner erreicht werden kann.

10. Zusammenfassung

Ziel des Voranschlages 2014 ist es, nebst den eingeleiteten Entlastungsmassnahmen und einer Steuererhöhung unter ein kantonales Mittel keinen operativen Cash-Loss zu erzielen. Für künftige Investitionen sind zusätzliche jährliche Einsparungen von 8 – 9 Millionen Franken zu erzielen, um einen akzeptablen Selbstfinanzierungsgrad zu erzielen und eine ansteigende Schuldenlast wieder zu reduzieren.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt mit ihren Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und damit auf die Verschuldung mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die damit verbundene Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung.

Mögliche Veränderungen im finanzpolitischen Umfeld sind im Auge zu behalten und gegebenenfalls rechtzeitig Gegenmassnahmen zu ergreifen.

Beschlussesantrag

I.

1. Der Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung mit einem Mehraufwand von 9'897'900 Franken wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 20'715'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 115% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 115% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von 569'600 Franken wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von 45'100 Franken wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von 39'229'700 Franken wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 23 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

EINTRETEN

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng: Die GPK hat den Voranschlag während mehrerer Stunden durchforstet, hatte viele Fragen und ich möchte hier dem Stadtrat danken, dass die entsprechenden Antworten auch gekommen sind und wir dies nachher anlässlich dieser Sitzung erläutern und die entsprechenden Antworten auch werten konnten. Ich möchte ganz kurz im Telegrammstil sagen, was hier alles so diskutiert wurde. Es wurde nach einer Aufschlüsselung der Dienstleis-

tungen und Honorare gefragt. Dann auch, wie das neue Dispositiv der Stadtpolizei mit reduziertem Bestand aussehen würde. Eine eventuelle Übernahme des Minigolfparks ist diskutiert worden, die Holdingsteuer, die nachher vielleicht auch noch reden geben wird, die Personalstatistik, die Pensenbemessung Schulleitungen usw. Auch darüber gibt dann das GPK-Protokoll Aufschluss. Intensiv diskutiert wurde auch das Projekt Andaare, die Investition. Wir haben die ganze mögliche Bandbreite durchdiskutiert. Erneute Volksabstimmung mit Ablehnung bis zur rasch möglichen Umsetzung sind dem Vorgehen des Stadtrates gegenüber gestanden, das von einer abgespeckten Version ausgeht. Schnell hat dann aber die ganze Diskussion auf den Steuerfuss eingedreht. Der Stadtrat hat klar signalisiert, dass hier erhöht werden muss und hat an seinen 20 % festgehalten. Es gab einen Antrag in der GPK auf maximal fünf Steuerprozent. Man hat auf die Stellungnahme der Wirtschaft und des Gewerbes von Olten verwiesen. Man muss wissen, dass ein Steuerpunkt ca. Fr. 700'000.— bedeutet. Bei einer Steuererhöhung von 20 % wären dies 14 Millionen. Es ist klar, dass hier das Konsumverhalten der Oltnen Bevölkerung etwas durcheinander kommt, auch wenn vom Stadtrat behauptet wird, dass die 20 % das Familienbudget bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 80'000.— bis 90'000.— mit maximal Fr. 1'000.— belasten würde, sind dies schnell einmal Fr. 100.— pro Monat, mit denen ein solches Familienbudget belastet würde. Wir alle, die noch irgendwo arbeiten, wissen, dass es im nächsten Jahr wahrscheinlich eine Nullrunde geben und nicht mit mehr Lohn zu rechnen sein wird. Ergo sind dies nachher Nettoverluste, die unsere Budgets belasten werden. Dann ist auch die ganze Standortattraktivität zur Sprache gekommen. Der Antrag ist auch so formuliert worden, dass zusätzlich eben auch Druck auf die Sparmassnahmen kommen und auf die Ausgabenbremse getreten werden soll. Es gab auch Stimmen, dass die Steuererhöhung nicht ausreicht. Der Wohnort wird nicht nach dem Steuerfuss festgelegt, sondern nach Angebot und Lebensqualität. Ein entsprechender zusätzlicher höherer Antrag um den Steuerfuss ist aber in der GPK nicht erfolgt. Somit hat sich die ganze Geschichte in der GPK etwas gedreht. Die Erhöhung des Steuerfusses auf 5 %, 10, 15 Punkte oder eben der stadträtliche Antrag auf 20. Zwei Anträge haben sich heraus kristallisiert, derjenige mit den 5 % und derjenige mit den 10 %. Derjenige mit den 5 % wurde abgelehnt und dem Antrag mit 10 % gegenüber dem stadträtlichen mit 20 % ist in der GPK zugestimmt worden. Ihr seht nachher auch auf dem gelben Blatt, wenn man es jetzt ausdrückt, ist es zwar weiss, die entsprechenden Auswirkungen und den Antrag der GPK an das Parlament. Das ist in Kürze das eigentliche Fazit der GPK. Vieles wird nachher anschliessend noch in der Detailberatung aufs Tapet kommen und die abschliessenden Abstimmungen im Parlament werden Klarheit geben, was schlussendlich heute Abend passiert.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Es ist dem Stadtrat durchaus bewusst, dass eine Erhöhung von 20 Steuerpunkten sehr markant ist, dass es wahrscheinlich sogar etwas Einmaliges in der Schweiz ist, dass ein derart grosser Sprung gemacht wird. Wenn man aber die Realität sieht, geht es gar nicht anders. Es ist absolut illusorisch, wenn man glaubt, das Budget allein mit Einsparungen ausgeglichen gestalten zu können. Weiter gebe ich zu bedenken, dass man gemäss Finanzplan in den nächsten Jahren zwingend 9 Millionen sparen muss, dies neben der beantragten Steuererhöhung von 20 Steuerpunkten. Wenn wir dies nicht schaffen, werden wir kein ausgeglichenes Budget haben können. Alle Bereiche werden Abstriche machen müssen. 25 Millionen – das ist der Fehlbetrag – lassen sich bei einem Budget von rund 100 Millionen nicht einfach einsparen. Schon die Zielvorgabe von 9 Millionen ist sportlich und sicher nicht leicht zu bewältigen. Man könnte es sich einfach machen. Man könnte den ganzen Bereich Kultur, Sport und Freizeit streichen. Dann hätten wir kein Stadttheater mehr, wir hätten keine Museen mehr, wir hätten keine Sportanlagen mehr und dann hätte man die 10 Millionen eingespart. Das ist sicher nicht im Interesse von uns allen hier. Im Rahmen von Zusammenzügen ist immer wieder das Wort gefallen: Spart doch nicht bei den kleinen Beträgen, streicht doch die grossen Kisten, wo man in grossem Umfang sparen kann. Grosse Kisten gibt es aber leider nicht. Der Personalaufwand macht im Budget 2014 mit rund 45 Millionen mehr als die Hälfte aus. Die Löhne der Lehrpersonen sind vom Kanton vorgegeben. Hier können wir gar nichts ändern. Auch das städtische Personalreglement ist relativ starr und lässt ein rasches Handeln nicht zu. Wir sind hier an gewisse gesetzliche Vorgaben

gebunden. Auch im Sozialbereich und in der Bildung selber sind viele Ausgaben vorgegeben und können nicht variabel gestaltet werden. Weiter ist zu betonen, dass das Parlament und auch die Geschäftsprüfungskommissionen die letzten Jahresbudgets relativ blauäugig durchgewunken haben. Meines Erachtens ist dabei die Aufsichts- und Kontrollfunktion nicht wahr genommen worden. Nicht nur der Stadtrat ist für diese Fehlplanung verantwortlich, sondern alle politischen Gremien. Man hätte, wenn man nicht einverstanden war, eine Rückweisung dieses Budgets beantragen können. Die Dünnhäutigkeit und Kritikfähigkeit eines Mitgliedes des Stadtrates kann nicht der Grund sein, weshalb man eine kritische Würdigung eines Sachgeschäftes nicht vornimmt. Ich weiss, es war nicht ganz einfach, gewisse Personen zu kritisieren. Aber man hätte es gleichwohl tun sollen. Ich habe mir die Zeit genommen, etwas zurück zu gehen und einmal die Sache anzuschauen, die hier besprochen und entschieden wurde und in der Budgetberatung 2012 der Geschäftsprüfungskommission, die am 28. Oktober 2011, hat der damalige Finanzverwalter zur Kenntnis gebracht, dass mit einem markanten Rückgang der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen für das Jahr 2011 zu rechnen sei. Trotz dieser Erkenntnis sind im Budget 2012 die Gewinn- und Kapitalsteuern von 38,2 auf 44,7 Millionen erhöht worden. Mit dieser Erhöhung hat man auch die Steuersenkung auf 95 % durchgewinkt. Wenn man dann sieht, wie dieser Fehlbetrag im Jahr 2011 effektiv ausgefallen ist, nämlich mit 4,7 Millionen, im Jahr 2012 dann mit 22,1 Millionen, wenn man schon den Rückgang 2011 als markant bezeichnet, fehlt mir für das Jahr 2012 bei einem Fehlbetrag von 22,1 Millionen die richtige Wortbezeichnung. Vor der Parlamentssitzung hat die Alpiq am 4. November 2011 die Medien informiert. In diesem Medienbericht – ich habe ihn hier, wenn mir nicht geglaubt wird, dass er so effektiv gemacht wurde – heisst es: Millionenschwere Abschreibungen, Abbau von 450 Stellen, massiver Gewinneinbruch etc. Weiter wurde gesagt, eine Besserung sei frühestens im Jahr 2014 zu erwarten. Am 17. Februar 2012 wurden dann die Zahlen des Jahres 2011 von der Alpiq präsentiert. Man hat einen Verlust von 1,3 Milliarden ausgewiesen und beim Ausblick ist Folgendes mitgeteilt worden: „Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen erwartet die Alpiq-Gruppe kurzfristig keine Verbesserung. Zudem ist 2012 gegenüber 2011 von einem weiteren Rückgang der Ergebnisse auszugehen“. Trotz all dieser Warnsirenen wurden auch für das Jahr 2013 bei Gewinn- und Kapitalsteuern 42 Millionen budgetiert. Die Erwartung, wie wir sie in der Finanzdirektion jetzt annehmen, liegt bei 14,3 Millionen. In diesen drei Jahren beträgt das Manko somit satte 55 Millionen und ich muss ich hier ganz klar sagen, dass wir beim Voranschlag 2014 auch für diese Versäumnisse büssen müssen. Die Senkung des Steuerfusses im Jahr 2012 ist unter diesen Prämissen zu Unrecht erfolgt. Eigentlich hätte man damals, als man auf 95 % herunter gegangen ist, den Steuerfuss schon erhöhen müssen. Im Weiteren hat man auch unnötigerweise Zeit verloren und viel zu spät mit diesem Entlastungsprogramm angefangen. Man hätte dies viel früher machen können. Auch hier ist für mich nicht nachvollziehbar, dass das Budget in der Geschäftsprüfungskommission und auch im Parlament einfach so durchgewinkt wurde. Es gab zwar kritische Stimmen. Aber sie haben nicht dazu bewogen, dass man das Budget zurückgewiesen hat. Die geplante Steuererhöhung widerspiegelt die Realität und ist zwingend nötig, auch um die Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Ich möchte hier alle aufrufen, keine Partikularinteressen zu verfolgen und die bisherigen Massnahmen des Entlastungspaketes nicht in Frage zu stellen, dies umso mehr, als weitere 9 Millionen eingespart werden müssen, um eine ausgeglichene Rechnung zu haben. Ein tieferer Steuersatz würde dazu zwingen, sich weiter zu verschulden. Mit den schon jetzt beantragten 23 Millionen, die 2014 nötig sein werden, wird die Verschuldung auf ca. 100 Millionen steigen. Bei einem Zins von 2 % ergibt dies einen Betrag von 2 Millionen, allein für die Passivzinsen. Mit diesem Betrag werden viele Sparbemühungen wieder neutralisiert. Es ist schwierig, aus dieser Abwärtsspirale heraus zu kommen, wenn man sich ständig verschuldet. Zum Schluss möchte ich noch etwas Persönliches von mir geben. Die bisherigen Ausführungen, die ich jetzt gemacht habe, sind nicht die Folge des viel zitierten Kollegialitätsprinzip, sondern meiner innersten Überzeugung. Es ist mir bewusst, dass ich mich im Wahlkampf gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen habe. Das war eines meiner Credos, die ich auf die Fahne geschrieben habe. Aber in meinen schlimmsten Albträumen hätte ich nie erwartet, dass sich die städtischen Finanzen in einer derart mise-

rablen Lage befinden. Ich möchte deshalb alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier bitten, die politische Verantwortung zu übernehmen und diesem Voranschlag inklusive Steuerfuss zuzustimmen. Wenn man dies nicht macht, wird es in Zukunft noch schlimmer heraus kommen.

Felix Wettstein: Die Grünen sind bis auf zwei Ausnahmen mit dem Budget 2014, wie es der Stadtrat vorschlägt, einverstanden. Zu den Ausnahmen komme ich später. Es wird heute Abend sehr wichtig sein, dass wir als Parlament die Weichen für eine realistische Finanzplanung stellen, nicht nur für ein Jahr, sondern für die nächsten paar Jahre. Und dazu gehört, dass wir wie der Stadtrat den Mut haben, die Steuern um 20% anzuheben. 20% tönt nach viel, aber eigentlich hätte der Stadtrat vorschlagen müssen, dass die Steuern um 35% angehoben werden. So viel fehlt uns nämlich, damit wir 2014 kein Defizit machen. Mit dem Vorschlag, wie er jetzt vorliegt, müssen wir in einem einzigen Jahr sage und schreibe 9,8 Millionen Defizit in Kauf nehmen, fast 10 Millionen. Das ist nicht nur schmerzlich, sondern mittelfristig auch gefährlich. Benvenuto Savoldelli hat es völlig zu Recht gesagt. Die Stadt Olten muss viel Geld aufnehmen, und sie bekommt die Hypotheken von den Banken nur noch zu einem höheren Zins, wenn sie weitere Defizite vor sich hat. Darum ist es für uns Grüne absolut nicht zu verantworten, was die GPK vorschlägt, nämlich dass der Steuerfuss nur gerade um 10% angehoben werden soll. Eine solche Politik entzieht der Stadt gleich auf zwei Arten den Lebensnerv! Erstens würden wir in einem einzigen Jahr sogar 16 Millionen Defizit machen müssen, wir müssten sehr schnell hohe Schulden anhäufen, Olten wäre nach kurzer Zeit nicht mehr kreditwürdig. Dazu können wir Grüne nicht Hand bieten! Zweitens müsste Olten, um das Unheil einigermaßen abzuwenden, in einer nächsten Einsparrunde e ganz e Huufe städtische Aufgaben massiv reduzieren oder sogar vollständig streichen. Die bisherigen Beschlüsse – Hallenbad, Volière, Volkshochschule, Streichung der Betreuungszulage, des Alk-Stübli, Kürzung von ganz vielen Beiträgen an Vereine und kulturelle Einrichtungen – das sind Peanuts im Vergleich zu dem, was man noch alles zusammenstreichen müsste, nur um mit den Steuern nicht auf ein realistisches Mass zu gehen! Wir sehen heute schon, wohin dieses zusätzlichen Streichkonzert führen würde: Betroffen wären alle, die sich freiwillig für unsere Stadt engagieren. Betroffen wären alle, die sich in den letzten Monaten gefreut haben, wie die Stadt endlich zu leben beginnt. Betroffen wären alle die, denen es nicht besonders gut geht, weil die Stadt für Unterstützungsbeiträge überhaupt nichts mehr übrig hätte. Wir Grüne wollen, dass wir die Errungenschaften von unserer Stadt halten können. Wir wollen keinen Luxus, aber wir wollen, dass sich die Leute weiterhin mit dieser Stadt identifizieren können. Das geht nur, wenn wir die Steuern in die Nähe von dem bringen, was es an Einnahmen halt einfach braucht, wenn der Goldesel kein Gold mehr scheisst. Und das bedeutet heute, dass wir um 20 Prozent erhöhen. Was würde es denn bringen, wenn wir die Schnellschüsse der letzten Tage durchwinken: Schulinsel weg, Museumskürzungen, Stadtplanungen zusammenstauchen? Es würde kaum ein halbes Steuerprozent bringen. Zu Recht hat Benvenuto Savoldelli vorher darauf hingewiesen, dass wir zwei Jahre zurückblättern müssen, wenn wir unsere Verantwortung richtig einschätzen wollen. Es ist wirklich so. Heute vor zwei Jahren war bereits bekannt, dass der grosse Steuerzahler viel weniger zahlen wird. Trotzdem hat es eine Parlamentsmehrheit gegen unsere Stimme durchgedrückt, die Steuern damals noch einmal um 5 % zu senken. Dort ist die wirkliche Unverantwortlichkeit passiert. Die Frage sei erlaubt: Ist ein Steuersatz von 115% wirklich so schlimm? Eine Familie aus unserem Bekanntenkreis ist von Olten nach Kappel gezogen: Steuersatz von heute auf morgen plus 27 Prozent, ganz und gar freiwillig. Ein Gewerbebetrieb hat seinen Sitz nach Niedergösgen verlegt, Steuersatz plus 30 Prozent. Wenn die Stadt Olten künftig bei 115% liegt, dann ist sie immer noch tiefer als zwei Drittel aller Solothurner Gemeinden. Das ist absolut verkraftbar. Ich habe beim vorherigen Votum schon darauf gewiesen. Wir sind eine Zentrumsgemeinde und haben auch viele Vorteile von dieser zentralen Lage. Ich habe angekündigt, dass wir bis auf zwei Ausnahmen mit dem Stadtrat einverstanden seien. Die beiden Ausnahmen betreffen Aufgaben, die der Stadtrat bereits in seinem Kürzungsprogramm vom September drin hatte und in eigener Regie beschliessen dürfte, wenn wir nicht Gegensteuer geben. Es geht um die Fachstelle Umwelt, Energie und Mobilität, die ab Mitte Jahr um

0.6 Stellen gekürzt sein soll, so dass nicht mehr viel übrig bleibt, und um die Fachstelle Stadtentwicklung, die um 0.4 Stellen kürzer sein soll. Von diesen Fachstellen hängen ganz viele aktuelle Projekte ab, die bereits aufgegleist sind und die wir nicht abwürgen dürfen. Darum werden wir Grüne in der Detailberatung die Anträge stellen, dass man diese Stellen nicht kürzt. Etwas möchte ich an dieser Stelle nicht unterlassen: Wir Grüne bedanken uns ganz besonders bei unserem Finanzverwalter Urs Tanner. Er hat in den letzten Tagen sehr wertvolle Zusatzinformationen zusammengestellt und uns in der Fraktion umfassend Auskunft gegeben. Wir möchten uns auch bei den städtischen Angestellten bedanken, sie hatten es in dieser Zeit der Budgetgestaltung nicht leicht, denn sie wussten mehr als zwei Monate nicht, wer ihre Chefin, ihr Chef sein wird, und sie haben im September noch einmal den Hammer mit der gestrichenen Betreuungszulage einstecken müssen. Und was uns Grüne ganz besonders freut, auch wenn der Auslöser ein unerfreulicher ist: Die aktuelle Debatte um die fehlenden Finanzen mobilisiert in Olten ganz viele Menschen. Das ist gut so, es zwingt uns im Parlament, den Tatsachen ins Auge zu blicken und nicht mehr wie in den letzten zwei Jahren von Einnahmen zu träumen, die es weit und breit nicht gibt. Es zwingt uns genauso, auch nicht von so genannten Sparmöglichkeiten zu träumen, die in diesem Ausmass völlig jenseits von Gut und Böse sind. Wir Grünen treten auf den Voranschlag 2014 ein.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: In der Frage der Höhe der Steuern scheint ja nicht gerade eine einheitliche Meinung vorzuherrschen. Bei solchen Entscheidungen ist es jeweils gut, sich Erfahrungswerte zu holen. Ich habe mich einmal bei der Finanzverwaltung erkundigt, ob es in der Schweiz eine grössere Gemeinde gibt, die den Steuerfuss in dieser Grössenordnung erhöht hat. Es hat sich keine gefunden. Es gibt kein Beispiel einer Gemeinde oder mittleren bis grossen Stadt, welche die Steuern so sehr erhöht hat. Es gibt vielleicht ein ähnliches Beispiel im Kanton Baselland. Dort hat man vor einem Jahr die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Man hat sich erhofft, als man ein Abkommen gemacht hat, dass wenn man die Reichen mehr besteuert, dann mehr Geld herein kommt. Was ist passiert? Innerhalb eines Jahres hat die Hälfte dieser Pauschalbesteuerten die Papiere weg genommen und sie nehmen jetzt mittlerweile weniger Geld ein als beim alten Regime. Sie mussten jetzt weitere Sparübungen starten, weil halt weniger Geld herein gekommen ist. Ein Gegenbeispiel, das gerade aktuell ist, ist der Kanton Luzern. Vor einem Jahr hat man dort die Steuern massiv verkleinert, einen kleineren Steuerfuss angewendet. In diesem Jahr war der Kanton Luzern bei den Firmenneuansiedlungen auf Platz 1. Was man auch gesehen hat: Der Druck auf die Nachbarkantone nimmt massiv zu, das heisst, diejenigen, die ihre Papiere jetzt in Luzern haben oder versteuern, kommen aus Zug und den anderen umliegenden Kantonen. Ich denke, wenn man die Steuern erhöht, gibt es auch einen Druck, aber nicht nach innen, sondern nach aussen. Wenn man einmal eine Bestandesaufnahme macht, sieht man, dass wir momentan, wenn man von allen Kantonen die Hauptorte und die grössten Städte nimmt, unter den Letzten sind, noch knapp vor den wirtschaftlichen Schwergewichten Neuenburg, Jura und noch knapp vor Bern, Basel und Lausanne. Mit der Steuererhöhung von 20 % werden wir ziemlich sicher das Schlusslicht bilden. Ein Standort hat viele Aspekte, welche die Attraktivität ausmachen. Steuern ist einer davon. Aber vom Moment an, wo man mit Abstand den höchsten Steuerfuss hat, machen wir genau die Steuern zum Thema nach aussen. Es wird von der Verlässlichkeit von Olten gesprochen. Aber Verlässlichkeit gilt nicht nur gegenüber den Geldempfängern und der Verwaltung, sondern auch gegenüber dem Steuerzahler und denjenigen, die in Olten investiert haben. Ein Investitionsentscheid ist meistens ein sehr langfristiger und wenn man massiv an der Steuerschraube dreht, beeinträchtigt dies die Planungssicherheit. Wenn jemand hier investiert oder hierher zieht, ist dies auch ein Vertrauensbeweis. Hier sollte man nicht von einem Tag auf den anderen die Steuern so massiv erhöhen. Man sollte den Steuerzahlern hier eine gewisse Stetigkeit und einen gewissen Verlass bieten. Im Oktober ging es in der Publikation „Schweizer Volkswirtschaft“ um Innovation. Ich weiss nicht, vielleicht liest dies hier auch jemand. Zwei Drittel aller Investitionen, Innovation und neue Ideen kommen von Privaten. Das heisst, wenn man die Steuern erhöht, wird man die Innovationen abklemmen. Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass es im Kanton Aargau neuerdings Innovationsparks für neue Firmen gibt, macht man sich hier schon

etwas Sorgen, was das für uns für die Zukunft heisst. Bei den Privaten ist es meistens so, dass man zuerst beim Konsum spart. Das konnte man auch eindrücklich sehen, wenn man im OT die Interviews „Wo würdet Ihr sparen, wenn die Steuern zunehmen würden“ gelesen hat. Praktisch durchs Band haben alle gesagt: Ich würde meinen Konsum einschränken. Das trifft unser Gewerbe gleich direkt. Es ist wichtig, dass man die laufende Rechnung langfristig saniert. Man hat schon erste Sparbemühungen unternommen. Aber ausser den vier Polizisten, die man entlassen hat, kann man kaum einen angemessenen Sparwillen erkennen. Weshalb sind die grössten Kostenblöcke praktisch gleich gross geblieben oder die Sozialregion sogar gestiegen? Bei den anderen Orten ist weitgehend in homöopathischen Dosen gespart worden. Wenn man bedenkt, dass man ein Budgetdefizit von 30 % hat, ist das, was man bis jetzt gespart hat, leider weit weg. Bei den massiven Einsparungen der HPS ist auch nicht gerade ein harter Eingriff gefragt gewesen, weil es einfach quasi durch die Situation gegeben war. Aber jetzt hat man dann doch jemanden gefunden, der das ganze Problem lösen kann: Den Steuerzahler. Er soll für diese Ausfälle weitgehend aufkommen. Ich weiss, der Stadtrat hat angekündigt, weitere 9 Millionen einzusparen. Aber konkret haben wir diesbezüglich noch nichts vernommen. Dabei können wir nicht mitmachen. Es sollte einfach langsam die Erkenntnis einsetzen, dass man weniger Geld ausgeben darf. Man muss wieder schauen: Was kann Olten und was braucht Olten? In der Begründung heisst es, wir seien schliesslich immer noch im obersten Drittel. Ja, das mag sein, wenn man plötzlich anfängt, uns mit Walterswil, Wisen und Bolken zu vergleichen. Wenn man dies zu Ende denkt, sollte man sich konsequenterweise auch die Verwaltung und die Löhne dieser Gemeinden für unsere Verwaltung leisten. Wenn es um die akademischen Planspiele aus dem Stadthaus geht, wo wir diese Berichte erhalten, lässt man sich ja jeweils auch immer von Zürich, Bern und Co. inspirieren. Es ist einfach eine Tatsache, dass wir im Wettbewerb mit Aarau, Liestal, Basel und Luzern stehen. Wenn wir kompetitiv sein wollen, müssen wir auch steuerlich bei den Leuten sein. Wir unterstützen bei den Anträgen weitgehend die Vorschläge der GPK. Beim Antrag 8 ist es halt etwas schwierig. Wir wollten eigentlich gerne eine unabhängige Wirtschaftsprüfung darüber, der Antrag von Gert Winter. Aber er ist jetzt noch nicht behandelt worden. Wir haben gesagt, dass wir es ablehnen, wenn der Antrag von Gert Winter nicht angenommen wird. Merci für die Aufmerksamkeit.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Der Voranschlag 2014 ist nicht erfreulich. Das ist schon gesagt worden und Benvenuto hat dies vorher auch noch sehr verdeutscht. 20 % Steuererhöhung ist auch für uns kein Hit. Das ist klar. Das budgetierte Defizit auch nicht. Wir haben zwar gerne rot, aber so rote Zahlen machen natürlich auch uns gar keine Freude. Das Budget zeigt eigentlich einen gangbaren Weg aus der Misere auf. Das heisst, man ist nachher noch nicht draussen, aber immerhin zeigt es an, in welche Richtung es gehen müsste. Wir haben uns bei der SP und der Jungen SP in den letzten Monaten sehr intensiv mit dieser finanziellen Lage befasst. Wir haben ein Thesenpapier erarbeitet. Wir haben an einer Parteiversammlung mit der Parteibasis die Konsequenzen diskutiert und wir werden uns in der Fraktion in unseren Haltungen weitgehend an dem orientieren, was wir hier erarbeitet haben. Uns ist auch klar, dass man sparen muss. Obwohl dies schmerzt und teilweise auch Ziele unseren sehr langfristigen Zielen, die uns eigentlich wichtig sind, halt zum Teil diametral entgegen laufen. Wir von der SP und der Jungen SP unterstützen aus diesem Grunde praktisch all die Massnahmen, die der Stadtrat im Budget 2014 aufgenommen hat und wir werden heute einmal zur Nein-Sager-Partei. Wir werden nämlich sämtliche Anträge einfach ablehnen, von wem sie auch immer kommen. Die eigenen schon nicht. Wir erwarten aber auch von den Bürgerlichen, vom Gewerbe, von der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben, dass sie die notwendigen Steuererhöhungen mittragen und vor allem auch, dass man auf Polemik verzichtet. Wir haben in letzter Zeit in der Zeitung ab und zu von Steuerhölle gelesen. Olten wird nicht zur Hölle, auch wenn wir 115 % Steuern haben. Auch wenn es schmerzt, aber Hölle ist es keine. Ausdrücke wie ganz schlanke Administration oder so ist Provokation und wir bitten, auf solche Sachen zukünftig zu verzichten und wir wünschen uns, dass man konstruktiv und sachlich mithilft, längerfristig tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Wir sind auch überzeugt, dass nicht alle Oltner die Stadt fluchtartig verlassen, wenn die

Steuern auf 115 % erhöht werden, weil es andere Sachen gibt, die einen in Olten behalten. Ich möchte schon wieder einmal betonen, dass dies auch wichtig ist. Die SP wird den stadträtlichen Antrag auf den Steuerfuss von 115 % unterstützen. Wir werden dem Budget mit einem akzeptablen Steuerfuss zustimmen, sofern nicht Änderungsanträge genehmigt werden, die für uns absolut untragbar sind. Jetzt noch ein Wort zur Vergangenheitsbewältigung. Das hat mir zwar Benvenuto jetzt fast etwas vorweg genommen. Aber ich sage es jetzt trotzdem auch noch. Wir haben dazu eine Interpellation eingereicht. Wir hoffen, dass sich der Stadtrat die Zeit nimmt und es kritisch hinterfragt und die Fragen seriös und umfassend beantwortet, weil es schliesslich wirklich darum geht, zukünftig so etwas zu verhindern, was hier in den letzten zwei bis drei Jahren passiert ist. Die SP und die Junge SP erwartet aber auch von der GPK, dass sie in dieser Sache aktiv wird und man dort noch einmal schaut, was eventuell auch in der GPK, wo ich selber Mitglied bin, das ist klar, schief gegangen ist.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Das Budget mit dieser Ankündigung der Steuererhöhung über 20 %, um 20 Steuerpunkte, und den Sparmassnahmen sorgt für grosse Aufregung. Ich persönlich habe ich in den letzten Tagen und Wochen sehr viel Post und E-Mails erhalten, wie wahrscheinlich die meisten hier im Saal. Eine Zuschrift von einem Herrn Raphael Giebel möchte ich zitieren. Ich kenne ihn nicht persönlich. Wenn er hier ist, wäre ich froh, wenn er es sagen würde, damit ich ihn kennen lernen kann. Herr Giebel hat mir letzten Montag ein E-Mail geschickt und geschrieben: „Als meine Frau und ich entschieden haben, uns im Bornfeld niederzulassen, spielte die Aussicht auf eine kommende Schule in der Nähe eine zentrale Rolle. Das Risiko, dass dies dann doch nicht kommen könnte, war uns natürlich auch bewusst. Da die restlichen Faktoren wie Steuern, Wohnqualität, Verkehrsanbindung usw. jedoch stimmten, haben wir es dennoch gewagt und bereuten es bisher nicht“. Weiter hat Herr Giebel gesagt: „Das Schulhaus kommt in absehbarer Zeit wohl nicht und wir sind realistisch genug, dies zu erkennen und schweren Herzens zu respektieren. Dafür werden gemäss Investitionsplan andere Sachen kommen, die uns nichts nützen und die als Luxus erscheinen. Die Steuern werden steigen und nicht zuletzt, und das ist wirklich schlimm, dürften die Immobilienwerte leiden“. Diese Zuschrift hat dann in einem Schlusssatz gegipfelt: „Das Gesamtpaket stimmt für uns so nicht mehr“. Das Gesamtpaket Budget 2014 stimmt wirklich nicht. Der Stadtrat hat im Regierungsprogramm gesagt – man hat es gehört – er wolle in den nächsten vier Jahren 1'000 steuerkräftige Personen anziehen und 1'000 Arbeitsplätze nach Olten locken. Was macht er dann in diesem Standortwettbewerb? Eben: Er will die Steuern um über 20 % erhöhen. Damit erhält Olten im Standortwettbewerb ganz schlechte Karten, denn die Steuerbelastung ist im Gegensatz zu anderen Standortfaktoren nicht ein Naturereignis wie ein schöner See, den wir nicht haben, oder wie schöne Berge, wo wir auch nicht ganz so grosse haben, sondern es ist ein politisches Instrumentarium. Der Erfolg lässt sich auch in Olten sehen. Wir hatten je mehr Steuereinnahmen von natürlichen Personen, von Familien, von Privatpersonen in der Vergangenheit, je tiefer der Steuersatz war. Mit anderen Worten: Offensichtlich hat es genützt, dass wir den Steuersatz gesenkt haben. Die Credit Suisse hat letzten September, also vor zwei Monaten, eine umfassende Analyse über Standortqualität der Schweizer Kantone und Regionen veröffentlicht. In dieser Analyse sieht man klar, dass die steuergünstigen Regionen den Familien und Unternehmen ein besseres Gesamtpaket bieten und sie haben eine grössere Entwicklung. Wenn man nach Süden schaut, Zofingen, Sursee, nach Osten schaut, Aarau, Baden, oder in den Norden schaut, nach Sissach, sieht man, hier findet eine Abstimmung mit den Füßen statt. Diese Regionen, diese Städte sind im letzten Jahr alle gewachsen, hatten eine Riesendynamik, konnten dank der zusätzlichen Einnahmen auch neue Leistungen erbringen. Olten stagniert seit Jahren. Die Auswirkungen dieses Steuerpakets, und das ich auch noch mit dem, was wir schon beschlossen haben, Erhöhung der Feuerwehersatzabgabe, Anwohnerbevorzugung, das sind 14,8 Millionen Franken, die ab dem 1. Januar auf einen Schlag zusätzlich an die Stadtkasse geleistet werden müssen. Diese finanzielle Mehrbelastung – Matthias hat es vorher gesagt – senkt die Kaufkraft und schwächt das Gewerbe von Olten. Die Geschäfte, die Restaurants, die Dienstleistungen, Handelsbetriebe werden weniger Umsatz erzielen. Ob dies dann den Wirtschafts- und Einkaufsstandort Olten fördert, bezweifle ich stark. Man hat

auch in der Umfrage des Oltner Tagblatts gesehen, wo sie gefragt haben: Wie spart Ihr die höheren Steuern ein? dass sogar eine alt Gemeinderätin – ich glaube, sie war sogar Fraktionschefin der SP – gesagt hat: Sicher nicht bei den Ferien, aber im täglichen Konsum. Das wäre Rahel Kamber gewesen. Auch wir wollen gesunde Finanzen. Der Sanierungsvorschlag des Stadtrates mit diesen 20 % geht für uns aber klar in die falsche Richtung. Die Sanierung muss in erster Linie über die Ausgabenseite erfolgen. Man sieht auch, dass wir im nächsten Jahr 14,8 Millionen Mehreinnahmen und nur Sparmassnahmen von 4,7 Millionen Franken haben. Das passt eigentlich ganz klar auch zum Verhalten, das wir in den letzten Jahren hatten. Seit zehn Jahren steigen in Olten die Sach- und Personalkosten weit stärker als die Teuerung. Hier ist ein Ausgabenblock entstanden, den wir uns in dieser Höhe nicht mehr leisten können. Die FDP-Fraktion kritisiert dies. Man hätte dies noch mehr tun müssen. Benvenuto, Du hast recht. Aber die FDP-Fraktion kritisiert dies seit vielen Jahren. Wir haben hier im Saal auch immer ein starkes Echo erhalten, wenn wir zum Beispiel verlangt haben, dass neue Stellen kompensiert werden sollen. Es war Hohn und Spott. Ein paar dieser grauen Haare kommen vielleicht von diesen bösen Worten. Die Behörden der Stadt Olten könnten sich auch an der kantonalen Strategie ein Beispiel nehmen. Der Kanton muss unter anderem auch wegen der Alpiq-Millionen 150 Millionen Franken einsparen oder besser gesagt, muss sparen und ein 150-Millionen-Defizit ausgleichen. Der Kanton schlägt Einsparungen von 110 Millionen vor und nur 40 Millionen Mehreinnahmen. Die juristischen Personen werden sogar gar nicht angeschaut. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er eine ausgabenorientierte Reaktion auf die aktuellen Finanzprobleme macht. Konkret heisst dies für uns, es sind alle Ausgaben zu prüfen. Man muss einmal feststellen, was ist überhaupt das, was wir machen müssen? Dann müssen wir ganz bewusst entscheiden: Wo wollen wir mehr ausgeben, als das, was wir machen müssen? Im Rahmen des Möglichen. Das können Leuchtturmprojekte sein, die sogar deutlich mehr als heute sind. Aber damit wir dies überhaupt machen können, müssen wir auch wissen, wo die Basis dafür ist. Wir haben für den heutigen Abend drei Anträge eingeleitet. Damit wollten wir vor allem zeigen: Man kann auch mit einer halben Million Franken relativ rasch zusätzlich sparen. Wir sind überzeugt, dass dies, wenn man genau ins Budget schaut, noch deutlich mehr sein wird. Vielleicht noch ein Beispiel: Es wurde auch immer gefragt: Wo sind denn die grossen Blöcke? Ich glaube, hier kann man auch etwas nachdenken: Was könnte man denn machen? Eine Variante ist, man könnte hier von Winterthur lernen, das stark sparen muss, oder von Aarau. Wir haben städtische Betriebe. Die städtischen Betriebe von Olten waren 2007, 2006 vor der Energiewende wahrscheinlich über 100 Millionen Franken wert. Aarau hat damals seine städtischen Betriebe verkauft, hat dann 120, 130 Millionen Franken Cash in die Kasse erhalten. Jetzt würde ich sagen, was ich höre, dass die Städtischen Betriebe Olten heute vielleicht noch 60 bis 70 Millionen Wert haben. Immerhin dies. Tendenz sinkend. Wir würden dort mit einem solchen Verkauf zusätzliche Liquidität erhalten. Wir würden Zeit gewinnen, damit wir wirklich auch nicht eine Hauruck-Übung machen, sondern langsam das machen, wie wir es neu aufstellen können. Wir könnten wahrscheinlich auch die Verschuldung eingrenzen, könnten tiefere Energiepreise machen, so wie dies jetzt in Winterthur war. Das wäre eine solche Möglichkeit, wie man einen grossen Schnitt machen könnte. Natürlich hat diese Möglichkeit einen Nachteil. Das ist uns auch bewusst. Man hätte keine Möglichkeit mehr, Versorgungsjobs für altgediente Stadträte zu machen. Die FDP wird auf das Budget 2014 eintreten. Wie wir uns dann in der Schlussabstimmung dazu äussern werden, hängt vom Verlauf der Debatte ab, von den Sparmassnahmen und vom Steuersatz, den wir am Schluss beschliessen werden.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Unsere Fraktion hat sich lange über das Budget unterhalten, hat auch die Betroffenen angehört und ist natürlich, wie ich es schon zum Thema Finanzplan gesagt habe, sehr besorgt über die düstere Lage. Wir wissen es jetzt. Es ist so. Ich möchte noch kurz auf den reichen Onkel zu sprechen kommen. Thomas Rauch hat mir gesagt, dass ich gesagt habe: Sie sind weggezogen. Natürlich sind sie nicht weggezogen. Ich möchte dies korrigieren. Wir sind eigentlich froh, dass sie noch da sind, mit ihren Arbeitsplätzen und sie zahlen ja auch noch Steuern. Das habe ich sicher nicht so gemeint. Allerdings auf der anderen Seite mit dem Nichtwegziehen: Zu erwarten, dass hier

wieder einmal etwas kommt, ist mehr als fraglich, denn der Abschreibungsbedarf ist dort ja recht gross. Dann hat man noch ein anderes Risiko des Domizils. Das dritte Risiko hat uns der Finanzverwalter auch noch gesagt. Das ist letztendlich, dass falls wieder einmal grössere Beträge von der Alpiq kämen, dann schon der Kanton mit dem neuen Finanzausgleich wartet. Wir können nicht damit rechnen, dass von dort demnächst mehr kommt. Wir müssen also bei der Steuerschraube schrauben und wir sind auch der Meinung, dass man dies machen muss. Allerdings ist für unsere Fraktion 20 % aus zwei Gründen zu hoch. Einmal wäre dies als Zeichen gegen aussen – es wurde vorher viel dazu gesagt – ganz schlecht. Olten würde ein sehr negatives Image erhalten. Wir denken, mit dem GPK-Antrag von 10 % setzen wir ein Zeichen: Wir wollen erhöhen. Wir wollen auch bei den Einnahmen etwas korrigieren. Der zweite Grund ist, dass wir den Spardruck einfach aufrecht erhalten müssen, denn es reicht nicht, was wir bis jetzt gemacht haben. Es ist zwar löblich. Die Sparvorschläge sind ja jetzt hier breit anerkannt worden und das finden wir gut. Ich glaube, für uns ist noch wichtiger als alles andere, dass wir dieses Budget hier auch heute verabschieden. Wenn wir es zurückweisen, sitzen wir noch einmal zusammen und kommen wahrscheinlich nicht weiter. Es wird alles blockiert und hier haben uns die Leute der Stadt auch gesagt, dass dies eigentlich nur wieder weitere Kostentreiber sind. Ich möchte noch kurz auf die Worte von Felix Wettstein eingehen, der uns Verantwortungslosigkeit bezüglich Steuersatz vorgehalten hat. Das ist eigentlich nicht so falsch. Wenn man dies sieht, müssen wir auch die Vorwürfe von Herrn Savoldelli entgegennehmen. Das Zitat, das Du bezüglich Herrn Sieber gefunden hast, der dort einmal gesagt habe: Bei den juristischen Personen muss man mit Einbrüchen rechnen. Dann interessiert es mich, weshalb er solche Zahlen geliefert hat. Sie sind von ihm und vom Finanzdirektor gekommen. Wir haben sie hinterfragt. Wir haben immer gefragt: Kommen diese Beträge auch wirklich? Und sie sind ja jahrelang gekommen. Sie sind noch viel höher gekommen und das hat uns geblendet und jetzt müssen wir reagieren. Wir sind schon spät genug. Deshalb machen wir es auch. Die Verantwortungslosigkeit gebe ich aber gerne auch an Felix Wettstein zurück, denn hätten wir diese Steuersenkung nicht gemacht, wäre eben bei den Ausgaben wahrscheinlich einiges mehr ausgegeben worden. Ich weise darauf hin, dass damals, als schon lange bekannt war, dass der Stadtrat Sparmassnahmen eingeleitet hat, im März noch der Vorschlag eines Fotomuseums gekommen ist, Startkosten Fr. 80'000.—, das man von links schön durchwinken wollte und vorher haben wir auch schon bei Cultibo wieder gesehen, dass man das Geld immer noch gerne ausgibt. Das muss einfach weg. Wir müssen sparen. Wir müssen halt auch Leistungen senken und wir müssen die Steuern erhöhen. Ich glaube, der Start ist gemacht und für uns ist es ganz wichtig und wir werden diesem Budget auch zustimmen, wenn die Anträge, die vorliegen – hier kann man sicher noch darüber diskutieren – aber wenn nicht noch viel vom stadträtlichen Vorschlag aufgeknackt wird, glaube ich, dass wir auf gutem Weg sind. Wir setzen ein Zeichen mit grossen Sparanstrengungen und wir setzen ein Zeichen mit Steuererhöhungen, damit wir auf dem rechten Weg sind. Aber leider ist der Weg noch lange. Ich möchte mich im Namen der ganzen Fraktion auch bei Urs Tanner bedanken, der eine tadellose Vorstellung der ganzen Situation gemacht hat. Ebenfalls war sein Auftritt in der GPK sehr gut. Für uns ist es ganz wichtig, dass man das Budget durchgehen muss, und zwar im Grossen und Ganzen, so wie es hier ist, und nachher muss weiter in die richtige Richtung gearbeitet werden.

Luc Nünlist: Ich möchte selber eigentlich nichts sagen. Ich weiss auch nicht, ob mir dies jetzt zusteht. Aber ich würde gerne Urs Tanner noch zu Wort bitten, wie er dies jetzt hier so einordnet. Ist das möglich?

Heinz Eng: Ich möchte hier gerne noch eine Stimme für die Wirtschaftskreise und das Gewerbe, also die juristischen Personen, geben. Wir haben jetzt viel über die natürlichen, Steuersätze usw. und Verantwortungslosigkeit etc. geredet. Ich möchte einfach kurz den Fokus auf die Gewerbe- und Wirtschaftskreise richten und rasch den volkswirtschaftlichen Meccano dort erklären, der sehr wahrscheinlich vielen hier gar nicht geläufig ist. Bei Steuererhöhungen geht es für private Unternehmungen, KMUs ans Lebendige. Was wird gemacht, damit die Marge wieder stimmt? Jobkiller ersten Ranges. Hier müssen wir einfach auch aufpassen

und deshalb ist hier ein behutsames Vorgehen bezüglich der Steuererhöhung mehr als nur angebracht. Wer dies nicht glaubt, kann gerne einmal an einer Lektion bei einem Industriebetrieb teilnehmen. Es ist effektiv so. Steuererhöhungen von unverschämter Höhe sind bei der Industrie ganz klar Jobkiller Nummer 1 und dann kommt: Wo ist es günstiger? Dann verschieben wir den ganzen Betrieb. Hier müssen wir auch sehr aufpassen und es leben nicht alle vom Staat und haben ihre Löhne von ihm. Ich bitte, dies hier einfach auch noch einmal zu vergegenwärtigen, wenn wir nachher in die Diskussion einsteigen.

Felix Wettstein: Ich möchte noch etwas richtig stellen. Urs Knapp hat vorher behauptet, in dieser Zeit, in den letzten zehn Jahren, als man den Steuersatz für die natürlichen Personen gesenkt habe, seien die absoluten Beträge, der Ertrag aus den Einnahmen von den natürlichen Personen gestiegen. Wir haben diese Tabelle erhalten. Er auch. Er weiss, dass es anders ist. Im Jahr 2003 hatten wir von den natürlichen Personen Einnahmen von 43,184 Millionen. Im Jahr 2012 hatten wir noch 41,5 Millionen Einnahmen. Die 43,18 Millionen vor zehn Jahren mit aufgelaufener Teuerung wären bei rund 48 Millionen. Es ist in der Zwischenzeit mit leichten Schwankungen zuerst vorwärts gegangen, in der Zeit, in der wir unseren Steuerfuss noch ungefähr bei 112, 110, 108 hatten. Den Höhepunkt hatten wir 2006 mit 43,5 Millionen. Ich rede immer nur von den Einnahmen der natürlichen Personen. Nachher ist es kontinuierlich zurück gegangen. Er hat vorher gesagt, es sei in dieser Zeit immer aufwärts gegangen. Ich hoffe einfach nicht, dass dies nachher in der Zeitung stehen wird.

Michael Neuenschwander: Bevor das Budget ausgedruckt gekommen ist und wir es vor uns gesehen haben, hatten wir ja schon etliche Hiobsbotschaften. Wir haben gewusst, dass im Jahr 2014 schwierige Zeiten auf uns zu kommen. Ich habe mir gedacht: Jetzt interessiert es mich einfach einmal. Ich habe begonnen, die Rechnungsabschlüsse des Jahres 2012 von ein paar meiner Meinung nach vergleichbaren Städten etwas zu vergleichen. Olten habe ich natürlich gefunden. Aarau hatte eine gute Website mit der Rechnung. Zofingen, Grenchen, Langenthal. Das ist eine willkürliche Auswahl. Aber es sind alles Kleinstädte in unserer Umgebung, die wir ein wenig kennen. Diese Rechnungen als Nichtbuchhalter zu vergleichen ist gar nicht so einfach. Also habe ich mich dann einmal darauf konzentriert, weil es immer ein Argument war: Olten hat ein Ausgabenproblem. Ich habe mir gedacht: Jetzt interessiert es mich doch. Ich schaue etwas, welche Stadt welche Aufwendungen pro Einwohner hat. Tatsächlich hatte Olten in der Rechnung 2012 am meisten Ausgaben pro Einwohner, nämlich Fr. 7'758.—. Gleich dahinter kommt Zofingen mit Fr. 7'700.—. Nachher geht es hinunter über Aarau Fr. 7'500.— bis nach Grenchen mit Fr. 6'300.—. Das ist doch schon ein rechter Unterschied. Fr. 6'300.— pro Einwohner im Jahr 2012. Unterdessen ist ja das Budget, dieser Voranschlag gekommen, den wir hier verdanken, die gute Arbeit, die gemacht wurde, mit Steuererhöhung von 20 % drin und Einsparungen. Dann habe ich gedacht: Jetzt schaue ich dies auch noch einmal nach. Was ist jetzt herausgekommen? Jetzt hätten wir also nach Voranschlag im nächsten Jahr Ausgaben pro Einwohner von Fr. 6'747.—. Das sind also gut Fr. 1'000.— weniger als noch in der Rechnung 2012. Es ist ein sehr grosser Einschnitt. Das heisst, wir wären von Platz 1 in den Ausgaben der fünf vergleichbaren Städte gleich auf Platz 4 herunter gerutscht. Damit kann man doch sagen: Olten hat definitiv, jedenfalls im Vergleich, kein Ausgabenproblem mehr, sondern wir müssen schauen, dass wir unsere Einnahmen wieder in Ordnung bringen. Das wohlverstanden mit diesen 20 % Steuererhöhung, wo ich dafür plädieren möchte, dass man dies jetzt so durchwinken würde.

Luc Nünlist: Ich möchte nur noch gerne anfügen: Grenchen hat einen Steuerfuss von 124 %. Wir haben jetzt viel über den interkantonalen Vergleich geredet und ich glaube, wir haben etwas Kraut und Rüben miteinander verglichen. Aber wie sieht es aus, wenn wir nur auf kantonaler Ebene bleiben und die drei Städte im Kanton Solothurn vergleichen? In diesem Fall wäre dies meine Frage an Urs Tanner.

Urs Tanner: Olten hat einen Steuersatz von 95 %, die Stadt Solothurn hat 115 % und die Stadt Grenchen hat 124 %. Wir würden uns jetzt auf das Niveau der Stadt Solothurn hinauf begeben, wenn wir auch auf 115 erhöhen würden.

Daniel Schneider: Heinz, es sind ja ein paar grössere Steuerzahler. Das haben wir in der Tabelle gesehen. Ich bin den Firmen, die der Stadt Olten all die Jahre treu waren, auch in der Zeit, in der wir einen Steuersatz von 124 % hatten, ausserordentlich dankbar. Das sind Firmen, die sich auch sonst sehr engagieren, die man praktisch auf jedem Werbeplakat eines Anlasses sieht. Ich denke wirklich, wir müssen Sorge zu unserem Gewerbe als Arbeitgeber tragen. Als Steuerzahler müssen wir dazu schauen. Ich glaube aber auch oder hoffe auch, dass dies eigentliche Menschen sind. Wir wissen alle, 95 % ist der Exot in der Landschaft, unser tiefer Steuersatz. Ich glaube, wir haben uns daneben gehauen. Ich bin ehrlich gesagt noch ganz „duuch“ nach dem Speak von Benvenuto. Ich bin „duuch“ über das Vertrauen, das ich Deinem Vorgänger geschenkt habe oder dass ich mich einlullen liess und am Schluss trotz monieren ja zu diesen Budgets gesagt habe. Ich denke, wir müssen jetzt heute Abend schauen, dass wir achtsam mit unserer Stadt umgehen. Ich glaube, wir müssen mit dem Budget achtsam umgehen und ich bitte Euch auch, die Änderungsanträge mit Bedacht zu prüfen – ich sage jetzt nicht ablehnen – sondern mit Bedacht zu prüfen. Die Zeitschiene, auf der wir uns jetzt befinden, ist eine, die durch diese Finanzen geprägt ist, die jetzt in der Schiefelage sind. Diese bestimmen wir nicht mehr. Aber ich denke, dass mit diesen 115 % eigentlich im Moment eine Art kleine, wirklich kleine Verschnaufpause passieren kann, ein Zwischenhalt, wo wir eine gute, vielleicht noch eine bessere Auslegeordnung als man es in dieser kurzen Zeit konnte, machen könnte. Ich habe Bedenken, dass mehr zerstört wird als dass es wirklich hilft, wenn wir jetzt in Hauruck-Übungen das Budget möglichst weit herunter drücken. Ich glaube fest, dass die Arbeit von uns eigentlich erst los geht, wenn dieser Abend vorbei ist. Dann reden wir nämlich von 8 oder sogar 15 Millionen, je nach Ausgang des heutigen Abends, die wir auch noch irgendwie irgendwo in den nächsten paar Jahren sollten sparen können. Ich habe nicht so sehr Angst vor dem Vogt von Solothurn. Er macht nämlich dann mit uns genau das, ohne dass wir noch darüber reden. Aber dann werden die Steuern hinauf geschraubt. Das ist kein freiwilliger Akt. Ich habe auch den Plausch mit 95 % Steuern. Aber ich denke, jetzt hat uns eine Realität eingeholt, wo wir uns hin stellen und sagen müssen: Unsere Stadt braucht jetzt die nötigen Mittel, um den viel erwähnten Motor noch laufen lassen zu können. Wenn wir jetzt Sachen bodigen, von unserer Seite steht halt die Freiwilligenarbeit sehr hoch im Kurs, kommen sie nicht mehr, auch wenn wir wieder Geld haben. Das ist vorbei, wenn man den Leuten die Motivation nimmt. Das sind Vereine. Das sind Institutionen. Es ist ganz wichtig, dass wir diese Stützen unserer Gesellschaft nicht beschädigen. Ich habe es vorgestern nur so etwas geträumt, ob wohl heute Abend noch jemand erzählt, wir sollen die sbo verkaufen. Tatsächlich ist es passiert. Jetzt habe ich mich schon gefragt, ob Ernst in besonderen Aufgaben in diesem Verwaltungsrat ist. Ich habe nicht gedacht, dass es heute Abend schon kommt. Aber die Not ist wirklich gross, wenn wir schon darüber sprechen. Wenn wir dann unser Wasser und unseren Strom verkaufen müssen, glaube ich, dass es uns wirklich definitiv dreckig geht. Ich bitte, heute zu versuchen, die Partikularinteressen auf die Seite zu stecken, um miteinander einen Weg aufzeigen zu können, wie es vorwärts geht. Wenn wir nicht heute über 115 reden, reden wir garantiert in einem Jahr noch einmal darüber.

Matthias Borner: Ich möchte nur noch kurz wegen der Vergleiche, die hier gemacht werden, etwas anfügen. Unser Konkurrent ist in erster Linie Aarau, wenn Ihr die Städte anschaut. Sie haben im Moment einen Steuerfuss von 94 %. 2012 wollte der Stadtrat die Steuern auch um 4 % erhöhen und es hat auch eine Volksabstimmung gegeben. Das ist mit 58 % abgelehnt worden. Ich will sagen, man muss auch aufpassen, wie das Volk draussen denkt und zweitens ist unsere Konkurrenz eher in Aarau und sie sind jetzt schon etwas tiefer. Wenn wir um 20 % erhöhen, ist dieser Abstand einfach riesig.

Thomas Rauch: Nur eine kurze Bemerkung: Ich möchte alle, die für die Abstimmung noch so etwas für Ideen offen sind, gerne noch einmal darauf hinweisen, dass für eine Stadt oder ein Gemeinwesen die Stetigkeit und die Verlässlichkeit einer Steuerquote sehr wichtig ist. 30- oder 20-prozentige Sprünge sind ein Schaden für die Zukunft. Wer es interessiert, soll doch einmal nachschauen, wie dies die Stadt Zug 1970 gemacht hat. Mehr muss ich nicht dazu sagen.

DETAILBERATUNG

Laufende Rechnung

Seite 9, Antrag FDP auf Streichung Projekt Schulinsel, Kto. 210

Urs Knapp: Ihr habt den Antrag erhalten. Er ist von der Stadtkanzlei verteilt worden. Ich danke auch Frau Brunner, die wegen uns allen etwas viel zu tun hatte. Wir haben es schon vor der Sitzung gesagt. Ich hoffe, es ist nicht vor jeder Sitzung genau in diesem Rat. Das Projekt Schulinsel ist eigentlich etwas ähnlich wie Cultibo ein Projekt, das an einer Schwelle ist. Ihr könnt Euch wahrscheinlich auch erinnern oder man kann es nachlesen: Der Stadtrat hat 2011 in den sehr guten oder vermeintlich guten Zeiten in eigener Kompetenz einen Nachtragskredit für einen zweijährigen Versuch zum Projekt Schulinsel beschlossen. Er würde Mitte Jahr ablaufen. Ergänzend zur Förderung in der Arbeit, die Heilpädagogen, welche die Klassen- und Fachlehrpersonen machen, auch ergänzend zur Schulsozialarbeit. Wir haben uns etwas umgehört, auch bei Lehrern und Schulen. Wenn man nett sein will, kann man sagen, das Projekt Schulinsel hat sicher nicht eine starke Zustimmung, sondern es ist eigentlich genau eines dieser Projekte, bei denen die meisten sagen: Ja, gut, wir haben es. Aber wir wissen nicht so richtig, was es soll und eigentlich hat es noch nicht viel genützt. Wenn man in der Situation ist, in der wir jetzt sind, dass wir einfach auf jeden Rappen schauen müssen und wenn man auch sieht, wie der Bildungsbereich in den letzten Jahren an sinnvollen Ausgaben, vielleicht auch an weniger sinnvollen Ausgaben stark zugenommen hat, glaube ich, dass wir jetzt entscheiden müssen. Das wäre jetzt etwas, das schmerzlos zu sparen ist. Kann man dies nicht aufgeben? Das Projekt läuft sowieso aus. Es ist geplant, dass es ausläuft und dies aus dem Budget streichen. Wir sparen rund Fr. 150'000.—. Wenn wir es drin lassen würden, würde wahrscheinlich dann der Stadtrat kommen und sagen: Im nächsten Jahr brauchen wir, so wie beim Beschluss 2011 Fr. 200'000.— oder Fr. 199'000.— für den regulären Betrieb. Billiger wird es sicher nicht, sondern teurer. Aus diesem Grund möchten wir eigentlich auch hier im Bildungsbereich ein Zeichen setzen, auch wenn uns die Bildung sehr wichtig ist. Aber hier kann man jetzt etwas sparen, in Abwägung der Gesamtschau, das man, so glaube ich, gut machen kann.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Merci, Urs Knapp, für diesen Sparvorschlag. Ich möchte jetzt als Bildungsdirektor auch gleich vorausschicken, dass es mir sehr wohl bewusst ist, dass auch im Bildungsbereich, und das ist sicher auch der Direktion bewusst, noch sparen angesagt ist und wir in diesem Sinne noch nicht angekommen sind und die Bildung auch nicht ausgeschlossen ist, dass Überprüfungen passieren müssen. Die Schulinsel ist ein Projekt, das als Pilot eingeführt wurde. Es geht dort insbesondere auch darum, die nicht leistungsschwachen Kinder, sondern diejenigen, die – verhaltensgestört ist vermutlich auch das falsche Wort – die einfach ein Problem sind und die in diesem Sinne auch den Schulbetrieb stören. Das ist ein Phänomen, das zugenommen hat und wo wir insbesondere auch ein Problem in der Unterrichtsgebung als solche haben. Die Idee der Schulinsel an und für sich ist nicht wie bisher. Du hast es angetönt. Früher sind die verhaltens... – ich bin schon angekommen in der Bildungsdirektion. Aber es sind mir noch nicht alle Begriffe so geläufig – Ihr wisst, was ich meine, dass wir dort tatsächlich die Zuweisung in die Sonderpädagogik hatten. Wir hatten aber nicht nur diese Zuweisung, sondern wir hatten auch sogenannte Time-out-

Lösungen. Wir mussten Heime beanspruchen, Hangar und so weiter und so fort und müssen sagen, das hat zwei Nachteile. Es tönt jetzt etwas verrückt, wenn ich es sage. Einerseits ist es teurer als die Schulinsel, die wir jetzt betreiben, wo Schüler für ein, zwei Tage heraus genommen werden können und was wichtig ist, der zweite Vorteil, sie bleiben in der Nähe der Schule und können wieder integriert werden. Das sind Kosten, die wir hiermit besser im Griff haben, als wenn wir Schüler einfach in ein Time-out schicken. Das kostet viel Geld, Heimaufenthalt, pro Tag Fr. 200.—, das kann sich summieren. Jetzt war die Frage des Besuches. Tatsächlich gibt es für die Benützung der Schulinsel in diesem Sinne noch keine Warteliste. Das kann man sagen. Zum Glück auch nicht. Aber selbst wenn wir ein paar Schüler dort auffangen und nachher wieder in ihrer alten Klasse reintegrieren können, ist es günstiger, als wenn man schlussendlich die anderen bisher bekannten Lösungen haben muss. Deshalb beantrage ich jetzt als Bildungsdirektor, dies nicht zu streichen. Es ist auch heikel, wenn man an und für sich in der ganzen Bildungslandschaft und bei den Schulen, die jetzt relativ gut unterwegs sind – das kann man sagen – einzelne Sachen herausstreicht, ohne eigentlich die ganzen Konsequenzen und den ganzen Aufbau des Schulbetriebs in diesem Sinne in der Tiefe zu kennen. Ich möchte Euch dringendst abraten, die Schulinsel zu streichen. Uns ist aber bewusst, dass andere Sparvorkehrungen, auch im Bildungsbereich, selbstverständlich noch erbracht werden müssen und wir müssen sie im Verlauf des Jahres 2014 erbringen und auch Vorschläge zu Händen des Parlaments machen.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich auch mit dem Antrag der FDP beschäftigt und wir müssen sagen, auf den ersten Blick hat es attraktiv und knackig ausgesehen. Man kann so leicht mit einem Federstrich am Schreibtisch Fr. 150'000.— einsparen. Aber eben nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten haben sich zum Beispiel schon ein paar Unklarheiten ergeben und Fragen gestellt, die uns bei diesem Vorschlag nicht ganz klar waren. Wir haben dann festgestellt, dass es vielleicht noch nicht so ganz durchdacht ist. So ist das zum Beispiel ja ein laufendes Pilotprojekt und das würde quasi heissen, dass ab 1. Januar der Stecker gezogen würde. Aber das Projekt ist ja gar nicht fertig. Von daher ist der Pilot ja noch voll am Laufen. Etwas zu beenden, bevor man überhaupt eine volle Ausleageordnung machen kann, ist irgendwie nicht so stimmig. Ausserdem lenkt auch die Streichung der Schulinsel quasi vom wahren Problem ab, das wir in der Bildung haben, nämlich der wahre Kostentreiber im Bildungswesen in den letzten Jahren, wenn wir die Sache beim Namen nennen wollen, sind die zahlreichen Bildungsreformen, insbesondere die spezielle Förderung, die allein in den letzten zwei, drei Jahren eine Steigerung von 6 Millionen im ganzen Kanton verursacht hat, wie der Regierungsrat heute ja selber dargelegt hat und deshalb gibt es auch die Vorstösse im Kantonsrat. Das ist auch der Grund, weshalb ich – Du hast von 2011 geredet – damals, zusammen mit Christian Werner, diesen Vorstoss für einen Zwischenstopp bei der speziellen Förderung gemacht habe, weil hier unklar war, was dies alles bedeutet. Das war ja damals, wenn Du Dich erinnern kannst, ein knapper Entscheid. Das Parlament hat dies verworfen, mit Hilfe der FDP, die dies durchgewinkt hat und wollte. Dann war aber schon klar, dass die spezielle Förderung, insbesondere in den städtischen Gebieten, stärkere Herausforderungen hat, dass es Druck auf Klassen und Lehrpersonen gibt. Es gibt Druck punkto Disziplin, Ruhe und Ordnung. Dort baut sich viel mehr Druck in der Klassenführung auf, dass dies ressourcenintensiv ist und massive Kosten verursacht, wie dies eben in den letzten zwei, drei Jahren passiert ist. Weil man dies wusste, hat man damals in dieser Debatte gesagt, es braucht flankierende Massnahmen. Man hat dann von der Schulinsel als flankierende gesprochen und aufgrund dessen, dass der damalige Bildungsdirektor versprochen, der Kanton zahle dies, hat die Mehrheit hier gesagt: Okay, also durchwinken. Man hat dann quasi gesagt, es braucht flankierende Massnahmen. Wenn wir jetzt abrechnen würden, wäre dies ein Bruch gegen Treu und Glauben erstens gegenüber den Eltern, die solch schwierige Situationen haben könnten, und auch gegenüber den Lehrpersonen, die allein gelassen werden. Aber selbst, wenn sich das Parlament jetzt entschliessen sollte, diesem verlockenden scheinbaren Angebot wirklich zu entsprechen und die Schulinsel zu streichen, wäre dies ein klassischer Pyrrhus-Sieg, weil Kollateralschäden der speziellen Förderung nicht einfach verschwinden, weil wir die Schulinsel streichen. Die verhaltensauffälligen

Kinder bleiben genau gleich. Mit ihnen muss man sich auseinandersetzen. Deshalb dürfen wir als Parlament das grössere Bild nicht aus den Augen verlieren. Die Schulinsel deckt eine Lücke im System der speziellen Förderung ab. Sie dient als niederschwelliges und schnelles Ventil für Schüler und Lehrer. Es ist wahr, dass die Zahlen nicht berauschend sind. Aber das liegt meines Erachtens vor allem daran, dass die Einführung und Umsetzung der Schulinsel nicht optimal passiert ist. Wir können jetzt hier ein paar Sachen auslegen. Das lasse ich jetzt aus Zeitgründen. Aber das sind Startschwierigkeiten. Man kann sie beheben. Das kann man optimieren. Wenn die Schulinsel fehlt, wird dies, wie es Stadtpräsident Martin Wey gesagt hat, gleichwohl Kosten auslösen. Time-out-Platzierungen sind teuer. Zehn Personen, die fremdplatziert werden müssen. Wenn nur schon zehn Schüler abgefangen werden können, rendiert dies. Heime, Time-outs oder Spezialklassen sind teuer. Selbstredend müssen wir diese Kosten gleichwohl zahlen. Wir erleben es ja bei der Sozialregion, dass es einfach automatisch passiert. Wir zahlen es genau gleich. Nur können wir dort keinen Einfluss nehmen. Das ist, wie man es sagen würde, ein klassischer Schuss ins Knie, weil wir eigentlich sparen wollen, aber am Schluss zahlen wir viel mehr. Oder wir nehmen die andere Variante, die es in dieser Stadt auch schon gegeben hat, weil das Problem ist, dass es ein schnelles Ventil ist. Man muss manchmal rasch eine Lösung finden. Einen Time-out-Platz, einen Ort zu finden, geht nicht so schnell. Wir hatten in der Stadt auch schon die Situation, dass Kinder einfach zuhause geblieben sind und nicht mehr zur Schule gingen, auf der Strasse herum lungert sind. Wenn man so drei Monate auf der Strasse herum lungert, gibt es nicht unbedingt nur die besten Ideen. Wollen wir dies als Parlament? Jetzt habe ich noch nicht von der hohen Belastung der Lehrpersonen, die dem auch ausgesetzt sind, gesprochen. Es gibt zum Teil in vereinzelt Schulhäusern erhöhte Fluktuationen, es gibt Burnouts, es gibt Lehrpersonen, die an die Grenzen kommen, gerade weil die Anforderungen sehr hoch sind. Deshalb hat der Stadtrat gute Gründe, die Schulinsel beizubehalten. Es ist ein schnelles Ventil. Zum Schluss vielleicht noch ein persönliches Detail, das die Wirkung dieser Schulinsel zeigt und das man auch nicht in Franken und Rappen genau ausweisen kann. Aber ich weiss mindestens von einer Lehrperson, die aus dem Burnout geholt werden konnte, weil man einen Schüler zur Schulinsel zuweisen konnte. Eben ein schnelles Mittel zum Reagieren. Die Schulinsel ist ein Kriseninterventionsmittel, so etwa wie eine Notaufnahme im Spital. Wenn man schnell reagieren kann, kann man viel Schaden verhindern und wenn man es nicht tun kann, wird es dann erst richtig teuer. Keiner von uns will gerne in die Notaufnahme. Aber wir sind trotzdem froh, dass wir sie haben. So ist es auch mit der Schulinsel. Deshalb wird ein Grossteil der CVP/EVP/GLP-Fraktion gegen den Antrag der FDP stimmen.

Myriam Frey Schär: In der Begründung der FDP-Fraktion, weshalb wir die Schulinsel wieder abschaffen sollten, steht: „Die Rückmeldungen von Lehrern und Schulen lassen heute den klaren Schluss zu, dass das Projekt Schulinsel kein zwingendes Zusatzangebot darstellt“. Dann habe ich gedacht: Ei, ei, ei, die haben etwas, das ich nicht habe, eine Auswertung dieses Projektes. Urs Knapp hat es mir jetzt bestätigt. Sie haben nicht irgendeine Auswertung. Sie haben einfach mit Leuten geredet. Die private oder auch die professionelle Einschätzung von Einzelpersonen ist für unsere Zwecke hier nicht unbedingt geeignet. Nach einem zweijährigen Pilotversuch, der ja Geld kostet, möchten wir eine vollständige Auswertung sehen. Diese Auswertung ist im Moment gerade am Anlaufen. Die Testphase der Schulinsel – Martin Wey hat es gesagt – läuft nämlich im nächsten Sommer aus. Nachher haben wir Resultate und nicht nur wie jetzt einfach die Meinungen zum Thema. Wenn die Resultate ausgewertet sind, erhalten wir ja hoffentlich einen Bericht und Empfehlungen und dann, aber auch wirklich erst dann, sollten wir uns entscheiden: Führen wir es so weiter? Passen wir gegebenenfalls an oder wenn es einfach nichts ist, streichen wir es? Noch einmal: Die Aussage von Einzelnen, sie hätten gehört, das Projekt sei nicht so gut, ist für uns keine seriöse Entscheidungsgrundlage. Denken wir daran: Es geht um unsere Kinder. Ich glaube, wir sind ihnen schuldig, dass wir dieses Projekt sorgfältig prüfen. Wenn wir dann irgendeinmal zum Schluss kommen sollten, dass diese Schulinsel unseren Bedürfnissen nicht entspricht, können wir sie gestützt auf Fakten von mir aus wieder abschaffen. Vielleicht noch ein paar Bemerkungen zum Thema. Neu ist ja diese Schulinsel auch für die Oberstu-

fenschüler offen. Sie wird also jetzt von allen Schulhäusern genutzt. Die Nachbargemeinden haben offenbar Interesse bekundet, ihre eigenen Schüler, zum Teil selbstverständlich kostenpflichtig, auch schicken zu dürfen. Die Schulinsel ist übrigens, und hier komme ich kurz auf den Vorstosstext zurück, wirklich mehr als ein Zusatzangebot. Sie ist – Stephan Hodonou hat es gesagt – eigentlich eine flankierende Massnahme der speziellen Förderung und die spezielle Förderung ist beschlossen und eingeführt. Die Idee, verhaltensauffällige Schüler einfach den Sonderpädagog/-innen und Schulsozialarbeitern auf das Auge zu drücken, suggeriert, dass sie freie Kapazitäten hätten. Das müsste man vorgängig sicher ganz sorgfältig prüfen. Ich habe so ein Gefühl, dass dies möglicherweise nicht so ist. Ein Projekt wie die Schulinsel braucht wie alles andere auch eine Anlaufzeit. Es ist etwas Neues. Die Lehrer müssen den Umgang damit auch noch lernen und vielleicht gibt es ja einzelne, die dies als ein persönliches Scheitern als Lehrperson verstehen, wenn sie verhaltensauffällige Schülerinnen oder Schüler quasi für eine Weile auslagern müssen. Das Projekt jetzt abzuklemmen wäre kurzsichtig. Der Testbetrieb der Schulinsel kostet Geld. Wenn wir diesen Betrieb jetzt ohne Auswertung stoppen, haben wir wirklich Steuergeld zum Fenster hinaus geworfen. Wir empfehlen deshalb, jetzt nein zu diesem Vorstoss zu sagen, damit wir die Entscheidung über die Weiterführung der Schulinsel zum dafür vorgesehenen Zeitpunkt und mit soliden Unterlagen fällen können.

Doris Känzig: Trotz integrativer Schulung hat sich die Anzahl Sonderschüler in den letzten zehn Jahren schweizweit verdoppelt. Im gleichen Zug hat man mit der Integration zahlreiche neue Kapazitäten an Fachkräften und Förderstunden geschaffen. Mit der Schulinsel haben wir aber jetzt wieder eine separative Entwicklung innerhalb der Integration mit einer neuen Art von Sonderschülern. Es ist klar, dass der Unterricht vor Störungen geschützt werden muss. Für die Betreuung dieser Schulinsel-Schüler, also man kann sagen Schüler mit speziellen Bedürfnissen, haben wir aber jetzt durch die Integration ja zahlreiche Fachleute zur Verfügung, die sich dieser Schüler wieder ohne die Sonderklasse-Schulinsel annehmen können. Die Ressourcen, die man hat, soll man jetzt ohne wieder eine zusätzliche Sonderklasse, die Schulinsel heisst, nützen. Sonst finanzieren wir dann zuletzt beide Schulsysteme miteinander, nämlich die Integration und die Separation. Die Kinder der Schulinsel werden wieder stigmatisiert und gerade dies will man ja mit der Integration vermeiden. Es sind fachliche Gründe, die dafür sprechen, dass man den vorliegenden FDP-Antrag unterstützt und das Geld einspart.

Huguette Meyer Derungs: Grundsätzlich sehe ich wie Martin Wey, dass leider auch in der Bildung gespart werden muss. Ich habe aber ziemlich Mühe damit, wenn man einfach konzeptlos, willkürlich irgendwo etwas herausstreichen möchte. Die Schulinsel ist ein wichtiger Baustein der speziellen Förderung. Dass es kein zwingendes Schulangebot darstellt, ist eine Behauptung und sicher nicht repräsentativ für die gesamte Schule. Es ist durchaus ein zwingendes Angebot, das je länger je mehr Kunden hat. Man könnte jetzt sagen leider. Man könnte auch sagen zum Glück, weil es sehr viele Schüler gibt, die sehr gut voran kommen und das sollte weiterhin so bleiben. Die Schulinsel ist eine pädagogische und unterrichtsnaher Einrichtung. Es geht um Schüler und Schülerinnen, die trotz Einsatz der Lehrpersonen und der Schulsozialarbeiter den „Rank“ in der Klasse nicht finden, sprich sie sind stark verhaltensauffällig. Kinder und Jugendliche, die sich über eine längere Zeit destruktiv verhalten, respektlos verhalten gegenüber den Mitschülern, gegenüber den Lehrpersonen oder sogar eine Lernverweigerung an den Tag legen. Also Kinder und Jugendliche, die den Unterricht massiv stören und durch pädagogische Massnahmen innerhalb des Klassengefüges nicht mehr aufgefangen werden können. Es gibt den betreffenden Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit, ihr Verhalten zu überdenken und ihre Sozialkompetenz zu verbessern. Im Gegenzug, und das finde ich genau so wichtig – davon hat bis jetzt noch niemand gesprochen – werden die betreffenden Klassen und die Lehrpersonen entlastet und können sich somit auf den Unterricht konzentrieren. Die Schulinsel kommt allen Schülern zugute, vor allem auch denjenigen, die wirklich tagtäglich ihren Job super machen und das sind die meisten. Das Ziel der Schulinsel ist es, dass die schwierigen Schüler niederschwellig kurzfristig oder lang-

fristig aus der Standklasse genommen werden können, mit dem Ziel, später wieder zurück kommen zu können. Damit können Time-out-Platzierungen, wie schon gesagt wurde, und Sonderschuleinweisungen mit allen finanziellen Konsequenzen reduziert werden. Wenn nur zwei Kinder pro Jahr im Regelklassebetrieb gehalten werden können, rechnet sich die Schulinsel bereits. Die Schulsozialarbeit hat mir sogar bestätigt, dass bisher mindestens bei zwei Schüler eine solche Einweisung verhindert werden konnte. Vielleicht noch zu den Kosten: Eine Time-out-Platzierung, zum Beispiel bei einer Bauernfamilie, kostet Fr. 230.— bis Fr. 250.— pro Tag und die Schule kostet dazu monatlich noch Fr. 3'500.—. Man rechnet einmal. Eine Sonderschulung, ein Heimaufenthalt kostet Fr. 200.— pro Tag. Pro Woche sind dies Fr. 1'000.—, pro Monat Fr. 4'000.—. Die Schulkosten sind noch Fr. 2'000.—. Das heisst, die Gesamtkosten pro Jahr betragen Fr. 72'000.—. Dann bedenkt man noch zusätzlich, dass sich der Aufenthalt in einer Sonderschule meistens über mehrere Jahre erstreckt. Verhaltensauffällige Kinder können nicht einfach weg gestrichen werden. Sie sind da und belasten das Schulsystem stark. Der gleiche Fall, den ich gehört habe, also wirklich ein Burnout abwenden, nur dank dem, dass man einen Schüler in die Schulinsel schicken konnte. Mit allen anderen Herausforderungen, mit Sprachdefiziten, Lärm beeinträchtigen und motorischen Schwächen kommen die Schulen gut klar. Hier gibt es Unterstützung. Ich weiss auch, dass nicht alle Schüler und Schülerinnen von der Schulsozialarbeit aufgefangen werden können. Die Schulsozialarbeit arbeitet zwar Hand in Hand mit den Schulen, den Lehrpersonen und der Schulinsel. Sie hat aber keinen pädagogischen Unterrichtsauftrag. Sie arbeitet im Bereich der Prävention und der Frühintervention und hat dadurch auch eine sehr flexible Einsatzstruktur. Fällt die Schulinsel weg, bleibt eine Lücke, die eigentlich durch nichts ersetzt werden kann, weil die Kosten gleichwohl da sind. Man könnte einen Schüler auch neun Jahre lang immer vor die Türe stellen. Aber spätestens, wenn es um die Anschlusslösung geht, haben wir die Kosten auch wieder. Die SP und die Junge SP lehnt diesen Antrag ab.

Dr. David Wenger: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass die Sitzung nach diesem Antrag unterbrochen und morgen fortgesetzt wird. Wenn zu jedem Antrag so viel geredet wird, sind wir wahrscheinlich um 2 Uhr noch hier.

Heidi Ehram: Ich möchte beantragen, dass wir, wenn schon unterbrochen werden muss, wenn wir nicht fertig werden, nach dem Hallenbad, das ist Kostenstelle 345, fertig machen. Das kommt gleich nach der Schulinsel und dort haben wir ja bereits eine Überweisung der Motion, die Fundament zu meinem Antrag ist und das sollte dann nicht mehr so lange dauern. Ich möchte dies bitten für die Leute, die jetzt hier so lange gewartet haben, für die Interessengruppe, für den Motionär.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: David Wenger hat einen Ordnungsantrag gestellt. Wir werden darüber abstimmen. Wenn er abgelehnt wird, können wir über Deinen abstimmen. Aber zuerst ist jetzt der Antrag, dass man nach diesem Antrag abbricht.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich glaube wirklich, jetzt haben wir den Schwung dieses Budgets drin. Wenn wir morgen noch einmal anfangen, wird es noch länger. Jetzt machen wir dies fertig. Vielleicht ist es eine Motivation, dass wir vor 24 Uhr fertig sind. Dann ist auch gut. Ich glaube, die Chancen sind nicht so schlecht. Aber jetzt ziehen wir dies doch durch und schliessen ab. Was passiert sonst? Dann fängt morgen die ganze grundsätzliche Debatte noch einmal an und wir werden morgen noch einmal bis 23 Uhr hier sitzen. Ob wir dies wollen, ist eine andere Frage. Wir sind klar der Meinung: Jetzt ziehen wir es durch.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Kurz halten, vorwärts machen, durchhalten.

Simon Haller: Als Einzelsprecher. Ich möchte zumindest gerne eine Deadline haben. Ich muss morgen um 5 Uhr aufstehen und spätestens um 24 Uhr will ich hier hinaus gehen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Nochmals zur Klärung: Jede Fraktion hat das Wort und nachher stimmen wir ab. Die Grünen haben sich noch nicht geäußert.

Beschluss

Der Antrag von Dr. David Wenger, wonach die Sitzung nach dem Antrag auf Streichung der Schulinsel unterbrochen wird und morgen weiterfährt, wird abgelehnt.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich möchte noch einmal festhalten, was ich am Anfang gesagt habe: Mein Ziel ist es, das Budget heute Abend durchzubringen. Es wird auch für mich nicht einfacher. Aber wenn wir morgen weiterfahren, ufer es aus. Es liegt auch an Euch, Euch jetzt kurz zu fassen. Ich denke, die Meinungen sind ja gemacht.

Beschluss

Mit 29 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der FDP-Antrag auf Streichung der Schulinsel abgelehnt.

Seite 15, Antrag CVP/EVP/GLP-Fraktion auf Streichung Beiträge bei Museen

Simon Haller: Ich habe vorher 24 Uhr vorgegeben, wo ich gerne gehen möchte. Jetzt bin ich wirklich gefordert, auch selber einen Beitrag zu leisten. Um wirklich zu versuchen, es relativ kurz zu machen: Unsere Fraktion ist der Meinung, dass in Anbetracht des Spardrucks auch gefordert ist, dass man bei den Museen bereits im Jahr 2014 einen Beitrag leistet. Wir sind der Meinung, dass 10 % des Nettoaufwandes vertretbar ist und gerade auch in Anbetracht von Eintrittspreisen zum Beispiel von Fr. 2.— für einen Erwachsenen im Naturmuseum, denke ich, dürfte man durchaus auch daran denken, vielleicht auf der Ertragsseite einen Beitrag zu leisten. Ursprünglich wollte ich einen persönlichen Antrag stellen, der höher gewesen wäre. 10 % waren dann etwas, auf das wir uns in der Fraktion einigen konnten, wo ich einlenken konnte, so dass wir auch die Fraktion hinter diesem Antrag haben.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Die Prüfungsaufträge betreffend Museen sind erteilt. Die Kommissionen sind an der Arbeit. Es geht auch dort darum, entsprechende Einsparungen in diesem Sinne, aber auch in einer Zeitphase zu machen, die unserer Meinung nach im nächsten Jahr möglich ist, um die entsprechenden Korrekturen allenfalls vorzunehmen. Wir haben viele laufende Verträge, die wir halten müssen, was Ausstellungen anbelangt. Wir haben Personal, wo wir nicht einfach Kündigungen machen können. Der Spielraum ist im laufenden Jahr 2014 relativ klein. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Dr. Rudolf Moor: Martin hat das Wesentliche schon gesagt. Ich kann bestätigen, dass man in diesen Museen im Moment intensiv überprüft, was man kürzen kann und ich kann auch nur bestätigen: So schnell geht es nicht, weil man viele Verpflichtungen hat, zum Teil vertragliche Verpflichtungen, zum Teil juristische Verpflichtungen und es geht nicht so schnell. Aber wir prüfen, was man dort an Kosten reduzieren kann. Ich möchte auch bitten, im Budget 2014 jetzt nicht zu kürzen, sondern die Untersuchungen und Analysen abzuwarten.

Felix Wettstein: Ich möchte dies bestätigen und nachdoppeln. Es gilt für diesen und auch ein paar weitere Vorschläge. Das sind wirklich prüfenswerte Sachen für das neue Massnahmenpaket, das wir sowieso schnüren müssen. Auch wir gehören zu denjenigen, die sagen: Es braucht weitere Einsparungsmöglichkeiten bzw. das Wort sparen ist ja eben falsch – sparen heisst eigentlich auf die Seite legen, wenn ich Übriges habe – sondern es braucht halt weitere Sachen, die zum Streichen sind. Manchmal gibt es Sachen, wo man sich wirklich entlasten kann, weil man etwas doppelspurig oder zu umständlich gemacht hat. Da sind wir sofort dafür. Häufig werden wir aber Vorschläge haben, die einen wirklichen Leistungsabbau nach sich ziehen, und hier sind wir auch in Zukunft der Meinung, so etwas ist nur fairerweise

am runden Tisch auszuhandeln mit denjenigen, die hier beteiligt und betroffen sind. Deshalb geht es nicht mit einem Antrag, der gestern formuliert ist und heute schon entschieden werden soll. Weitere Gründe, weshalb es für 2014 noch nicht geht, sind schon genannt worden.

Thomas Rauch: Jetzt haben wir schon den dritten oder vierten Vorschlag und immer hören wir: Jetzt geht es gerade nicht. Hier müssen wir noch warten. Da ist jetzt der Moment falsch. Da ist die Auswertung noch nicht da. Hier haben wir die Strategie noch nicht angepasst. Einfach zur Erinnerung: Eine Kreditlinie ist auch eine Verpflichtung, die unterschrieben ist. Das muss auch im Gleichgewicht bleiben.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich schlage vor, dass wir in globo zu allen drei Museen gleichzeitig abstimmen, wenn Ihr einverstanden seid.

Beschluss

Mit 24 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion zugestimmt.

Urs Knapp: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir Position 785 Umweltschutzamt vor dem Hallenbad behandeln. Den Grund habe ich vorher schon erwähnt. Wir möchten gerne in ganzheitlicher Abwägung verschiedener Beiträge beim Umweltschutzamt diesen Betrag herausnehmen. Dann können wir das Hallenbad erhalten. Hier möchten wir aber zuerst die Position 785 diskutieren.

Beschluss

Mit 21 : 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag von Urs Knapp zugestimmt.

Seite 28, Umweltschutzamt, Position 785

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Es ist ein Antrag, eine Interessenabwägung, was wir den ganzen Abend schon gemacht haben. Wir sehen, dass vieles auch für das Hallenbad spricht. Wir sehen aber auch, wir wollen keine Zusatzausgaben. Wir wollen diese Einsparung netto machen. Deshalb wäre unser Antrag, dass man beim Umweltschutzamt, wo wir das Gefühl haben, man könne es noch am ehesten wegnehmen, weil sehr viele kantonale und eidgenössische Sachen schon vorhanden sind, auch von privaten Organisationen, die Fr. 150'000.— streichen würde. Ein nächster Schritt, wenn dies dann erfolgen würde, wäre dann auch unsere Zusicherung: Bei der Position Hallenbad würden wir zustimmen, dass wir den Betrieb dort weiter sichern können.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir gehen davon aus, dass Du die beiden einander und den obsiegenden dem bisherigen Vorschlag gegenüberstellen wirst. Wir haben den Antrag voraus versenden lassen. Der Personalbestand wird bei 1,3 Stellen beibehalten. Zur kurzen Erinnerung: Auf der Liste, die wir im September hatten, wurde eine Reduktion dieser bisher 1,3 Stellen auf 0,7 in Aussicht gestellt. Fällig wird dies wegen der Kündigungsfristen auf Mitte Jahr. Deshalb war dies mit einer Einsparung von Fr. 43'000.— verbunden und das heisst, der Antrag, der jetzt hier vorliegt, wird noch um diesen Betrag ergänzt. „Der Personalbestand von 1,3 Stellen wird beibehalten. Konto 785 wird um Fr. 43'000.— erhöht“. So heisst der ganze Antrag. Die Begründung steht hier. Ergänzend zu dem, was Urs Knapp gesagt hat: Kommunal und nur kommunal sind wir in Verpflichtungen, beispielsweise in Olten SüdWest, beispielsweise im Steinbruch Born usw., dass wir fachliche Begleitungen sicher stellen, die durch diese Fachstelle wahr genommen werden müssen. Auch wenn wir es in einem Drittauftrag nach aussen vergeben würden, muss es auf diesem Konto 785 abgebucht werden, abgesehen davon, dass wir preisgeben würden, was heute schon an Know-how, verbunden mit den profunden Kenntnissen vor Ort, eben erhalten werden kann, würde es gleichviel kos-

ten, aber qualitativ schlechter werden, wenn man es mit externen Aufträgen lösen wollte. Ich bitte Euch, unserem Antrag zuzustimmen. Es steckt unglaublich viel wichtige, laufende Entwicklungsarbeit dahinter und die Stelle heisst zwar in der Kontobezeichnung Umweltschutzamt, sie hat aber viele Aufgaben. Die heutige Fachstelle hat die Bezeichnung Umwelt, Energie, Mobilität und das drückt eben auch aus, wo sie überall involviert ist. Die bisherigen 1,3 Stellen sind eigentlich unterdotiert.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich empfehle Euch auch eine klare Ablehnung dieses Antrags. Es hat zwei Gründe: Einer ist von Felix Wettstein genannt worden von den Grundaufgaben, die von der Einwohnergemeinde und von der Umweltfachstelle, was die gesetzlichen Auflagen sind, erfüllt werden müssen und auch gut erfüllt werden müssen. Man kann sagen: Gut, man kann sie wieder in eine andere Abteilung verschieben. Das geht nicht, zum Teil aus den fachlichen Überlegungen heraus, aber auch von der Belastung. Das Zweite ist, und hier setze ich mich jetzt wirklich auch ein für das, was im Stadtrat passiert, entschieden worden ist, dass wir vorweg im Entlastungspaket, das wir im September beschlossen haben, schon eine massgebende Reduktion beschlossen und auch eröffnet haben, Gespräche mit den betroffenen Personen geführt haben und ich fände es nicht redlich, wenn jetzt gestützt auf diese Debatte und ein gegeneinander Ausspielen hier in diesem Sinne auch gegenüber dem Personal ein ganz schlechtes Zeichen gesetzt würde.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Zur Erklärung: Wir haben zwei Anträge, die zu diesem Posten vorliegen. Einer ist von der FDP.

Urs Knapp: Oberkonto 785: Wie dies dann unten aufgeteilt wird, ist eigentlich egal.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Der FDP-Antrag ist, bei 785 Fr. 150'000.— zu streichen und der Antrag der Grünen liegt schriftlich vor. Er will, dass der Personalbestand von 1,3 Stellen beibehalten wird, wie er jetzt ist. Das wären Fr. 43'000.— mehr. Ich werde jetzt die beiden Anträge gegenüber stellen und den obsiegenden gegen den stadträtlichen Antrag.

Antrag FDP auf Streichung der Fr. 150'000.—: 18 Stimmen
Antrag Grüne auf Erhöhung um Fr. 43'000.—: 17 Stimmen
Enthaltungen: 11

Beschluss

Dem FDP-Antrag wird der Vorzug gegeben.

Antrag FDP: 19 Stimmen
Antrag Stadtrat: 24 Stimmen
Enthaltungen: 3

Beschluss

Dem stadträtlichen Antrag wird der Vorzug gegeben.

Seite 18, Hallenbad, Position 342

Heidi Ehrsam: Ich danke für die Überweisung der Motion Pro Hallenbad und Andreas Dobay als Motionär für seine kreative engagierte Arbeit, die immens war. Das Ganze, vor allem die Überweisung der Motion durch Euch ist das Fundament für meinen Antrag. Ich habe das Budget von der Kostenstelle 342 in einen Abänderungsantrag hinein genommen, den Ihr alle vor Euch habt. Die Budgetposten habe ich eingesetzt und dort erklärt. Ich bin gerne bereit, Fragen zu beantworten. Es war für mich auch etwas schwierig, dies irgendwie

auf das Papier zu bringen. Ich möchte eigentlich nur noch erwähnen, dass die Reduktion der Öffnungszeiten auf die Saison 2008/09 einen grossen Sparbeitrag beim Betriebskostenanteil und bei den Besoldungen gibt. Ganz wichtig ist auch zu sagen, dass mit dem, wie ich budgetiert habe und man sieht, dass ich dies bei den einzelnen Verantwortlichen der Verwaltung abgeklärt habe, man doch ein Sparpotenzial von über Fr. 50'000.— zur Rechnung 2012 erzielen kann. Meine Begründung, weshalb man meinem Antrag zustimmen sollte, habe ich gemacht, als wir die Motion behandelt haben. Mit Eurer Zustimmung zu meinem Antrag kann das Parlament eine Sparmassnahme des Stadtrates rückgängig machen, die über die aktuelle Finanzsituation hinaus geht und von Bedeutung ist. Es ist ein Ja zur Zentrums- und Sportstadt Olten oder wie es heute im OT über die Sportlerehrung heisst: „Olten – eine einzig Stadt von Sportlern“. Besten Dank für Eure Unterstützung.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Stadtrat bleibt bei seinem Vorschlag im Budget: Null.

Beschluss

Dem Antrag von Heidi Ehram wird mit 21 : 14 Stimmen bei 11 Enthaltungen zugestimmt.

Seite 23, 590

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ihr habt es wahrscheinlich schon alle per E-Mail erhalten. Ich habe diese Zahlen angeschaut und einfach festgestellt, dass man, wenn man die Rechnung von 2012 anschaut, man den Posten Hilfsaktionen gesenkt hat. Dabei hat man die Inlandhilfe auf null, die Auslandhilfe auf Fr. 20'000.— und humanitäre Hilfe auf null gesetzt. Deshalb stelle ich den Antrag, dass man die Auslandhilfe auf 0 Franken reduziert und das Konto 590.362.01 Inlandhilfe dafür um Fr. 20'000.— erhöht. Die Begründung ist so, dass letztes Jahr bereits der Bund 2'300 Millionen Auslandhilfe gezahlt und im gleichem Zeitraum diesen Betrag um 179 Millionen erhöht hat. Die Stadt Olten und ihre Bürger zahlen hier ja schon mit. Ich wäre sogar dafür, dass man nicht nur Inlandhilfe macht, sondern dass man dies auch lokalen Projekten zugute kommen lässt. Ich habe hier einfach ein paar Beispiele aufgezählt: Das Tierheim, der Vögelgarten, das Mühletäli oder die Spitex.

Stadtrat Peter Schafer: Das ist grundsätzlich eine ganz freiwillige Aktion, die wir dort haben. Neu wäre es eigentlich gedacht gewesen, dass man alle drei Positionen zusammen nehmen würde. Wenn durch das Jahr hindurch in irgendeinem Teil der Welt oder auch in der Schweiz eine Katastrophe passieren würde, würden wir während des Jahres entscheiden und wenn bis Ende Jahr eigentlich nichts Katastrophenmässiges passiert wäre, hätte man ein Projekt aus dem Ausland bevorzugt. Von daher diese drei Positionen zusammen. Die Fr. 20'000.— stehen jetzt unglücklicherweise nur gerade bei der Auslandhilfe. Aber es wäre gedacht gewesen, alle drei zusammen zu nehmen. Die Sachen, die Du gesagt hast, auch Inlandhilfe, das haben wir jeweils für Stierva gebraucht. Wir haben eine Patengemeinde in den Bergen. Dort bahnt sich eine Fusion mit anderen Gemeinden an. Das würde wegfallen. Für andere Sachen, die in der Schweiz passieren würden, wäre eigentlich auch Raum vorhanden. Wie gesagt, es gibt halt Sachen. Die Philippinen waren es kürzlich, Sahel-Zone, Syrien, wo wir auch schon Geld gegeben haben, Tsunami Thailand, Erdbeben Japan etc. Es geht ja um Menschen in Not. Wir möchten dies wirklich für Menschen einsetzen, die es brauchen können. Die drei Sachen, die Du angegeben hast, erscheinen mir nicht ideal. Beim Tierheim müsstest Du unter dem Konto 820 etwas fordern, der Vögelgarten ist ein Leistungsauftrag, das Mühletäli ist ein Leistungsauftrag und die Spitex auch. Ich würde auch beliebt machen, dies so zu belassen.

Matthias Borner: Anscheinend hat man die Fr. 20'000.— jetzt für Eventualitäten zurückgestellt, die man dann im Ausland zahlen kann. Ich finde, man kann dies gerade so gut für inländische respektive lokale Projekte parat halten. Ich bleibe dabei. Wenn man es hier als Inlandhilfe taxiert, kann man es auch dem Tierdörfli geben. Ich ändere dies nicht ab.

Beschluss

Mit 25 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag von Matthias Borner abgelehnt.

Seite 29, Orts- und Regionalplanung sowie Stadtentwicklung, Positionen 790 und 791

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Unsere Vision wäre, dass man diese zwei Abteilungen zusammenlegt. Das können wir dem Stadtrat nicht befehlen, aber es wäre sinnvoll, dass man die Synergien nutzt und 30 % reduziert und zwar wieder zuoberst. Der Stadtrat kann dann selber entscheiden, ob er sagen will: Ich will das Personal lassen. Dafür sollen sie die Arbeit selber machen, die sie jetzt alle auswärts geben. Oder man will sagen: Nein, wir wollen wie bis anhin für hunderttausende von Franken externe Studien in Auftrag geben. Dafür streichen wir halt beim Personal. Aber ich glaube, in der Situation, in der die Stadt Olten ist, wo auch einfach weniger Projekte kommen, hat man hier Kapazität. Man hat auch weniger Reibungsverluste und es wäre sicher sinnvoll, wenn die ganze Planung und Stadtentwicklung unter einem Deckel wäre. Unser Antrag ist, 790 und 791, wie es hier steht, je 30 % und der Wunsch an den Stadtrat, dass er dies nachher zum Anlass nimmt und die beiden Abteilungen zusammenlegt.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Unseren Antrag habt Ihr im Vorfeld auch schriftlich erhalten. Ich kann auch wieder den Satz, der zur Debatte steht, ergänzen. „Der Personalbestand der unbefristeten Stelle wird beibehalten. Konto 791 wird um Fr. 24'000.— erhöht“. Es geht um die Fr. 24'000.—, die gemäss der Liste, die wir im September hatten, für das nächste Jahr gestrichen werden sollen. Ich möchte daran erinnern, dass die Aufgabe sowieso zurückgenommen wird. Eine befristete Stelle von 0,3 % läuft schon aus. Das tragen wir mit, dass jetzt halt gewisse Aufgaben von der Stadtentwicklung schon abgeschlossen werden konnten. Im Übrigen – das haben wir in der Begründung ausgeführt – sind es auch hier ganz viele wichtige Sachen. Etliche Positionen des Regierungsprogramms sind zwingend darauf angewiesen, dass man diese Arbeit machen kann. Auch hier kann man sicher gewisse Sachen auslagern. Aber sobald man auf die profunden Kenntnisse von jemandem, der wirklich in der Stadt arbeitet, verzichtet, wird es qualitativ nicht besser und wir sparen nirgends etwas. Wir müssen es auf dem gleichen Konto gleich verbuchen, wenn wir es nach aussen geben. Es sind laufende Aufgaben, die wir zum Beispiel heute mit der Strategie zu Olten Ost auch zur Kenntnis genommen haben, aber auch noch ganz viele andere Sachen, die wir heute vielleicht noch nicht angesprochen haben. Wie gesagt: Im Regierungsprogramm sind es ganz viele Einzelposten, die unmittelbar von dieser Stelle abhängen. Noch kurz etwas zu den beiden anderen Sachen, die ja miteinander in Verbindung gebracht werden, obwohl es nicht etwa ein gegenseitiges Aufrechnen wäre, sondern ein gemeinsames Herunterfahren: Ich finde es berechtigt, diese Frage im Zusammenhang mit dem Sparpaket 2014 zu stellen, ob die Art, wie diese beiden Aufgaben heute aufgeteilt sind, richtig und zukunftsfähig ist. Das ist ein typisches Thema, wo wir bereit sind, sie im Rahmen des Massnahmenpakets 2014 ernsthaft zu prüfen. Es kann sein, dass der Effekt davon kumuliert 60 Stellenprozente Einsparung ist. Wir sind einfach nicht in der Lage, dies heute wirklich seriös zu sagen, nicht in der Rolle als Parlamentarierinnen und Parlamentarier und vor allem – das möchte ich noch einmal betonen – haben wir Grüne uns grundsätzliche Überlegungen gemacht, wie wir mit den Sachen, die noch notwendig sind, umgehen können. Etwas Typisches ist, wenn es Leistungsabbau ist, dann erst, nachdem wir es in einer Situation des runden Tisches aushandeln konnten. Das wäre hier ganz typischerweise auch so etwas. Ich bitte wirklich, diese Gelegenheit so zu ergreifen, dass wir sie verantwortungsvoll durchziehen können.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich versuche, gleich zu beiden Belangen zu reden. Eine Vorbemerkung noch zum Bau: In der Bauverwaltung sind die administrativen Kosten, die Lohnkosten in den letzten Jahren um 4,5 % gesunken. Man ist von zwei Direktionen auf eine gegangen, von zwei Chefbeamten auf einen. Wir haben im letzten Frühling eine Stelle im Bauinspektorat nicht mehr erneuert. Wir werden Ende des nächsten Jahres eine vorzeitige

Pensionierung bei der Stadtplanung vornehmen. Damit wir die Bauvorhaben der Privaten eben nicht behindern, damit sie zeitgerecht investieren können, damit Private Häuser bauen können und Unternehmen ihre Kapazitäten entwickeln, haben wir heute schon eine Person der Planung, die in Baubewilligungsverfahren aktiv ist. Wir werden also aktuell oder in einem Jahr noch eine Stelle in der Stadtplanung haben, eine Stelle. Das ist nicht ein Mann, der die Stadt neu zeichnet, hier ein neuer Park, hier ein neues Strässchen. Das ist reine Investorenbegleitung. Wir hatten letzten Montag das Gespräch mit Investoren des Giroud-Olma-Gelände, wo unsere Stadtplanung eine kooperative Planung mit dem Investor macht. Wir werden sie nächsten Freitag mit dem Steuerungsausschuss Bahnhof Nord. Wir hatten sie bei Olten SüdWest. Wir haben sie beim Nussbaum-Areal. Das sind Investorenbegleitungen, damit Investoren ihr Kapital investieren können. Das ist nicht Planung im Sinne, dass man hier zeichnet, wie eine schöne Stadt auf dem Reissbrett aussehen könnte. Bei der Stadtentwicklung ist dies das Gleiche. Auch dort hat man schon reduziert oder die Absicht, von 1,3 auf 0,8 und nachher noch weiter herunter zu reduzieren. Ihr müsst auch wissen, dass wir unser Personal nicht innerhalb von drei Monaten abbauen können. Wir müssen dies sechs Monate vorher anzeigen, haben eine Kündigungsfrist. Wir überprüfen eine Zusammenlegung beider Abteilungen und wir haben auch die Drittaufträge. Es sind nicht hunderttausende von Franken. Es sind im Bau aktuell noch Fr. 100'000.—. Es ist jetzt noch einmal ein Drittel gekürzt worden. Damit ist der Antrag der FDP eigentlich schon erfüllt. Ich bitte Euch, die Kürzungen, die jetzt willkürlich und nicht wirklich begründet sind, abzulehnen.

Daniel Schneider: Im Vergleich zum Voranschlag 2013 ist der Stadtrat im Voranschlag 2014 in diesen beiden Positionen ja eigentlich bereits Fr. 380'000.— herunter gefahren, davon die viel reklamierten Dritteleistungen von Fr. 260'000.—. Es scheint uns, das ist eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung. Was Ihr wünscht, ist aus meinem Mund ja auch schon gekommen. Ich habe schon überlegt, ob eigentlich ein Kopf auf diesen beiden Abteilungen reicht. Das ist durchaus prüfenswert, aber wiederum nicht heute Abend, sondern das müsstet Ihr eigentlich morgen über einen normalen Antrag nach dem Budget eingeben. Dann können wir die Grundlagen auslegen und dies prüfen und noch einmal anschauen. Ich denke, hier ist durchaus miteinander zu reden. Heute ist definitiv der falsche Abend und es wirkt halt so etwas nicht motivierend, sondern etwas heraus gepickt. Wir würden ihn ablehnen. Gleichzeitig bleiben wir uns ja treu und würden bei den Grünen nicht zustimmen oder uns mindestens enthalten. Es hat nicht für die Diskussion gereicht, weil halt viele Anträge im Nachhinein kommen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich werde so vorgehen, über den ersten Antrag der FDP zu Konto 790 direkt abzustimmen und bei 791 dann zuerst den FDP-Antrag demjenigen der Grünen und dann dem stadträtlichen gegenüber zu stellen.

Mit 23 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der FDP-Antrag auf Senkung des Nettoaufwandes der Stadtplanung um 30 % abgelehnt.

Antrag FDP, Position 791 auf Senkung des Nettoaufwandes der Stadtentwicklung um 30 %:	22 Stimmen
Antrag Grüne, die vom Stadtrat bereits vorgesehenen Stellenkürzungen wieder rückgängig zu machen:	15 Stimmen
Enthaltungen: 8	

Beschluss

Antrag FDP:	19 Stimmen
Antrag Stadtrat:	21 Stimmen
Enthaltungen: 6	

Beschluss

Mit 21 : 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird für den stadträtlichen Antrag votiert.

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen

Bericht und Antrag

Ziffer 4

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Hier haben wir den Antrag der GPK, dass der Steuerfuss der natürlichen Personen auf 105 % festgelegt wird. Der stadträtliche Antrag ist 115 %.

Antrag GPK:	27 Stimmen
Antrag Stadtrat:	18 Stimmen

Beschluss

Mit 27 : 18 Stimmen wird dem Antrag der GPK auf 105 % für natürliche Personen zugestimmt.

Ziffer 5

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Der GPK-Antrag ist, dass 105 % auch für die juristischen Personen gelten soll. Der Stadtrat beantragt 115 %.

Antrag GPK:	27 Stimmen
Antrag Stadtrat:	18 Stimmen

Beschluss

Mit 27 : 18 Stimmen wird dem Antrag der GPK auf 105 % für juristische Personen zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Mit 28 : 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung mit einem Mehraufwand von 15'502'800 Franken wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 20'715'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 105% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 105% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von 569'600 Franken wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von 45'100 Franken wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von 39'229'700 Franken wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 29 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 29

Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen/Teilrevision

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Am 16. Februar 1995 wurde durch das Gemeindeparlament der Stadt Olten das Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen beschlossen und am 1. November 1995 in Kraft gesetzt. Zweck des damals eingeführten Parkregimes war der Schutz der Anwohner vor Fremdparkierung, Lärm und Luftverschmutzung durch Pendlerfahrzeuge. Mit der Einführung der Blauen Zone in den Wohnquartieren wurde das Parkieren von Fremdpersonen zeitlich beschränkt. Berechtigte, insbesondere Anwohner, erhalten auf Antrag für die auf ihren Namen und Adresse eingelösten Fahrzeuge eine Parkierungsbewilligung für den Wohnsektor. Gemäss Reglement erhalten auch in der entsprechenden Zone angesiedelte Geschäftsbetriebe für ihre Fahrzeuge eine Parkbewilligung, wenn die Fahrzeuge auf die Firma eingelöst sind.

Art. 2 des Reglements beschreibt, dass weitere, von der Parkierungsbeschränkung gleichermaßen Betroffene wie Bewohner von benachbarten Kern- und Kernrandzonen (z.B. Ziegelfeldstrasse = Sektor 2), Anwohner mit Geschäftswagen sowie Früh- und Spätschichtleistende ebenfalls eine Parkierungsbewilligung erhalten können. Eine Parkierungsbewilligung kostet CHF 120.00 pro Jahr. Die Parkierungsbewilligung ergibt keinen Anspruch auf einen eigenen Parkplatz. Die Gebühren bestehen seit 1995, seither erfolgten keine Erhöhungen. Im Jahre 2013 sind 1'166 Berechtigte im Besitz einer Parkkarte für die Blaue Zone.

Für Besucher der Anwohnenden besteht gemäss Reglement die Möglichkeit, für CHF 5.00 pro Tag eine Besucherkarte zu lösen. Pro Jahr werden ca. 1'500 Besucherkarten gelöst.

Überhaupt nicht genutzt wird die Möglichkeit, eine Karte für alle Zonen für CHF 300.00 pro Jahr zu beziehen. Diese Variante könnte von Handwerksbetrieben etc., welche häufig in den Quartieren Arbeiten ausführen, beantragt werden.

Im Rahmen des Entlastungspakets 2014 hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Massnahme „Teilrevision Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215) zur Kenntnis gebracht. Das Parlament hat diese vom Stadtrat am 22. August 2013 beschlossene Massnahme im Rahmen des Entlastungspakets 2014ff. an seiner Sitzung vom 26. September 2013 zur Kenntnis genommen.

2. Bisherige Erfahrungen

Die seit der Einführung der Anwohnerbevorzugung gemachten Erfahrungen sind im Allgemeinen positiv. Insbesondere die schriftlich gemeldeten Anwohnenden der Zonen sind damit zufrieden. Weil besonders im Sektor 1 der Parkraum knapp wurde, hat die Stadtpolizei per 1. Januar 2012 sämtliche Parkierbewilligungen in diesem Sektor auf ihre Berechtigungen überprüft. Dabei wurde insbesondere die Praxis bei den Bewilligungen von „andere gleichermassen Betroffene“ (Art. 2) sehr restriktiv gehandhabt. Ca. 50 Parkbewilligungen wurden darauf hin nicht mehr erneuert, insbesondere von Geschäftsbetrieben der Kernrandzone.

Die Gebühren für Parkkarten wurden seit der Einführung im Jahre 1995 nie verändert. Die Nachfrage ist weiterhin gross (es werden mehr Parkkarten beantragt als vielfach Parkplätze in den einzelnen Sektoren vorhanden sind) und alle Betroffenen sind in Bezug auf den Preis, dahingehend äussernd, dass in der Stadt Olten die Parkkarten sehr kostengünstig sind. Folgernd und nicht zuletzt auf Grund der derzeitigen finanziellen Verhältnisse in der Stadt Olten wurde eine Gebührenanpassung in Betracht gezogen. Ein Gebührenvergleich mit anderen Städten (Beilage) zeigt und bestätigt, dass die Stadt Olten in Sachen Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen sehr günstig ist. Eine Erhöhung der Gebühren ist demzufolge gerechtfertigt, insbesondere weil der Preis dafür seit der Einführung vor 18 Jahren nie angepasst wurde.

3. Anpassungen Gebühren

Nebst den Gebühren werden gleichzeitig mit den Gebührenanpassungen im Reglement einige Formulierungen präzisiert bzw. angepasst, siehe dazu die Beilage „synoptische Darstellung des Reglements“.

Es werden für die jeweiligen Parkkarten, neu ab 1. Januar 2014, folgende Gebühren vorgesehen:

- für Berechtigte: Jahrespreis CHF 240.00
- für Besucher: Tagespreis CHF 10.00
- alle Sektoren: Jahrespreis CHF 600.00.

4. Finanzielle Auswirkungen

Die Erhöhung der Parkkarten ergeben bei gleichbleibender Anzahl ausgegebener Parkkarten gegenüber 2013 einen Mehrertrag von rund CHF 140'000.00 pro Jahr.

Die Erhöhung der Besucher-Tages-Parkkarten ergeben bei gleichbleibender Anzahl ausgegebener Parkkarten gegenüber 2013 einen Mehrertrag von CHF 7'500.00 pro Jahr.

Die Erhöhung der Zonen-Parkkarten ergeben infolge der derzeit nicht genutzten Bezugsmöglichkeiten, gegenüber 2013 keine bzw. nur wenn von der Nutzungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wird, Mehreinnahmen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215) wird zugestimmt. Diese tritt auf den 1. Januar 2014 in Kraft.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

I./Ziff. 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Rudolf Moor, GPK: Es wurde uns angedroht, dass es sehr lange dauern könnte. Deshalb mache ich es sehr kurz. In der GPK gab dies überhaupt nicht viel zu reden gaben. Man ist mit diesem Vorhaben einverstanden. Die einzige Diskussion, die in der GPK eigentlich zusätzlich stattgefunden hat, ist die Frage, ob nicht die Fläche der Blauen Zone, also dort, wo man nachher auch in dieser Tageskarte lösen müsste, ausgedehnt werden müsste. Das war eigentlich der Hauptdiskussionspunkt. Sonst hat man in der GPK nicht lange darüber diskutiert und dem Antrag zugestimmt.

Simon Haller, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion steht auch hinter dieser Vorlage, möchte aber auch anregen über eine Ausdehnung der Blauen Zone nachzudenken und vielleicht gerade auch an neuralgischen Stellen die Kontrolle zu intensivieren, weil man doch weiss, dass es an gewissen Punkten doch relativ viele nicht berechnete Parkierer gibt, die sich dann mit Leuten konkurrieren, die eine Anwohnerkarte gelöst haben.

Kilian Schmidiger, SVP-Fraktion: Wir haben ja hier eine recht grosse Erhöhung für die Parkierung und es ist natürlich wieder einmal typisch, dass ein kleiner Teil der Betroffenen dafür zahlen muss, wenn allgemein zu wenig Geld vorhanden ist. Was man eigentlich hier sagen sollte: Es heisst auch, die Parkplätze sind knapp. Es ist ja auch so, dass auf der rechten Seite an einem Ort mehr Parkscheine vergeben sind als es Parkplätze hat. Jetzt kann man natürlich sagen: Wir erhöhen den Preis. Aber es war jetzt immer so, dass wir weniger Parkplätze gemacht haben. Es gab ja einen Schnitzelbank, der gesagt hat, dass überall neu die unterirdische Entsorgung kommt und nachher gibt es wieder weniger Parkplätze. Was jetzt hier fehlt, ist eigentlich eine Alternative für mehr Parkraummöglichkeiten, insbesondere am Bahnhof. Hier haben wir eigentlich noch keinen Beschluss und bevor wir nicht irgendwie eine Möglichkeit haben, mehr Parkraum zu haben, ist es sicher falsch, dass man die Leute wieder mehr abschöpft. Hier fehlt eigentlich das Gegengeschäft mit mehr Parkraum. Auf der anderen Stadtseite steht ja das Parkhaus zur Diskussion. In diesem Sinne hat sich unsere Fraktion zweigeteilt entschieden, zu enthalten oder abzulehnen.

Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Teilrevision. Auch die Gebührenanpassungen sind in der vorgeschlagenen Höhe gerechtfertigt. Man kann

nicht einfach ein Bassin im öffentlichen Raum aufstellen und dann denken: Das kann ich jetzt einfach benutzen. Beim Auto kann man dies. Deshalb ist der Raum immer knapper. Es hat viele Autofahrer, die gar keinen privaten Abstellplatz haben. Darum finden wir es sinnvoll, dass man ein knappes öffentliches Gut auch abschöpft. Wir fordern auch, dass die Anwohnerbevorzugung flächendeckend eingeführt wird. In diesem Sinne sind wir für die Annahme dieser Teilrevision.

Beate Hasspacher, Fraktion Grüne: Wir unterstützen die Vorschläge. Für die Benützung von öffentlichem Boden für Parkplätze sind Gebühren gerechtfertigt und die Erhöhung ist sehr mässig. Es könnte sogar etwas mehr sein.

Stadträtin Iris Schelbert: Merci vielmals für die gute Aufnahme dieses Geschäfts, dieser Erhöhung. Ihr habt ja bei der Beilage gesehen, dass wir mit den Fr. 240.— pro Jahr für diese Anwohner- und Anwohnerinnenbevorzugung in der Blauen Zone absolut bei den Leuten sind. Ich habe heute noch gehört, dass jemand gesagt hat: Ich würde auch Fr. 360.— zahlen. Das ist ein Franken pro Tag und nicht viel. Wir bleiben bei Fr. 240.—. Dass man die Blaue Zone bis an den Stadtrand ausdehnen würde, haben wir im Stadtrat eigentlich schon beschlossen. Wir können es einfach nicht auf das neue Jahr umsetzen, weil es ausgeschrieben werden muss. Wir müssen das Verfahren schon richtig einhalten. Nachher haben wir die Schnittstellenproblematik, wenn ich es so sagen darf, nicht mehr. Zum Beispiel die Paul-Brandt-Strasse ist eine der Strassen, wo viele Studierende der FH ihr Auto abstellen. Das sind die ersten weissen Parkplätze. Eigentlich dürften sie dort nicht hinein fahren. Aber es ist ganz schwierig, sie zu büssen, weil man eigentlich dort stehen muss, wenn sie hinfahren und nachher sagen muss: Ihr dürft hier gar nicht hinein fahren. Ihr geht ja an die Fachhochschule. Diese Problematik haben wir nachher nicht mehr. Dann ist ganz klar: Wer in den Blauen Zonen parkiert, hat entweder eine Anwohnerparkkarte oder halt die Parkscheibe drin. Das vereinfacht auch ein Stück weit die Kontrolle. Das wird ganz sicher kommen. Vielleicht muss ich Kilian sagen, dass dies eigentlich nichts damit zu tun hat, dass wir Parkplätze streichen oder verknappen, sondern wir verteuern die bestehenden Parkplätze und die bestehenden Anwohnerparkkarten. Die weissen Parkplätze – das sind aber nicht die gebührenpflichtigen wie Schützi und überall, wo Ticketautomaten stehen – sind aber wieder eine andere Baustelle. Aber wir überarbeiten auch noch das Gebührenreglement und das kommt dann dort.

Dr. Christine von Arx: Ich habe eigentlich nur eine Frage und zwar geht es hier um das Inkrafttreten bzw. die Übergangsbestimmungen. Es sind ja immer noch Tageskarten für fünf Franken im Umlauf. Die Frage ist, was mit ihnen im Januar passiert. Behalten sie ihre Gültigkeit oder kann man sie im Dezember noch umtauschen? Wenn sie die Gültigkeit behalten, wenn ja, wie lange?

Stadträtin Iris Schelbert: Ich kann dies gleich sagen. Wir haben dies abgeklärt. Sie behalten ihre Gültigkeit, einfach bis sie aufgebraucht sind. Das ist, wie wenn Ihr von einem Restaurant oder einem Warenhaus einen Gutschein bekommt. Den könnt Ihr auch verbrauchen. Er hat kein Verfalldatum.

Beschluss

Mit 41 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215) wird zugestimmt. Diese tritt auf den 1. Januar 2014 in Kraft.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

I./Ziff. 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beilage

Synoptische Darstellung „Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen“

Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen
 Teilrevision vom
 (synoptische Darstellung)

Stand ?

Änderungen

alte Fassung		neue Fassung	
Artikel	Artikel	Artikel	Artikel
Art. 1 Zweck	Art. 1. Zweck		
	<i>Zeitliche Beschränkung des Parkierens in städtischen Quartieren</i>		
	Zum Schutz von Bewohner/-innen vor Fremdparkierung, Lärm und Luftverschmutzung wird das Parkieren in städtischen Quartieren unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in Anwendung der bundesrechtlichen Vorschriften (Blaue Zone) zeitlich beschränkt.		¹ Zum Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie gleichermassen Betroffenen vor Fremdparkierung, Lärm und Luftverschmutzung kann das Parkieren in städtischen Quartieren, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, in Anwendung der bundesrechtlichen Vorschriften (Blaue Zone) zeitlich beschränkt werden.
	<i>Parkierungsbewilligung an Berechtigte</i>		
	Berechtigte nach Artikel 2 dieser Vorschriften erhalten eine Parkierungsbewilligung zum zeitlich unbeschränkten Parkieren (gesteigerter Gemeingebrauch) in den hierfür signalisierten Zonen.		² Berechtigte nach Artikel 2 dieser Vorschriften erhalten eine Parkierungsbewilligung zum zeitlich unbeschränkten Parkieren (gesteigerter Gemeingebrauch) in den hierfür speziell signalisierten Sektoren innerhalb der Blauen Zonen.
Art. 2 Berechtigte	Art. 2 Berechtigte		
	<i>Anwohner/-innen</i>		
	Schriftenpolizeilich gemeldete Anwohner/-innen erhalten für jeden auf ihren Namen und ihre Adresse in der entsprechenden Zone eingetragenen leichten Motorwagen eine Parkierungsbewilligung für diese Zone, sofern sie im blau markierten Bereich ansässig sind.		¹ Schriftenpolizeilich gemeldete Anwohnerinnen und Anwohner erhalten für jeden auf ihren Namen und ihre Adresse im entsprechenden Sektor eingetragenen leichten Motorwagen eine Parkierungsbewilligung für diesen Sektor.
	<i>Geschäftsbetriebe</i>		
	In der entsprechenden Zone ansässige Geschäftsbetriebe erhalten auf begründetes Gesuch hin für die auf ihre Firma eingetragenen leichten Motorwagen für diese Zone eine Par-		² Im entsprechenden Sektor ansässige Geschäftsbetriebe erhalten für die auf ihren Namen eingetragenen leichten Motorwagen eine Parkierungsbewilligung für den Sektor.

	In besonderen Fällen kann eine Parkierungsbewilligung für eine andere oder für mehrere Zonen erteilt werden. Die Parkierungsbewilligung berechtigt ausschliesslich in denjenigen Blauen Zonen zum unbeschränkten Parkieren, die mit einer entsprechenden Zusatztafel speziell signalisiert sind.			
	Die Parkierungsbewilligung gibt keinen Anspruch auf einen Parkplatz.			⁴ Die Parkierungsbewilligung gibt keinen Anspruch auf einen Parkplatz.
Art. 4	Gültigkeitsdauer	Art. 4	Gültigkeitsdauer	
	Die Parkierungsbewilligung wird in der Regel für die Dauer eines Kalenderjahres erteilt.		Die Parkierungsbewilligung wird für die Dauer eines Kalenderjahres erteilt. In besonderen Fällen kann eine Bewilligung für eine kürzere Dauer erteilt werden.	
Art. 5	Gebühr	Art. 5	Gebühr	
	Für die Erteilung einer Parkierungsbewilligung wird eine Gebühr erhoben:		¹ Für die Parkierungsbewilligung wird eine Gebühr erhoben.	
	Die Gebühr beträgt für		Die Gebühr beträgt	
	◆ Anwohner/-innen Fr. 120.--/Jahr		a) für Berechtigte: CHF 240.00/Jahr	
	◆ Früh- und Spätschichtleistende Fr. 120.--/Jahr		b) für Besucher: CHF 10.00/Tag	
	◆ Besucher/-innen Fr. 5.--/Tag		c) für alle Sektoren: CHF 600.00/Jahr	
	◆ Für alle Zonen Fr. 300.--/Jahr			
	Wird der Ausweis innerhalb des Kalenderjahres bezogen, reduziert sich die Gebühr anteilmässig. Eine Rückerstattung erfolgt nicht.		² Die Gebühr ist im Voraus für das ganze Kalenderjahr zu entrichten. Wird die Parkierungsbewilligung innerhalb des Kalenderjahres ausgestellt, so reduziert sich die Gebühr anteilmässig. Eine Rückerstattung erfolgt nicht.	
	Das Gemeindeparlament passt die Gebühren im Rahmen der Kostendeckung (Erstellung und Unterhalt der Parkierungseinrichtungen, Kontrollen, Administration) an.			
Art. 6	Parkausweis	Art. 6	Parkkarten	
	Als Parkierungsbewilligung wird ein Parkausweis abgegeben, der zusammen mit dem Kontrollschild als Kontrollmittel dient.		¹ Als Parkierungsbewilligung wird eine Parkkarte abgegeben, die zusammen mit dem Kontrollschild als Kontrollmittel dient. Auf der Parkarte wird der zugeordnete Sektor	

					innerhalb der Blauen Zone vermerkt.
					² Die Parkkarte ist gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen.
Art. 7	Verfahren				
		Der Ausweis ist gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen.			
		Die Parkierungsbewilligungen werden von der Stadtpolizei abgegeben. Ihre Entscheide können innert 10 Tagen an das Ressort Öffentliche Sicherheit weitergezogen werden. Das Verfahren richtet sich nach Art. 45 der Gemeindeordnung.			
		Die Bezugsberechtigung ist mit geeigneten Beweismitteln nachzuweisen.			
		Die Bewilligung ist jährlich zu erneuern.			
Art. 8	Änderung der Voraussetzungen		Art. 7	Änderung der Voraussetzungen	
		Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Angaben sind innert 14 Tagen der Stadtpolizei zu melden.			Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Tatsachen sind innert 14 Tagen der Stadtpolizei zu melden.
Art. 9	Entzug der Bewilligung		Art. 8	Entzug der Bewilligung	
		Bewilligungen können für eine bestimmte Zeit entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für eine Erteilung nicht oder nicht mehr bestehen oder wenn sie missbräuchlich verwendet werden.			Bewilligungen können für eine bestimmte Zeit entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für eine Erteilung nicht oder nicht mehr bestehen oder wenn sie missbräuchlich verwendet werden.
		Das Verfahren richtet sich nach Art. 7 dieses Reglementes.			
Art. 10	Vollzugsvorschriften		Art. 9	Verfahren	
		Der Stadtrat erlässt die nötigen Vollzugsvorschriften.			¹ Die Bezugsberechtigung ist stets durch die Gesuchstellenden mit geeigneten Beweismitteln nachzuweisen.
					² Die Parkierungsbewilligungen werden von der Stadtpolizei ausgestellt. Über die Verweigerung oder den Entzug einer Parkierungsbewilligung entscheidet die Direktion Öffentliche Sicherheit. Gegen deren Verfügungen steht im

					Sinne von Art. 50 der Gemeindeordnung die Beschwerde an den Stadtrat offen.
Art. 11	Strafbestimmungen		Art. 10	Strafbestimmungen	
	Wer Vorschriften dieses Reglementes verletzt, namentlich den Ausweis missbräuchlich verwendet oder wer gegen Verfügungen, die in Anwendung dieses Reglementes erlassen werden, verstösst, wird mit einer Busse im Rahmen der Spruchkompetenz des Friedensrichters bestraft.			¹ Wer Vorschriften dieses Reglementes verletzt, namentlich die Parkkarte missbräuchlich verwendet oder wer gegen Verfügungen, die in Anwendung dieses Reglementes erlassen werden, verstösst, wird mit einer Busse im Rahmen der Spruchkompetenz des Friedensrichters bestraft.	
	Die Anwendung anderer Strafbestimmungen des eidgenössischen oder des kantonalen Rechts bleibt vorbehalten.			² Die Anwendung anderer Strafbestimmungen des eidgenössischen oder des kantonalen Rechts bleibt vorbehalten.	
Art. 12	Übergangsbestimmungen				
	In Abweichung von Art. 6 wird während der ersten Einführungsphase für 6 Monate lediglich eine einheitliche Kanzleigebühr von Fr. 20.– erhoben.				
Art. 13	Inkrafttreten		Art. 11	Inkrafttreten	
	Dieses Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Es tritt auf den durch den Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen kantonalen Behörden, in Kraft.			¹ Das Reglement tritt per 1. Januar 2014 in Kraft.	
				² Das Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen vom 16. Februar 1995 wird aufgehoben.	

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 30

Projet urbain Entwicklung Olten Ost – gemeinsam gestalten: Integrale Strategie Olten Ost 2014-2021/Kennntnisnahme

Am 16. November 2011 genehmigte das Gemeindeparlament den Kredit für das Quartierentwicklungsprojekt „Entwicklung Olten ost – gemeinsam gestalten 2011-2015“, welches im Rahmen des Programms „Projets urbains“ von Bund und Kanton unterstützt wird. Schwerpunkt der zweiten Programmphase ist die Aufwertung des Quartiers durch Liegenschaftenerneuerung. Gerade weil die Stadt über geringe eigene Landreserven verfügt, mit welchen sie Impulse setzen könnte, ist der Einbezug der GrundeigentümerInnen in den Entwicklungsprozess essenziell. Basis für einen effizienten Mitteleinsatz ist eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie, welche eine Entscheidungsgrundlage für die öffentliche Hand sowie Planungssicherheit für die Privaten bietet. Die vorliegende Integrale Strategie wird gemäss Parlamentsbeschluss dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet. Bestandteil des Beschlusses bilden die Ziele und die strategischen Stossrichtungen, nicht jedoch die im Bericht zur Information aufgeführten Massnahmen. Sie werden entweder im Rahmen des bereits bewilligten Projektkredites Olten ost oder über separate Budget- und Investitionskredite, welche wiederum durch das Parlament zu beschliessen sind, finanziert.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Bundes-Programm Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten - unterstützt Quartierentwicklungsprojekte in kleinen und mittleren Städten und Agglomerationsgemeinden. Für die Durchführung der Projekte sind ein ganzheitlicher und interdisziplinärer Ansatz sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen Interessengruppen Voraussetzung. (vgl. <http://www.projetsurbains.ch>). Die mit dem Programm anvisierten Ziele - Lebensqualität und ein gutes Zusammenleben - sind nicht nur für die ansässige Bevölkerung ein Gewinn, sie stellen auch für Investoren und Nutzer (z. B. Wohnungsbau, Detailhandel) wesentliche Standort-Kriterien dar.

Zu Beginn der ersten vierjährigen Projektphase „Chance Olten ost“ (2008-2011) fand eine grosse Zukunftskonferenz statt, in welcher die wichtigen Entwicklungsthemen aus Sicht der Bevölkerung aufgenommen wurden. Anschliessend wurden die Themen in Arbeitsgruppen weiter vertieft und an einer Ergebniskonferenz präsentiert. Die Stadt erhielt den Auftrag, die Vorschläge zu prüfen und umzusetzen.

Ein wichtiges Anliegen der ersten Programmphase war in Olten – neben der Förderung der Mitwirkung und der Integration – die Liegenschaftenerneuerung. Auf diesem Gebiet konnte infolge beschränkter Ressourcen lediglich ein Expertenbericht erstellt werden. Dieser hielt fest, dass die öffentliche Hand eine solche Erneuerung insbesondere durch eine Entwicklungsstrategie und darauf aufbauende Interventionen (Investitionen, Projekte, planerische Massnahmen) beeinflussen kann. Eine politisch legitimierte Entwicklungsstrategie ist zudem unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die vielen in der

Mitwirkung formulierten Anliegen und Ideen in einen Gesamtkontext gestellt und in den politischen Entscheidungsprozess überführt werden können.

In der zweiten Programmphase (2012-2015) wird ein Schwergewicht auf die bauliche Entwicklung und Aufwertung der rechten Aareseite durch Liegenschaftenerneuerung gelegt. Diese Fokussierung war ein wesentliches Element für die erneute Unterstützung durch den Bund.

Aufgrund des begrenzten Liegenschaftenportfolios der Stadt, mit welchem Impulse gesetzt werden könnten, ist der Dialog und die Kooperation mit den GrundeigentümerInnen entscheidend für eine gelingende Aufwertung.

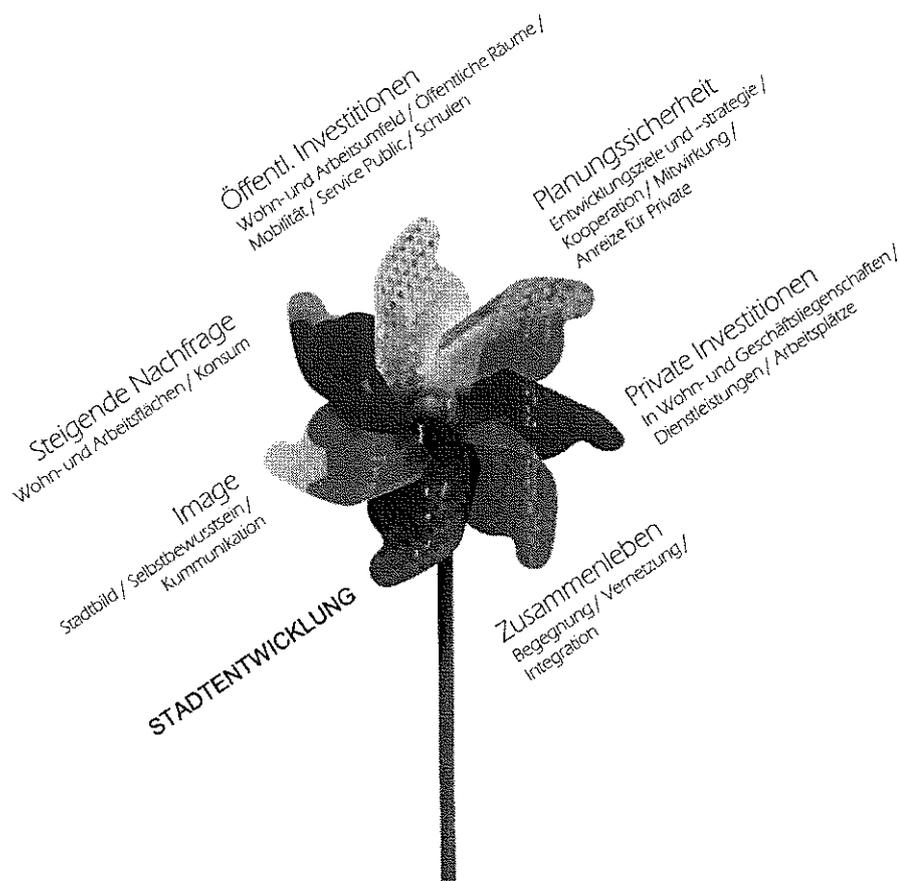
In den Jahren 2012 und 2013 wurde daher die ganzheitliche Entwicklungsstrategie für die rechte Aareseite formuliert, welche Voraussetzung für eine verlässliche Zusammenarbeit der Stadt mit Privaten bildet. Die Anliegen verschiedener Akteure sind in diese Strategie eingeflossen.

Während der Strategieerarbeitung wurde die Aktivitäten im Bereich Integration, Vernetzung und soziale Quartierentwicklung weiter geführt (z.B. Projekt Aufwertung Wohnumfeld, Bepflanzung Cultibo-Vorplatz, Werken im Park, Buvette im Vögelgarten, Open Sunday, Begleitgruppe Kinder & Jugendliche) und andererseits wurden bereits beschlossene oder im Planungsprozess befindliche Vorhaben in Koordination mit dem Projekt vorangetrieben. (z. B. Kooperative Planung Giroud Olma, Bahnhof ost)

2. Integrale Strategie Olten ost

Die rechte Aareseite soll ein Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort sein mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität; in dem vielfältige Bevölkerungsgruppen ihr Zusammenleben und Umfeld mitgestalten; dessen Quartiere ihre je eigene Identität und Ausstrahlung schärfen und weiter entwickeln; dessen ökonomisch, sozial und städtebaulich vorhandene Potenziale und Entwicklungen der ganzen Stadt Olten nützen. Die integrale Strategie soll aufzeigen, wie die Stadt diese Entwicklung in Zusammenarbeit mit Privaten lenken, fördern und unterstützen kann.

Der Strategie liegt die Haltung zugrunde, dass letztlich verschiedene Akteure eine positive Entwicklung auf der rechten Aareseite ermöglichen und fördern. Diese Entwicklungen lassen sich nicht alle aus einer Hand steuern. Umso wichtiger sind daher abgestimmte Vorstellungen der Stadt darüber, welche Entwicklungen sie selbst mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fördern will und der regelmässige Dialog mit sowie die Koordination und Vernetzung der relevanten Anspruchsgruppen. Je mehr Aktivitäten in dieselbe Richtung erfolgen, desto schneller dynamischer wird die Entwicklung.



Stadtentwicklung ist mehrdimensional

Die rechte Aareseite steht im Kontext der gesamten Stadtentwicklung. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Gesamtentwicklung Olten. In die Strategie für das rechte Aareufer fließen daher einerseits übergeordnete Zielvorgaben und Entwicklungen wie die Wohnpolitik, das Regierungsprogramm, die Geschäftsflächenstrategie oder die Mobilitätsstrategie ein. Andererseits wird sie gespiesen durch die vor Ort vorhandenen Bedürfnisse und Chancen.

Integrale Stadtentwicklung kann sich nicht auf einzelne Themen beschränken, sondern setzt auf mehreren Ebenen an. Die stadträtliche Strategie für Olten ost basiert daher auf vier Handlungsfeldern:

Handlungsfeld 1 – Wohnen und Arbeiten:

Gutes Leben und modernes Arbeiten und Lernen - dazu braucht es zeitgemässe Wohnungen und Unternehmen aus Wissensindustrie und Bildung.

Handlungsfeld 2 – Stadt- und Freiräume:

Sich in Olten wohlfühlen bedeutet, die Stadt lebenswert gestalten.

Handlungsfeld 3 – Identifikation und Image:

Stolz auf den Standort und das Quartier sein – das geht, wenn man Teil der Stadt ist.

Handlungsfeld 4 – Mobilität:

Ruhige Wohnquartiere und lebendige Geschäftsstrassen – das gelingt mit gut bewirtschafteter Mobilität.

Diese vier Handlungsfelder werden im Bericht beschrieben und mit strategischen Stossrichtungen und als Information mit Massnahmen unterlegt.

3. Rechtliche Grundlagen

a. Parlamentsbeschluss vom 16. November 2011, Projekt Entwicklung Olten ost/Kreditgenehmigung für die vierjährige Projektphase.

b. Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Stadt Olten betreffend Projet urbain „Entwicklung Olten ost – gemeinsam gestalten“ vom 15. März 2012. In dieser sind die Ziele des Programms folgendermassen festgehalten: „Das übergeordnete Ziel des Programms Projets urbains besteht darin, in Quartieren mit besonderen Anforderungen die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern und die gesellschaftliche Integration zu fördern. Die Projets urbains der zweiten Phase umfassen zwei Arten von Zielen, die miteinander verknüpft sind – methodische und inhaltliche Ziele:

- Die *methodischen Ziele* fokussieren auf die instrumentell-strategischen Grundlagen der Projets urbains. Der integrierte Ansatz der Projets urbains setzt entsprechende Instrumente und Strategien für die Entwicklung und Konsolidierung von verwaltungsübergreifenden Kooperationsstrukturen und die Koordination zwischen politischen Instanzen, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft unter Berücksichtigung der Partizipation der Bevölkerung voraus.
- Die *inhaltlichen* oder thematischen *Ziele* der Projets urbains fokussieren auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität und auf die Schaffung von günstigen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration in Wohngebieten mit besonderen sozialen und städtebaulichen Herausforderungen.“

4. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Entwicklungsstrategie trägt dazu bei, Beschlüsse und Vorhaben in einen grösseren Kontext zu stellen, Güterabwägungen vorzunehmen und die Qualität von Entscheiden zu verbessern.

Das Parlament nimmt die Ziele und strategischen Stossrichtungen zur Kenntnis. Die zur Information ebenfalls aufgeführten vorgesehenen Massnahmen werden entweder im Rahmen des bereits genehmigten Projektkredites Olten ost oder über separat zu beantragende Budget- und Investitionskredite finanziert.

5. Realisierung

Mit der operativen Umsetzung der mehrdimensionalen Strategie und dem Reporting wird die verwaltungsinterne, direktionsübergreifende Projektleitung beauftragt.

6. Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission äusserte sich im Grundsatz zustimmend zur integralen Strategie. Sie beurteilt diese als wichtige Grundlage für eine zielgerichtete und konsistente Politik und Verwaltungstätigkeit und für die Zusammenarbeit mit Privaten. Unterschiedliche Ansichten bestanden in zwei Bereichen: Erstens wurde die Aussage, dass ein Ausbau der Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr in den nächsten Jahren kein Thema sei und man daher zur Ermöglichung von Innenentwicklung und Verdichtung andere Mobilitätsformen stärken müsse, von einer Kommissionsminderheit in Frage gestellt. Zweitens begrüsst eine Mehrheit, dass die Stadt mit dieser Strategie eine Haltung einnehmen und gegenüber Privaten konsistent auftreten könne und weniger zufällige

Entscheide treffe, während eine Minderheit eher dafür votierte, Vertrauen in private Investoren zu haben und sie nicht einzuschränken.

Beschlussesantrag:

1. Die integrale Strategie Olten ost, 2014-21 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Felix Wettstein: Dieses Geschäft hat einen engen Bezug zum Regierungsprogramm und zur nachfolgenden Vorlage zum Begegnungszentrum Cultibo. Darum hat der Stadtrat dieses Geschäft auch der GPK zur Vorberatung unterbreitet, obwohl es nur um eine Kenntnisnahme geht und nicht um einen budgetrelevanten Beschluss. Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass es in der nächsten Phase der Strategie Olten Ost vor allem um die bauliche Entwicklung und die Mobilitätsplanung geht. Der Bericht enthält reichhaltige Informationen und Strategieaussagen zu den vier Handlungsfeldern „Wohnen und Arbeiten“, „Stadt- und Freiräume“, „Identifikation und Image“ sowie „Mobilität“. Er enthält auch mehrere detailreiche grafische Darstellungen, und es hat sich in der GPK-Diskussion wieder einmal mehr gezeigt: Abbildungen haben halt ihre Wirkung! Die Grafiken auf den Seiten 9, 19, 29, 33 und 37 im Strategiepapier haben in der GPK Fragen und Kommentare ausgelöst. Sind die Bezeichnungen der Teilquartiere auf diesen Karten richtig gewählt? Ist der jeweilige Perimeter richtig eingezeichnet? Was auf der Karte mit einer Signatur oder Farbe eingezeichnet ist sieht nach Einheitlichkeit aus, doch stimmt das in der Realität, dass es eine Einheit ist? Und wo liegt eigentlich die westliche Grenze des Planungsgebiets Olten Ost: Ist es die Bahnlinie oder die Aare? Anders gesagt: Sollen zweifellos wichtige städtische Projekte wie der neue Bahnhofplatz, das IWS Areal Bahnhof Nord sowie Andaare allesamt auch unter dem Titel „Olten Ost“ abgehandelt werden? Das sind die Fragen, die in der GPK aufgeworfen wurden. Es handelt sich um einen kooperativ angelegten Planungsprozess, und wir haben erfahren, dass viele Einzelheiten noch weiter zu konkretisieren sind. Die GPK empfiehlt dem Gemeindeparlament, die „integrale Strategie Olten Ost 2014-2021“ zur Kenntnis zu nehmen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Besten Dank, Felix Wettstein, für die Berichterstattung. Sie ist soweit aus der Kommission korrekt erfolgt. Speziell ist noch, dass es an und für sich eine Teppichvorlage ist, welche das nächste Geschäft zum Fliegen bringen soll. Es ist aber auch eine Vorlage, die speziell ist, weil sie über zwei Amtsperioden behandelt worden ist. Das möchte ich hier vor allem auch betonen, weil doch das Parlament zu mindestens einem Drittel neu zusammengesetzt ist und deshalb in Erinnerung gerufen wird, dass eigentlich der Startschuss zu diesem Strategiepapier in der alten Legislatur gesetzt worden ist, nämlich durch einen genehmigten Kredit des Gemeindeparlamentes im November 2011. Von daher hat sich die Arbeit konkretisiert. Nach einer ersten Analyse hat man dann vor allem auch im Bereich der Liegenschaften Erneuerungen und Aufwertungen, Gespräche, Diskussionsforen geführt und verschiedene andere Workshops durchgeführt. Das ist schlussendlich auch das

Resultat dieses Papiers. Grundlagen sind einerseits der Parlamentsbeschluss, der gefasst wurde. Aber die Stadt Olten ist auch in einem sehr engen Verbund mit dem Bund, der schweizerischen Eidgenossenschaft. Wir haben eine Zusammenarbeitsvereinbarung, wo auch Bundesgelder fliessen. Im Wesentlichen geht es ja eigentlich darum, dass wir für diesen Stadtteil einen Richtplan errichten. So wie man ihn im Kanton kennt, den kantonalen Richtplan, haben wir auch für die Stadt Olten für dieses Gebiet einen Richtplan entwickelt, der den Sinn hat, in seiner Behördenverbindlichkeit vor allem auch die Planungssicherheit zu erwirken, Verbindlichkeit für Private, die in diesem Gebiet investieren wollen. Wenn Sie die Karte angeschaut haben, wo wir überall Entwicklungsgebiete haben, jetzt gerade auch in der baulichen Entwicklung, sprich Nussbaum-Areal, Giroud-Olma, andere Bereiche, macht dieses Papier durchaus auch Sinn und ist in der Aussenwirkung wichtig. Es sind vier Handlungsfelder: „Wohnen und Arbeiten“, „Stadt und Freiräume“, „Identifikation und Image“ sowie „Mobilität“, die vorgeschlagen werden, dass sie in diesem Bereich so bearbeitet werden wie das Papier. Für uns ist auch klar: Sie nehmen es zur Kenntnis. Damit ist es auch eine rollende Planung, aber in diesem Sinne doch ein fester Bestandteil in der Ausdrucksweise, wie wir als Stadt dieses Gebiet, diesen Stadtteil, weiterentwickeln wollen, der von den Behörden verbindlich auch beigezogen werden soll, welche die entsprechenden Pläne, die entsprechenden Entwicklungen begleiten. Ich bitte Sie, von dieser Strategie Kenntnis zu nehmen.

Hugette Meyer Derungs: Die Fraktion der SP/Jungen SP nimmt diesen Bericht und Antrag des Stadtrates zum Projekt urbain wohlwollend zur Kenntnis. Grundsätzlich stehen wir diesem Qualitätsentwicklungsprojekt positiv gegenüber. Trotzdem hat es in der Sitzung ein paar kritische Worte gegeben, zum Beispiel über die Qualität des Berichts. Es fehlen beispielsweise diverse statistische Angaben, zum Beispiel zur sozialen Durchmischung, zur Integration oder zur Liegenschaftsdurchmischung. Die Aussagen sind so manchmal nicht ganz nachvollziehbar. Die Ergebnisse der Befragungen, die in Auftrag gegeben worden sind, zu den Hauseigentümern und bei der Fachhochschule fehlen. Wenn man den Bericht der Sozialhilfe, der Fr. 60'000.— gekostet hat und eine ganz andere Qualität aufweist, liest, sind die Fr. 95'000.— unserer Meinung nach etwas teuer. Zurück zum Inhalt: Auch wir sind davon überzeugt, dass eine bauliche Aufwertung dazu führt, dass sich die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert. Ein gepflegtes Quartier mit zufriedenen Einwohnern und einem zeitgemässen Wohnungsangebot zieht sicher wiederum neue Anwohner und sogar Investoren an. Der erste Eindruck hat einen hohen Stellenwert. Städtebauliche Defizite beeinflussen die Art und Weise, wie ein neuer Ort wahrgenommen wird. Bedenkt man die vielen Zugpendler, die jeden Tag bei uns ankommen, ist es offensichtlich, dass hier rund um den Bahnhof und den Bildungscampus noch viel Potenzial vorhanden ist. Ich sehe hier auch die Aareseite. Das vorliegende Papier zeigt einleuchtend, welche Massnahmen und Projekte ausgeführt werden sollten, um das Entwicklungspotenzial der rechten Aareseite und damit der ganzen Stadt Olten zu nutzen. Ein wichtiger Baustein ist bei diesem Projekt für uns ganz klar das Cultibo. Wir haben aber etwas Bedenken, dass dieses Papier einmal mehr eine gut angedachte strategische Stossrichtung aufzeigt und damit hat es sich. Auf Seite 33 werden zum Beispiel die Winkelunterführung und das Projekt Andaare als Schlüsselpunkte genannt. Im Budget wird aber nicht mehr von Andaare, sondern von einem stark reduzierten Projekt gesprochen und bei der Winkelunterführung kann mit Fr. 80'000.— auch nicht mehr als etwas Kosmetik betrieben werden. In der strategischen Stossrichtung für Neuzuzüger wird zudem im Bericht auch von ausschlaggebenden Pull-Faktoren geredet. Dazu gehören insbesondere Kinderbetreuungs- und Freizeitangebote. Steuerprozente zeigen anscheinend keine Pull-Faktoren. Es steht jedenfalls nichts im Bericht. Es ist also bekannt, dass in Olten Betreuungsplätze fehlen. Die Wartelisten sind gross. Die Beiträge für das Hallenbad werden vielleicht gestrichen, hoffentlich nicht. Dann fragen wir uns manchmal, ob es überhaupt einen solchen Bericht braucht, wenn genau dies nicht gemacht wird, was zu einer positiven Entwicklung führen würde. Für uns als Fraktion steht aber auf jeden Fall fest: Wir bleiben dran, wie es so schön in Kapitel 5 des vorliegenden Berichts heisst. Der politische Wille ist von unserer Seite

gegeben und wir sehen auch die Notwendigkeit solcher Richtlinien, die in diesem Bericht zu finden sind.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich kann noch ganz kurz im Namen der Fraktion ergänzen, dass die Grünen den Bericht gut finden, zu einem guten Projekt. Es wurde unter dem ganzen Stern Olten Ost sehr viel Aufbauarbeit geleistet. Das muss weiter gehen. Es ruft danach, dass wir jetzt wirklich dran bleiben können. Der Bericht ist unter anderem Zeugnis des Schaffens ganz wichtiger interner Stellen, Stadtentwicklung, Fachstelle Umwelt, Energie, Mobilität. Der Bericht zeigt, was noch zu machen ist. Huguette, ich bin einverstanden, dass natürlich gewisse Darstellungen darin quasi noch das Optimum aufweisen, natürlich abgestützt auf frühere Darstellungen, die wir auch schon gesehen und dazu auch ja gesagt haben. Das Aushandeln dessen, was möglich ist, das Aushandeln davon, in welcher Reihenfolge und welcher Geschwindigkeit es möglich ist, steht zweifellos noch bevor. Wir Grünen kommen zum Schluss, dass es eine wichtige Grundlage für ein wichtiges Projekt in allen Teilen ist.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird den Bericht auch quasi zur Kenntnis nehmen und wir haben es geprüft. Wir finden gut, dass die Olten-Ost-Seite weiterhin einfach auch im Fokus ist und es soll aufgewertet werden, dass hier wirklich Entwicklungspotenzial ist. Das befürworten wir sehr. Wir sehen aber auch die grossen Herausforderungen, die hier bevorstehen und Friktionsmöglichkeiten, einerseits eben zur Finanzierung, andererseits aber zum Beispiel gerade im Hardfeld und Bifang, wohnen und arbeiten, ist irgendwo immer auch ein Reibungspunkt mit den Verkehrsströmen, die eine Knacknuss bleiben, auch die Überquerungen. Dort braucht es sicher auch vom Stadtrat sehr viel Weisheit, die richtige Priorisierung vorzunehmen.

Kilian Schmidiger, SVP-Fraktion: Ich rede hier wiederum wie schon vorher ein wenig über Autoverkehr. Aber es hat sich halt jetzt so ergeben. Die SVP-Fraktion nimmt dies natürlich zur Kenntnis und ich möchte eben den Schwerpunkt hauptsächlich auf das Handlungsfeld Nr. 4 Mobilität legen. Es ist ja so, dass man Olten Verkehrsknotenpunkt nennt. Wir alle wissen, wie wichtig dies ist. Aber einfach in einem Punkt, und das spielt auch in die anderen Handlungsfelder hinein, haben wir eigentlich ein grosses Problem. Das ist natürlich beim Autoverkehr. In diesem Sinne würden wir fordern, dass auch ein langfristiges Projektziel vorhanden sein muss. Wir müssen auch wissen, was wir in Zukunft wollen. In diesem Jahr hatten wir zum Beispiel den Slow-up und konnten eigentlich diese Strasse nicht sperren, weil sie so sehr überlastet ist. In diesem Sinne ist ganz klar, dass uns und vor allem die rechte Aareseite nur ein Grossprojekt von dieser Überlastung wird erlösen können. Eine Entlastung 2, eine ERO 2 oder wie man dem sagen will, muss wirklich ganz klar kommen. Man könnte jetzt fragen: Ist dies ein Säli-Tunnel, ist es ein unterirdischer Kreisel am Postplatz? Ich bin hier auch für andere Lösungen offen. Es ist einfach eine unwürdige Situation. Es spielt auch in das Handlungsfeld Nr. 3 hinein, dass unser Image eigentlich darunter leidet, dass wir als Staupunkt betrachtet werden. Das fehlt einfach in diesem Bericht, eigentlich die Aussage, dass wir auch langfristig nicht Nullwachstum postulieren, weil das unrealistisch ist, sondern für dieses Problem, das uns eigentlich jeden Tag stört und natürlich auch für die Betriebe, die hier arbeiten, ein grosses Problem ist, eine Lösung finden. Ein Handwerksbetrieb, der heute in Olten ist, und am Morgen und am Abend im Stau ist, da kann man ein schönes, behördlich verbindliches Papier machen. Aber hier fehlt einfach eine strategische Idee, wie wir dies lösen können. Es gehört zum Handlungsfeld Nr. 1 wohnen und arbeiten, dass wir hier noch erschlossen werden können. In diesem Sinne gehört dies auch zu den Ideen, die Du auch postuliert hast, gute Steuerzahler anzuziehen. Dazu gehören natürlich ein guter Steuersatz, eine gute Erschliessung und Neubauten dazu. Neubauten, auch mehr in die Höhe, müssen wir nicht unbedingt haben, auch auf der rechten Aareseite. In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis. Aber uns fehlt effektiv die Vision eines Grossverkehrsprojektes, die wir auch als politisches Faustpfand, als politische

Forderung gegenüber dem Kanton verwenden können, dass wir hier eigentlich eine Überlastung haben und eine Lösung brauchen.

Doris Käzig: Ich melde mich hier im Namen vieler besorgter Anwohner der Sälistrasse, zu denen ich auch gehöre. Als die ERO eröffnet wurde, wurden regelmässig Polizeikontrollen gemacht, um festzustellen, dass auch nur Anwohner die Sälistrasse hinauf fahren. Unterdessen haben wir am Morgen und am Abend in beide Richtungen einen massiven Verkehr Sälistrasse-Gartenstrasse und umgekehrt und zwar mit Kennzeichen aus vielen Kantonen, ganz sicher nicht nur Anwohner. Es besteht eine grosse Verunsicherung. In dieser Broschüre ist auf dem Plan Stossrichtung Langsamverkehr die Sälistrasse zwar als Hauptachse Langsamverkehr eingetragen. Es hört aber dann plötzlich auf, man sieht nicht genau, was man mit dieser Sälistrasse vor hat und trifft auch keine Polizeikontrollen mehr an. Ich würde hier gerne im Namen dieser Leute klären, welche Rolle die Sälistrasse jetzt und in Zukunft spielt. Im Moment sieht es aus, als sei es eine Entlastungsstrasse der ERO, um den Knoten zu lösen. Hier ist man sehr beunruhigt. Vielleicht gibt es eine Antwort des Stadtrates und dann wäre es auch gut, wenn man die Bevölkerungsteile dort informieren würde, wie es weiter geht.

Urs Knapp: Ich melde mich ganz bewusst als Einzelsprecher. Zuerst eine Bemerkung: Ich bedauere, dass dieses Geschäft jetzt traktandiert wird. Es wird diesem Geschäft meiner Meinung nach nicht gerecht. Es ist ein sehr umfangreiches Geschäft und wie es heute eingebettet ist – ich weiss nicht, wie viele den Bericht überhaupt genau gelesen haben – frage ich mich, ob man es schon traktandieren kann. Es wäre wahrscheinlich für diesen Bericht sinnvoller gewesen, wenn man dies an einer Parlamentssitzung diskutiert hätte, an der wir etwas mehr Musse und Zeit für dieses Geschäft hätten. Ein Punkt, wo man dies sieht: Man kann jetzt Einzelfälle heraus greifen und einen möchte ich heraus greifen. Kilian, heutzutage ist ja Retro und Vintage etwas Mode. In diesem Bericht lese ich: „Das Verkehrsnetz der Stadt und Region Olten ist auf längere Zeit hinaus fertig gebaut“. Es erinnert mich etwas an die Aussage von Ursula Koch in den 1980er-Jahren über die Stadt Zürich. Ich glaube, seit damals ist in der Stadt Zürich noch nie so stark gebaut worden wie vorher. Es widerspricht letztlich auch der Zielsetzung, unter anderem zum Beispiel auch die Quartiere zu schützen. Wenn man diesen Satz zum Wortlaut nimmt, heisst dies, dass man keine Verbesserung auf der Hauptachse machen kann. Das heisst automatisch, dass der Verkehr, der sich beispielsweise zwischen dem Postplatz, der jetzt schon überlastet ist, zum Sälikreisel, der ebenfalls überlastet ist, staut, in die Quartiere ausweicht. Solche Aussagen und es gibt auch noch andere dazu, sollte man eigentlich in diesem Rat mit Musse diskutieren können. Das ist heute leider nicht möglich.

Luc Nünlist: Ich danke für die Einschätzungen zum Handlungsfeld Nr. 3. Wir haben diese Diskussion schon einmal in der Stadtentwicklungskommission geführt. Den Schwerpunkt auf den Verkehr zu legen finde ich gut. Kilian ist ein Töfffahrer, ich bin ein Velofahrer. Dann legen wir den Schwerpunkt etwas unterschiedlich. Das ist klar. Olten als Verkehrsknotenpunkt ist wichtig. Dafür sind wir bekannt. Das ist auch klar. Historisch gesehen ist einfach der Langsamverkehr lange vor dem Auto gekommen. Das müssen wir uns auch bewusst sein. Ein wenig an die Langsamverkehrsachse denken sollten wir bei all diesen Diskussionen auch. Das ist eigentlich alles, was ich dazu sagen wollte. Ein Punkt, der mir bei diesem Dossier auch noch am Herzen liegt, ist was man immer wieder sieht, gerade jetzt im Zuge des Langsamverkehrs, dass die Langsamverkehrsachse, Hauptverkehrsachse oder Zentrumslinie – sie werden an verschiedenen Orten in diesem Dokument ganz unterschiedlich genannt – immer am gleichen Ort durch verläuft und zum Teil hört sie einfach vor der neuen Fachhochschule auf und kein Mensch bleibt dort stehen. Das finde ich einfach etwas schade und das dürfen wir auch nicht aus den Augen verlieren.

Daniel Schneider: Ich melde mich als Einzelsprecher. Merci für den Bericht. Zur Frage von Huguette: Braucht es diesen Bericht? Dank des Bundes haben wir diesen Bericht. Ohne

Agglo-Gelder wäre er nie entstanden. Ich frage mich beim Durchlesen eigentlich eher, wieso es diesen Bericht nicht schon lange gibt. Was um Himmels Willen hat unsere Stadtplanung in den letzten 30 Jahren gemacht? Ich möchte aber nicht so weit zurückblenden. Aber ich glaube, hier drin sind nicht wirklich neue Erkenntnisse. Was ich eigentlich vermisse ist, dass man die Gelder, die man hier einsetzt, nicht endlich auch in Tatbeweise umsetzt. Wenn man Massnahmen bei 4.4 betrachtet, sind dies eigentlich alles so etwas feinstoffliche Sachen, die man schon lange en passant in unseren Alltag einbetten könnte. Es ist schon lange klar, dass wir unsere Quartiere schützen müssen. Dazu gibt es übrigens von der SP zahlreiche Vorstösse. Es ist schon lange klar, dass es im Schulwegverkehr bei der Postkreuzung eine Katastrophe für die Velofahrer ist. Es ist schon lange klar, dass im Winkel unten ein grauenhafter Zustand ist. Ich meinte eigentlich, ich wäre froh, wenn die Gelder aus dem Agglo-Programm langsam den Weg hinüber in das Lesbare und Lebbare für die Bevölkerung fänden. Ich habe noch zwei Anmerkungen. Beim Autorenteam ist unter externen Fachpersonen auch Urs Blaser von der Wirtschaftsförderung genannt. Mir scheint, das ist eigentlich ein Interner. Schliesslich erhält er auf anderem Weg auch noch „Chnübis“. Ich hoffe, er sei hier nicht noch extra bezahlt worden. Das Zweite: Auf Seite 19 habe ich, eher erheiternd, zur Kenntnis genommen, dass die Abdankungshalle jetzt auch zur Wohnzone gehört. Viel Spass.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die integrale Strategie Olten ost, 2014-21 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 31

Begegnungszentrum Cultibo/Kreditgenehmigung

Als wichtiges Resultat des Mitwirkungsprozesses Olten ost wurde am 3. November 2010 der politisch und konfessionell neutrale Trägerverein für das Begegnungszentrum Cultibo gegründet. Am 30. April 2011 fand die offizielle Eröffnung des Cultibo an der Aarauerstrasse 72 statt. Die Liegenschaft wurde durch die Einwohnergemeinde Olten erworben. Der Stadtrat genehmigte einen dreijährigen Pilotbetrieb und Investitionskredit, welcher Ende 2013 ausläuft.

Die Einwohnergemeinde finanziert mit insgesamt CHF 108'000.- pro Jahr seit 2011 den wesentlichen Teil der Kosten für das Begegnungszentrum. Diese beinhalten die Miete für das Lokal und die Personalkosten. Davon gehen die Mietkosten in der Höhe von CHF 36'000.- bei der Liegenschaftsverwaltung wieder als Einnahme ein (Kto. 942.423.01). Der Aufbau und die Aktivitäten des Begegnungszentrums wurden zudem massgeblich durch Freiwilligenarbeit im Rahmen von Vereins- und Projektarbeit unterstützt und begleitet. Die Investitionen der öffentlichen Hand bilden eine Plattform, auf welcher ehrenamtliche Privatinitiative und Vernetzung stattfinden können.

Aufgrund der strategischen Bedeutung eines Begegnungszentrums für Quartierentwicklung und Integration und der positiven Leistungsbilanz, soll die bisherige Leistungsvereinbarung mit dem Verein Cultibo zu Lasten der Laufenden Rechnung, Kto. 581.365.02, im bisherigen Umfang weiter geführt werden

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen nachfolgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Das Cultibo ist als Resultat und Schlüsselprojekt des Mitwirkungsprozesses aus der ersten Phase Projekt urban „Chance Olten ost“ (2008-2011) hervorgegangen. Aus der Bevölkerung heraus entstand das Bedürfnis nach einem integrativen Zentrum auf der rechten Aareseite, welches eine Plattform für Vernetzung und Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen bietet. Die Einwohnergemeinde finanziert seit 2011 basierend auf einer Leistungsvereinbarung den wesentlichen Teil der Kosten für das Begegnungszentrum. Die Kosten von insgesamt 108'000 pro Jahr beinhalten die Miete für das Lokal (CH 36'000 pro Jahr) und die Personalkosten (CH 60'000 + CH 12'000 Lohnnebenkosten für eine 65%-Stelle) via Konto 790.501.005 Projekt Chance Olten Ost, Umsetzungen (Investitionsrechnung). Aus dem Konto 790.501.003 Entwicklungsprojekt Olten Ost (Investitionsrechnung) wurden zudem Umbau- und Kommunikationskosten in geringem Umfang als Startbeitrag übernommen.

In der zweiten Phase Projekt urban „Entwicklung Olten ost“ (2012-2015) liegt ein Schwerpunkt auf der Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie. Diese liegt zeitgleich mit dem vorliegenden Geschäft per November 2013 vor. Das Begegnungszentrum bildet darin eine Schlüsselmassnahme im „Handlungsfeld 3: Identifikation und Image: Stolz auf den Standort und das Quartier sein – das geht, wenn man Teil der Stadt ist“. Durch das Begegnungszentrum kann die „Stossrichtung 3.1. Integration, Teilhabe und Vernetzung verschiedener Bevölkerungsgruppen fördern“ konkret umgesetzt werden.

Ein wichtiges Ziel der Stadtteilentwicklung rechtes Aareufer ist die bauliche und nutzungsmässige Erneuerung insbesondere der bahnhofnahen Quartiere. Damit diese gelingt und durch die Bewohnerschaft mit getragen und gefördert wird, sind Aktivitäten auf der soziokulturellen Ebene erforderlich. In Olten ost, welches einen erhöhten Anteil ausländischer Wohnbevölkerung aufweist und welches durch bauliche Entwicklungen auch neue Bewohner und Arbeitnehmende anziehen wird, sind die Förderung von Vernetzung, Gemeinschaft und Selbstorganisation im Quartier vorrangige Ziele.

Das Begegnungszentrum als Scharnier-Stelle zwischen Stadtverwaltung und Quartierbevölkerung nimmt deshalb gemäss bisheriger und künftiger Leistungsvereinbarung folgende Aufgaben wahr:

- Förderung der Gemeinschaft
- Schaffung von Netzwerken
- Förderung von lokalen Initiativen
- Vernetzung der Quartierorte
- „Aussenfühler“ und „Aussenstelle“ für Behörden und Verwaltung.

In den rund zweieinhalb Jahren seit der Eröffnung kann das Begegnungszentrum eine hervorragende Leistungsbilanz vorweisen. Das Cultibo wird von der Quartierbevölkerung regelmässig als Plattform für eigene Ideen und Aktivitäten genutzt. Sowohl die Anzahl und Vielfalt der Besucherinnen und Besucher wie die Anzahl Aktivitäten ist seit dem Betriebsstart am 1. Mai 2011 kontinuierlich gestiegen. Die qualitative Auswertung der Aktivitäten zeigt, dass die Aufgaben gemäss Leistungsvereinbarung wahrgenommen werden. (Details siehe Bericht „Evaluation Leistungen Begegnungszentrum Cultibo“) Das Begegnungszentrum leistet auch als Aussenstelle für Behörden und Verwaltung einen wesentlichen Beitrag zur Stadtentwicklung auf der rechten Aareseite.

Rechtliche Grundlage

Olten beteiligt sich am Bundesprogramm Projet urbains und bekennt sich damit zu einer Quartierentwicklung, welche die Förderung der Lebensqualität und Integration bezweckt. Grundgedanke des Programms ist es zudem, Errungenschaften der Projektphase, die sich bewährt haben, zu verstetigen. Die Überführung der Leistungsvereinbarung des Begegnungszentrums in die Laufende Rechnung setzt die inhaltlichen und methodischen ziele des Programms um.

Erwägungen

In der kurzen Zeit seit seiner Eröffnung hat das Begegnungszentrum sehr viel bewegt und aufgegleist. Durch einen Abbruch der Leistungsvereinbarung würden das bisher Erreichte und die soziale Quartierentwicklung als Ganzes gefährden.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Einwohnergemeinde finanziert mit insgesamt CHF 108'000.- pro Jahr seit 2011 den wesentlichen Teil der Kosten für das Begegnungszentrum. Diese beinhalten die Miete für das Lokal und die Personalkosten. Davon gehen die Mietkosten in der Höhe von CHF 36'000.- bei der Liegenschaftenverwaltung wieder als Einnahme ein (Kto. 942.423.01). Der immaterielle Rückfluss kann nicht mit Zahlen beziffert werden. Aus fachlicher Sicht tragen Begegnungszentren als Vernetzungsknoten im Quartier dazu bei, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe zu fördern, die Integration und das Zusammenleben zu verbessern und die Identifikation mit dem Wohnort zu stärken. Eine gelungene nachhaltige Entwicklung braucht neben Investitionen in materielle Infrastrukturen erfahrungsgemäss auch solche in die „Software“. Die in Olten vorgesehene Lösung mit einem privaten Trägerverein ist kostengünstig und flexibel genug, um bei veränderten Rahmenbedingungen Änderungen vorzunehmen.

Erfahrungsgemäss sind Begegnungszentren auf eine öffentliche Finanzierung angewiesen. Drittmittel können für spezifische Projekte akquiriert werden, jedoch nicht zur Sicherstellung des Grundbetriebs.

Realisierung

Die Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein Cultibo soll wie bisher weiter geführt werden. Zuständig ist stadtseitig die Direktion Präsidium, Abteilung Stadtentwicklung. Die Baudirektion, Abteilung Liegenschaftenverwaltung, vermietet die Räumlichkeiten an den Trägerverein Cultibo.

Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung

Ein Teil der Kommission betrachtete es in der gegenwärtigen Finanzsituation als schwierig, einzeln über dieses Geschäft zu beraten, während eine Mehrheit der Ansicht war, dass die Kommission aus fachlicher, Stadtentwicklungs-Sicht, zu dem Geschäft Stellung nehmen solle. Eine Kommissionsmehrheit bezeichnete das Begegnungszentrum als Leuchtturm-Projekt des Quartierentwicklungsprozesses. Durch dieses werde ein Schneeball-Effekt im Bereich der Vernetzung und Freiwilligenarbeit ausgelöst. Ein Abbruch würde die in den vergangenen Jahren erfolgte Aufbauarbeit zunichte machen und gegenüber der Quartierbevölkerung ein demotivierendes Signal aussenden. Die Kommission unterstützte in der Schlussabstimmung den Antrag des Stadtrates.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der städtische Beitrag von brutto CHF 108'000 an den Verein Cultibo für den Betrieb eines Begegnungszentrums wird in der laufenden Rechnung zu Lasten Konto 581.365.02 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich möchte vorausschicken, was vorher schon angedeutet wurde: Es gibt ja die Ausstands- oder Abtretungsregelung, wie das so schön heisst. Ich gehe in der Regel davon aus, dass die Leute selber wissen, worin sie Interessen haben und daher auch selbstständig in den Ausstand treten. Ich möchte jetzt bei diesem Geschäft diejenigen, die im Cultibo-Vorstand sind, bitten, in den Ausstand zu treten.

Heinz Eng: Seltsame Auslegung. Die Rechtsgrundlage kann man nachher noch klären. Es ist klar, dass man immer irgendeinen Paragraphen dafür oder dagegen findet, je nachdem wie die Interessenslage ist. Erstens: Ich bin im Vorstand und auch Paul Dilitz. Mir erscheint es seltsam, dass dies jetzt ausgerechnet bei diesem Geschäft plötzlich auf das grosse Tapet kommt. Wenn das Parlament über Millionen bestimmt, wo es irgendwie um Bauaufträge usw.

geht und hier Architekten und Bauherren anwesend usw. sind, tritt kein einziger von ihnen je in den Ausstand. Hier hat es Leute, die irgendwie im Sozialbereich Kunden usw. haben. Auch dort ist bis jetzt kein einziger in den Ausstand getreten. Nachher gibt es Doktoren, die Patienten usw. haben, die ebenfalls je nachdem befangen sein könnten. Zwangsläufig haben sie solche. Mit x-welchen Geschäften, die das Parlament hier bestimmt. Jetzt ausgerechnet bei diesem kleinen Geschäft, wo es um die 100'000 „Fränkli“ des Cultibos geht, macht man ein solches Theater. Hier muss ich sagen: Man muss schon etwas die Grösse haben. Ich fühle mich auch geehrt und Paul wahrscheinlich auch, dass wir in diesem Parlament eine solche Wichtigkeit haben und uns hier sehr wahrscheinlich ein Ruf vorausgeht, dass wir Hardliner sind und es vermutlich noch etwas knapp kommt. Deshalb von mir aus gesehen absolut unverständlich, deutsch gesagt „birnenweich“. Aber es ist kein Problem. Wenn die Rechtslage jetzt so ist, gehen wir zwei hinaus. Dann soll das Parlament bestimmen und der IKUBO-Verantwortliche ebenfalls und dann könnt Ihr dies nachher besprechen. Aber ich werde von nun an bei allen zukünftigen Geschäften wie ein „Häftlimacher“ darauf schauen, wer hier welchen Hut trägt und welche Interessenlage besteht und diese verschwinden dann auch.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Merci, Heinz Eng. Das ist natürlich Dein gutes Recht. Ich widerspreche dem nicht. Ich habe mit dem Rechtskonsulenten noch einmal Rücksprache gehalten. Der Fall scheint juristisch nicht klar. Ihr macht dieses Geschäft auch anfechtbar, wenn Ihr hier bleibt, und ich möchte dies jetzt eigentlich nicht weiter diskutieren. Für mich ist klar gegeben, dass Ihr in den Ausstand müsst. Wenn es schon Fälle gegeben hat, wo dies nicht befolgt wurde, bin ich nicht hier gesessen. Aber ich bin eigentlich nicht bereit, darüber zu diskutieren. Wir können noch den Rechtskonsulenten fragen, was er dazu meint. Aber sonst möchte ich Euch schon bitten, hinaus zu gehen. Merci.

Yabgu R. Balkaç, Paul Dilitz und Heinz Eng begeben sich in den Ausstand.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Renata Pfeiler: Die GPK hat dieses Geschäft diskutiert. Viele Aussagen hat es zum Cultibo gegeben, welche beliebt machen, es weiter zu unterstützen. Zum Beispiel: Beeindruckend, was im Zentrum alles abläuft. Es handelt sich um eine Präventionsmassnahme, mit der auch Sozialkosten gespart werden. Konkretes Ergebnis aus dem Projekt Olten Ost. Gehört zum Stadtbild. Gemeinsamer Prozess erlebbar. Keineswegs nur für Ausländer und Ausländerinnen. Wertvolle Freiwilligenarbeit, die gefördert, unterstützt und begleitet werden muss. Bedürfnisse sind sicher vorhanden. Es hat Sachen zum Bedenken gegeben. Sollte mehr Sponsoring bedacht werden? Sind die Stellenprozente zu hoch? Geht es auch mit weniger Geld? Ist der Zeitpunkt jetzt der richtige? Das Fazit ist aber: Die GPK hat mit einer deutlichen Mehrheit den Beschlussesanträgen zugestimmt und den Stadtrat mit dem Vollzug beauftragt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Besten Dank der GPK-Sprecherin. Es freut mich, ein wichtiges Geschäft vertreten zu dürfen, das vorher auch zum Ausdruck gekommen ist. Es ist tatsächlich auch ein wichtiges Geschäft im Sinne der politischen Bedeutung, über das der Rat heute zu befinden hat. Auch diese Vorlage hat in diesem Sinne zwei Amtsperioden erlebt. Es gab eine Vorphase im Zusammenhang mit dem Mitwirkungsprozess Olten Ost. Daraus ist eine eigentliche Volksbewegung entstanden. Das darf man sagen. So ist auch zu erklären, dass dieser Verein, nämlich das Cultibo, der Trägerverein, der sich im Sinn und Geist dieses Mitwirkungsprozesses einsetzt, unterdessen mehrere hundert Mitglieder hat. Wesentliche Änderungen zur bisherigen Übungsanlage sind, dass wir bislang das Cultibo als Pilotprojekt in der Investitionsrechnung hatten und das jetzt nach Ablauf in die ordentliche laufende Rechnung überführen. Der Stadtrat beantragt dies aus zwei Gründen, einerseits

weil er überzeugt ist, dass das Cultibo einen festen Platz in unserer Stadt haben soll und zweitens, dass es eben in eine laufende Rechnung überführt und damit zur Selbstverständlichkeit wird. Zu den Kosten: Es ist dem Stadtrat auch klar, dass in der heutigen Zeit die Fr. 108'000.— pro Jahr viel Geld sind. Dort denke ich, dass zu präzisieren ist, insbesondere was man auch in den Medien lesen könnte, dass sich die Fr. 108'000.— zusammensetzen einerseits aus Mietkosten in der Höhe dieser Fr. 36'000.— und andererseits aus Kosten, die bei der personellen Betreuung dieses Projektes entstehen. Hier ist auch wichtig zu erwähnen, dass dieses Geld nicht an eine städtische Abteilung fliesst, sondern, wie ich eingangs gesagt habe, an einen neutralen Trägerverein, der sich organisiert hat und dieser Trägerverein auch die entsprechenden Arbeitsverträge mit diesen Fachleuten abgeschlossen hat. Von daher gilt es einmal, diese zwei Positionen rein finanztechnisch auseinander zu halten. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass dieses Begegnungszentrum weiterhin besteht und es dort diese Kraft in eine Stadtentwicklung gemäss strategischem Papier, das wir vorher behandelt haben, nämlich den Bereich der Identifikation, ausstrahlen kann. Es geht bei diesem Projekt nicht nur um das Gebäude Cultibo und dass dort vielleicht zwischendurch auch ganz tolle Anlässe stattfinden. Das konnten sie anhand der Beilagen nachvollziehen. Es geht darum, dass von diesem Gebäude, diesem Ort – man kann auch sagen Kraftort – für die Entwicklung von Olten Ost dann beim ganzen Quartier Entwicklung und Austausch passiert. Es ist wichtig, dass dies im Sinne der Mitwirkung und der Identifikation passieren kann. Es gibt verschiedene Argumente, weshalb das Cultibo nach wie vor in diesem Mass unterstützt werden soll. Sicher ist es einerseits der Präventionsgedanke, dann aber auch die Verlässlichkeit der Stadt, die dieses Projekt nach Volksbefragungen, nach Mitwirkungsprozessen weiterführen soll. Ein ganz wesentlicher Faktor ist für den Stadtrat auch, dass ein Verein aus Freiwilligen dort die entsprechenden Aktivitäten organisiert, mithilft zu organisieren und schlussendlich auch diesen Treffpunkt dort zu garantieren, wo eigentlich nicht primär die Integration und die Begegnung stattfindet, sondern es hat Schlüsselpersonen, die dort verkehren, die schlussendlich dann in die verschiedenen Bevölkerungsschichten oder Regionen, die wir dort haben, einen Kontakt pflegen können. Das sind die sogenannten Brückenbauer, die sich dort unter anderem auch treffen, nicht nur, aber auch. Ein Abbruch dieses Begegnungszentrum, dieser Idee, wäre unseres Erachtens eine Wertvernichtung, die sich die Stadt eigentlich politisch nicht leisten kann. Wir haben Euch diese Vorlage ganz bewusst, jetzt auch, wenn es um das Sparen geht, unterbreitet. Jetzt kann man sagen: Ja, der Stadtrat riskiert jetzt einfach, dass es aus der finanziellen Situation hinaus gekippt wird. Das ist gerade nicht der Fall, sondern wir stellen dieses Projekt ganz bewusst auch in dieser heiklen finanziellen Situation dieser Stadtseite hier zum Antrag und zur Bewilligung. Das ist nicht ein einzelner Verein, wo man sagen kann: Es geht um einen Sportverein oder es geht um einen Kulturverein, sondern hier ist Freiwilligenarbeit in der ganzen Breite angesagt. Deshalb erachten wir hier eine Teilkürzung, wie sie allenfalls vom Betrag auch gestellt werden könnte, als nicht opportun und schlussendlich auch als sehr gefährlich. Man muss sich natürlich auch – das ist keine Drohung – dann Gedanken machen, ob dieser Verein weiterhin unter gekürzten Bedingungen so arbeiten will. Die Diskussion war auch, ob es überhaupt eine professionelle Betreuung dieser Freiwilligenarbeit braucht. Ich denke oder wir denken, gerade in diesem Bereich ist es wichtig, dass die Freiwilligenarbeit gut koordiniert, fachlich gut begleitet ist, damit die entsprechende Wirkung auch erzielt werden kann. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, zusammen mit der Kommission für Stadtentwicklung, dort mehrheitlich die Annahme dieser Vorlage und ich möchte Sie auch bitten, von diesen Beschlussesanträgen nicht nur zustimmend Kenntnis zu nehmen, sondern ihnen zuzustimmen.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Stadtrat mehrheitlich folgen. Wir haben dies diskutiert und es hat auch verschiedene Meinungen gegeben. Auch zu reden gegeben hat einfach, dass es quasi etwas quer ist, wenn man überall sparen muss und hier nicht gespart wird. Aber wir haben uns aus verschiedenen Gründen überzeugen lassen, dass es gut ist, wenn wir hier dem Stadtrat folgen. Das Eine ist, dass wir die Phalanx des Päckchens, das der Stadtrat geschnürt hat, nicht aufbrechen wollen, von dort, wo man

sparen muss und wo man quasi auch Sachen ausgeben muss. Das Zweite ist wirklich die spezielle Situation des Cultibos, nämlich dass dort wichtige Arbeit gemacht wird, die man vielleicht nicht immer gleich in Zahlen und Fakten sehen kann. Manchmal ist eben die Quantität nicht das Entscheidende, sondern die Qualität. Darum geht es. Wer mit Ehrenamtlichen arbeitet, weiss, dass man bei Ehrenamtlichkeit das Maximum heraus holt, wenn die Ehrenamtlichen gut betreut werden, wenn sie gut geleitet werden, wenn sie befähigt werden. Genau deshalb braucht es einen Motor. Diese Stelle und das Geld sind quasi der Motor des ganzen Cultibos. Wenn man diese Stelle jetzt streichen würde, fiel es eigentlich in sich zusammen. Es braucht jemanden, der koordiniert. Es braucht jemanden, der die Ehrenamtlichen befähigt. Man muss vielleicht diese Rolle eher als „Ermöglicher“ oder Motor sehen. Von daher ist es wichtig, dass man Multiplikatoren und auch Vertrauenspersonen in verschiedenen kulturellen Subkulturen haben kann, die es in dieser Stadt auch gibt. Wer sich etwas mit Subkulturen, die migrationsmässig bestimmt sind, etwas auskennt, merkt von daher, dass sie oft hermetisch geschlossen sind. Es sind geschlossene Communities. Dort kommt man nicht einfach so rasch hinein. Man kann sie auch nicht so schnell integrieren. Man muss Brückenpersonen haben. Man muss Vertrauenspersonen haben. Ich möchte es an einem Beispiel aufzeigen, das es vielleicht auch etwas veranschaulicht, weil man hier oft einfach technisch redet. Vor ein paar Wochen ist eine Frau gestorben, eine Tibeterin ermordet und in die Aare geworfen worden. Die Polizei hat Hinweise, dass hier etwas ist. Aber wie kommt man jetzt zu Informationen? Die Polizei spricht nicht tibetisch und sie ist auch mit der tibetischen Kultur nicht vertraut. Wie kommt man jetzt dorthin? Hier braucht man eine Vertrauensperson. Jetzt treffen sich die Tibeter fast jede Woche einmal in diesem Cultibo. Dort kann man Brückenpersonen finden. Dort kann man Zugang finden. Sonst bleibt dies irgendwo verschlossen. Das ist nur eine Subkultur und wir haben eben in Olten ein paar. Deshalb ist diese Stelle eigentlich schon noch wichtig und deshalb hat sich eine Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion dafür gewinnen lassen, dem Stadtrat zu folgen. Für eine Minderheit waren die Kosten stärker und von ihr gibt es allenfalls noch einen Spezialantrag.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Ich würde mich gerne Stephan Hodonou anschliessen. Die Grüne Fraktion ist auch für dieses Geschäft und dies aus guten Gründen. Er hat vom Motor gesprochen. Der Motor ist jetzt halt gerade der teuerste Teil des Cultibos, aber ein wichtiger Teil und es scheint so zu sein, dass diese Stelle, nach allem, was man hört, im Moment sehr gut besetzt ist. Das ist eben auch wichtig. Also nicht nur ein teurer Motor, sondern einer, der auch gut läuft. Wenn wir dies jetzt abklemmten, würden wir eigentlich auch tatsächlich eine Wertverminderung vornehmen, die nicht zu rechtfertigen wäre, wenn es jetzt nach dieser guten Aufbauarbeit einfach an diesem Geld scheitern soll. Dort sind Sachen enthalten, die sicher nicht allen passen, aber ganz viele gute kleine Projekte, die jetzt angefangen haben und weiter gehen sollen. Ich nenne jetzt als Beispiel urban gardening. Dieser bepflanzte Vorplatz ist etwas, das man auch als Anwohner gut sieht, wenn man dort im Sommerhalbjahr vorbei kommt. Oder ein ganz gutes Beispiel, das jetzt etwa drei Wochen her ist, ist die Erzählnacht, die stattgefunden hat, die gerammelt voll mit Kindern und ihren Eltern war und wo zum Teil sogar Simultanübersetzungen von Müttern stattgefunden haben, beispielsweise von pensionierten Lehrkräften des Bifangs, die Geschichten erzählt haben und zwecks Verständigung Simultanübersetzungen stattgefunden haben. Wir stellen als Anwohner auch fest, dass es sehr gut gelegen ist. Wenn man dort oft vorbei fährt, sieht man, dass es immer wieder besser besucht wird. Am Anfang habe ich mich auch noch gefragt: Was läuft hier eigentlich? Hier wird wieder etwas aufgebaut. Ist das einfach eine Geldvernichtungsmaschine oder um was geht es hier? Wenn man jetzt die Zahlen sieht, auch diejenigen die im Bericht des Cultibos, der Evaluation sind, aber auch wenn man täglich dort vorbei kommt, sieht man, dass das Zentrum Cultibo immer wieder benützt wird und es soll wirklich ein Bestandteil unseres Quartiers sein. In diesem Sinne Zustimmung zur Vorlage.

Thomas Rauch: Die FDP anerkennt die Bemühungen und Erfolge des Cultibos. Das ist unbestritten. Das gilt es auch nachhaltig fortzusetzen. Abklemmen möchte dies gar niemand. Das Projekt Cultibo ist inhaltlich absolut auf unserer Linie und in unserem Sinne, jedoch gibt es vielleicht einfach bei den Prioritäten gegenüber anderen Parteien gewisse Differenzen. Nun, wir schauen es mehr so an. Die Starthilfe hat gewirkt. Das Projekt kommt mit Freiwilligenarbeit zum Fliegen. Es ist alles perfekt. Startups kommen aber in der Regel auch eine Phase 2 und sie heisst, dass man zu etwas mehr Selbständigkeit kommt und auch mehr Verantwortung übernimmt. Das heisst, man übernimmt auch mehr finanzielle Verantwortung. Wenn man nämlich die schönen Detailgrafiken betrachtet, sieht man, dass bei den Trägerschaften oder Gönnern all diese Türmchen wunderbar am Wachsen sind. Aber eines ist am Lahmen. Das heisst, dort ist ein Job noch nicht ganz richtig gemacht worden. Zudem ist bei der FDP auch noch die Einsicht, dass wir dies eigentlich alles tipp-topp finden. Der Startup ist perfekt. Aber wir finden eigentlich grundsätzlich, unabhängig vom Staatshaushalt der Stadt Olten, so etwas muss ohne Steuergelder und ohne Subventionen funktionieren. Das Cultibo sollte, so wie wir es sehen, die Infrastruktur zur Verfügung gestellt erhalten. Es kann autonom einen operativen Betrieb führen. Das ist analog Schwimmbad. Dann hat man dort ein Schwimmtraining und der Trainer wird meines Wissens auch nicht von der Stadt finanziert. Man hat eine gewisse Infrastruktur und der Verein und die Trägerschaft sollen sich von uns aus gesehen organisieren, insbesondere nachdem sie Starthilfe bekommen hat. Das heisst, für operative Belange sollte man sich in der jetzigen Situation sowieso eigentlich verpflichtet fühlen, dies selber zu organisieren. Ich würde sogar so weit gehen. Wenn wir dies schaffen oder wenn das Cultibo dies schafft, wären wir auch sicher, dass dieses Zentrum nachhaltig auch noch über die nächste Sparrunde gesichert ist. Dann wissen wir, dass es auch dann bestehen kann. Kurzum: Wer unserem Antrag folgt, stimmt eigentlich einer nachhaltigen langfristigen Sicherung dieses Zentrums zu und stimmt auch der Finanzierungssituation zu und hilft zu schauen, dass die Startup-Phase und die Kinderschuhe verlassen werden können und man dann in diesem Sinne einen nachhaltigen Effekt mit einem Zentrum, das funktioniert, hat. Den Antrag habt Ihr alle verteilt erhalten. Es ist ein abgeänderter Beschlussesantrag. Ich bitte Euch in diesem Sinne, dem so zu folgen.

Kilian Schmidiger: Die SVP-Fraktion lehnt diesen Beschluss aus folgenden Gründen ab: Wir verstehen nicht, dass man hier ein Gebäude unterstützt und einen Betreiber, eine Person und nicht einen Verein. Das ist schon einmal sehr seltsam und auch ein Beispiel dafür, dass eigentlich innerhalb von drei Jahren aus einem Provisorium wieder einmal mehr ein Provisorium wird und mit der Zeit führen uns alle diese Provisorien, wenn ich dies im Plural formulieren kann, fast in den Bankrott. Es gibt ja eigentlich auch die Aussage, dass es bei uns, wenn es mit der Stadt Olten so weiterläuft, einmal eine Zwangsverwaltung durch den Sachverwalter des Kantons geben wird und dann ist ganz klar, dass er alle Sachen, die nicht zwingend sind, relativ schnell zusammenstreicht. In diesem Sinne ist es auch stossend, dass hier von Seiten des Stadtrates, aber auch von Seiten dieses Trägervereins keine andere Alternative für Finanzierungen aufgekommen sind, gerade auch von Herrn Hruza, der ja hier eigentlich angestellt ist und die Zeit dafür auch bezahlt erhält, dass hier nicht andere Quellen zur Finanzierung gefunden worden sind. Ich denke, wenn ich dies einmal konkret so sagen darf, an einen Quartierverein rechtes Aareufer und es kommen mir auch noch ein paar andere in den Sinn. In diesem Sinne stellt sich halt schon auch gegenüber allen anderen Projekten die Frage, wo wir jetzt eigentlich die Sparschraube anziehen mussten: Weshalb jetzt genau hier nicht? Wieso machen wir zuerst drei Jahre provisorisch und am Schluss ist es ja, man könnte sagen am Anfang schon allen klar gewesen, dass es dann wieder ewig laufen sollte. In diesem Sinne müssen wir dies einfach ablehnen, weil es auch nicht finanzierbar ist. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Ist dieses Projekt so gut, dass es sich lohnt, dass es auf Kredit finanziert wird? Das ist es, was wir tun, wenn wir diesem Kredit zustimmen. Deshalb lehnen wir dies ab.

Luisa Jakob, Fraktion SP/Junge SP: Ich möchte mich hier zum Glück einigen Fraktionen anschliessen und zwar ist das Cultibo ein interkultureller Quartiertreffpunkt, der all diesen

Anwohnenden in dieser Region diverse bereichernde Erfahrungen bieten kann. Die Zusammensetzung der Besucher des Cultibos entspricht dann eben genau dieser Quartierzusammensetzung. Das ist auch ein sehr wichtiger lokaler Anlaufpunkt. Ich möchte auch erwähnen, dass es ein Verein ist, der ganz, ganz wichtige Arbeit leistet. Es ist nicht ein Unternehmen, das möglichst viel Profit abwerfen muss. Es geht nicht um Geld in diesem Sinne. Es geht um Qualität, die dieser Verein schafft. Er lässt sich in diesem Sinne nicht in einem Profit niederschlagen. Dementsprechend finde ich auch solche Ausdrücke wie Startup für mich jetzt weniger passend. Es ist ein Verein, der für das Stadtleben wichtig und eben auch das Stadtleben ist und nicht ein Unternehmen. Ausserdem ist es so, dass man sieht, dass es in den letzten Semestern unterschiedliche Veranstaltungen gegeben hat, wo an über hundert verschiedenen Veranstaltungen mehr als 1'000 Personen teilgenommen haben und am Cultibo-Fest selber noch einmal 600. Es sind recht viele Leute, die hier angesprochen werden. Wichtig zu erwähnen ist auch, dass diese Stellenprozentage jetzt nicht extrem hoch angesetzt sind und es sie braucht. Man kann nicht davon ausgehen, dass Freiwilligenarbeit ohne irgendeinen Nährboden funktionieren kann. Sie brauchen irgendein Fundament, auf dem man aufbauen kann. Was man macht, wenn man dies nach dem Antrag der FDP-Fraktion streicht: Man entzieht ihnen den Nährboden und somit die Existenz. Damit will ich auch gleich sagen: Die Fraktion Junge SP/SP lehnt den Antrag der FDP-Fraktion klar ab.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe aus der Diskussion des ganzen Geschäfts heraus ebenfalls einen Abänderungsantrag formuliert, den ich vorher dem Büro übergeben habe. Es geht mir darum, dass man die gute Sache von Cultibo, das wirklich etwas Erfreuliches ist und ich glaube, dies bezweifelt niemand, und hinter der viel Energie steckt, nicht auslöscht oder gefährdet. Auf der anderen Seite muss man einfach ganz klar sehen, dass dieses Geschäft völlig quer in der Landschaft liegt. Jetzt, wo man sieht, was wir alles zusammenstreichen und noch zusammenstreichen werden müssen, ist das Verständnis bei der Bevölkerung wahrscheinlich nicht da, dass man hier halt jetzt diesen grossen Betrag spricht. Ich denke aber, dass man den Start geben muss, dass man den Motor laufen lassen muss und nachher aber reduzieren kann. Deshalb lautet mein Antrag wie folgt:

Punkt 1 wäre gleich wie derjenige der FDP.

Punkt 2 wäre auch gleich wie bei der FDP.

Punkt 3 würde wie folgt lauten: „An die Personalkosten des Vereins von Fr. 72'000.— inklusive Nebenkosten wird im ersten Jahr 100 %, im zweiten Jahr 50 % und ab dem dritten Jahr 25 % bezahlt“. Das hätte zur Folge, dass wir diesen Motor wirklich richtig starten können und anschliessend geht dies etwas zurück. Der Nährboden bleibt auch erhalten und ich denke, nachher kann aus diesem Verein eben so viel Freiwilligenarbeit erzeugt werden, dass er dann fast selbsttragend ist. Das wäre mein Antrag.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich möchte das Votum aufnehmen, das in der Stellungnahme der Stadtentwicklung steht, dass das Cultibo ein Leuchtturm ist und ein Leuchtturm strahlt bekanntlich Licht aus und Licht gibt auch immer Wärme. Ich möchte einfach noch einmal ein Votum abgeben, dem Beschlussesantrag des Stadtrates zu folgen, weil ich denke, dass hier Sachen gemacht werden, die man im Moment einfach nicht zählen kann. Wenn man es jetzt blockiert, geht einfach so viel kaputt, wo ich mich frage, ob wir uns dies als liebens- und lebenswerte Stadt wirklich leisten wollen.

Daniel Schneider: Ich denke, grundsätzlich ist der Zeitpunkt für diesen Abänderungsantrag der FDP wie auch der Nachgang von Roland Rudolf von Rohr eigentlich falsch. Wenn man etwas motivieren will, muss man dies im Rahmen einer Analyse bei den nächsten Verhandlungen zu einer Leistungsvereinbarung machen und sicher nicht hier „hauruck“. Rolf Sommer, Altgemeinderat und Altfreund der SVP Olten hat ja einmal geschrieben, es sei irgend so eine linke Hochburg. Ich habe dies sehr amüsiert zur Kenntnis genommen, weil

dies eigentlich auch zeigt, dass eben die Bürgerlichen bei der Integration 0,0 machen, vor allem dort interessiert sind, wo es günstige Arbeitskräfte sein können, um die Sprache von Thomas etwas aufzunehmen. Wenn wir aber doch über Geld reden wollen, müsste ich Michael Neuenschwander sagen: Das Wertvollste ist ja die Freiwilligenarbeit und nicht der Motor, den wir hier bezahlen. Diese Freiwilligenarbeit beträgt übersetzt – ich habe mir dies sagen lassen – ungefähr Fr. 300'000.—, die hier generiert werden, also, lieber Thomas, für 33 eingesetzte Rappen bekommst Du einen ganzen Franken retour. Das schafft Deine Bankenbranche nie und nimmer. Würde man jetzt nur die Fr. 72'000.— nehmen, weil dieses Geld, die Miete ja wieder noch etwas retour an die Stadt geht, kommen wir sogar auf 28 Rappen, die ein Franken noch kostet. Das ist eigentlich doch etwas eine Meisterleistung. Ich glaube, das heisst bei Dir pay back. Ich möchte aber noch etwas zu diesem Antrag sagen und das hat mich jetzt wirklich sehr, sehr gestört. Das ist nicht der Antrag von jemandem, der etwas unterstützen will. Abklemmen will gerade niemand, hast Du gesagt. Ich glaube, das ist ziemlich heuchlerisch, was Du hier gesagt hast. Ihr wollt dies abklemmen. Mit diesem Antrag wollt Ihr dies sterben lassen.

Sarah Früh: Ich finde es ehrlich gesagt relativ anmassend, Daniel Schneider, welche Voten Du jetzt von Dir gegeben hast. Ich denke, wir alle hier sind in diversen Organisationen relativ aktiv, verbringen relativ viel Freizeit auch unentgeltlich, machen dies sicher alle sehr gerne. Ich finde wirklich, wenn man uns schon immer angreift und das war ein Frontalangriff, und uns immer vorwirft, wir seien keine Menschenfreunde und weiss ich nicht was, wir sind auch Menschen. Mit uns kann man auch menschlich umgehen. Einfach, damit ich es einmal gesagt habe. Ich finde, irgendwann ist einfach auch irgendwie genug Wasser im Glas. Es ist überhaupt nicht so, dass man es abklemmen will. Es ist sogar so, dass ich zum Beispiel unter anderem auch noch in einem Service-Klub bin, wo ich schon einfließen liess, dass man vielleicht ein solches Projekt auch in Form eines Sponsorings unterstützen könnte. Das wäre auch eine Möglichkeit. Man muss ja nicht immer gleich den ganzen Fächerring schliessen. Man kann vielleicht einfach einmal etwas öffnen, die Scheuklappen irgendwie etwas aufklappen. Dann gibt es vielleicht auch andere Möglichkeiten. Um einen anderen Vergleich zu bringen: Startup war vorher vielleicht etwas Wortklauberei, die hier betrieben wurde, jedenfalls meines Erachtens. Man kann auch sagen: Ein Kind wird vielleicht irgendwann flügge. Nachher geht es auch nicht jedes Mal zu Mami und Papi und macht die hohle Hand. Ich konnte mir dies jedenfalls nicht erlauben und habe mir übrigens mein Studium auch selber finanziert. Ich finde einfach, diese Clichés bringen uns gar nirgends hin. Ich möchte bitten, dass wir hier wieder etwas sachlicher würden. Danke.

Thomas Rauch: Ich möchte noch einmal mit Nachdruck sagen: Ich habe gesagt, die langfristig nachhaltige Sicherung des Zentrums, wenn wir die Perspektive der Finanzen der Stadt sehen, geht darüber, dass Cultibo einen gewissen Eigenfinanzierungsgrad erreichen wird. Das ist meine Mitteilung. Die ideologischen und persönlichen Einwände sind nicht würdig, dass man dies hier bespricht. Das ist einfach nur etwas Überflüssiges. Noch etwas: Wenn man eine Trägerschaft finden würde – ich habe es noch grob ausgerechnet – würde es 500 Personen brauchen, die rund 150 Franken sponsern würden und das Ding wäre bezahlt. Ich denke, das wäre der Weg und ich meine, all die Leute von der SP oder den Grünen, die dies unterstützen, können zeigen, was ihnen dies wert ist und dann können sie dort 52 Wochen jeden Tag einen Nutzen daraus ziehen. Ich denke, das ist der Weg, wie es langfristig funktioniert. Wir haben es vorher gehört, wenn es mit den Steuern so ist, wie es weiter gehen wird. Dann muss man einfach realistisch sein. Deshalb stellen wir diesen Antrag und weil wir finden, es ist eigentlich okay, was dort passiert, das ist tipp-topp, muss man einen Weg finden, um es zu erhalten und zwar so, dass es in fünf Jahren auch noch dort ist. Das war eigentlich die Idee. Zudem muss ich sagen, dass ich finde, der Vorschlag von Roland Rudolf von Rohr, dass es so etwas degressiv hinunter gehen würde, wäre noch eine prüfenswerte Brücke. Ich möchte auch noch sagen, dass nämlich ganz viele karitative und soziale Unterstützungen von absoluten Randgruppen eigentlich so ganz still aus den Budgets heraus gegangen sind. Jetzt stürzt man sich aus Imagegründen darauf, aber hat bei

den ganz Schwachen schon rigoros heraus gestrichen. Einfach, damit wir dies auch noch wissen.

Daniel Schneider: Es tut mir leid, dass Ihr Euch so aufregt. Es ist einfach mit Eurem Antrag nicht ganz deckungsgleich. Hier ist ganz klar, weshalb der Hahn zuggedreht wird. Ihr lasst die Miete noch sein. Das kannst Du nicht auf einen Schlag machen. Hier ist Roland Rudolf von Rohr bei einer möglichen Lösung bedeutend näher. Aber auch diese kann nicht jetzt passieren und sie kann nicht heute Abend passieren, sondern man muss dies anlässlich von nächsten Vertragsverhandlungen, wenn überhaupt, einleiten. Was Ihr sagt, ist gut. Ich bin auch sicher, dass Ihr Unterstützungen macht, auch im Service-Club. Ich unterstütze auch von meiner Firma Sachen. Das ist alles gut und recht. Aber es steht im Widerspruch zu Eurem Antrag. Deshalb ist es nicht nötig, dass Ihr heute Abend Kreide esst. Das ist nämlich nicht wahr. Bei Euch tönt es manchmal genau gleich. Heute seid Ihr unter Publikum etwas freundlicher. Ich weiss es nicht. Aber ich glaube, gerade Du, Thomas, solltest nicht verteilen.

Urs Knapp: Daniel Schneider hat nicht blaue Augen. Ich habe ihm noch nie so ganz fest in die Augen geschaut. Aber er hat jetzt absolut blauäugig geredet. Wann soll man dann darüber reden, als wenn ein Projekt fertig ist und man es in einen Normalbetrieb übernehmen will? Jetzt muss man darüber reden. Deshalb sind wir ja auch hier. Einfach ein Beispiel: Ich weiss nicht, wie sehr Du turnst. Aber der Arbeiterturnverein erhält von einer Stadt die Turnhalle auch zu einem günstigeren Preis als Heimat, als Möglichkeit. Aber ein Trainer wird nicht bezahlt, ein Riegenleiter wird nicht bezahlt. Das muss man selber organisieren. Bei der Pfadi ist es genau gleich. Ich glaube, sie werden sogar noch weniger unterstützt. Oder bei den Konfirmanden. Das ist hier eigentlich genau das Gleiche. Wir unterstützen eine Möglichkeit, dass man einen ausgezeichneten Platz, eine Heimat hat. Dann könnte deshalb eigentlich das Flügge sein als Gegenleistung sein, dass man halt selber organisieren muss. Das gehört auch zum Leben eines Vereins. Wenn er es trotz dieses perfekten Ortes nicht fertig bringt, selbstständig zu sein, ist vielleicht etwas anderes nicht gut.

Luc Nünlist: Ich finde den Vergleich zu Sportvereinen spannend. Vielleicht kann man ihn machen. Aber dann dürfen wir auch nicht vergessen, dass sie meistens in grössere Strukturen eingebettet sind. Ein Turnverein ist im eidgenössischen Turnverband eingebettet. Hier bewegen wir uns nicht mehr im Bereich kleiner Startups. Das wäre ein mittelgrosses Unternehmen mit Millionenumsatz. Auch ein kleiner Verband einer Randsportart hat eine ordentliche Einbettung und dann wird sehr wohl bis zu einem gewissen Grad zum Beispiel von Jugend und Sport ein Trainer bezahlt. Hier gibt es schon Mittel.

Daniel Schneider: Ich denke, wir haben gestern oder heute eine Motion eingereicht, die vergleichbare Kriterien bei der Vergabe von Beiträgen verlangt, wo der Stadtrat unter anderem vielleicht auch aufzeigen könnte, wie dritte Mittel zu generieren sind. Das wäre der richtige Zeitpunkt, um dies zu unterstützen. Ich sage nicht per se, dass man dort keine Eigenfinanzierung oder kein Sponsoring motivieren soll, sondern es ist einfach heute Abend der falsche Zeitpunkt, weil es gar nicht reif ist, übrigens wie noch vieles anderes, das wir heute Abend noch hören werden. Wir sind etwas hauruckmässig unterwegs und ich glaube, hier machen wir etwas kaputt, das, wenn es nicht da ist – ich kann dies nicht in Franken, auch nicht in Polizeistunden oder in Nachhilfeunterricht übersetzen; ich weiss nicht, was ich als Einheit nehmen muss – aber ich denke, es ist etwas, das die Stadt schlussendlich halt unter dem Strich doch etwas kostet. In diesem Sinne fordere ich Euch auf, unsere Motion dann zu unterstützen. Sie müsste eigentlich auch auf Eurer Linie sein.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Gibt es noch Einzelsprecher, die noch persönliche Nettigkeiten austauschen möchten?

Michael Neuenschwander: Nein, es geht nicht um persönliche Nettigkeiten. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass wir eigentlich fast bei allen Posten, die wir in der Stadt

haben, wenn man es eben als integraler Bestandteil eines Projektes oder als integraler Bestandteil einer Leistung, die es in einer Stadt gibt, anschaut, Besoldungen, Löhne, die wir zahlen müssen, die nachher hoffentlich einen Mehrwert generieren, wenn es gut läuft. Wir können beim Sport schauen. Sport, Besoldungen: Fr. 237'500.— beispielsweise. Aber ich kann irgendwo schauen. Das sind halt die grossen Posten. Wir sind in der Schweiz und hier haben wir hoffentlich anständige Löhne. Hier geht es meines Wissens um eine 65 %-Stelle, nicht etwa um eine ganze Stelle, womit wir aber einen grossen Mehrwert generieren und das nicht einfach etwas nice-to-have ist, sondern wo wir hoffen, damit auch einen Mehrwert bzw. durch gewisse Prävention auf weitere Sicht auch eine Einsparung an Sozialkosten oder nachher irgendwelchen Betreuungen, die uns viel mehr kosten werden, zu haben.

Dr. Christoph Fink: Ich bin vor vielen Jahren in dieser Gegend aufgewachsen und kann diese Veränderungen sehr gut mit beobachten und ich muss sagen, mein Heimatgebiet ist zu einer Multi-Kulti-Stadt mit sehr vielen Ausländern, mit sehr vielen Ausländern ausserhalb der EU, ausserhalb Europa geworden. Wir müssen etwas tun, damit wir diese Ausländer etwas an unsere Stadt binden können, integrieren können, weil wir eigentlich keine Zweiklassengesellschaften oder Fünfklassengesellschaften und nicht allzu viele Subkulturen haben wollen. Dort hat es jetzt auch sehr viele junge Familien mit kleinen Kindern und wenn wir diese Integrationsarbeit machen wollen, müssen wir sie jetzt machen und nicht, wenn diese Kinder auch schon wieder gross sind und sich eigentlich nur noch in ihrem eigenen Kulturbereich bewegen würden. Für mich hat dies eigentlich eine sehr hohe Priorität und deshalb würde ich, obwohl unsere finanzielle Lage schlecht ist, dort nicht so viel sparen.

Renata Pfeiler: Ich kann es nicht unterlassen, halt gleichwohl noch einmal auf dem Thema der Freiwilligenarbeit anzuhängen, weil wir jetzt etwas vom Thema abgekommen sind und ich denke, es ist ein wichtiger Teil, den das Cultibo macht. Dadurch haben wir vier Gewinner, mindestens vier Gewinner, vier Hauptgewinner. Einer ist das Cultibo, das tolle Angebote machen darf und diese sind dank der Freiwilligen wirklich realisierbar, mit motivierten Mitarbeitern, nämlich mit freiwilligen Mitarbeitern, die das Glück haben, dass sie geführt werden, dass sie einen Supporter haben, der sie unterstützt und ihnen einen Nährboden gibt. Wir haben Freiwillige selber, die Gewinner sind. Sie dürfen ein tolles Angebot machen. Sie erhalten Freude. Sie haben Erweiterungen ihrer eigenen Kompetenzen. Sie haben eine sinnvolle, wertvolle Aufgabe. Wir haben einen dritten Gewinner. Das sind die Empfänger, die alle von der Freiwilligenarbeit profitieren dürfen und wir haben einen vierten Gewinner. Das ist die Stadt Olten, die dadurch auch eine Imageaufwertung hat. Das dürfen wir nicht vergessen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wir haben den Antrag der FDP, der Euch schriftlich vorliegt und wir haben den Antrag von Roland Rudolf von Rohr, der in den ersten zwei Punkten mit dem FDP-Antrag identisch ist und im dritten Punkt nachher eine Abstufung von der Übernahme der Personalkosten von Fr. 72'000.— inklusive Nebenkosten sieht, im ersten Jahr 100 %, im zweiten Jahr 50 % und ab dem dritten Jahr 25 %. Ich werde jetzt die beiden Anträge und nachher den obsiegenden Antrag dem stadträtlichen gegenüber stellen.

Urs Knapp: Wir werden dem Antrag von Roland Rudolf von Rohr zustimmen und unseren Antrag zurück ziehen.

Beschluss

Mit 24 : 20 Stimmen wird der Antrag von Roland Rudolf von Rohr angenommen.

Beschluss

Mit 41 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem Verein Cultibo wird für den Betrieb eines Begegnungszentrums ein kostenloses Nutzungsrecht für die Liegenschaft Aarauerstrasse 72 erteilt.
2. Das Nutzungsrecht ist auf drei Jahre befristet, kann aber im gegenseitigen Einvernehmen verlängert oder verkürzt werden. Ein Leistungsvertrag regelt die Zusammenarbeit.
3. An die Personalkosten des Vereins von 72'000 Franken (inkl Nebenkosten) wird im ersten Jahr 100%, im zweiten Jahr 50% und ab dem dritten Jahr 25% bezahlt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 32

Feuerwehrreglement der Stadt Olten (SRO 221), Erhöhung Dienstpflichtalter/Teilrevision

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Eintrittsalter in die Feuerwehr Olten liegt heute bei durchschnittlich 23 bis 26 Jahren. Eine konstruktive Personal- und Kaderplanung ist erst nach rund 3-jähriger Zugehörigkeit in der Feuerwehr Olten möglich. Eine Wertschöpfung in die Investition der Kaderausbildung (Offiziere, Unteroffiziere) sowie in Spezialausbildungen, z.B. Strassenrettung, Chemiewehr, kann erst nach rund 10-jähriger Zugehörigkeit resultieren. Weiter wird in der heutigen Arbeitswelt die Einsatzverfügbarkeit der AdF durch deren Arbeitsumfeld und der immer mehr dezentralen Arbeitsorte zunehmend erschwert.

2. Erwägungen

Im kantonalen Vergleich haben rund ein Drittel der Gemeinden in den vergangenen Jahren die Feuerwehrdienstpflicht über das 42. Altersjahr erhöht (auf Minimum 45 bis Maximum 50). Die Investitionen in die Kaderausbildungen sollen sich über eine längere Zeitspanne lohnen. Die Aufrechterhaltung der Einsatzverfügbarkeit wird durch eine längere Dienstdauer besser gewährleistet.

Die Feuerwehr und die Direktion Öffentliche Sicherheit beantragen eine Erhöhung der Feuerwehr-Dienstpflicht.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die geplante Erhöhung des Dienstalters ergibt gemäss der Berechnung der Finanzverwaltung einen Mehrertrag der Feuerwehrpflicht-Ersatzabgabe von rund CHF 184'000.00 pro Jahr.

4. Anpassung des Feuerwehrreglements (Artikel 7)

Alt: Die Feuerwehrpflicht beginnt in dem Jahr, in welchem das 21. Altersjahr vollendet wird, und hört mit dem Jahr auf, in welchem das 42. Altersjahr vollendet wird.

Neu: Die Feuerwehrpflicht beginnt in dem Jahr, in welchem das 21. Altersjahr vollendet wird, und hört mit dem Jahr auf, in welchem das 48. Altersjahr vollendet wird.

5. Genehmigung durch den Regierungsrat

Gemäss § 77 Abs. 2 des Gebäudeversicherungsgesetzes des Kantons Solothurn (GBV, BGS 618.111) muss eine Erhöhung der Feuerwehr-Dienstpflicht durch den Regierungsrat genehmigt werden. Die vorliegende Anpassung von Art. 7 des Feuerwehrreglements erfolgt deshalb unter entsprechendem Genehmigungsvorbehalt.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Erhöhung der Feuerwehr-Dienstpflicht gemäss Feuerwehrreglement vom vollendeten 42. Altersjahr auf das vollendete 48. Altersjahr wird – unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat – per 1. Januar 2014 zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

I./Ziff. 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng: In diesem Sinne RAS, rien à signaler. Von Seiten der GPK hundertprozentige Übereinstimmung mit dem vorliegenden Bericht und Antrag des Stadtrates.

Dr. Christine von Arx: Die Fraktion der SP und Jungen SP stimmt dieser Revision des Feuerwehrreglementes zu. Die Anhebung des Alters für die Feuerwehrdienstpflicht macht Sinn. Auf der einen Seite kann man länger von dieser Ausbildung profitieren, welche diese Feuerwehrleute haben, und auf der anderen Seite bringt es auch noch etwas Geld in die Kasse von denjenigen, die Ersatzabgabe leisten müssen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich denke, das ist eines der Geschäfte, die relativ einfach sind. Wir stimmen dem auch zu.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Erhöhung der Feuerwehr-Dienstpflicht gemäss Feuerwehrreglement vom vollendeten 42. Altersjahr auf das vollendete 48. Altersjahr wird – unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat – per 1. Januar 2014 zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

I./Ziff. 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. November 2013

Prot.-Nr. 33

Dringlicher Vorschlag Andreas Dobay und Mitunterzeichnende betr. Benutzung einer Schwimmhalle in Olten für die Öffentlichkeit/Beantwortung

Am 21. November 2013 haben Andreas Dobay und Mitunterzeichnende einen dringlichen Vorschlag («Volksmotion») mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Erklärung zur Vorgeschichte:

Die Stadt war in der Kantonsschule Hardwald in Olten Mieterin des Hallenbades. Die Stadt konnte somit der Öffentlichkeit und den Vereinen das Hallenbad zur Nutzung anbieten.

Stand Ende Oktober 2013:

Die Stadt hat nun diesen Vertrag beim Kanton auf Herbst 2014 gekündigt und den Betriebskostenbeitrag aus dem Haushaltsbudget gestrichen.

Resultat:

Das einzige Hallenbad der Region Olten kann ab Ende 2014 in der heutigen Form nicht mehr betrieben werden. Ein ganz klares Aus für Wassersport während den Monaten Oktober bis April für die kommenden Jahrzehnte. Betroffen sind Vereine und andere Organisationen, wie auch Wassersport interessierte Einwohner der Stadt und der Umgebung Oltens, welche auf die Schwimmhalle angewiesen sind.

Ausgelöst durch den Ausfall eines grossen Steuerbetrages fehlt ein zweistelliger Millionenbetrag für die anfallenden Ausgaben der Stadt.

Ein Sparpaket wurde im Stadtrat erarbeitet. Davon betroffen ist auch der Betrag von ca. 125000.– CHF fürs Kanti-Hallenbad, welcher notwendig wäre, um der Bevölkerung die Nutzung des einzigen Hallenbades der Region zu ermöglichen, sprich zu erhalten.

Der nächste Schritt...

Damit der Wassersport in der Region weiterhin ganzjährig stattfinden kann, muss die Stadt einen Ausgabeposten bewilligen, der es erlaubt, sich wieder in einem Hallenbad einzumieten. Die Kündigung ist anschliessend rückgängig zu machen, oder aber ein neuer Vertrag mit einem Schwimmbadbetreiber auszuhandeln.

Zur Umsetzung dieses Begehren wird die Stadt wie folgt beauftragt:

Der Motionstext:

1. Der Stadtrat wird dringend beauftragt, einen angemessenen Betrag ins Budget 2014 aufzunehmen und parallel dazu die nötigen Verhandlungen zu führen, damit der lokalen Bevölkerung, den ortsansässigen Wassersportvereinen, sowie allfälligen weiteren Interessengruppen der Zugang zu einer Wassersportanlage ermöglicht wird.

2. Die zur Benutzung benötigte Wassersportanlage in Olten soll den gängigen Wassersport-Bedürfnissen genügen. Die Wassersportanlage soll in der Zeit für Vereine, Privatpersonen und weitere Interessensgruppen zugänglich sein, in welcher die öffentlichen Badeanstalten oder Freibäder geschlossen sind (mindestens ausserhalb der Sommersaison).“

Im Auftrag des Stadtrates beantwortet **Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Frage der Dringlichkeit:

Aufgrund der Budgetwirksamkeit des Parlamentsentscheids beantragt der Stadtrat eine dringliche Behandlung des Vorschlags.

Zum Vorschlag:

Die bis jetzt erfolgten Sparbemühungen des Stadtrates im Jahr 2013, um mit reduziertem Sachaufwand mit dem gleichen Personalbestand das gleiche Dienstleistungsangebot zu gewährleisten, genügen angesichts der finanziellen Situation der Stadt Olten nicht. Um insbesondere einen drohenden Cash-loss (negativer Cash-flow oder Mittelabfluss) von 14 Mio. Franken in der laufenden Rechnung zu vermeiden, setzt daher der Stadtrat ein umfangreiches Entlastungspaket 2014 und Folgejahre um, das zu wesentlichen Ausgabenreduktionen im Personal- und Sachaufwand wie auch bei den Beiträgen führt und dabei auch Auswirkungen auf der Angebotsseite beinhaltet.

Die vom Stadtrat im Rahmen des Entlastungspaketes 2014ff. beschlossenen Massnahmen (Personalkosten, Sachausgaben und Beiträge) wurden dem Parlament am 26. September 2013 aus Transparenzgründen integral zur Kenntnis gebracht, zumal die dadurch entstehende Ausgangslage prägend ist für die Ausgestaltung des Finanzplans und des Budgets. Das Parlament hat die beschlossenen Massnahmen des Stadtrates im Rahmen des Entlastungspaketes 2014ff. mit 34:1 (bei 7 Enthaltungen) zur Kenntnis genommen.

Eine explizit erwähnte Massnahme im Bereich «Beiträge» beinhaltet die Aufhebung «Beitrag an Hallenbad Kantonsschule». Die Vereinbarung mit dem Kanton betreffend Benutzung Hallenbad wurde deshalb folgerichtig auf Ende der Wintersaison 2013/2014 gekündigt.

Aus dem beschlossenen Entlastungspaket können nun nach Ansicht des Stadtrates nicht einzelne beschlossene Massnahmen aus Partikularinteressen – so verständlich sie aus Einzelbetrachtung sein mögen – rückgängig gemacht werden, ohne dass die gesamten Sparbemühungen in Frage gestellt würden. Umso mehr, als nach der Sanierung des Hallenbads mit einer knappen Verdoppelung des städtischen Beitrags hätte gerechnet werden müssen.

Der Stadtrat beantragt deshalb dem Parlament den dringlichen Vorschlag abzulehnen.

Andreas Dobay: Wenn man mir vor sechs Wochen gesagt hätte, dass ich heute hier sitze, hätte ich dankend abgelehnt. In diesen letzten sechs Wochen ist viel passiert und es sind viele Emotionen aufgekommen. Es gab sogar ein kleines Mädchen, das mit dem Vorschlag kam, am Wochenende, am Sonntag den Pfarrer anzuweisen, er solle in der Predigt für die Unterschriften sprechen. Es stand viel in den Zeitungen und es wurde viel diskutiert und es wurde auch etwas im Fernsehen gesendet. Ich hatte zuhause eine Rede vorbereitet, die ich zuhause liess, weil sie viel zu lang war, und ich habe sie neu geschrieben. Deshalb möchte ich mich kurz fassen und lediglich auf die Bedürfnisse, die wir haben, eingehen und nicht auf die Finanzen. Wir sind Steuerzahler. Wir bringen das Geld. Wir vertrauen darauf, dass Sie es richtig ausgeben, dass Sie es für uns ausgeben. Wenn das Schwimmbad verschwindet, gibt es in der Region für die nächsten 20 oder 30 Jahre keine Alternative, weder für die Vereine, noch für die Sportler. Ich gebe Ihnen noch drei Zahlen mit und bin dann schon fertig. Wir konnten heute die 1'500ste Unterschrift sammeln. Es waren nur 30 nötig. Wir hatten auf der

Homepage 26'000 Klicks und wir haben ebenfalls einen Bericht des Bundesamtes für Sport veröffentlicht, indem ganz klar steht, dass Schwimmen zu den drei meist betriebenen Sportarten gehört. Das sind Jogging, Biken und Schwimmen mit 24 % Bevölkerungsanteil. Schwimmen ist keine Randsportart und wir wollen, dass Schwimmen bestehen bleibt. Ich bin sicher, dass Sie alle an einem attraktiven Olten interessiert sind und danke Ihnen, dass Sie unser Anliegen unterstützen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich sage einmal, dass ich die undankbare Aufgabe habe, einen stadträtlichen Entscheid zu verteidigen gegen viele Interessen, die sich jetzt hier bekundet haben. Ich danke auch Euch, dass Ihr Eure Interessen geäußert haben und Euch artikuliert habt und soviel Stehvermögen habt. Das haben eben Sportler, dass sie stundenlang aushalten können, auch wenn sie nicht auf einem bequemen Stuhl sitzen. Ich gebe es zu: Der Stadtrat liess sich in dieser Frage durch finanzielle Überlegungen leiten. Das ist richtig. Es wäre vermessen zu behaupten, wenn wir jetzt die erwähnten Millionen Steuereinnahmen noch hätten, dass man auf dieses Hallenbad verzichten würde. Es ist nicht so, dass die Stadt der Eigner dieses Bades ist. Wir sind Nutzer. Der Eigner ist der Kanton und letztlich ist es auch der Kanton, der entscheidet, was mit diesem Betrieb passiert. Der Stadtrat liess sich nicht nur von den heutigen Betriebskosten leiten, die rund Fr. 100'000.— betragen. Wir liessen uns insbesondere auch ins Bild setzen, was der Betriebsbeitrag nach erfolgter Sanierung dieses Bades dann wäre. Ihr wisst, der Souverän hat im Rahmen der Erneuerung der ganzen Kantonsschule im Hardwald zugestimmt, auch das Bad zu erneuern. Wir wissen, dass sich der Betriebsbeitrag für die Stadt verdoppeln würde. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir reden jetzt über Fr. 100'000.—. Nachher werden es Fr. 200'000.—. Dem muss man auch etwas die Kosten, die wir in der Badi haben, gegenüber stellen. Wir geben in der Badi Fr. 400'000.— pro Jahr für einen Betrieb und einen guten Unterhalt aus. Etwas mehr als Betrieb. Es ist auch Unterhalt. Man muss dies auch etwas in die Relation der Nutzerinnen und Nutzer stellen. Wir haben im Hardwald rund 5'000 Eintritte pro Jahr. Demgegenüber haben wir 160'000 Eintritte in der Badi in der Schützi. Das ist vielleicht eine Abwägung, die man auch machen muss. Mir ist bewusst, dass öffentliche Leistungen nicht kostendeckend sind. Jeder Museumseintritt, jeder Theatereintritt, wenn er nicht privat finanziert ist, wird mit Steuergeldern unterstützt. Im Falle des Hallenbades sind es rund Fr. 20.— pro Eintritt. Man muss allerdings den Eintritt noch abziehen. Fr. 100'000.— durch die Fr. 5'000.—. In der Badi unten sind es rund 2 Franken, wenn man dies aufrechnet. Finanzielle Überlegungen waren ein Aspekt. Ich habe es jetzt mit dem gesteigerten Betriebsbeitrag, der auf die Stadt zukommt, angesprochen. Wir haben in diesem Sinne eine Abwägung gemacht. Sie haben dies auch beim vorhergehenden Geschäft festgestellt. Wir haben uns für ein Angebot auf der rechten Stadtseite ausgesprochen. Der Hardwald ist auch auf der rechten Stadtseite, auch Olten Ost. Wir haben aber jetzt eigentlich hier zu Gunsten des warmen Wassers im Sommer in der Badi und des kalten Wassers im Kleinholz versucht, diesen Schwerpunkt zu setzen. Mir ist bewusst, dass wir viele vor den Kopf stossen und enttäuschen und ich kann mich noch gut erinnern, Andreas, an den runden Tisch im Stadthaus, als mich Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer, Taucherinnen und Taucher sowie Lebensretterinnen und Lebensretter in die Menge genommen haben. Ich habe Euch auch gesagt: Wenn wir in Zukunft für ein Bad Fr. 200'000.— ausgeben müssen, möchte ich eigentlich mehr ein Erlebnisbad haben als ein Hallenbad, wie wir es heute haben. Die Leute möchten vielleicht nicht nur – es sind legitime und sehr wichtige Interessen – dass wir, gerade als Stadt an der Aare, auch Kinder haben, die schwimmen können, und Leute, die sie heraus fischen können, wenn sie es nicht können. Mir würde eigentlich vorschweben, dass man auch mit privaten Mitteln, mit privaten Investitionen, einen Badebetrieb organisieren kann, der mehr Richtung Erlebnis geht. Dort wäre es mir auch durchaus etwas wert zu investieren. Jetzt, vor der gegenwärtigen Situation sind wir der Meinung, dass wir auf diesen Betriebsbeitrag verzichten wollen. Es ist nachher am Kanton zu entscheiden, ob er dies weiter führen will. Ich glaube, dort ist das letzte Wort auch noch nicht gesprochen. Ihr habt auch entsprechend lobbyiert. Dazu gratuliere ich Euch. Ihr habt eine Superkampagne gefahren und ich kann den Flaschenöffner sehr gut brauchen, den Schlüssel etwas weniger. Merci vielmals.

Heidi Ehram: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat die Motion und den ganzen Hallenbadkomplex ausführlich diskutiert. Ich spreche hier für einen Teil der Fraktion. Hinter den Gedanken, die ich jetzt äussere, die wir diskutiert haben, steht nicht die ganze Fraktion. Das möchte ich vorausschicken. Laut dem aktuellen Regierungsprogramm des Stadtrates soll Olten eine Zentrumsstadt mit erforderlichen Infrastrukturen sein. Im aktuellen Journal „zentral – urban – natürlich bauen – leben – wohnen in Olten“ wird auf Seite 94 unter der Rubrik Sport das Hallenbad der Kanti als Angebot für Olten als Wohnstadt aufgeführt und dieses Journal ist aus dem Jahr 2013. Seit Jahren propagiert sich Olten als Sportstadt. In den letzten Jahren ist viel dafür unternommen worden, dass Vereine und Öffentlichkeit ein attraktives Angebot an Hallen, Fussballfeldern und anderen Sportanlagen haben. Ich weise als Beispiel auf die Miete der Giroud-Halle von über Fr. 300'000.— Nettoaufwand hin. Dort werden ganze Fr. 20'000.— Miete generiert. Laut Kostenveränderungsaufstellung unseres Finanzchefs Urs Tanner sind in der laufenden Rechnung gegenüber vor drei Jahren beim Sport knapp 1,4 Millionen mehr dazu gekommen. Für eine Zentrums- und Sportstadt ist ein Hallenbad, das der Öffentlichkeit zu gewissen Zeiten zur Verfügung steht, ein Muss. Die Anzahl Unterschriften – Andreas Dobay hat es gesagt – zeigt das grosse Interesse der Öffentlichkeit und der Vereine, dass das Kanti-Hallenbad im nächsten Herbst wieder geöffnet wird. Die Begründung der Motion zeigt weitere, ganz wichtige Aspekte, weshalb wir für ein Hallenbad und für diese Motion stimmen sollten. Mir ist der gesundheitliche Aspekt des Schwimmens für Alt und Jung ganz wichtig, und dies auch im Winter. Der Bedarf des Hallenbades für die Wassersportvereine wie die SLRG war auch in unserer Fraktion unbestritten. Es ist mir wichtig noch einmal zu sagen, dass die SLRG wertvolle Jugendarbeit, auch mit integrativem Charakter, jeweils am Donnerstag mit 120 Jugendlichen leistet, so wie dies andere vom Stadtrat unterstützte Projekte wie Midnight, wo der Budgetbetrag noch hinauf ging, und Trendsporte, die auch rund Fr. 33'000.— kosten, auch tun. Ich verweise in Bezug auf die Arbeit der SLRG auf den Artikel im OT vom 19. November 2013 mit dem Titel „Der emotionalste Wettkampf aller Zeiten“ hin, wo für Olten drei erfolgreiche SLRG-Jugendteams – sie stehen zum grossen Teil dort hinten – gestartet sind und dies in Oberhofen. Ich erlaube mir, daraus ein paar Worte zu zitieren: „Nach der Rangverkündigung waren wir alle sehr bedrückt, weil es wohl unser letzter Wettkampf in Oberhofen war. Die Stadt Olten hat das Budget für das Hallenbad gestrichen und somit bleibt das Kantibad ab dem Herbst geschlossen. Demzufolge können wir nicht mehr ins SLRG-Training gehen und deshalb ist es nicht mehr möglich, an SLRG-Wettkämpfen teilzunehmen. Das macht uns sehr traurig.“ Die Jugendlichen, die hier hinten stehen, hoffen jetzt auf unseren richtigen Entscheid bei der Überweisung dieser Motion. Und nicht nur unsere SLRG-Junioren, sondern auch die Fussball-Junioren haben nämlich an einem Wintertraining im Kantihallenbad Freude, so wie dies letzten Samstag vonstatten ging. Es ist richtig gesagt worden. Der Kanton hat die Planung der Sanierung des Kantihallenbades auf die stadträtlichen Absprachen abgestützt. Mit der Kündigung des Mietvertrages durch den Stadtrat hat dies Auswirkungen auf die Hallenbadsanierung und schlimmstenfalls und man muss stark damit rechnen, gibt es eine Schliessung oder Umnutzung. Das würde bedeuten, dass wir in den nächsten Jahrzehnten für die Öffentlichkeit kein Hallenbad mehr haben, was einen extremen Attraktivitätsverlust für Olten wäre. Thomas Marbet hat vorher von einem Erlebnisbad gesprochen. Klar wäre dies toll, eine Schwimmhalle und ein Erlebnisbad. Aber auch für Fr. 200'000.— im Jahr bekämen wir noch lange kein Erlebnisbad. Wir gefährden jetzt eine günstige Schwimmmöglichkeit im Winter, wenn wir diese Motion nicht überweisen und reden von einem Erlebnisbad, das schlichtweg für Fr. 200'000.— nicht drin liegt und wir werden eben jahrzehntelang keines haben. Um gute Steuerzahler in unseren Wohnentwicklungsgebieten zu erhalten, sind wir gefordert, überzeugende Angebote, auch Wintersportmöglichkeiten zu bieten. Das Angebot für aktive Sportlerinnen und Sportler muss auch das Schwimmen umfassen. Vielleicht noch ein paar Gedanken zur Antwort des Vorschlages des Stadtrates: Die Sanierung zahlt ja der Kanton. Für uns erhöht sich der Unkostenbeitrag. Das stimmt. Das hat Thomas Marbet richtig gesagt. Aber man hat auf dem Tiefbauamt ja auch schon die Idee oder überlegt sich, ob man im Rahmen der Sanierung der

Kanti, die ja acht Jahre dauert, vielleicht mit dem Kanton reden könnte, dass die Sanierung im Hallenbad nicht schon 2015 stattfindet, so dass wir über Jahre hinaus vielleicht eben noch mit diesem verkleinerten Beitrag, mit den Fr. 100'000.— oder mit dem Antrag, den ich dann einreichen werde, im Budget weiter leben könnte. Ich beantrage, diese Motion, diesen Volksvorschlag zu überweisen und dies für einen Teil unserer Fraktion.

Thomas Rauch, FDP-Fraktion: Ich habe nur eine kurze Frage. Diese Motion kann ich nicht ganz einordnen, weil dort steht: Der Stadtrat wird beauftragt, nachher einen angemessenen Betrag ins Budget zu nehmen. Meine Frage wäre: Welchen Betrag würde der Stadtrat jetzt aufnehmen? Die Budgethoheit ist ja beim Parlament. Dann kann das Parlament noch einmal über diese Position befinden. Ich möchte, dass mir jemand sagt, wie dies dann genau gehen würde. Man könnte jetzt eigentlich dieser Volksmotion zustimmen und dann das Budget einfach wieder herunter fahren. Dann wären wir wieder auf Null. Das heisst für die Motionäre, sie müssten, bis wir diese Position im Budget besprochen haben, eigentlich den Entscheid abwarten. Das hier ist nicht verpflichtet. Entweder kann dies jemand erhellen. Frage 2 wäre nachher: Welche Position würde der Stadtrat jetzt aufnehmen? Sonst verstehe ich es leider nicht.

Thomas Marbet: Der Stadtrat setzt das dann ein, was Ihr bestimmt. Hier legt Ihr den angemessenen Betrag fest. Diesen Ball schiebe ich Euch jetzt zurück mit dem Budget.

Tabitha Germann, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben sehr grosse Sympathien für diese Motion, weil ein Hallenbad zur Lebensqualität gehört und für die Grösse der Stadt Olten gehört dies eigentlich zum notwendigen Grundangebot. Das Hallenbad wird ja auch von allen Generationen, von Kleinkindern bis zu Senioren intensiv genutzt und bringt sicher einen Mehrwert. Zu diesen 5'000 Eintritten: Man kann sie natürlich nicht genau dem Bad in der Schützi gegenüber stellen, weil es ja nur begrenzte Öffnungszeiten hat und das Hallenbad stösst an Kapazitätsgrenzen. Ich denke, wenn mehr Platz wäre, würden es noch viel mehr Leute nutzen. Gleichzeitig sind wir aber auch der Meinung, dass das Budget, das uns der Stadtrat an Sparmassnahmen und Einnahmen vorschlägt, eigentlich eine ausgewogene Mischung bringt und wir müssen uns einfach bewusst sein, dass, wenn wir dem Antrag der GPK folgen und nur 105 Steuerprozent haben, dann natürlich solche Posten wirklich keinen Platz mehr haben. Aus diesen Überlegungen heraus stimmen wir entweder zu oder enthalten uns.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir tun uns schwer, wie wir mit dieser Vorlage oder diesem Antrag umgehen sollen. Wir haben auch grosse Sympathien für das Anliegen. Wir kommen auch zum Schluss, dass eine Stadt mit einem Einzugsgebiet wie Olten zu Recht ein Hallenbad hat. Es ist übrigens ein ganz typisches Beispiel, wie wir und zwar wirklich zu Recht Geld aufbringen für etwas, das nicht nur für Leute in Olten nützlich ist und genützt wird. Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir dazu stehen, dass eine Zentrumsstadt sogar einen etwas höheren Steuerfuss haben darf als gewisse Gemeinden rundherum. Das ist ganz normal, weil wir einfach auch Aufgaben wahrnehmen, wo wir höchstens via Finanzausgleich innerhalb des Kantons eine Ausgleichbewegung haben und nicht eine gleichmässige Verteilung der Kosten proportional zu den Nutzerinnen und Nutzern. Das ist ein ganz gutes Beispiel und es ist richtig, dass es diese Effekte gibt. Was es uns nicht einfach macht zuzustimmen: Es ist mehrfach gesagt worden, es wird zusätzlich Kosten verursachen. In der Zeit, in der umgebaut wird, muss man es sowieso sistieren. Ich glaube, es ist auch aus fachlich-technischen Gründen vielleicht noch etwas zu ergänzen, wo möglicherweise die Fachleute aus dem Bauamt etwas wissen. Kann man jetzt einfach noch ein paar Jahre zuwarten, so wie es Heidi Ehrsam vorher vorgeschlagen hat, wenn insgesamt der Kanton die Kanti renoviert? Es wäre vielleicht gut, eine Antwort zu haben. Sicher ist eben, dass es die Stadt Olten in absehbarer Zeit teurer kommt und für uns ist es gekoppelt mit der Perspektive. Hier hätte ich gerne ein Signal der Leute, die jetzt auch hinter diesem Vorstoss stehen. Dürfen wir in eine Debatte mit 116 Steuerprozenten gehen, damit wir sagen

können: Dieses eine Steuerprozent ist es jetzt genau wert, damit wir diese Sachen sicher stellen. Ein solches Signal würde es uns von den Grünen definitiv erleichtern, ja zu sagen.

Urs Knapp: Wir haben das Thema einer Interessenabwägung. Ich werde jetzt etwas ankündigen, das wir nachher im Budget vorgesehen haben. Letztlich ist die Frage, wo man das Geld am Besten investieren kann. Wir von der FDP werden im Budgetprozess den Antrag stellen, dass man die Position 785 Umweltschutzamt zuerst diskutiert. Wir werden dort den Antrag stellen, dass man diese Position um Fr. 150'000.— reduziert und dann, wenn das Parlament dazu ja sagt, werden wir die Fr. 150'000.— zu Gunsten des Hallenbades sprechen. Die Begründung dieses Antrages werde ich dann noch machen. Aber es geht wirklich um eine Interessenabwägung und man wird es dann auch sehen. Umweltschutzbemühungen sind wichtig. Aber hier gibt es sehr viel auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Hier hat man schon viel, beim Hallenbad nicht. Das wäre unser Vorgehen. Man kann daher dieser Motion jetzt zustimmen. Aber bei uns ist es auch klar. Wenn man dies nicht kostenneutral machen kann, wird die Fraktion grossmehrheitlich, vielleicht sogar einstimmig gegen den zusätzlichen Kredit für das Hallenbad sein.

Doris Känzig: Ich rede als Einzelsprecherin, auch nicht mit der Fraktion abgesprochen. Wenn es hier um Diskussionen geht, welche die Kostenexplosion in der Bildung oder im Sozialwesen betreffen, haben wir wenig Spielraum, um Kosten einzusparen, weil es dort um Leute geht, die Förderung brauchen, krank sind oder keinen Job haben usw. Ich finde, hier beim Hallenbad geht es um junge, gesunde Leute, die Sport treiben, die gesund bleiben wollen, die dadurch eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung haben. Ich finde, die Fr. 100'000.— oder später auch Fr. 200'000.— haben dadurch eine präventive Wirkung und deshalb finde ich persönlich dieses Geld gut investiert.

Roland Rudolf von Rohr: Ich bin schon auch noch richtig am Schwimmen. Es geht mir ähnlich wie Thomas Rauch. Ich weiss nicht, was sie tun, wenn ich dieser Motion zustimme, wie viel Geld ich dann spreche, wie viel Geld hier hinaus geht. Es kann ja dann sein, dass wir, wenn man zu dieser Motion ja sagt und der Kanton sagt ja: Wir renovieren es, ab jetzt zahlt Ihr so und so viel, dass wir in diesem Schiff sind und dort mitmachen müssen. Ist das so oder ist der Weg besser über das Budget, wo wir klar sagen können, welchen Betrag wir wollen. Es steht ja auch noch ein Antrag von Heidi im Raum, wo auch noch gewisse Kostenersparnisse vorhanden sind. In diesem Zusammenhang: Wenn Du das Wort noch den Bauleuten geben muss, ist es dann schon klar, wann der Kanton renovieren möchte?

Stadtrat Thomas Marbet: Der Kanton hat signalisiert, dass bei den ursprünglichen Absichten in diesem Bauvorhaben das Bad eher am Anfang an der Reihe wäre. Das heisst, es würde eher am Anfang renoviert, also sofort geschlossen, sage ich jetzt einmal, wenn das Bauprogramm steht. Der Stadtrat hat diesen Betriebsbeitrag ja gekündigt. Das muss man dann auch noch anschauen. Aber wenn jetzt die Stadt oder das Gemeindeparlament diesen Betrag herausstreichen würde, kann sich dies natürlich ändern, dass sich der Kanton mehr Zeit gibt und das Bad möglicherweise auch noch ein paar Jahre so wie es ist betrieben wird. Aber dazu können wir nichts sagen. Das weiss der Kanton, das Hochbauamt, selber noch nicht.

Dr. Arnold Uebelhart: Zuerst danke, Doris, wie hier junge knusprige Leute schwimmen und etwas für die Gesundheit tun. Ich glaube, Heidi und ich müssen nachher auch in den Ausstand treten wie Du, weil wir ja oft im Bad sind. Die Frage ist jetzt für mich noch eine andere. Ich meine, beim ganzen Problem Vögelgarten, die Sachen, die wir dort jetzt abklemmen, war ja das Grundproblem, dass die Leute eigentlich auf dem linken Fuss erwischt wurden. Es ging blitzartig und sie standen vor vollendeten Tatsachen. Ich frage mich jetzt halt gleichwohl: Herr Dobay, habt Ihr auch einen Plan B. Wir haben ja vorher über das Cultibo diskutiert. Dort haben wir jetzt so etwas gemacht, wo wir vielleicht langsam abbauen. Ist hier etwas möglich? Es scheint mir so etwas passiv, dass man meint, es wird

dann einfach geschlossen, man macht nichts und es gibt weit herum keine Badi. Mir scheint, Ihr seid so abhängig von uns, unseren Stimmungen und davon, was wir grundsätzlich durchziehen wollen. Gibt es hier einen Plan B? Gibt es eine Möglichkeit? Ich meine, wenn hier 800 Personen unterschreiben. Wie Du gesagt hast: Wenn 800 100 Franken geben, das wären bei mir pro Eintritt halt nicht fünf, sondern zehn Franken, haben wir auch wieder Fr. 80'000.— Gibt es hier einen Plan B, um etwas zu retten?

Andreas Dobay: Den Plan B in so kurzer Zeit auf die Beine zu stellen, ist relativ schwierig. Wir haben es geschafft, innerhalb von vier Wochen so viele Unterschriften zusammen zu bringen. Ich bin überzeugt, wenn wir ein Jahr mehr Zeit erhalten, kommen wir auch auf eine andere Lösung, die für alle gangbar und auch finanziell tragbar ist.

Heidi Ehram: Ich möchte noch auf ein Schreiben hinweisen, das die SLRG auf ihre Anfrage, ob sie die Halle direkt beim Kanton mieten können, von Herrn Mäusli vom Baudepartement erhalten hat. Der Kanton sagt und mir hat dies auch der Regierungsrat, der Baudirektor gesagt: Der Kanton betreibt kein öffentliches Hallenbad, weil er dies nicht in Olten machen und in Solothurn und Grenchen nicht machen könnte. Das betreiben sie nicht. Wenn Olten aussteigt, sieht die Situation für den Kanton einfach ganz anders aus, weil sie fest mit dem Betriebskostenbeitrag von Fr. 100'000.— gerechnet haben. Das steht in diesem Schreiben an die SLRG auch. Wenn dann saniert ist, sind es Fr. 204'000.—. Das habe ich zuhause schriftlich in einer Kopie. An die Sanierung zahlt die Stadt Olten keinen roten Rappen. Das zahlt der Kanton. Dieses Sanierungspaket ist beim Kanton geschnürt worden. Zur Frage, was es kostet. Urs Knapp hat vorher etwas gesagt, er möchte hier irgendeinen Deal machen. Aber Urs Knapp, wir brauchen gar nicht so viel, wie Du an einer anderen Stelle sparen möchtest. Wenn Du meinen Antrag angeschaut hättest, ist es gar nicht dermassen viel, vielleicht auf die nächsten Jahre, aber jetzt für 2014 nicht. Ich finde es einfach etwas gefährlich, wenn man das Eine gegen das Andere ausspielt. Ich bin Deinem Antrag gegenüber sehr befangen, weil ich ihn nicht einzeln anschauen kann. Ich muss mich einfach wie heraus nehmen. Ich bin jetzt für diese Motion und dass das Hallenbad bleibt, weil dies ein Angebot ist, das Olten haben muss. Es ist kostengünstig. Jetzt kann ich nicht mit der FDP dealen, was dann am anderen Ort passieren soll. Ich kann es auch nicht objektiv anschauen. Deshalb wäre ich froh, die FDP würde sich dies noch einmal überlegen und diesen Deal nicht zum Antrag machen. Vielleicht ist es schon gemacht.

Dr. Christoph Fink: Die Befürworter des Hallenbades haben wirklich sehr gute Argumente, das Sportliche beispielsweise oder die Beliebtheit dieses Hallenbades, dass sie so viele Unterschriften in so kurzer Zeit zusammenbringen. Aber eben: Die ganze Debatte erlaubt uns auch, endlich einmal eine Botschaft gegen aussen an die Bevölkerung zu richten und mitzuteilen, dass unsere finanzielle Lage wirklich dramatisch ist, so dramatisch, wie sie vielleicht in den letzten 120 Jahren nicht war und dass wir wirklich auch auf Sachen, die sehr gut sind und die wir sehr schätzen, einfach verzichten müssen, selbst wenn wir die Steuern ziemlich massiv erhöhen.

Sonja Bossart: Ich möchte vorausschicken, dass ich anders als Heidi und manchmal Roland nicht schwimme. Ich habe das Glück, dass ich noch gesunde Gelenke habe, einen einigermaßen gesunden Rücken. Ich kann joggen, ich kann mit meinen Kindern auf das Säli-Schlössli laufen. Aber es gibt Leute, die beides nicht können. Schwimmen ist ein Sport, der für alle gesund ist und den vor allem viele Leute noch betreiben können, auch ältere Leute, sonst handycapierte Leute. Ich rede jetzt von Personen, die vielleicht hier gar nicht vertreten sind, die dies noch betreiben können. Das ist ein Grund, weshalb ich finde, es wäre wirklich schade, wenn wir diesen Beitrag streichen würden. Sonst bin ich eigentlich auch dagegen, dass wir hier die Phalanx dieser Sparmassnahmen aufbrechen. Das ist eigentlich das Hauptargument derjenigen in unserer Fraktion, die gegen diese Motion sind. Aber in diesem Fall ist es so, dass die Gefahr besteht, wenn wir diesen Beitrag jetzt dieses Jahr streichen, dass das Schwimmbad dann eben für viele Jahre kein Thema mehr ist. Wir haben

kein Schwimmbad mehr und jetzt haben wir es, wenn man dem Vorschlag von Heidi folgen würde, im Moment noch für Fr. 80'000.—. Später müsste man halt dann wieder entscheiden: Können wir es noch zahlen? Das wäre ja dann jedes Jahr wieder möglich. Ich möchte auch noch etwas zu dieser Gegenüberstellung sagen. 5'000 Eintritte im Hallenbad und ich weiss nicht mehr wie viele in der Badi. Badi ist eben Freizeit, Erlebnis, seinen Body zeigen, herum „plägern“. Das ist nicht das Gleiche. Im Hallenbad geht es um Sport. Deshalb finde ich auch, wir wollen hier kein Erlebnisbad. Es geht um Sport.

Thomas Pfluger: Ich möchte jetzt eigentlich nichts zum Schwimmen sagen. Wir haben dies wirklich genug gehört. Ich möchte noch kurz zum Anliegen, das Felix Wettstein erwähnt hat, etwas sagen. Es ist so. Wir sind eine Zentrumsstadt. Das ist sicher so wie das Schicksal von anderen Städten auch. Die Frage ist dort – ich hoffe, das ist nicht eine Anregung, die es jetzt von mir braucht, es kann ja auch sein, wenn wir eine Zentrumsstadt sind und Dienstleistungen für andere mitbringen – dass man eben vielleicht bei den umliegenden Gemeinden und Dörfer auch weibelte, damit ein solcher Beitrag gezahlt werden könnte. Ich konnte gerade kürzlich in der Zeitung lesen, dass Erlinsbach den Aarauern ihre Eiskunsthalle mit finanziert. Die Frage ist, ob dort nicht auch noch etwas Potenzial ist.

Beschluss

Mit 22 : 9 Stimmen bei 16 Enthaltungen wird der Vorschlag überwiesen.

Mitteilung an
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner
Finanzkontrolle
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich danke für das Ausharren und Mitdiskutieren.
Morgen um 18.00 Uhr wird es weitergehen.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.